



Sonderheft 2018

Ein Best-of der Zeitschrift für
übernationale Zusammenarbeit

1945 - 2018

Dokumente/Documents

Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog / Revue du dialogue franco-allemand

Gegründet/Fondée 1945 von/par Jean du Rivau †
Herausgeber/Editeur : Verlag Dokumente GmbH

Herstellung/Réalisation :
DCM Druck Center Meckenheim GmbH

Herausgeber-Gremium / Comité de direction :
Erik Bettermann, Gérard Foussier, Dr. Franz Schoser, Klaus Bernhard Hofmann, Dr. Fabien Théofilakis

Urheberrechte:
Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge, Abbildungen und Texte sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung der Redaktion unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und Einspeicherung, Verarbeitung und Übermittlung in, aus und zwischen elektronischen Systemen (inklusive Internet).

Chefredakteurin / Rédactrice en chef :
Ute Schaeffer

Redaktion/Rédaction :
Audrey Parmentier

Droits de reproduction :
Toute reproduction ou représentation, intégrale ou partielle, par quelque procédé que ce soit, de la présente publication, faite sans l'autorisation de la rédaction est illicite et constitue une contrefaçon. Seules sont autorisées les analyses et courtes citations justifiées par le caractère scientifique ou d'information de l'œuvre dans laquelle elles sont incorporées.

Redaktionsassistentz / Assistante de rédaction :
Kerstin Harnisch

Neue Anschrift / Nouvelle adresse :

Verlag Dokumente GmbH
Birker Straße 1j
D-53797 Lohmar
Tel./Tél. : 00 49 (0) 2246 94 99 220
Fax: 00 49 (0) 2246 94 99 222
E-Mail: redaktion@dokumente-documents.info
Internet: www.dokumente-documents.info

Autorenhinweise / Avis aux auteurs :
Eine PDF-Datei informiert über die Vorgaben /
Un fichier pdf informe sur les conditions :
www.dokumente-documents.info

Bezugsbedingungen/Abonnement :
Vierteljahreszeitschrift / Revue trimestrielle,
4 Ausgaben / 4 numéros ;
Jahresregister / index annuel : <http://www.dokumente-documents.info/jahresregister.html>

© Verlag DOKUMENTE GmbH, Lohmar 2018
ISSN 0012-5172

Einzelheft / Vente au numéro
(ab / à partir de 2010) : 7,00 €
zzgl. Versandkosten Deutschland: 2,50 €
Supplément frais de port France : 3,50 €

Mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes
Avec le soutien du ministère allemand
des Affaires étrangères

Abonnement : 18,90 € p. a.
Studenten/Étudiants : 12,90 € p. a.
zzgl. Versandkosten Deutschland: 10,00 €
Supplément frais de port France : 14,00 €



Auswärtiges Amt



Kündigung bis sechs Wochen vor Ablauf
des Bezugszeitraums / Résiliation jusqu'à six
semaines avant échéance.

- 2** *Dokumente/Documents* wird digital! Ute Schaeffer
Inhalte mit Profil und eine enge Vernetzung mit den Akteuren
des deutsch-französischen Dialogs bleiben der Anspruch
- 4** *Dokumente/Documents* passe au numérique !
Nos exigences restent les mêmes : des contenus solides
et une étroite collaboration avec les acteurs du dialogue franco-allemand
- 6** „Im Interesse einer erfolgreichen Zusammenarbeit
im Dienste Europas“
Der langjährige Chefredakteur Gérard Foussier bilanziert
die Geschichte von *Dokumente/Documents*
- 8** Über die Zukunft Europas Raymond Aron
Rede eines Franzosen an deutsche Studenten, gehalten in München, Ende 1947
- 10** Der revolutionäre Krieg Jacques Duquesne
Ein Bericht zum Algerienkrieg
- 15** Der Franzose und seine Parteien Jacques Fauvet
- 18** Kalkuliertes Risiko in Ost und West Charles Ronsac
Deutsche und französische Sicherheitsinteressen
zehn Jahre nach Ende des zweiten Weltkriegs
- 22** Die Geburt der Fünften Republik im Jahr 1958 Pierre Viansson-Ponté
- 27** Möglichkeiten einer deutsch-französischen Außenpolitik
Pressestimmen von Michel Habib-Deloncle, Franz-Josef Neuß, Paul Borcier,
Theo M. Loch, Pierre Abelin, Dieter Cycon, Jean de Broglie, Franz Ansprenger
- 42** Ein Patina ansetzendes Denkmal? Gilbert Ziebura
Die Entstehung des deutsch-französischen Freundschaftsvertrags
- 50** Der Elysé-Vertrag im internationalen Kräftespiel Alfred Grosser
- 62** Die Reaktion der Presse auf den deutsch-französischen
Freundschaftsvertrag 1963 Roland A. Höhne
- 74** 1989 – ein außenpolitisches Jahr Mitterrands Ernst Weisenfeld
- 77** „Das gleiche Bündnis und die gleiche Zukunft“
Zum Deutschlandbild von François Mitterrand Karl-Heinz Bender
- 84** Auf wen ist wirklich Verlaß? Bernard Brigouleix
Für Frankreichs Diplomatie begann das Jahr 1992 mit Fragezeichen
- 89** Chronologie Simona Gnade, Audrey Parmentier
April – September 2018 / avril - septembre 2018

Dokumente/Documents wird digital!

Inhalte mit Profil und eine enge Vernetzung mit den Akteuren des deutsch-französischen Dialogs bleiben der Anspruch

Es ist eher ein Startpunkt als ein Abschied: mit dieser letzten Nummer stellt *Dokumente/Documents* sein Erscheinen als gedruckte Zeitschrift ein. Die Auswahl historischer Artikel in dieser Ausgabe macht deutlich: auch in der Vergangenheit hat sich *Dokumente/Documents* gewandelt – um relevant zu bleiben und seinen Anspruch einzulösen, wirkungsvolles und solides Medium des deutsch-französischen Dialogs zu sein. Diesem Anspruch wollen wir auch künftig gerecht werden – durch kluge Analysen, Debattenbeiträge und eine enge Verbindung zu den Akteuren der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Und wir haben eine Bitte an Sie, die langjährigen LeserInnen und FreundInnen von *Dokumente/Documents*: Wenn Sie auch künftig in regelmäßigen Abständen ein Best-of von *Dokumente/Documents* erhalten möchten, dann bestellen Sie gerne unseren Newsletter, der ab 2019 erscheinen wird. Senden Sie uns Ihre aktuelle E-Mail-Adresse an redaktion@dokumente-documents.info – und Sie können sich sicher sein, nach wie vor in Ihrem digitalen Briefkasten „Ihre“ *Dokumente/Documents*-Beiträge zu erhalten!

Es hat unsere Redaktion sehr stolz gemacht, dass uns einer der frühen Zeitzeugen und Autoren von *Dokumente/Documents* mit Blick auf Inhalt und erneuerten Auftritt der Hefte in diesem Jahr schrieb: „Bravo! Die Zukunft gehört Ihnen.“ Ein echter Ansporn durch Paul Collowald, selbst Fürsprecher und Akteur der deutsch-französischen Verständigung, zunächst Straßburg-Korrespondent von *Le Monde*, anschließend auf wichtigen Positionen in europäischen Institutionen, u. a. als Direktor in der Generaldirektion „Presse und Information“, danach Leiter des Kabinetts von Präsident Pierre Pflimlin.

Doch um künftig relevant zu bleiben brauchen wir auch technisch einen Aufbruch – durch einen neuen digitalen Auftritt von *Dokumente/Docu-*

ments. Die Zeitschrift in gedruckter Form wird ab 2019 zu *DokDoc* – einer digitalen Plattform für den deutsch-französischen Dialog. Diese wird nach wie vor hervorragende Recherchen, Analysen und Interviews bieten – nicht nur in Textform, sondern auch als Video oder als Audio. So wird eine bessere und schnellere Beteiligung der NutzerInnen möglich. Denn wir wollen unsere LeserInnen gerne regelmäßig in Diskussionen und Debatten einbeziehen – und so aktiv die Vernetzung und den Austausch der Zivilgesellschaften in unseren Ländern fördern und einen guten Rahmen schaffen für Debatten, Kontroversen, Diskussion.

Das Auswärtige Amt fördert *Dokumente/Documents* aus gutem Grund – eine Unterstützung, für die wir uns bedanken, denn sie macht ein solches Projekt erst möglich. Es fördert damit ein Medium, das die Bedeutung der deutsch-französischen Beziehungen in Europa nicht nur beschreibt, sondern durch seinen redaktionellen Inhalte, seine Autoren und seine klare publizistische Position seit Jahrzehnten fördert. Diesem Ziel wird *DokDoc* auch künftig verpflichtet sein, denn diese Verständigung bleibt – angesichts von Brexit, lautstarken populistischen Parteien und vieler strittiger Themen in Europa – existenzielle Voraussetzung für das Gelingen der europäischen Idee und ihrer Werte. Dafür stehen die Menschen, die *Dokumente/Documents* geprägt haben – wie Joseph Rován, politischer Berater von Helmut Kohl und Jacques Chirac. Als die Deutschen 1941 Frankreich besetzten, schloss er sich der Widerstandsbewegung an, wurde 1944 durch die Gestapo verhaftet, erlitt und überlebte das Konzentrationslager Dachau. Und nur vier Monate nach Kriegsende übernahm er die Redaktion von *Dokumente/Documents*. Rován – aber auch Alfred Grosser, Claus Leggewie, Ernst Weisenfeld oder Jaques Fauvet, deren Beiträge in diesen beiden Heften zu lesen sind – sie alle stehen für das redaktionelle Profil der Zeitschrift.

Das soll so bleiben, diese Stimmen sind wichtig! Und gleichzeitig hat *Dokumente/Documents* bereits in diesem Jahr öfter darüber berichtet, wie junge Menschen Europas Zukunft gestalten wollen. In unseren Beiträgen zeigen wir, wie die Akteure der deutsch-französischen Partnerschaft den Dialog gestalten: vom Deutsch-Französischen Jugendwerk, der Deutsch-Französischen Hochschule und dem Deutsch-Französischen Institut, bis hin zu GÜZ und BILD – den beiden Organisationen, die hinter *Dokumente/Documents* stehen.

Ob sich Jean du Rivau, Jesuitenpater und Feldgeistlicher der französischen Garnison in Offenburg sich das alles hat vorstellen können, als er am 1. August 1945 *Dokumente* und *Documents* zum ersten Mal publizierte? Ganz sicher und unmissverständlich war er davon überzeugt, dass Revanchismus, Sieger und Verlierergefühle, Hass und Vorurteile der deutsch-französischen Versöhnung im Wege standen. Und er wollte, dass *Dokumente/Documents* diese überwinden sollte, auch wenn er das mit Blick auf die politischen Empfindlichkeiten unmittelbar nach Kriegsende, sehr vorsichtig im Editorial zur ersten Ausgabe formulierte: Nur ein Arbeitswerkzeug, eine Nachrichtenvermittlung solle *Dokumente* sein, schrieb er. „Will man wissen, was auf der anderen Seite der Mauer vor sich geht, so ist es für gewöhnlich unentbehrlich, darüber zu schauen.“ Die Mauer gibt es nicht mehr – aber immer noch durchaus Sprachbarrieren, mangelndes Wissen übereinander – und möglicherweise auch die Gefahr, etwas für selbstverständlich zu halten, das doch von vielen anderen Kräften in Europa durchaus umstritten wird. Die beiden Hefte, die Sie in der Hand halten, bieten dazu bereits viel Lesestoff: die Nummer 3 zeigt, welche Themen aktuell in der Luft liegen und die Nummer 4 – unser historisches „Best-of“ –, wie wandlungsfähig *Dokumente/Documents* in den mehr als sieben Jahrzehnten seines Erscheinens gewesen ist: Mit 70 000 Exemplaren Auflage sollte die Zeitschrift zunächst darüber informieren, wie die französische katholische Kirche die aktuelle Entwicklung sah, konsequenterweise waren die ersten Chefredakteure alle Geistliche. Das änderte sich seit den fünfziger Jahren. 2010 wurde aus den zwei Zeitschriften eine gemeinsame,

deren Artikel sowohl in deutscher wie in französischer Sprache publiziert wurden. Unsere historische Ausgabe 2018 konzentriert sich auf Platzgründen auf deutschsprachige Artikel, die wichtige Weichenstellungen und Veränderungen im deutsch-französischen Verhältnis dokumentieren: wie die eindrückliche Algerienreportage des jungen Reporters Jacques Duquesne, den Amtsantritt de Gaulles und die Gründung der V. Republik 1958, die mit der Algerienkrise eng verbunden war, oder die große und wichtige Annäherung Deutschlands und Frankreichs, die 1963 in den Freundschaftsvertrag mündete, der in der Presse beider Länder stark umstritten war. Es finden sich kluge Analysen zum Deutschlandbild Mitterrands und dessen Umgang mit der Wiedervereinigung und dann zur gemeinsamen Neuorientierung im erweiterten Europa mit neuen internationalen Anforderungen an eine gemeinsame Außenpolitik.

Die deutsch-französischen Beziehungen waren dabei nie nur ein Spiegel der internationalen Ereignisse – sie waren dann am wirkungsvollsten, wenn die Abstimmung auch auseinanderliegender Positionen oder gegenläufiger Interessen, gelungen war. Wenn Deutschland und Frankreich gemeinsam Politik gestalteten. Das wird auch in Zukunft wichtig sein und *DokDoc* wird diese Verständigung im Sinne der vielen aktiven Akteure des deutsch-französischen Dialogs begleiten. Darauf freuen wir uns!

Ute Schaeffer



Dokumente/Documents passe au numérique !

Nos exigences restent les mêmes : des contenus solides et une étroite collaboration avec les acteurs du dialogue franco-allemand

C'est davantage un nouveau départ qu'un adieu : avec ce dernier numéro, *Dokumente/Documents* cesse de paraître sous forme de journal imprimé. La sélection d'articles historiques dans ce numéro montre clairement que la revue *Dokumente/Documents* avait déjà connu des changements dans le passé – afin de rester pertinente et d'être à la hauteur de sa prétention : être un moyen de communication franco-allemand efficace et solide. Nous voulons continuer à l'avenir à être à la hauteur de cette exigence, par des analyses intelligentes, des contributions aux débats et des liens étroits avec les acteurs de la coopération franco-allemande. Et nous avons une demande à votre égard, lecteurs et amis de longue date de *Dokumente/Documents* : si vous souhaitez recevoir à l'avenir un best-of de *Dokumente/Documents* à intervalles réguliers, inscrivez-vous à notre newsletter qui sera publiée à partir de 2019. Pour cela, nous avons besoin de votre adresse mail actuelle. Envoyez-la par e-mail à redaktion@dokumente-documents.info – et vous serez ainsi assuré de continuer à recevoir vos articles de *Dokumente/Documents* dans votre boîte aux lettres (numérique) !

Notre rédaction est très fière que l'un des tout premiers témoins et auteurs de *Dokumente/Documents* nous ait écrit cette année : « Bravo ! L'avenir vous appartient ». Une phrase on ne peut plus encourageante de Paul Collowald, qui est lui-même un avocat et acteur impressionnant de la compréhension franco-allemande : il a longtemps été correspondant du journal *Le Monde* à Strasbourg, avant d'occuper de nombreuses fonctions importantes dans les institutions européennes, notamment comme directeur à la direction générale « Presse et information », et directeur de cabinet du président du Parlement européen Pierre Pflimlin.

Nous allons nous efforcer d'être à la hauteur de cette prétention. Pour cela, nous savons que nous avons aussi besoin d'une avancée technique et que

nous pourrons être mieux armés pour l'avenir avec une parution numérique de *Dokumente/Documents*. A partir de 2019, le magazine papier deviendra *DokDoc* – une plateforme numérique pour le dialogue franco-allemand. Cette plateforme continuera de vous offrir des recherches, des analyses et des interviews exceptionnelles – non seulement sous forme de texte, mais aussi sous forme de vidéo ou d'audio. Cela permettra une participation accrue et plus rapide des utilisateurs. Parce que nous voulons impliquer régulièrement nos lecteurs dans les discussions et les débats. Nous voulons ainsi promouvoir activement la mise en réseau et l'échange des sociétés civiles dans nos pays, et créer un cadre solide en termes de contenu pour les débats, les divergences de vues et les discussions.

Vous avez des idées et des suggestions qui vous tiennent à cœur pour ce nouveau départ numérique ? Nous sommes curieux de les découvrir et nous nous réjouissons de recevoir votre courrier à l'adresse mail de la rédaction mentionnée ci-dessus.

Le ministère fédéral des Affaires étrangères soutient *Dokumente/Documents* pour de bonnes raisons – un soutien pour lequel nous tenons à le remercier, car c'est grâce à lui qu'un tel projet est possible. Il encourage ainsi un média qui, non seulement décrit l'importance des relations franco-allemandes en Europe, mais qui en fait également la promotion depuis des décennies par son contenu éditorial, ses auteurs et sa position journalistique claire. *DokDoc* continuera à s'engager dans ce but à l'avenir, car cette compréhension – au vu du Brexit, des partis populistes qui se manifestent haut et fort, et des nombreuses questions controversées en Europe – restera sans aucun doute une condition sine qua non pour le succès de l'idée européenne et de ses valeurs. C'est ce que défendent ceux qui ont marqué la revue, comme Joseph Roivan, conseiller politique de Helmut Kohl et de Jacques Chirac. Lorsque les Allemands occupèrent

la France en 1941, il rejoignit le mouvement de résistance, fut arrêté par la Gestapo en 1944, avant d'être transporté au camp de concentration de Dachau auquel il a survécu. Quatre mois seulement après la fin de la guerre, il a pris en charge la rédaction de *Documents*. Rovan – mais aussi Alfred Grosser, Claus Leggewie, Ernst Weisenfeld ou Jacques Fauvet, dont les contributions peuvent être lues dans ces deux numéros, incarnent tous le profil éditorial du journal.

Cela doit rester ainsi, car ces voix sont importantes ! Et dans le même temps. *Dokumente/ Documents* a déjà rendu compte à plusieurs reprises cette année de la manière dont les jeunes veulent façonner l'avenir de l'Europe. Dans nos articles, nous souhaitons montrer toute la diversité des acteurs du partenariat franco-allemand qui soutiennent et façonnent activement le dialogue : de l'Office franco-allemand de la jeunesse, l'Université franco-allemande et l'Institut franco-allemand au GÜZ et au BILD, les deux organisations qui ont soutenu la revue pendant des décennies.

Jean du Rivau, prêtre jésuite et aumônier de campagne de la garnison française d'Offenbourg, pouvait-il imaginer tout cela en publiant pour la première fois *Dokumente* et *Documents* le 1^{er} août 1945 ? Il était convaincu que le revanchisme, les sentiments des gagnants et des perdants, la haine et les préjugés faisaient obstacle à la réconciliation franco-allemande. Et il souhaitait que *Dokumente/ Documents* permette de surmonter ces obstacles, même si, compte tenu des sensibilités politiques juste après la fin de la guerre, il l'a formulé très prudemment dans l'éditorial du premier numéro. La revue ne devait être qu'un outil de travail, qui transmettrait des nouvelles, écrit-il. « Si vous voulez savoir ce qui se passe de l'autre côté du mur, il est généralement indispensable d'y jeter un coup d'œil ». Le mur n'existe plus – mais il existe encore des barrières linguistiques, un manque de connaissance mutuelle – et peut-être aussi le danger de considérer quelque chose comme acquis, alors que ce quelque chose est remis en question par de nombreuses autres forces en Europe. *DokDoc* continuera à construire ces ponts dans les deux langues – et à montrer ce qui unit les Alle-

mands et les Français, et ce qui les sépare. Les deux numéros que vous avez en main vous offrent d'ores et déjà beaucoup à lire : le numéro 3 montre quels sont les sujets qui sont actuellement dans l'air du temps et le numéro 4 – notre best-of historique – combien la revue a été polyvalente au cours des plus de sept décennies de parution : avec un tirage de 70 000 exemplaires, le magazine a d'abord été destiné à expliquer comment l'Eglise catholique française voyait les développements de l'époque ; par conséquent, les premiers éditeurs en chef étaient tous des membres du clergé. Cela a changé dans les années cinquante. En 2010, les deux revues se sont réunies en une seule, avec des articles publiés en allemand et en français. Pour des questions d'espace, le « best-of » de cette édition historique se concentre sur des articles en allemand qui documentent des décisions et des changements importants dans les relations franco-allemandes : comme l'impressionnant rapport sur l'Algérie du jeune journaliste Jacques Duquesne, l'entrée en fonction du général de Gaulle et la fondation de la V^e République en 1958, étroitement liée à la crise algérienne. Ou encore le grand rapprochement essentiel entre l'Allemagne et la France, qui a conduit en 1963 au Traité d'amitié, très controversé dans la presse des deux pays et qu'Alfred Grosser, dans son article, replace dans un contexte international. Vous trouverez des analyses pertinentes sur l'image que Mitterrand avait de l'Allemagne et sur la manière dont il a géré la réunification, puis la réorientation commune dans ne Europe élargie avec de nouvelles exigences internationales d'une politique étrangère commune.

Les relations franco-allemandes n'ont jamais été qu'un simple miroir des événements internationaux ; elles ont été les plus efficaces lorsqu'elles ont réussi à concilier des positions divergentes ou des intérêts contradictoires. Quand l'Allemagne et la France façonnaient ensemble la politique. Cela reste important pour l'avenir et *DokDoc* accompagnera cette compréhension, et ce dans le sens des nombreux acteurs qui participent activement au dialogue franco-allemand. Nous nous réjouissons de cela !

Ute Schaeffer

„Im Interesse einer erfolgreichen Zusammenarbeit im Dienste Europas“

Der langjährige Chefredakteur Gérard Foussier bilanziert die Geschichte von *Dokumente/Documents*

» Wie wichtig ist ein Medium, das sich der deutsch-französischen Verständigung widmet, heute noch? Nicht nur auf diese Frage hat Gérard Foussier, Chefredakteur von *Dokumente/Documents* bis Ende 2017 eine klare Antwort. Ute Schaeffer sprach mit ihm über den Wandel von *Dokumente* und *Documents* seit der ersten Ausgabe 1945.

Aus welchem Geist und aus welcher historischen Notwendigkeit ist *Dokumente/Documents* entstanden?

Die ersten Ausgaben von *Documents* (*Dokumente* etwas später) sind bereits im Herbst 1945, nur wenige Wochen nach Ende des Zweiten Weltkriegs erschienen, mit dem Ziel, Informationen beider Länder zur Verfügung zu stellen, auf deren Grundlage es jedem möglich sein sollte, sich seine eigene Meinung bilden zu können. Hierfür hat die katholische Kirche den Impuls gegeben, insbesondere der 1970 verstorbene Jesuitenpater und Militärseelsorger Jean du Rivau, der die notwendige finanzielle und administrative Unterstützung besorgte. Diese Aufgabe übernahmen dann Akteure der Zivilgesellschaft, nicht zuletzt die beiden von du Rivau gegründeten Organisationen BILD (Bureau International de Liaison et de Documentation) und GÜZ (Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit).

Gibt es eine redaktionelle und inhaltliche Haltung, die *Dokumente/Documents* über den langen Erscheinungszeitraum von 1945 bis 2018 prägt?

Bei allen Veränderungen, die die beiden Zeitschriften jeweils erlebten, blieb es bei dem Willen, die Leser über den Nachbarn zu informieren, zunächst im Geist der ersehnten Versöhnung, dann im Interesse einer erfolgreichen Zusammenarbeit im Dienste Europas.

Sie selbst haben *Dokumente/Documents* 13 Jahre lang als Chefredakteur geprägt. Was waren die wichtigsten Veränderungen, die *Dokumente/Documents* in dieser Zeit durchlaufen hat?

Der wichtigste Schritt kam 2009, als BILD und GÜZ beschlossen, beide Zeitschriften zu einer gemeinsamen bilingualen Publikation zusammenzufassen. Bilingual bedeutete nicht, dass alle Beiträge in den beiden Sprachen erschienen (Ausnahmen waren natürlich immer möglich), sondern dass die ursprüngliche Absicht der Gründer weitgehend respektiert wurde: Beiträge über Frankreich erschienen in deutscher Sprache – und umgekehrt.

Auf welche Stücke, Analysen und Kommentare sind Sie heute noch stolz?

Vor allem die gemeinsamen Dossiers waren immer eine Herausforderung, jeweils genügend Beiträge aus beiden Ländern über ein politisches, wirtschaftliches, kulturelles oder historisches Thema zu fin-

den. Persönlich machte mir die Recherche zu Themen, die man sonst in dieser Form nicht in den Medien finden konnte, richtig Spaß.

Europa hat sich erweitert, die Globalisierung rückt das deutsch-französische Verhältnis in den Hintergrund. Welche Bedeutung hat ein Medium wie *Dokumente/Documents* heute noch?

Bei allen Schwierigkeiten politischer und wirtschaftlicher Art wird das bilaterale Verhältnis von großer Bedeutung für die Gestaltung Europas sein. Wer der Meinung sein sollte, dass Frankreich mit Deutschland nicht zusammenarbeiten kann, sollte dabei nicht vergessen, dass Frankreich ohne Deutschland nicht weiter kommen wird. Und umgekehrt ebenso natürlich.



Foto: privat

Gérard Foussier, Präsident des Bureau International de Liaison et de Documentation (BILD)

Die Diskussionen in Zivilgesellschaft, Kultur und Politik im jeweiligen Nachbarland abzubilden und das gegenseitige Verständnis zu fördern, sehen Sie dafür eigentlich heute noch eine publizistische Notwendigkeit?

Aber ja, wobei ich nicht verhehlen darf, dass mir das schwindende Interesse fürs Lesen – nicht nur in der jüngeren Generation – Sorgen macht. Zeitschriften erleben zur Zeit eine Krise. Bei allem Verständnis und Respekt für die elektronischen Medien, die ich ebenfalls benutze, empfinde ich diese Entwicklung als Rückschritt.

Und was erwarten Sie, damit die Leser auch künftig gerne unser Angebot im Netz wahrnehmen?

Weiterhin sachliche Informationen und Analysen über das Nachbarland. Ich persönlich möchte nicht auf gute Zeitungen, Zeitschriften und Bücher verzichten – und hoffe, dass Dokumente auch in digitaler Form weiterhin ausgeruhte, analytisch starke und gut recherchierte redaktionelle Beiträge bietet. Ich möchte auch nicht meinen Informationsstand auf aktuelle plakative Schlagzeilen beschränken, auch nicht auf eine begrenzte Anzahl von Zeichen wie bei Facebook oder Twitter. Meines Erachtens sollten die Leser von morgen in einigen Jahren und Jahrzehnten die Möglichkeit haben, in Archiven ausführliche Erläuterungen der heutigen Zeit nachlesen zu können. Ob das jüngere LeserInnen heute auch so sehen? Da bin ich mir nicht sicher, aber *Dokumente/Documents* hat ja stets wertvolle zeitgeschichtliche Dokumente publiziert – und es wäre sehr sinnvoll, das eben künftig auch im Netz anzubieten.

Über die Zukunft Europas

Rede eines Franzosen an deutsche Studenten, gehalten in München, Ende 1947

Von Raymond Aron*

Ist Europa noch imstande, sich wieder aufzurichten? Ich habe diese Frage, die ich meinem Vortrag voranstelle, absichtlich mehrdeutig formuliert. An welchen Aufbau denken wir? Um welches Europa handelt es sich? Nach dem ersten Weltkrieg hatte Europa sehr schnell die materiellen Spuren der Katastrophe verwischt. Die Menschenverluste betragen für den alten Kontinent insgesamt fast 20 Millionen. Im Jahre 1920 war die Bevölkerungsziffer beinahe wieder genau so hoch wie zehn Jahre zuvor. Anders ausgedrückt: die ungeheuren Blutbäder, die Hekatomben der Schützengräben Flanderns und Rußlands, die Epidemie der Spanischen Grippe hatten es, mit den Augen des unerbittlichen Statistikers betrachtet, gerade fertiggebracht, den normalen Zuwachs der europäischen Bevölkerung aufzusaugen. (...)

In den einzelnen Epochen seit dem Dreißigjährigen Krieg hatten die Menschen – aus Weisheit oder durch Zufall – jeweils weniger zerstört, als sie wiederaufzubauen vermochten. Alle Kriege des 19. Jahrhunderts waren in ihrem räumlichen Ausmaß und in ihrer zeitlichen Dauer begrenzt, und die Kriegführenden setzten nur einen Bruchteil ihrer Hilfsmittel ein. Keiner dieser Kriege hat darum die soziale Struktur und das sittlich-geistige Gleichgewicht der Völker ernsthaft gefährdet. Im Vergleich zu 1870 war der Krieg von 1914 ein totaler Krieg, der bis zur Erschöpfung des Gegners geführt wurde. Im Vergleich zu 1939–45 blieb er ein Krieg von zivilisierten Völkern. Damals praktizierte man noch nicht die Vernichtung der Zivilbevölkerung und noch nicht die Wissenschaft der Gaskammern. Es ist möglich, daß dieses Mal die Verarmung dem alten Erdteil ihr hartes Gesetz für eine ganze Generation auferlegt. Es ist möglich, daß man zwanzig Jahre brauchen wird, um wiederaufzubauen, was in fünf Jahren zerstört

worden ist. Die Raserei der Menschen hat das Werk der Jahrhunderte angeschlagen. (...)

Es handelt sich nicht um die Frage, ob die europäischen Nationen noch genügend Kräfte haben, um die Ruinenmassen aufzubauen, es handelt sich darum, ob sie noch genügend Mut haben, die Ruinen aufzubauen und dabei dem Besten ihres Erbgutes treu bleiben oder, wo es vonnöten, wieder treu werden. Zum Bau von Kanonen und Fabriken mit Hilfe von in Stoßbrigaden zusammengefaßten Arbeitern wird man in Asien immer mehr Hände und in den USA mehr Maschinen finden. Sicherlich muß Europa auch Fabriken bauen, aber der Erfolg läßt sich nicht allein an den Ziffern der Statistiken messen, sondern erst an Ziffern, die durch jene subtileren Maße, welche man auf die Dinge des Geistes anwendet, richtig gestellt sind. Zögern wir also nicht, es zu sagen: Die Aufgabe ist erdrückend schwer, denn die materiellen Notwendigkeiten drohen uns wieder an die Abgründe heranzuführen, denen wir erst mit Mühe, mit größter Mühe entronnen sind.

Welches sind in Europa eigentlich die auffallendsten Ergebnisse der Krise der letzten Jahre? Das erste scheint mir das zu sein, was ich, den Verlust der politischen und teilweise auch der geistigen Autonomie nennen möchte. Wir alle wissen, daß jenes Europa, das vor fünfzig Jahren in der Weltpolitik führte und sich die anderen Kontinente in Einflußzonen aufteilte, seine beherrschende Stellung verloren hat, ja daß es darüber hinaus Objekt von Konflikten zwischen völlig (oder teilweise) außereuropäischen Mächten geworden ist. Aber der schwerwiegendste Aspekt dieses Abstieges ist nicht diplomatischer Art. Daß der Sitz der Vereinten Nationen in Amerika und nicht mehr in Europa ist, daß keiner der drei Gro-

* Der französische Philosoph und Soziologe Raymond Aron (gestorben 1983) arbeitete nach dem zweiten Weltkrieg als Journalist, u. a. bei dem von Albert Camus gegründeten *Combat* und am ab 1947 Leitartikler für den *Figaro*. Aron gehörte zu den ersten französischen Intellektuellen, die für eine deutsch-französische Verständigung plädierten. Der Artikel erschien 1948 in *Dokumente*.

ßen einer der Nationalstaaten von Europa ist, darin, so gestehe ich, würde ich mich ohne allzuviel Gram schicken. Aber daß die Parteien im Innern der Nationen jeweils an eine der Mächte gebunden sind, die sich um die Weltherrschaft streiten, darin liegt die entscheidende und beklagenswerte Tatsache. Wie die Länder zweiter Ordnung, wie unlängst noch die Balkanstaaten, so sind wir nie wir selbst; unsere Kämpfe sind ein Reflex der Weltkämpfe, unsre Streitigkeiten das Echo der Weltstreitigkeiten.

Das zweite Ergebnis ist das, was ich mit Zersetzung der sozialen Beziehungen bezeichnen möchte. Der Krieg ist von Natur eine Periode, in der jede Proportion zwischen Verdienst und sozialer Belohnung schwindet. Hier ist eine Familie, deren Vorstand nicht einberufen ist und die dabei eine Verbesserung ihrer Situation erlebt, dort ist eine andere, deren berufstätige Angehörige alle im Felde stehen und die dadurch um mehrere Stufen absteigt. Die Gesetze haben versucht, die Kriegsprofite zu beschränken, aber da kam ein Unsicherheitsfaktor hinzu, gegen den Menschenkraft ohnmächtig war. (...)

Aber da ist noch mehr. Durch ganz Europa hindurch haben wir – auf Grund des Krieges – den Zerfall einer führenden Klasse erlebt, ohne daß im Feuer einer Revolution gleichzeitig eine andere führende Klasse geboren wurde. Dieses Phänomen hat in Deutschland, in Italien, in Frankreich und in den osteuropäischen Ländern verschiedene Formen angenommen. In Deutschland ist selbstverständlich die an die Nazi-Partei gebundene regierende Clique entfernt worden, aber vorher hatte sie, vor allem im Gefolge des Attentats vom 20. Juli, einen Teil der mutigsten und klarblickendsten Männer der früher führenden Schichten, Armeechefs, Verwaltungsbeamte, Angehörige der freien Berufe, vernichtet. Aufs Ganze gesehen, haben sich die alten führenden Schichten des Staates weitgehend im Hitlerunternehmen kompromittiert und wurden bei der nachfolgenden Entnazifizierung dezimiert. Die führenden Stellungen wurden von alten Männern übernommen, ohne daß das notwendige Vertrauensband zwischen Massen und Eliten sich im gemeinsamen Kampf gegen den Bedrucker hätte schmieden können.

In Frankreich macht sich dieselbe Erscheinung bemerkbar, ohne aber dasselbe Gewicht zu haben. Ein Teil der früheren Elite (im Sinn von Sorel und Pareto) hat sich in Mißkredit gebracht, weil er sich, wirklich oder anscheinend, dem vorläufigen Sieger unterwarf. Das Bürgertum hat an Reichtum, an Ansehen und an Macht verloren. Die neue Bourgeoisie (die Nutznießer des Schwarzen Marktes) ist zutiefst steril. Darüber hinaus bringt sie alle vom Glück Begünstigten in ein übles Licht, da sich der Mißkredit, der den Händlern anhaftet, auf sie überträgt. Zwar hat die Widerstandsbewegung einige Persönlichkeiten hervorgebracht, aber die soziale Ungleichheit wird im ganzen heute weniger hingenommen als gestern; das Bürgertum ist geringer geachtet, ohne daß ein positiver Wille zur Revolution, ohne daß eine revolutionäre Elite sich herausgebildet hätte. Der Krieg zerstört eine soziale Ordnung, ohne die Bedingungen für ihren Ersatz zu schaffen. (...)

Die Not ist in Deutschland noch größer als im Westen. Sie ist nicht größer als in manchen Ländern des europäischen Ostens. Auf diesem zerrissenen Boden schießen die Giftpflanzen empor, die Ausbeuter, die Außerhalb-des-Gesetzes-Stehenden, alle, die am gemeinsamen Geschick verzweifeln und für sich persönlich einen Ausweg suchen, mag das auch auf Kosten ihrer Mitbürger geschehen. Von diesen Tragödien der Einzelnen und der Gemeinschaft weiß ich sehr wohl. Auch wir auf der anderen Rheinseite haben genug gelitten, um ohne Pharisäismus, ohne Schadenfreude, ohne irritierende Empfindelheit davon zu sprechen. Ich weiß, daß kein wahrer Aufbau möglich ist, bis allen Völkern Europas, im besonderen Deutschland, die beiden Lebensgüter wiedergegeben sind, auf die kein Mensch verzichten kann: Brot und Hoffnung. (...)

Ich bin nicht hierher gekommen, um Ihnen eine fix und fertige Heilsformel zu bringen. Wir alle haben zu vergessen und neuzulernen. (...) Es ist meine tiefe Überzeugung, daß jenseits der Gräber, der Ruinen und der Verbrechen Franzosen, Deutsche, Belgier, Italiener, Engländer – Europäer – nur eine gemeinsame Zukunft haben und haben können. Diese gemeinsame Zukunft wird uns nicht geschenkt: es liegt an uns, sie zu schmieden.

Der revolutionäre Krieg

Ein Bericht zum Algerienkrieg

Von Jacques Duquesne*

» Diese eindrückliche Reportage von 1958 – geschrieben von dem 27-jährigen Kriegsreporter Jacques Duquesne, erschien zunächst in der katholischen französischen Tageszeitung *La Croix*. Sie löste in Frankreich große Debatten aus. Jacques Duquesne geht in seinem Bericht von der Situation des Spätherbstes 1957 aus, als in Algerien wenigstens militärisch eine gewisse Ruhe wiederhergestellt schien. Später nahmen die Kämpfe wieder zu. Die Reportage wirft ein eindrucksvolles historisches Schlaglicht auf das für Frankreich so schmerzhaft Thema des Algerienkriegs.

In der Stadt Algier herrscht ganz offenkundig Ruhe und Sicherheit. Seit Monaten hat kein nennenswertes Attentat mehr stattgefunden. Die »Europäer« atmen auf und fühlen sich von der schlimmsten Angst befreit. Kein Vergleich mit der drückenden Atmosphäre der ersten Monate des Jahres 1957, als jeder vor der nächsten Bombe oder Handgranate zitterte, die im Café nebenan, in der Straßenbahn, im Tanzlokal losgehen konnte. Heute sitzen wieder die alten Stammgäste in der »Milk-Bar, in der »Cafeteria«, im »Coq-Hardi«, und niemand denkt mehr an die Möglichkeit einer plötzlichen Explosion. »Es ist, als ob wir Ferien hätten«, sagte mir einer.

Alle Beobachter stimmen darin überein, daß die Franzosen in der Stadt Algier einen eindeutigen militärischen Sieg errungen haben. Die Untergrundorganisation der Nationalen Befreiungsfront (FLN) ist zerschlagen. Aber mit dem Sieg in Algier ist der Krieg in Algerien nicht zu Ende.

Freilich: auch an anderen Orten ist ein Mindestmaß an Sicherheit wiederhergestellt. Die engmaschige militärische Besetzung wirkt sich erfolgreich aus. Autos verkehren ungehindert über Straßen, auf die man sich vor wenigen Monaten – wenn überhaupt – nur unter dem Schutz einer gut

bewaffneten Eskorte wagte. Die Zugverspätungen haben sich verringert – wenn auch manchmal noch Minen den einen oder anderen Zug in die Luft jagen. Die Bewohner der Bergdörfer kommen wieder zahlreicher in die großen Marktflecken herunter, wo man sie lange nicht mehr gesehen hatte. Das Wirtschaftsleben geht weiter – die Masse der Soldaten sorgt schon dafür, daß die »Geschäfte florieren«.

Dennoch ist auch die FLN an vielen Stellen nach wie vor fest organisiert. Ein Offizier bestätigte mir, daß in bestimmten Bezirken Kabyliens die Verbände der Aufständischen nichts von ihrer Schlagkraft eingebüßt haben; sie sind nach dem Vorbild der französischen Armee in Sektionen, Kompanien und Bataillone eingeteilt. Kleine Einzelheiten unterstreichen den hohen Stand ihrer Organisation: man hat Fellaghas gefangengenommen, die von ihrem Bataillonschef unterzeichnete Urlaubsscheine für acht Tage bei sich trugen. Viele französische Offiziere, die den algerischen Terroristen verachten, respektieren ihre Gegner im »Maquis« und betrachten sie als tapfere Kämpfer; allerdings seien sie weniger selbstmordlustig als die »Viets«, mit denen sie in Indochina zu tun hatten.

Jeder Tag bringt neue kleine Gefechte und Überfälle. Unter diesen Umständen hat man sei-

* Jacques Duquesne, Absolvent der Pariser Hochschule für politische Wissenschaft, hat seinen ursprünglichen Text für die damaligen *Dokumente* angepasst und leicht ergänzt. Der Text wurde für diese aktuelle Ausgabe gekürzt.

ne Bedenken gegenüber dem offiziellen Optimismus der französischen Minister, die verkünden, daß »bald niemand mehr von der Rebellion sprechen wird«. Gewiß, in Algier selbst erscheint das glaubhaft, aber Algier ist nicht Algerien. Und wie sieht der Sieg aus, den wir in Algier errungen haben?

Seit Monaten wiederholt man unaufhörlich, daß der Algerienkrieg ein »revolutionärer Krieg« sei, das heißt ein vor allem politischer und psychologischer, weniger ein militärischer Krieg. In Algerien wird nicht der das letzte Wort sprechen, der die Kampfkraft (oder den Terrorismus) des Gegners gebrochen hat, sondern der, dem es gelingt, das Herz des algerischen Volkes zu gewinnen – und zwar nicht allein mit Gewalt.

So gesehen, sind die Aktionen des Militärs und der Polizei natürlich notwendig, um den legitimen Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten; für ihre Sicherheit zu sorgen, ist Pflicht des Staates. Aber diese Aktionen allein genügen nicht. Sie müssen durch psychologische und politische Maßnahmen ergänzt werden, und diese werden sich auf die Dauer als weitaus wichtiger erweisen. Keinesfalls darf es soweit kommen, daß die Polizeimethoden alles wieder zerstören, was auf politischem und psychologischem Feld gewonnen wurde. Der militärische Sieg in einem revolutionären Krieg darf nicht mit einer politischen Niederlage bezahlt werden. Wir müssen uns jedoch fragen, ob nicht gerade das in bestimmten Gebieten Algeriens geschehen ist. Ich zitiere einen Mohammedaner, von dem ich weiß, daß er kein begeisterter Anhänger der Aufständischen ist; im Gegenteil, FLN-Leute haben zwei Mitglieder sei-

ner Familie ermordet. Er sagt: »Eure Politik hier ist ein Fiasko. Ihr habt das Gegenteil von dem erreicht, was ihr erreichen wolltet. Wenn morgen freie Wahlen stattfänden, würde ich die FLN wählen – aus Protest. Trotzdem habe ich Angst vor der Unabhängigkeit.« Dieser Mann – das muß ich hinzufügen – hat jahrelang alles getan, um sich zu »assimilieren«, um voll und ganz französischer Bürger zu werden. Er stand niemals direkt oder indirekt mit der nationalistischen Bewegung in Kontakt, und nicht einmal in den härtesten Augenblicken der Schlacht um Algier wurde er von der Polizei oder vom Militär verhaftet. »Weil ich nie verhaftet war, bin ich in den Augen meiner mohammedanischen Volksgenossen verdächtig.« Vor etwa drei Wochen nun schickte die für psychologische Aktion zuständige Abteilung der französischen Armee seiner Frau eine Flugschrift mit der Warnung ins Haus: »Lassen Sie nicht zu, daß Ihr Mann in den Maquis geht; sonst wird Elend in Ihr Haus einziehen; und Ihre Kinder werden hungern! Der Mann mußte den Eindruck gewinnen, daß die französischen Behörden ihn keineswegs als Vollbürger ansehen, sondern als potentiellen Rebellen.

Folter und Gewissen

Welche Gründe haben diesen Mohammedaner – und mit ihm viele andere, denn er ist kein Einzelfall – zu seiner gegenwärtigen Einstellung geführt? Die Frage ist leider nur allzu leicht zu beantworten. Es sind gewisse Methoden, die wir in Algerien anwenden. Wir müssen darüber reden, nicht um irgendeinen »intellektuellen Masochismus« zu befriedigen (ein billiger Vorwurf Unbelehrbarer), sondern weil allzuviel auf dem Spiel steht. Wir

müssen wissen, ob eine Aussöhnung zwischen Frankreich und den Mohammedanern Algeriens heute noch möglich ist. Wir müssen auch wissen, ob eine Demokratie sich gegen terroristische Aggression nur mit Mitteln verteidigen kann, die unmittelbar ihren Grundsätzen zuwiderlaufen.

»Es ist Aufgabe und Pflicht der Behörden, nicht nur durch schriftliche Anweisung, sondern durch wirksame Kontrolle darüber zu wachen, daß selbst angesichts der schlimmsten Verleumdungen und eines ganzen Systems von Verbrechen und Komplizen die Gerechtigkeit ihres Namens würdig bleibt. Frankreich darf sich allein mit solchen Mitteln verteidigen – mit allen diesen Mitteln, aber nur mit diesen Mitteln –, die man später in den Schulbüchern für unsere Kinder erwähnen kann.« Das erklärte Georges Bidault am 20. März 1957 unter dem Beifall der gesamten Pariser Nationalversammlung. Wir müssen zugeben, daß die zukünftigen Verfasser der Geschichtslehrbücher, wenn sie Bidaults Forderung beherzigen, vor keiner leichten Aufgabe stehen.

Es wäre verfehlt, die Verantwortung für begangene Fehler einzelnen Personen oder einer bestimmten Gruppe zuzuschreiben. Für die Verletzung der Gesetze des Krieges (auch des revolutionären Krieges) trägt die ganze französische Nation die Verantwortung. Es wäre auch ungerecht zu verschweigen, daß die Armee, die Zivilverwaltung und einfache Privatleute in, Algerien heute mehr als je zuvor hervorragende Leistungen aufzuweisen vermögen. Vor allem aber müssen wir begreifen, daß die Polizei und besonders die Armee in Algerien mit einer außergewöhnlich schwierigen Aufgabe betraut ist, die mit ihren traditionellen Pflichten nichts mehr gemein hat.

In Algier wurde der Armee am 7. Januar 1957 die Aufgabe übertragen, die Ordnung in einer Stadt wiederherzustellen, die durch eine Folge grausamer Terrorakte erschüttert war und sich (zum Termin einer Algeriendebatte der UNO) von einem umstürzlerischen Streik bedroht sah. Um der militärischen Führung die Erfüllung ihres schwierigen Auftrags zu ermöglichen, gab man ihr außergewöhnliche Mittel in die Hand. Die Armee erhielt die volle Polizeigewalt, die in normalen Zeiten von den Zivilbehörden ausgeübt wird. Ja, diese ungewöhnlichen Vollmachten wurden nicht in der Hand eines einzelnen Mannes konzentriert, sondern auf alle Ebenen des Militärapparates ausgedehnt – vom General bis zum Gefreiten, sofern dieser als Träger der Befehlsgewalt auftrat. In der Praxis handelte es sich vor allem um die 10. Fallschirmjägerdivision, die ihre Aufgabe mit äußerster Energie durchführte. Einige Monate später – wir sagten es bereits – war der militärische Erfolg eindeutig. Wie gingen die Fallschirmjäger vor?

Ihre Taktik unterscheidet sich schon im normalen Krieg von der anderer Truppen. Die Männer springen in kleinen Gruppen ab und besetzen strategisch wichtige Punkte, ohne sogleich mit einer Verbindung zum Oberkommando oder zu den Nachbarverbänden rechnen zu können. Der Fallschirmjäger ist ein Einzelkämpfer, und er ist stolz darauf. In Algier wurden die Fallschirmjäger ebenfalls als selbständige Gruppen eingesetzt. (...) Aber die ungewöhnlichen Vollmachten dieser kleinen Kommandos, die gleichzeitig als Schutz- und Kriminalpolizei und als Kampftruppe auftraten, führten zu zahlreichen Übergriffen. Ich will gleich hinzufügen, daß nicht nur die Fallschirmjäger, sondern alle mit der gleichen Aufgabe betrauten Truppen ähnliche Ausschreitungen begingen.

Absurd und ungerecht wäre es, die Verantwortung bei den unmittelbar beteiligten Soldaten zu suchen. Man hatte ihnen in einer äußerst heiklen Lage allzuviel Vollmachten gegeben. Wenn sie in einer Weise davon Gebrauch machten, daß oft genug die Grundrechte des Menschen verletzt wurden, so glaubten doch viele von ihnen, damit zur Rettung unschuldigen Lebens beizutragen. Es war nicht immer leicht, die Gewissenskonflikte, die sich auf Schritt und Tritt ergaben, zu lösen.

Jeder Soldat konnte praktisch jeden Bürger – Europäer oder Mohammedaner – verhaften und einsperren (nicht etwa im Gefängnis, sondern an einem besonderen Ort), um ihn »zum Reden zu bringen«. Er brauchte keiner höheren Stelle darüber zu berichten – zumindest während mehrerer Tage. Den Familien der »Verdächtigen« war es daher oft unmöglich zu erfahren, wo ihre Angehörigen festgehalten wurden. In den ersten neun Monaten des Jahres 1957 sind unter diesen Bedingungen in der Stadt Algier mindestens dreitausend Menschen verschwunden; sie wurden von der Armee oder der Polizei verhaftet, und dann hörte man nichts mehr von ihnen.

Ob nicht mancher Verschwundene zur FLN ging? Bei einzelnen mag das zutreffen. Aber wenn dreitausend Menschen aus den improvisierten Gefängnissen von Algier geflohen wären, um sich den Rebellen anzuschließen, müßte man von den Wachkommandos ziemlich geringschätzig denken! (...)

Und etwas wiegt vielleicht noch schwerer als das Verschwinden selbst: die Bevölkerung wagt meist gar nicht mehr, gegen Übergriffe Klage zu erheben, weil sie fürchtet, die Beschwerde werde auf den Kläger zurückfallen. Man hat mir in Al-

gier von einem mohammedanischen Ehepaar erzählt, das eine ihm bekannte Persönlichkeit aufsuchte: eine Tochter war seit Tagen verschwunden, vielleicht verhaftet – wie soll man das wissen, da keine Haftbefehle mehr nötig sind und man die Angehörigen nicht mehr benachrichtigt? Die betreffende Persönlichkeit bot sich an, bei den Behörden zu intervenieren, um zu erfahren, wo das junge Mädchen sich befände, und um gegebenenfalls ein Gerichtsverfahren einzuleiten. Aber die Eltern lehnten ab. Sie befürchteten, wie sie sagten, von einer solchen Intervention Schlimmes für ihre Tochter oder für ihre anderen Kinder.

Offenbar ist der französische Staat also derzeit in Algerien außerstande, einer seiner wesentlichsten Aufgaben gerecht zu werden, nämlich für den Schutz seiner Bürger, zumindest eines Teils seiner Bürger, zu sorgen. (...) Es gibt noch immer »Verhaftungen auf gut Glück« – es gibt auch immer noch Folterungen.

Wir verzichten darauf, die verschiedenen Methoden der Folter im einzelnen zu beschreiben. Nie haben höhere Dienststellen ihre Anwendung befohlen, das bleibt ein Punkt zur Ehrenrettung Frankreichs. Wohl aber hat die Regierung Foltermethoden gedeckt. (...) Lange Zeit schwieg man überhaupt zu diesem Thema.

In Algier selbst ist jetzt an die Stelle der Fallschirmjäger die sogenannte mohammedanische Polizei getreten, die über die Kasbah – das Araberviertel – regiert. Diese »Polizei« neuen Typs verdient eher den Namen Gangsterbande. Ihr Kern besteht aus ehemaligen Terroristen der FLN, die man plötzlich aus dem Gefängnis entlassen und damit in den Augen der Rebellen auf immer kompromittiert hat. Unter Zwang oder aus Ge-

winnsucht bauen sie ein selbständiges Spitzelnetz auf. Sie haben ihre Folterkammern mitten in der Kasbah. Die Aufstellung einer solchen Truppe ist auf kurze Sicht gewiß ein wirkungsvoller Schachzug. Die Bewohner der Kasbah von Algier fürchten sich vor Denunzianten; sie hören auf, »über Politik zu reden«; mehr noch, die Flugschriften, Ausweise und Zeitungen der FLN sind verschwunden. Das Mißtrauen aller gegen alle ist eingezogen. (...)

Auf lange Sicht ist das System der Folter offenkundig erfolglos. Dagegen zerstört es alles, was die französische Propaganda oder die tatsächlich durchgeführten Reformen vielleicht an Erfolg aufweisen könnten. Die meisten Mohammedaner sind überzeugt, daß die Armee und die Polizei der Franzosen systematisch solche verdammenswerten Methoden anwenden; viele haben sie am eigenen Leib erfahren, und die Berichte darüber sprechen sich rasch herum; dafür sorgt das berühmte »arabische Telefon«. Ohne Zweifel übertreibt es. Aber wir haben dafür gesorgt, daß die Gerüchte einen wahren Kern enthalten. So gewinnen wir die Algerier nicht für die Sache Frankreichs.

Zu den besonders aktiven Nationalisten gehören die mohammedanischen Angestellten und Arbeiter. Denn auch sie betrachten die Unabhängigkeit als das Ende eines Zustandes, der ihnen ungerecht erscheint. Sie erwarten von der Unabhängigkeit sozialen Aufstieg. Wo bleiben also die, die man immer »die Freunde Frankreichs« nennt? Ohne Zweifel gibt es sie in allen Schichten und Kategorien, von denen hier – natürlich viel zu schematisch – die Rede war. Aber ihre Zahl wird immer geringer. Unsere politischen Irrtümer treiben immer mehr von ihnen in den Nationalismus. Andere haben Angst, sich zu Frankreich zu bekennen, weil sie fürchten, die nächste französische Regierung könnte sie plötzlich fallen lassen und schutzlos der FLN ausliefern.

Was hätte Frankreich tun sollen?

Die Frage drängt sich auf, wie Frankreich nach dem Ausbruch der Rebellion am 1. November 1954 hätte vorgehen sollen. Die Aufgabe war äußerst schwierig; sie erforderte viel Takt, Psychologie und Selbstbeherrschung. Einen entscheidenden Fehler galt es zu vermeiden: wir durften nicht jeden Mohammedaner als potentiellen Aufständischen betrachten und ihm das auch noch zeigen. Gerade das aber haben wir getan. Die Ausweiskontrollen, die Leibesvisitationen nur bei Mohammedanern, die Flugschriften, Plakate und Reden (»schließt euch nicht der FLN an!«), die willkürlichen Verhaftungen, die Fälle blinder Vergeltung, die Gewalttaten der europäischen Bevölkerung als Reaktion gegen den FLN-Terror: all diese Erlebnisse haben Menschen in Rebellen verwandelt, die im Anfang keineswegs an Aufstand dachten. Man verweist demgegenüber gern auf gewisse theatralische »Versöhnungsaktionen«. Aber wann handelt es sich um ehrliche Freundschaftskundgebungen und wann um eine »Speck-Versöhnung«? Ich erwähne ein einziges Beispiel. In offiziellen Dokumenten lesen wir viel über die Reform der Kommunalverwaltung, über die Aufstellung beratender Kommissionen in bestimmten Gemeinden. Aber wer weiß, daß mehrere Dörfer in Kabylien einer totalen Blockade unterworfen wurde (die Armee umzingelte sie und schnitt sie von jeder Verbindung zur Außenwelt ab), bevor die Einwohner, hier und da sogar im Einvernehmen mit dem örtlichen FLN-Chef, ihre Kommission benannten?

Der Franzose und seine Parteien

von Jacques Fauvet*

»» **Was prägt das französische Parteiensystem, die Haltung der Wähler, die Regierungsarbeit? Diese Analyse erklärt das politische System Frankreichs wie es sich nach dem 2. Weltkrieg ausprägte. Der hier leicht gekürzte Text wurde 1958 in *Dokumente* veröffentlicht.**

Nichts ist so unbeständig und gleichzeitig so stabil wie die französische Innenpolitik. Die Regierungen wechseln alle sechs oder neun Monate, und die länger amtierten, sind nicht die besten. Aber die Mehrheit, die sie trägt – wenn man so sagen darf –, bleibt vom Anfang bis zum Ende der Legislaturperiode die gleiche, und falls sie sich wirklich einmal ändert, dann nur für kurze Zeit.

Die Regierungen lösen einander ab. Aber die Politik bleibt offensichtlich die gleiche; sie scheint sich dem Willen der Menschen zu entziehen und eigenen mechanischen Gesetzen zu folgen. Aufmachung und Stil können täuschen, nicht jedoch die unmittelbaren Resultate.

Die Parteien entstehen und vergehen weniger rasch als die Kabinette. Zusammen mit der Verwaltung bilden sie das stabile Element des Regimes. Immerhin tauchen zuweilen neue Parteien auf, und alte gewinnen neue Kraft oder ein neues Gesicht. (...) Die Kommunistische Partei dehnt sich aus und geht wieder zurück. Eine »neue Linke« sucht sich zu gruppieren. Die ewige Rechte tritt unter verschiedenen Gesichtern auf, firmiert unter wechselnden Etiketten. De Gaulle glänzt und verlöscht. Pujade erscheint wie ein Blitz – oder ein Irrlicht. (...)

Die Parteien ändern sich nicht; sie haben De Gaulle widerstanden und Pujade lächerlich ge-

macht. Aber auch die Kombinationen verändern sich kaum – trotz des gegenteiligen Anscheins. Immer wieder kehrt der Schwerpunkt der französischen Politik in das »juste milieu«, zur goldenen Mitte, zurück. Eine alte Erfahrung sagt: die Rechte wird in der Wahl geschlagen, die Linke in der Macht verschlissen. Deshalb regiert die Mitte. Natürlich findet sich ein Ausländer mit diesem Nebeneinander von Labilität und Kontinuität nicht zurecht. Aber es ist noch nicht das letzte Paradox: so enttäuscht der Franzose auch von der Politik ist – er bleibt dem System im allgemeinen und seiner Überzeugung im besonderen treu. (...)

Seit zwanzig Jahren hat Frankreich nur zwei Augenblicke erlebt, in denen die Stärkeverhältnisse der Parteien wechselten: 1936 bei den Volksfrontwahlen und 1945. Aber auch damals wurde die Politik selbst nur für kurze Zeit umgekrempelt.

Diese Situation ist so alt wie das republikanische Regie, vielleicht wie das Land selbst. Ihre Wurzeln reichen tief hinab in das französische Temperament, in die Geschichte, in die Geographie. Niemand vermag sie zu verändern. Der eiserne Hieb vieler Kriege konnte ihnen ebensowenig anhaben wie die mehrfachen autoritären Zwischenspiele. Immer noch schimmern alte religiöse Streitigkeiten durch und drohen jederzeit neu aufzuflammen. Immer noch verschärfen wirt-

* Jacques Fauvet wurde 1914 geboren. Er studierte Rechtswissenschaft und begann 1937 seine journalistische Laufbahn bei der großen Provinzzeitung *L'Est Republicain* in Nancy. Während des Krieges geriet er in deutsche Gefangenschaft. Nach dem Krieg wurde Fauvet Chef der politischen Redaktion von *Le Monde*. Der hier abgedruckte, gekürzte Text stammt aus seinem Buch von 1958, *La France déchirée*.

schaftliche Gegensätze die soziale Spannung – wenn heute nicht mehr so sehr zwischen den Klassen, dann doch zwischen den Landesteilen. Daß die Schwäche der Regierungen und der politische Immobilismus in einer Zeit, da der Rhythmus des Weltgeschehens sich beschleunigt und neue Mächte, Machtblöcke und Imperien entstehen, für Frankreich doppelt nachteilige Folgen hat, läßt sich nicht bestreiten.

Ist der Abgeordnete frei?

Mag ein Politiker noch so liberal gesinnt sein: er kann keine parlamentarische Karriere machen ohne vorherige Anerkennung durch eine Organisation, die sich wie eine Scheidewand zwischen ihm und den Wähler stellt, den er repräsentieren möchte. Bevor er in allgemeiner Wahl gewählt werden kann, muß er in interner Wahl investiert sein; er muß für die Kandidatur kandidieren. (...)

Das äußerste Mittel, zu dem die Parteien manchmal greifen, ist in Frankreich unter dem Namen »parachutage« (wörtlich: Fallschirmoperation) bekannt: die Partei erzwingt die Kandidatur eines angesehenen und oft bekannten Politikers, der aber in dem betreffenden Departement fremd ist. Kurz nach dem Krieg war diese Praxis sogar die Regel. Ob sie verwerflich ist? Sie ist nicht einmal neu. Clemenceau, Briand, Tardieu, Léon Blum waren »parachutiert« worden. Paul Reynaud hat dreimal den Wahlkreis gewechselt. Ein Politiker muß sich schließlich anzupassen verstehen; das gilt für seine Funktionen ebenso wie für die Bevölkerung, die er vertritt. Ein Parlament ist letzten Endes etwas anderes als eine Versammlung von Kommunalvertretern. So wählt also stets die Partei ihre Kandidaten; lediglich die Methoden variieren. (...)

Alle französischen Parteien zeichnen sich durch die Disziplinlosigkeit der Mitglieder und ihre mangelnde Treue zur Führung aus; die Kommunistische Partei weiß diese natürliche Neigung des französischen Temperaments am wirkungsvollsten zu bändigen. Der Kommunist vertraut seiner Partei mehr als irgendein anderer Franzose: 62 Kommunisten von hundert vertrauten nach einer

Umfrage aus dem Jahre 1952 ihrer Partei absolut und 45 ihrem Führer Maurice Thorez; dabei lebte dieser damals für längere Zeit in Sowjetrußland! Der Zusammenhalt der Kommunisten hat seine Gründe. Die Arbeiterschaft, aus der sich Parteimitglieder und Führer rekrutieren, ist stärker als jede andere Schicht des französischen Volkes wenn nicht von Klassen-, so doch von Solidaritätsbewußtsein durchdrungen. Den Beweis liefern die abtrünnigen Kommunisten: sie verlieren sehr rasch ihre frühere Popularität. Darum ist es in Frankreich so schwer, vielleicht, sogar unmöglich, eine authentische politische Arbeiterbewegung außerhalb der Kommunistischen Partei aufzubauen. (...)

Außerdem gehen immer wieder Instruktionswellen von ganz oben bis ganz unten durch die Partei. Der Kommunist geht sein Leben lang in die Schule. Es ist eine Ehre für ihn, zu den Kursen der zentralen französischen Parteischule zugelassen zu werden, und nach Moskau reisen zu dürfen, verleiht ihm geradezu eine höhere Weihe.

Die Disziplin der Sozialisten

Nichts dergleichen finden wir in der Sozialistischen Partei (SFIO). Es gibt keine Gedankenregelung und keine Lebensvorschriften. Aber die Fraktionsdisziplin ist dennoch fast ebenso rigoros wie bei der KP. Ein Verstoß gegen die Fraktionsdisziplin schafft in der SFIO einen »Fall« und oft sogar ein Gewissensdrama. Als 1946 (die Kommunisten waren aus der Wahl am 10. November als stärkste Partei hervorgegangen) Maurice Thorez mit der Regierungsbildung beauftragt war, erlitt ein junger sozialistischer Abgeordneter eine Nervenkrise, weil er vor der quälenden Alternative stand, entweder für den Kommunistenführer zu stimmen oder gegen die Ordnung der SFIO zu verstoßen, die damals im Zeichen des »Tripartismus« mit der KP koalierte. Als 1954 der neue Präsident der Republik zu wählen war, stimmten die »europäischen« Sozialisten geschlossen für einen Parteifreund, obwohl er als Anti-Europäer bekannt war. Allein der Kampf um die Europäische Verteidigungsgemeinschaft vermochte die Einheit der SFIO ernstlich zu erschüttern. Der Riß ging so tief, daß die sozialistischen Abgeordneten sich

damals geschworen haben, etwas Ähnliches dürfe sich niemals wiederholen.

Wie erklärt sich der Zusammenhalt der Sozialisten? Die meisten von ihnen brauchen sich wegen der Wiederwahl keine Gedanken zu machen. Auch ihre Karriere ist gesichert. Sie handeln spontan solidarisch; niemand schreibt es ihnen vor. Sie können völlig verschiedener Meinung sein – an der Schwelle des Bruchs mit der Parteidisziplin machen sie halt. (...)

Dennoch verhalten sich die Sozialisten strikt demokratisch. Sie unterwerfen sich der Mehrheit. Kein sozialistischer Wähler kommt auf den Gedanken, einem Gesetz den Gehorsam zu verweigern, weil es gegen die Stimmen seiner Abgeordneten angenommen wurde. Der Parlamentarier tut das gleiche. Demokratie bedeutet für die SFIO freie innerparteiliche Aussprache, dann Abstimmung; die Mehrheit entscheidet, und selbstverständlich gilt die Entscheidung für alle.

Je mehr wir uns von links nach rechts bewegen, um so mehr entfernen wir uns von der Idee der Einheit. Die RPF der ersten Zeit und länger noch die MRP besaßen Autorität über ihre Mitglieder. Die Gaullisten splitterten sich jedoch rasch völlig auf: eine Gruppe der RPF-Abgeordneten nach der anderen brach mit den »reinen Gaullisten«. (...)

Das Prinzip der Einheit in der MRP ist mehr gefühlsmäßig als intellektuell bestimmt; es wurzelt in der Anhänglichkeit an die alte christlich-demokratische Tradition. Immerhin hat sich dieses Sentiment als stark genug erwiesen, um eine Art von moralischem Druck auf die Fraktion auszuüben und sie auch, wenn die Meinungen oder Interessen ihrer Mitglieder auseinandergehen, zusammenzuhalten.

Die alte und die neue Rechte

(...) Während Sozialisten und Kommunisten durchschnittlich zwei Fünftel der Parlamentarier stellen, entstehen und vergehen andere Fraktionen gemäß den konfuse Gesetzen der politischen Chemie. Die anscheinend einfach strukturierte klassische Rechte zerfällt in Wirklichkeit seit Jah-

ren in zahllose Moleküle. Es gibt Unabhängige, es gibt Bauern, es gibt »Unabhängige und Bauern« – und bei allen wieder divergierende Strömungen und innere Konflikte. Man darf auf der Rechten zwischen zehn und fünfzehn parlamentarische Gruppen annehmen. Der Individualismus rechtfertigt das Nein zur Fraktionsdisziplin, das Vergnügen an der freien Diskussion. (...)

Die französische Rechte stand früher nie unter der gebieterischen Forderung, sich politisch zu organisieren und eine große konservative Partei zu bilden. Lange Zeit brauchte sie keinen politischen Rahmen, da der gesellschaftliche Rahmen allein ihr genügend Sicherheit bot. »Wenn die Rechte die Partei nicht erfunden hat, so deshalb, weil sie ihrer nicht bedurfte. Das Ansehen der traditionellen Eliten, die gesicherten Positionen, die stabile Anhängerschaft und nicht zuletzt die Sympathie der Kirche haben stets zu ihren Gunsten gewirkt« (René Rémond). Erst als zahlreiche Notabeln sich in das Vichy-Abenteuer verstrickt hatten und die MRP zur Lieblingstochter der Kirche geworden war, empfand die von zwei Seiten bedrohte Rechte das Bedürfnis, sich zu verteidigen, das heißt, sich zu organisieren und zusammenzuschließen. Absichtlich vermeidet sie immer noch die Bezeichnung »Partei« und bevorzugt Worte wie Föderation oder Allianz, die das Moment der individuellen Freiheit besser ausdrücken. Heute spricht sie zwar schon von »Zentrale« und »Bewegung«, aber das hindert sie nicht daran, weiterhin oft auf der Stelle zu treten und die lockere Ordnung beizubehalten. Seit 1949 ist die Rechte im Parlament wenigstens einigermaßen zusammengefaßt, und 1954 hat sie zum ersten Mal daran gedacht, eine Fraktionsdisziplin einzuführen; 1956 gelang ihr das. (...)

Die meisten französischen Abgeordneten leben von kontrollierbaren Einkünften, und soweit sie mit ihren Diäten auskommen müssen, geht es ihnen sogar notorisch schlecht: sie erhalten nach Abzug verschiedener obligatorischer und freiwilliger Beitragsleistungen einen Nettobetrag von etwa 170 000 Francs gleich 1 700 DM, wovon die Kosten des zweiten Wohnsitzes in Paris für alle Deputierten aus der Provinz allein mindestens 900 DM verschlingen .

Kalkuliertes Risiko in Ost und West

Deutsche und französische Sicherheitsinteressen zehn Jahre nach Ende des zweiten Weltkriegs

Von Charles Ronsac*

» » **Wie wichtig ist der Transatlantikpakt, die NATO für die Sicherheit Europas? Dieser Text von 1958 fasst die europäischen Sicherheitsinteressen zur Zeit des kalten Krieges zusammen.**

Der Mann auf der Straße fühlt ebenso wie der politische Beobachter: der Osten hat eine Politik und dringt vor, der Westen hat keine Politik und bleibt unbeweglich. Ein Jahr ist es her, seit die UdSSR ungestraft den ungarischen Volksaufstand niederwarf; Rußland leidet offenbar unter wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die es zur Aufgabe seines Fünfjahresplanes zwingen; im Nahen Osten scheint es die Orientierung verloren zu haben, und der Fall Schukow beweist, daß im Kreml der Kampf um die Macht weitergeht; auf lange Sicht wird die Diktatur nicht ohne Diktator auskommen. Aber gleichzeitig bietet Rußland der Welt das bisher eindrucksvollste Schauspiel seiner gewaltigen Macht. Der Aufstieg der ersten künstlichen Erdsatelliten beeindruckte die öffentliche Meinung noch weit mehr als das erfolgreiche Experiment mit der interkontinentalen Rakete.

Gleichzeitig gelangen auch dem Westen – ein Jahr nach der Suezkrise – einige gute Züge. Paris, Bonn und Rom ratifizierten die Verträge über Euratom und den Gemeinsamen Markt. Durch das Plebiszit für Adenauer bewiesen die Deutschen, daß sie politische und wirtschaftliche Realitäten der unbekanntenen Größe »Wiedervereinigung« vorziehen. Mit seiner Ablehnung des Verzichts auf die H-Bombe hat Aneurin Bevan, der zukünftige britische Außenminister, den Bevanismus begraben. Aber der Abbruch der diplo-

matischen Beziehungen zwischen Bonn und Belgrad, so »unvermeidlich« er auch war, machte die Niederlage nicht wett, die Titos Annäherung an Ulbricht für den Westen bedeutet. Die »feste Haltung« der Amerikaner während der türkisch-syrischen Krise konnte den Eindruck nicht verwischen, daß Nasser wieder Boden gewinnt und daß in diesem Teil der Welt keine Regelung mehr möglich ist, bei der die UdSSR nicht mitspricht. Ziehen wir Bilanz: die »Politik des kalkulierten Risikos« hat in Ost und West das unvorhergesehene Risiko erhöht. Der Zauberlehrling weiß nie, was geschehen wird. Das Atommonopol der USA konnte nicht ewig dauern. Einige Jahre lang beruhte die westliche Politik zu Recht auf der Drohung mit atomarer Vergeltung. Sie hat sich bisher nicht geändert, obwohl die Sowjetunion über gleiche Waffen verfügt und anscheinend sogar ein Übergewicht erreicht hat. Amerika ist in den Regeln des von ihnen selbst begonnenen Spiels gefangen.

Stalins Kolonialreich

Bis zu Stalins Tod kalkulierte Rußland jedes Risiko auf das Ziel hin, seine Herrschaft über andere Länder auszudehnen, während die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten die Eindämmung dieser Expansion anstrebten. Auf den kommunistischen Aufstand in Griechenland, den Prager

* Charles Ronsac war Chefredakteur der aus der Resistance hervorgegangenen Pariser Tageszeitung *Franc-Tireur* und des Wochenblattes *Demain*. Beide Organe, die nicht mehr erscheinen, standen der Sozialistischen Partei Frankreichs (SFIO) nahe und setzten sich für die europäische Idee ein. Der folgende Aufsatz erschien auch in der Dezemberausgabe 1957 der atlantischen Monatsschrift *Occident/Western World*.

Staatsstreich, die Berliner Blockade und die Aggression Nordkoreas antworteten sie mit der Truman-Doktrin, dem Marshallplan und dem Atlantikpakt, der Luftbrücke und der bewaffneten Intervention unter der Flagge der Vereinten Nationen. Ohne Zweifel verhinderte diese Politik Trumans, Marshalls, Achesons und Kennans die Auflösung Westeuropas. Aber als Stalin 1953 starb, hatte sich die gesamte sowjetische Einflußzone von 1945 in ein fest gezimmertes Kolonialreich verwandelt. Stalin selbst hatte in seiner Starrköpfigkeit die einzige Bresche geschlagen – Jugoslawien. Seine Nachfolger wollten um jeden Preis das Erbe des Eroberers erhalten und gleichzeitig die Freundschaft der neutralen Länder gewinnen. Um den Preis einiger Konzessionen – Waffenstillstand in Korea und Indochina, österreichischer Staatsvertrag, Rückgabe der finnischen Stützpunkte – erreichten sie ihr erstes Ziel auf der Genfer Gipfelkonferenz; der Waffenstillstand im Kalten Krieg auf der Grundlage des atomaren Gleichgewichts besiegelte faktisch den Rußland günstigen Status quo.

Das zweite Ziel war höher gesteckt. Für Stalin galt Neutralität als höchst verdächtig; alles, was nicht sowjetfreundlich war, war feindlich. Unter Chruschtschow und Bulganin änderte sich die russische Haltung. Die Turbane und Blumengirlanden, welche die beiden reisenden Sowjetführer in Asien schmückten, bezeichnen den Wendepunkt Der jahrhundertealte Traum der Zaren, einen Zugang zu den warmen Meeren zu finden, verwirklichte sich an dem Tage, da ein Mann im

Kreml (vielleicht Schepilow) den israelisch-arabischen Konflikt als ein Geschenk der Vorsehung erkannte: Rußland brauchte nur Waffen an Nasser zu liefern, um im Orient Fuß zu fassen. Die amerikanische Gegenoffensive hat zwar Ägypten und Syrien praktisch isoliert; die halbfeudale arabische Welt blickt immer noch nach Westen. Aber der sowjetische Einfluß blieb trotzdem Wirklichkeit. Das kalkulierte Risiko Chruschtschows machte sich bezahlt.

Auch die Politik der amerikanischen Demokraten, das containment, hatte sich bewährt. Dennoch ersetzten die siegreichen Republikaner die 1954 mit viel Lärm durch den Gedanken des roll-back – aber nur in Worten. Tatsächlich gab es amerikanische Politik jetzt überhaupt nur noch dort, wo die Russen ihr gnädig entgegenkamen. Den Neutralen waren die USA nicht freundlicher gesinnt als Stalin. Das »China« Tschiang Kaischeks erhielt hundertmal soviel Dollars wie das Indien Nehrus. Erst die französisch-britische Expedition nach Ägypten ermöglichte es den Amerikanern, Rußland im Herzen der ehemaligen Kolonialvölker »einzuholen und zu überholen«. Das einzige kalkulierte Risiko dabei war die Verstimmung ihrer beiden wichtigsten Alliierten. Die bald darauf verkündete Eisenhower-Doktrin erwies sich militärisch als unbrauchbar, wirtschaftlich als wirkungslos. Eine einzige regierende Familie in Arabien bezieht mehr amerikanisches Geld (Gewinn aus Ölquellen) als sämtliche Anhänger der »Doktrin« zusammen. Die Politik des roll-back zerplatzte endgültig im Augenblick des

ungarischen Volksaufstandes. Eisenhower wollte nicht einmal das Risiko eingehen, mit den Russen ebenso energisch zu reden wie mit den Engländern und Franzosen.

Amerikanische Division in Europa

Vielleicht ließ der Westen seine Chance vorübergehen, als im Februar 1954 – Malenkov regierte in Moskau – die Berliner Konferenz eine Gelegenheit bot, über einen gleichzeitigen Rückzug der amerikanischen und sowjetischen Truppen aus Europa zu diskutieren. Man darf uns nicht mißverstehen: Kernstück des Atlantikpaktes ist die historische Garantie der USA, Europa in Europa zu verteidigen; hätte sie 1914 oder 1939 existiert, wären den Völkern zwei Weltkriege erspart geblieben, und 1949 dürfte sie einen dritten verhindert haben. Das Engagement der Amerikaner erfordert die Anwesenheit ihrer Truppen in Europa. Aber in einer Zeit der thermonuklearen Bomben und interplanetarischen Raketen können Divisionen einen Krieg weder auslösen noch verhindern. Notwendig ist nur ihre symbolische Existenz, eine einzige amerikanische Division in Südkorea hätte im Juni 1951 die Aggression verhindert. Zwei oder drei Sowjetdivisionen in Osteuropa könnten das ungarische Massaker nicht wiederholen. Zwei oder drei amerikanische Divisionen am linken Rheinufer würden jedoch genügen, um im Falle einer Aggression oder auch nur einer Verletzung des neuen, von allen vier Großmächten garantierten Statuts den atomaren casus belli zu schaffen.

Allerdings konnte sich im Jahre 1954 trotz des Berliner Aufstands vom 17. Juni 1953 kein Politiker, Stratege oder Journalist vorstellen, daß der Rückzug der sowjetischen Truppen die Befreiung

der unterjochten Völker beschleunigen würde. Alle, und die Russen an erster Stelle, waren überzeugt, daß die Sowjetunion bei einer Räumung Polens und Ungarns feste kommunistische Regime zurücklassen würde, treue Armeen, ergebene Parteien, eine durch die stalinistische Erziehung fanatisierte Jugend. Die ungarische Revolution und der Umschwung unter Gomulka bewiesen genau das Gegenteil – aber die amerikanische Strategie zog aus dieser erschütternden Entdeckung überhaupt keine Lehre. Im Osten geschah etwas Neues, aber im Westen gab es weiter Diplomatie as usual, wenn nicht Diplomatie der Furcht.

Vielleicht war es jetzt zu spät, dem Kreml Vorschläge zu unterbreiten, deren Verwirklichung Millionen von Menschen befreit hätten; auch die Sowjets waren ja durch die neuen Ereignisse erschüttert. Aber diese Aussicht verdiente doch wenigstens den Einsatz von ein wenig Phantasie. Gerade sie fehlte und fehlt den Strategen und Diplomaten des Westens. Der Atlantikpakt hat immer noch seinen Sinn; aber die NATO von 1949 ist überholt. Sie muß sich verjüngen, wenn der Westen dem Freiheitswillen der östlichen Völker Rechnung tragen will – und der russischen Anwesenheit im Orient, der Entwicklung Asiens und Afrikas und natürlich – den thermonuklearen Bomben und interkontinentalen Raketen.

Schwächen und Chancen der Demokratie

Gewiß müssen wir jetzt wieder auf einen günstigen Moment warten, um die Initiative zu ergreifen. Für den Westen bleibt die Einheit Europas die einzig neue Perspektive. Aber der Gemeinsame Markt und Euratom werden erst in langen Jahren Wirklichkeit sein. Bis dahin fehlt es nicht an

schwachen Stellen: der Algerienkrieg schleppt sich hin; Gouverneur Faubus und seine paar Hundert Fanatiker von Little Rock waren wochenlang ein (falsches) Symbol Amerikas; Eisenhowers Ansehen sinkt; die Währungslage verschärft sich in England und besonders in Frankreich. Die USA sind zwar bisher das einzige Land, in dem eine Magenverstimmung des Präsidenten einen kleinen Börsenkrach verursacht; noch zeigen sich die Europäer über den leichten wirtschaftlichen Rückgang der letzten Monate nicht besorgt. Im Osten lockert sich der wirtschaftliche Zugriff Rußlands in Polen, Ungarn, Ostdeutschland, der Tschechoslowakei: beinahe normale Verträge ersetzen allmählich das »Kolonialstatut«, das es den Sowjet erlaubte, sich billig Rohstoffe und Fertigwaren zu beschaffen und die eigenen Erzeugnisse zu Höchstpreisen zu verkaufen. Die Hilfe für das kommunistische China und gewisse Entwicklungsländer belastet die sowjetische Wirtschaft. Es ist schwer zu sagen, wer heute das größere Risiko eingeht: der Osten oder der Westen. Das enorme moralische Kapital des Westens, die Demokratie, wird manchmal von denen, die nicht direkt unter der Diktatur leiden, zu gering eingeschätzt. Daß Amerika die Öffentlichkeit über Arbeiten seiner Wissenschaftler und Techniker unterrichtet, sollten wir der Demokratie hoch anrechnen – aber lachte man nicht auch in den freien Ländern Europas weidlich über gewisse Mißerfolge amerikanischer Raketen?

Die öffentliche Meinung verglich sie sofort mit den Leistungen der Sowjets. Dabei kommen in der UdSSR vielleicht noch viel mehr Mißerfolge vor, nur spricht man dort nicht von ihnen. Aber Eisenhower kann noch so oft erklären, die USA betrachteten ihr Satelliten-Programm nicht als

Wettrennen: ein Teil der öffentlichen Meinung glaubt an den russischen Vorsprung. Eisenhowers liebevolle Pflege der Abrüstungs-Mystik beruhte auf einer Illusion. Der Kalte Krieg, die sowjetische Expansion, die Spaltung der Welt haben die Rüstung verursacht, die Beilegung der wichtigsten Streitfragen in Europa und Asien wird eine Abrüstung ermöglichen – nicht umgekehrt!

Auch Chruschtschow jagt einer gefährlichen Illusion nach: er hält die Sowjetunion jetzt für stark genug, um Amerika zu direkten Verhandlungen zu überreden, wenn nötig auf Kosten seiner europäischen Verbündeten. Keine amerikanische Regierung (davon bleibt Europa überzeugt) wird sich bereit finden, ein Super-Jalta auszuhandeln, das den Status quo des sowjetischen Imperiums feierlich besiegelt und das freie Europa in tödliche Resignation stoßen muß.

Dennoch wachsen Resignation und Furcht in vielen Ländern. Nach dem Abschluß der Interkontinentalrakete am 26. August 1957 und dem Start der beiden Sputniks sah sich China veranlaßt wieder engeren Anschluß an Rußland zu suchen; Amerika tat nichts, um es zu einer anderen Politik zu ermutigen. Das Polen Gomulkas, ja selbst Titos Jugoslawien sieht keinen Grund mehr, sich von der UdSSR zu distanzieren. Das »Gleichgewicht des atomaren Schreckens« ist vielleicht ein geringeres Übel, eine Politik ist es nicht. Seit dem Marshallplan und dem Atlantikpakt hat der Westen nur eine einzige neue Idee hervorgebracht: die Vereinigung des alten Europa. Es ist höchste Zeit, daß wir alle, vor allem die Amerikaner, neue Ideen über die Beziehungen zur Sowjetunion entwickeln. Sonst wird Europa verkümmern, bevor es vereinigt ist.

Die Geburt der Fünften Republik im Jahr 1958

Von Pierre Vianson-Ponté*



Am 4. Oktober 1958 wurde die Verfassung der Fünften Republik ratifiziert. Sie ist bis heute gültig, wurde bisher 18-mal abgeändert und geht auf den damaligen Staatschef Charles de Gaulle zurück. Das Referendum, mit dem die Verfassung der Fünften Republik angenommen wurde, stand auch unter dem Eindruck des andauernden Algerienkriegs. Dieses Zeitdokument im August 1958 beschreibt die Gründe für den Zusammenbruch der Vierten Republik.

Die Fünfte Französische Republik ist geboren. Am 28. September haben die Wähler der neuen Verfassung zugestimmt, die das Kabinett General de Gaulles zur Volksabstimmung vorlegte. Völlig neue Regeln werden in Zukunft das politische Leben Frankreichs bestimmen. Wohl handelt es sich um das dreizehnte Grundgesetz, das dem Land in weniger als 160 Jahren als Rahmen der Regierungstätigkeit gegeben wird; das ändert aber nichts daran, daß die 92 Artikel dieser Verfassung die Grundfesten des politischen Systems bis in die letzte Tiefe erneuern. Mit einem gewissen Recht zieht man gelegentlich wegen der Unstabilität der Regierung die Festigkeit des französischen Regimes in Frage; man darf indessen keine geringe Meinung vom Einfallsreichtum und der Phantasie der französischen Juristen, Staatstheoretiker und Politiker hegen. Weniger als vier Monate sind vergangen, seit de Gaulle an die Macht getragen wurde – im Anschluß an die Ereignisse, die am 13. Mai in Algier ihren Höhepunkt fanden. Schon sechs Wochen nach der Investitur, am 12. Juli, stimmte das Kabinett dem ersten Verfassungsentwurf zu. Während fünf weiterer Wochen studierten ein »Comité Consultatif« aus Parlamentariern und Experten (speziell aus diesem Anlaß gebildet) und das oberste Verwaltungsgericht, der Conseil d'Etat, dieses Dokument, das nach dem Abschluß beider

Analysen an den Ministerrat zurückgereicht wurde. Am 3. September war die Verfassung endgültig formuliert, und einen Tag darauf präsentierte General de Gaulle selbst sie dem französischen Volk im Rahmen einer groß aufgezogenen Zeremonie, die gleichzeitig populär und symbolisch gedacht war. Aber das Volk von Paris war bei diesem Rendez-vous mit dem Regierungschef nicht anwesend; eine außergewöhnlich strenge Polizeimacht hielt es in Schranken und ließ nur die Inhaber offizieller Einladungskarten passieren. Die anderen kamen als Demonstranten, angeführt von den Kräften der äußersten Linken, um gegen den Verfassungsentwurf und gegen die Regierung zu protestieren. Und die Symbole? Sie lagen in der Wahl des Datums – 4. September: Jahrestag der Proklamation der Dritten Republik von 1870 – und des Versammlungsortes, der Place de la République im Herzen der Pariser Arbeiterviertel.

Der Kampf um die Volksabstimmung

Drei Tage später begann offiziell der Wahlkampf um die Volksabstimmung, die Schlacht zwischen »Ja« und »Nein«, deren Spuren heute noch die Mauern in ganz Frankreich und die Fläche der Überlandstraßen bedecken. Während dieser Kampagne hat eine Flut offizieller und nichtoffizieller

* Der Autor Pierre Vianson-Ponté ist beim Verfassen des Manuskripts 38 Jahre alt. Er kämpfte im Krieg als Panzersoldat und später in der Widerstandsbewegung. Nach 1945 war er zunächst stellvertretender Chefredakteur der *Agence France-Presse*, gründete 1953 die Wochenzeitung *L'Express*, und leitete ab 1958 die politische Redaktion der Tageszeitung *Le Monde*.

Propaganda, die über die Wellen des Rundfunks, durch Plakate und Flugzettel verbreitet wurde, den beiden gängigsten Wörtchen der Sprache einen magischen Charakter verliehen.

Während dieser Übergangszeit befand sich Frankreich in einer ungewöhnlichen, sehr gefährlichen Lage: ein ermattetes Regime hatte – allerdings in legaler Form – die Vollmachten, die es selbst nicht mehr ausüben konnte einem einzelnen Mann delegiert; das politische Kräftespiel hatte keinen Rahmen mehr, die Quelle der Legitimität war versiegt. Erst am Abend des 28. September knüpfte der direkte Willensentscheid der Wähler den am 1. Juni abgerissenen Faden neu, und es wäre ebenso gewesen, wenn das Ergebnis der Abstimmung anders gelautet hätte. Jeder Gewaltstreich richtet sich in Zukunft wieder gegen die Entscheidung des souveränen Volkes. Gestern noch ruhte alles auf den Schultern eines Mannes; heute leitet sich von neuem alles aus einer Abstimmung her.

An der Verfassung wurde in den wenigen Wochen ihrer hastigen und manchmal von Unordnung bedrohten Ausarbeitung immer wieder neu gefeilt. Der vom Volk angenommene endgültige Text sieht in vielen Artikeln erheblich anders aus als der ursprüngliche Regierungsentwurf. Es wäre ermüdend, sämtliche Änderungen und formalen Retuschen zu analysieren. Immerhin waren längst nicht alle Korrekturen formaler Art, oft betrafen sie den Grund der Sache. Die Bestimmungen für die Überseegebiete wurden völlig neugestaltet. Um nur ein wichtiges Beispiel zu nennen: der Verfassungsgeber ging ursprünglich von der

Idee eines »größeren Frankreich« aus, das die Völker Afrikas unter der gleichen Fahne, den gleichen Gesetzen, der gleichen Autorität zusammenschließen und ihr Schicksal in einer weiten, aber straffen Föderation mit dem des Mutterlandes verbinden sollte; zustande kam in der endgültigen Fassung das relativ vage Konzept einer »Gemeinschaft«, weitgeöffnet und freizügig angelegt, schließt sie doch (wir erleben gerade den Beweis dafür) nicht einmal die einseitig verkündete Unabhängigkeit eines afrikanischen Territoriums aus! Auch andere, nicht weniger wichtige Fortschritte wurden erreicht, etwa der Verzicht auf eine strikte und endgültige Begrenzung der Vollmachten des Parlaments: das Parlament (und nicht mehr die Verfassung selbst) wird nun mit Mehrheit über die genaue Ausdehnung seiner Kompetenz beschließen.

Diese Veränderungen und Schachzüge haben heute nur mehr historisches Interesse. Worauf auf es jetzt ankommt, ist die endgültige, vom souveränen Volk beschlossene Fassung des Textes, sind ferner die politischen Kämpfe, die sich daraus ergeben und die dem neuen Regime seinen Sinn und Inhalt geben werden, sind die Zeitfolge und Art des Aufbaus der neuen Institutionen.

Ist die neue Verfassung republikanisch? Ist sie demokratisch? Schafft sie ein parlamentarisches oder ein präsidentiales Regime? Wilde Kontroversen fanden während des Wahlkampfes über diese Punkte statt und sind längst noch nicht erloschen. Wohlverstanden, die entschlossenen Gegner des Textes stritten systematisch ab, daß er irgendwelche guten Seiten habe, während die besonders ei-

frigen Ja-Sager in ihm das vollkommene Modell einer Staatsordnung sehen wollten. Wir brauchen auf diese maßlosen und einseitigen Parolen nicht einzugehen. Um uns ein Urteil zu bilden, wollen wir sogar die politische Wirklichkeit des Augenblicks ausklammern und die Person des Generals de Gaulle für einen Moment vergessen. So betrachtet, ist die Verfassung von 1958 unbestreitbar republikanisch und demokratisch. Sie errichtet ein parlamentarisches Regime, allerdings unter Verstärkung der Befugnisse des Präsidenten, aber es gibt dennoch keinen gemeinsamen Maßstab für den Chef des neuen französischen Staates und (beispielsweise) den Präsidenten der USA. Das wesentlich Neue in der französischen Verfassungsmode – denn es gibt eine solche Mode in Frankreich und auf der ganzen Welt, wie es eine Pariser Mode gibt – ist eben die Statur des Präsidenten der Republik. Nach der Verfassung von 1946 war er nicht mehr als der höchste Staatsdiener, Hüter der Gesetze, Kanzleichef des Ministerrates und Briefträger bei Regierungskrisen. Er besaß sehr wenig Vollmachten, und die beiden ersten Träger dieser Würde, Vincent Auriol und René Coty, mußten sogar recht häufig darauf verzichten, bestimmte Befugnisse auszuüben, die ihnen gleichwohl bei aller Knausrigkeit des Verfassungstextes zugewiesen waren. Heute ist der Präsident der Republik die Inkarnation der Einheit und Fortdauer der Nation, gleichzeitig aber auch oberster Chef der Exekutive und der bewaffneten Macht, Schiedsrichter zwischen den Staatsgewalten, wenn sie sich streiten, und zwischen der Staatsgewalt im ganzen und der Nation, wenn sie in Gegensatz geraten. Im Fall schwerwiegender Ereignisse kann der Präsident zum einzigen Inhaber aller Gewalten, sogar der Legislative, werden.

Zu den neuen Rechten, die er damit erhält, gehören das Recht zur Auflösung des Parlaments und zur Anrufung des Volksentscheids. Der Präsident kann unter gewissen Bedingungen die Ab-

geordneten vor ihre Wähler zurückverweisen; er kann beschließen, die Gesamtwählerschaft zum Richter in einem Konflikt zwischen Parlament und Regierung einzusetzen. Die Liste der Ernennungen, die er im Einvernehmen mit der Regierung vornimmt, ist nicht mehr begrenzt und umfaßt alle zivilen und militärischen Funktionen. Er beschränkt sich nicht länger darauf, den Ministerpräsidenten vorzuschlagen – er ernennt ihn; er wird über Verträge und diplomatische Verhandlungen nicht nur »informiert«, sondern schließt sie selbst ab. Vor allem ist er der tatsächliche Chef, das Bundesorgan der »Gemeinschaft«, die das Mutterland mit den Völkern der Überseegebiete bildet. Der Text enthält also eine allgemeine Tendenz zur Stärkung des Präsidenten; sie wird noch dadurch hervorgehoben, daß das Staatsoberhaupt nicht mehr vom Parlament sein Mandat erhält (wie in der Vierten Republik), sondern von einer viel größeren Wahlkörperschaft, die ungefähr 80 000 örtliche und regionale Notabeln umfaßt: die Mitglieder der Departements-Räte (Conseils généraux), der Kommunalräte aller Städte und Dörfer, auch der bescheidensten, und schließlich die Abgeordneten der überseeischen Regionalparlamente oder ihre Delegierten.

Reform des Parlamentarismus

Aber der präsidiale Geist, der in der Verfassung weht, hindert sie dennoch nicht, ein in wesentlichen Zügen parlamentarisches Regime zu errichten. Es ist nicht mehr die fast unumschränkte Herrschaft des Parlamentarismus, die Frankreich erlebt hat, wo die Regierungen nach dem Bild der parlamentaristischen Mehrheit entworfen werden und ihre Spaltungen widerspiegeln, wo jede Gewalt, auch die Exekutive, praktisch in den Händen der Abgeordneten liegt. Aber das demokratische Kräftespiel wird auch nicht aufgehoben, wie viele Gegner des neuen Systems fürchteten. Eine Nationalversammlung bleibt bestehen; sie wird in

allgemeiner und direkter Wahl gewählt. Es gibt einen Senat, dessen Mitglieder in indirekter Wahl ermittelt werden, einen Wirtschaftsrat – kurz, den ganzen normalen Apparat eines parlamentarischen Regimes. Die Sitzungsperiode des Parlaments ist auf fünf Monate pro Jahr beschränkt, die Regeln für seine Tätigkeit sind schärfer gefaßt, die Grenzen seiner Kompetenz abgesteckt (nicht endgültig fixiert). Aber der Premierminister ist weiter dem Parlament verantwortlich und nicht dem Staatsoberhaupt; das Parlament kann die Regierung stürzen; es behält in Konkurrenz mit der Regierung die Gesetzesinitiative. Ein ziemlich komplexes System regelt seine Beziehungen zur Exekutive. Zusammengefaßt kann man sagen, daß im Zwiegespräch zwischen beiden Gewalten die eine zu schweigen hat, wenn die andere spricht.

Vermittlungsverfahren sind vorgesehen, die in manchen Zügen an die Verfassung der deutschen Bundesrepublik erinnern: eine gemischte Kommission, paritätisch aus Mitgliedern der beiden Kammern zusammengesetzt, soll Konflikte zwischen ihnen verhüten oder beilegen. Schließlich erhält der Senat – indirekt von einem Personenkreis gewählt, der ungefähr der Wahlkörperschaft für den Präsidenten der Republik entspricht – eine Orientierung auf die Rolle einer Bundeskammer, eines Rats der »Gemeinschaft«, hin. Das entspricht der allgemeinen Entwicklung des Zweikammersystems überall, wo es in Gebrauch ist.

Wir übergehen alles, was aus der Verfassung der Vierten Republik übernommen wurde oder zur normalen Apparatur eines modernen Staates gehört. Eine wichtige Neuerung ist noch zu erwähnen: der »Verfassungsrat« (Conseil Constitutionnel); er ähnelt gleichermaßen dem Obersten Gericht der USA und dem deutschen Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Er soll eine äußerst wichtige Rolle spielen: er wacht über die Ordnungsmäßigkeit der Wahlvorgänge und entschei-

det, wenn eine Wahl angefochten wird (in der Vierten Republik konnte die Nationalversammlung selbst mit Mehrheit einzelnen Abgeordneten das Mandat aberkennen); er urteilt über die Verfassungsmäßigkeit beschlossener Gesetze, besonders der sogenannten »organischen Gesetze«, die die Verfassung ergänzen; gegen seinen Entscheid gibt es keinen Einspruch. Die neun Mitglieder des Verfassungsrates werden auf neun Jahre bestellt – je drei durch den Präsidenten der Republik und die Präsidenten der beiden parlamentarischen Kammern. (...)

Heterogene Kräfte für Ja und Nein

Wie haben die politischen Parteien der Vierten Republik und die übrigen Kader des politischen Lebens auf diesen Verfassungsentwurf reagiert? Mehrere Gruppen warteten gar nicht den Abschluß der Diskussionen ab, um ihre Stellungnahme abzugeben. Die Kommunisten verdammten die Verfassung in Bausch und Bogen, sie propagierten das »Nein«, bevor eine Zeile des Textes schriftlich festlag. Auf der anderen Seite applaudierte ein rundes Dutzend kleiner »Bewegungen der gaullistischen Rechten« (sämtlich um den 13. Mai geboren) und die älteren Organisationen gleicher Tendenz dem Projekt im voraus mit viel Lärm und forderten die Wähler voll blinden Glaubens auf, mit »Ja« zu stimmen. Diese recht leichtfertigen Stellungnahmen trugen dazu bei, die Auseinandersetzung von der Sache (der Verfassung) auf die Person des Generals De Gaulle zu verlagern, denn die Antworten, die hier gefordert wurden, richteten sich nur an ihn und nicht an seine Verfassungspolitik. Das steigerte die Leidenschaft der Kampagne mitsamt den wenigen Vorzügen und vielen Risiken einer solchen Entwicklung.

Das »Ja« und das »Nein« der französischen Wähler am 28. September galt denn auch viel

mehr dem Mann de Gaulle als den notwendig komplexen, für die große Masse unverständlichen Verfassungsartikeln. Die Parteien spalteten sich nach dem Vertrauen oder Mißtrauen ihrer Führer in die Person und die Absichten des Generals, nach der Bewertung der Erfolgsaussichten und Gefahren seiner Politik, besonders in der Algerienfrage. Offiziell traten alle großen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten für das »Ja« ein. Aber einige Konservative und christliche Demokraten der MRP folgten dieser Devise nur mit innerem Widerstreben; fast die Hälfte der Radikalen und mehr als ein Drittel der Sozialisten (beide Parteien hielten Anfang September Kongresse ab) standen offen im Lager des »Nein«, Seite an Seite mit den Kommunisten. (...)

Wir können die beiden Argumente, die am Ende – wie es scheint – mit dem stärksten Gewicht die Wähler beeinflussten, etwa so formulieren: »Entweder de Gaulle, dem man vertrauen kann, daß er die Algerienfrage regeln wird, oder das Abenteuer« – für die Ja-Sager; »Man kann de Gaulle nicht vertrauen, er ist nicht imstande, die Algerienfrage zu lösen und wird darum den Weg ins Abenteuer öffnen« – für die Nein-Sager. Undeutlich oder klar bewußt setzten die Wähler mehr auf die Möglichkeiten des Regierungschefs als auf seine Absichten; diese erschienen nur sehr wenigen verdächtig, aber viele zweifelten, ob er die Macht besitzt, sie durchzusetzen. Das bestimmte den Wahlausgang. (...)

Was kommt nach de Gaulle?

Denn es ist sicher, daß de Gaulle als erster das Amt des Staatsoberhauptes bekleiden will, das jetzt zum ersten Male in der republikanischen Geschichte Frankreichs mit ausgedehnten Kompetenzen und wirklicher Macht ausgestattet ist. Während der Kampagne um die Volksabstimmung wurde oft genug betont, die Verfassung sei ein »nach Maß geschneiderter Anzug«. Aber wenn der Präsident der Republik auch eine echte Dimension und Bedeutung besitzt – er übt die Macht nicht allein aus, sondern teilt sie mit dem Premierminister, der die Regierungsgeschäfte leitet und den er selbst ernennt, aber auch mit dem

Parlament, das immer noch große Autorität und weitreichende Kontrollrechte besitzt und wie bisher vom souveränen Volk gewählt wird. Die Regierung ist nicht dem Staatsoberhaupt, sondern dem Parlament verantwortlich. Gleich nach seiner Wahl zum Präsidenten der Republik wird de Gaulle also die Macht teilen müssen. Gewiß sichern ihm seine persönliche Vergangenheit und sein Prestige die entscheidende Stimme im Ministerrat (so hofft er wenigstens) und ein außergewöhnliches Echo im Parlament und im Volk. Aber für seinen Nachfolger muß die Aufgabe wesentlich schwerer sein, da er sich vermutlich nicht wie jetzt, de Gaulle ohne ernsthaften Gegenkandidaten dem Wahlkollegium stellen wird. Der zweite Präsident der Fünften Republik könnte leicht ein Mann des Mittelmaßes sein, nach dem Geschmack der Notablen, die ihn zu wählen haben, ein Mann, der keiner Partei wehtut oder Angst einjagt.

Das ist ein Ausblick in ferne Zukunft. Im Augenblick kommt es darauf an, welcher Geist die zahlreichen und wichtigen »organischen Gesetze« beseelt, die in manchmal wesentlichen Punkten die Verfassung präzisieren und ergänzen müssen, und wie am Ende das Wahlsystem für die in jedem Fall folgenschweren Novemberwahlen aussieht. Es kommt darauf an – und die Millionen von Wählern haben das am 28. September richtig empfunden – ,was de Gaulle tun wird oder, besser gesagt, tun kann, um Schritt für Schritt das grausame Algeriendrama zu beenden. Wenn in Wirklichkeit nichts entschieden wird, und wenn die Entscheidung nicht sehr rasch erfolgt, kann alles von vorn beginnen: die Drohung mit einem Gewaltstreich, die Sezession Algeriens und der Armee, die Unterwühlung der Legalität und als Gegenschlag der Drang zur Vereinigung der republikanischen Kräfte an der Seite der kommunistischen Partei, zur Volksfront – oder zum Chaos. Wenn de Gaulle dagegen eine Lösung aufzeigt und einleitet, ändern sich alle Gegebenheiten des Frankreichproblems, und das französische Volk kann mühsam und vielleicht unter Schmerzen – aber wie könnte das nach einer so schweren Krise anders sein? – auf seinem Weg in die Zukunft die Freiheit bewahren und die Brüderlichkeit wiederfinden.

Möglichkeiten einer deutsch-französischen Außenpolitik

» In diesem Beitrag von 1968 stellen deutsche und französische Autoren unterschiedliche außenpolitische Themen in den Fokus. Ihre Beiträge lenken den Blick auf die vielen Herausforderungen an eine europäische Außenpolitik.

Die folgenden Seiten enthalten einen bescheidenen Beitrag zu dieser Aufgabe. Je ein französischer und deutscher Mitarbeiter nimmt darin zu den vier großen außenpolitischen Sektoren der europäischen Staaten Stellung: Europa, Amerika, Osten und Dritte Welt. Die einzelnen Artikel wurden völlig unabhängig voneinander geschrieben. Es handelt sich nicht um einen organisierten Meinungsaustausch, sondern um die spontane Darlegung persönlicher Thesen, die selbstverständlich keinen Anspruch darauf erheben, repräsentativ zu sein. (...)

Auf der französischen Seite überwiegen die Politiker, auf der deutschen die Journalisten. (...)

Es ist erforderlich, durch freie Meinungsäußerungen eine Diskussion auszulösen. An ihr sollten sich nicht zuletzt unsere Leser beteiligen. Michel Habib-Deloncle, Pierre Abelin und Jean de Broglie sind ehemalige französische Minister und wurden erneut im Juni 1968 in die französische Nationalversammlung gewählt als Abgeordnete der Gaullistischen Bewegung, der Demokratischen Mitte und der Unabhängigen Republikaner. Paul Borcier ist Beamter einer internationalen Organisation.

Auf der deutschen Seite wirken Franz-Josef Neuss, Theo M. Loch und Dieter Cycon als außenpolitische Kommentatoren an Zeitungen und Rundfunksendern. Franz Ansprenger ist als Spezialist für afrikanische Fragen am Otto-Suhr-Institut in Berlin tätig.

Europa

Frankreich

Der deutsch-französische Vertrag setzte nicht nur einem Zeitalter von Gegensätzen und wilden Feindlichkeiten ein Ende, sondern wies beide Länder auch auf die Notwendigkeit hin, sich zu verstehen, sofern sie für die Zukunft Europas garantieren wollten. Das bedeutet nicht, daß sie hierfür allein die Verantwortung übernehmen, als handle es sich um ein Kondominium, aber damit soll zum Ausdruck gebracht werden, daß sie durch ihre geographische Lage, Vergangenheit, Macht

und augenblicklichen Reichtum zu unbedingt erforderlichen Pfeilern jeder europäischen Gemeinschaft geworden sind. Beide getrennt zu sehen, heißt, daß es nicht zu einem Europa kommt, aber bei einer Vereinigung bestehen große Chancen, daß das große Werk befriedigend voranschreitet.

Gewiß können die Ansichten nicht identisch sein. Nach der hysterischen, hypernationalen Krise, wie sie unter der Hitlerzeit bestand, hielt Deutschland mit der großzügigen Idee eines supranationalen Europa, die es vor den schlummernden Versuchungen eines Pangermanismus bewahren würde, auf dem internationalen Schau-

platz seinen Einzug. Da zum Leben ein Glaube notwendig ist, zumal wenn es sich darum handelt, ein Volk wieder aufleben zu lassen – von dem mir ein Bürger vor einigen Jahren sagte: »Wir haben unsere Geschichte verloren« –, schlugen die Parteiführer des deutschen Volkes ihm den Gedanken an ein gemeinsames Europa vor. Nach Auffassung eines Realisten wie Konrad Adenauer konnte eine solche Konzeption zunächst nur ideologischen Wert besitzen. Denn es war sicher, daß im Augenblick, wo es nicht mehr um Ideen geben würde, sowie um positive Tatsachen des alltäglichen wirtschaftlichen Lebens, sowie außerdem um nationale Leidenschaften und Gefühle, der Gedanke eines supranationalen Europas sehr schnell als äußerst verfrüht erscheinen mußte.

Aber Deutschland war nicht nur durch seine gestrigen Dämonen gehemmt. Es litt auch, und leidet noch, unter seiner Teilung und der sich hieraus ergebenden Lage für Außenpolitik und Verteidigung. Da Rußland mit Recht der augenblickliche Zustand in Deutschland zugeschrieben wird, weil es auf seinem Willen beharrt, in Ostdeutschland einen Satellitenstaat aufrechtzuerhalten, hat sich die Bundesregierung von Anfang an der amerikanischen Macht anvertraut, um sich deren Hilfe zu sichern. Mit den Berliner Krisen wurde sie in dieser Position verankert. Selbst als hierbei die drei westlichen Alliierten ihre Solidarität gleichartig unerschütterlich bekundeten, so blieb es darum nicht weniger dabei, daß für Deutschland vor allem die Anwesenheit der Vereinigten Staaten zählte. (...)

Frankreich hatte nicht die gleichen Gründe wie Deutschland. Es brauchte weder in der europäischen Idee ein Alibi für seinen Nationalismus zu suchen noch seine Verteidigung ausschließlich dem starken amerikanischen Partner in die Hände zu spielen. Deshalb vermochte seine Annäherung an Europa von Anfang an realistischer zu sein. Obwohl die Einheit Europas äußerst wünschenswert ist, damit eine Zivilisation weiterleben kann und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Völker des Kontinents garantiert wird, läßt sich dieses Europa nur schrittweise gestalten. Die Nationen müssen einander näher gebracht wer-

den, ohne daß versucht wird, sie zu beseitigen. Man sollte auch nicht versuchen, künstliche Institutionen zu schmieden, sondern nach und nach zu einer gemeinsamen politischen Mentalität und zu übereinstimmenden Gedankengängen zu gelangen. (...)

Es ist vor allem wichtig, daß sich zwischen den zu Europa gehörenden Staaten die Zusammenarbeit nicht auf die Wirtschaft beschränkt, sondern auch auf Außenpolitik und Verteidigung übergreift, damit man zu einer gemeinschaftlichen und unabhängigen Regelung der internationalen Angelegenheiten und der europäischen Verteidigung gelangt.

Der deutsch-französische Vertrag

Dann wurde mit dem deutsch-französischen Vertrag ein Vorbild geliefert, wie eine derartige Kooperation dieser Art aussehen könnte, wobei das Beispiel noch im Augenblick auf zwei Staaten begrenzt ist, aber doch als Leitmotiv für eine europäische Zusammenarbeit zu dienen vermag.

Die Vorbehalte des Bundestages gegenüber dem Vertrag im Augenblick seiner Ratifizierung und das Verhalten der Bundesregierung nach der Adenauer-Ära ließen darauf schließen, daß er seine Substanz verloren hatte. Seit über einem Jahr fand er jetzt seinen ursprünglichen Charakter wieder. Nach und nach konsultieren sich die beiden Länder systematisch über alle europäischen Angelegenheiten und gelangen zu der Einsicht, daß das gegenseitige Verstehen notwendig ist, um eine gemeinsame Ansicht bei schwierigen Fragen zu vertreten.

Die französische Entspannungspolitik mit den Ostblockstaaten, die als Weg für die Lösung des deutschen Problems gilt, wird von der Bundesregierung nicht mehr als eine Bedrohung ihrer Interessen aufgefaßt. Deutschland arbeitet im Gegenteil in der gleichen Richtung und stützt sich oft auf Frankreich, um das in diesen Ländern ihm noch entgegengebrachte Mißtrauen aus der Welt zu schaffen. Die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten und die Existenz eines unabhängigen Eu-

ropa, das seine eigene Politik verfolgt und seine eigenen Probleme selbst löst, ist für die Deutschen nicht mehr unvertretbar. In der Brüsseler Gemeinschaft sind sich Frankreich und Deutschland trotz ihrer verschiedenartigen Wirtschaftsstruktur und gegenseitiger Konkurrenz darin einig, die Allianz zu fördern und die wirtschaftlichen Ziele des Vertrages von Rom zu verfolgen. (...)

Europäische Übereinstimmung?

Also nach und nach, und von anfänglich sehr verschiedenartigen Auffassungen ausgehend, kommen Frankreich und Deutschland dazu, sich eine gemeinsame Idee des Europas von morgen zu schmieden: wirtschaftliches Europa der Sechs als große Gemeinschaft mit freiem Kapital-, Waren- und Personenverkehr; Erweiterung dieses Europas, sofern hierdurch nicht der Zusammenhalt der augenblicklichen Gemeinschaft infrage gestellt wird, Unabhängigkeit Westeuropas gegenüber den Vereinigten Staaten unter Aufrechterhaltung der Freundschaft mit ihnen; Entspannung mit Osteuropa und Suche nach einer Lösung für das deutsche Problem durch eine Wiedervereinigung in Übereinstimmung aller interessierten Mächte.

Es bestehen allerdings noch Meinungsverschiedenheiten über die Taktik. (...) Aber die Entwicklung scheint trotzdem unwiderruflich zu sein. Wenn einmal das durch die englische Krise hervorgerufene Trauma überwunden ist, müßte es die Aufgabe der beiden Partner sein (...), die Frage der politischen europäischen Kooperation zur Sprache zu bringen. (...)

Michel Habib-Deloncle

Deutschland

Von den Möglichkeiten der deutsch-französischen Zusammenarbeit in der Europa-Politik zu sprechen, heißt vorab die Grenzen zu erkennen, die ihr gesetzt sind. Noch ehe die Widerstände ins Blickfeld rücken, die von Dritten ausgehen, tauchen die Hindernisse auf, die sich aus den unterschiedlichen Vorstellungen von Bonn und Paris

ergeben. Die Schwierigkeiten in der britischen Beitrittsfrage sind nur ein Symptom dafür, daß das Frankreich de Gaulles vornehmlich kontinentaleuropäisch denkt. Demgegenüber ist die deutsche Politik davon ausgegangen, die europäische Politik in den größeren Rahmen der atlantischen Partnerschaft zu stellen. Aktenkundig ist das geworden, als der Bundestag dem deutsch-französischen Freundschaftsvertrag die atlantische Präambel voranstellte.

Die Gegensätze wiegen umso schwerer, als man am Rhein und an der Seine gute Gründe für die unterschiedliche Einstellung ins Feld führen kann. Für de Gaulle ist die Herauslösung Westeuropas aus der amerikanischen Hegemonie die Voraussetzung für die Entlassung Osteuropas aus der Unterwerfung unter die Sowjetunion. Dahinter dämmern für ihn die Konturen jenes Mitteleuropas, das erst dann wieder zu sich selbst zurückfinden kann, wenn die in Jalta begründete Vormachtstellung der beiden Großen über jeweils einen Teil des Kontinents abgebaut ist. Wenn andererseits die deutsche Politik die engen Bindungen an die USA aufrechterhalten will, dann steht dahinter nicht nur das akute militärische Sicherheitsbedürfnis. Zumindest unterschwellig spielen auch die Erfahrungen aus den Niederlagen in zwei Weltkriegen eine Rolle, die wesentlich auf die Vernachlässigung der atlantischen Komponente zurückzuführen waren. (...)

Aber die Politik erschöpft sich nicht in theoretischer Spekulation. Sie unterliegt ebenso sehr der normativen Kraft der Fakten, die sich nicht selten als ein großer Korrektor erweist. Im konkreten Fall wirken sowohl die Erosion der Blöcke als auch die amerikanisch-sowjetische Zusammenarbeit dahin, daß der Alte Kontinent in die Eigenverantwortung zurückversetzt wird. (...) Wenn Bundeskanzler Kiesinger Anfang Mai in einem Interview mit *Paris Match* einem mit eigener Autorität ausgestatteten Europa das Wort redete, dann deutet sich darin eine Überprüfung der ursprünglichen deutschen Konzeption an, die durch den Gang der Ereignisse erzwungen worden ist. Dabei kommt der deutsch-französischen Zusammenarbeit, nach den Worten des Bundeskanzlers »der

Grundstein der europäischen Einheit«, eine entscheidende Bedeutung zu.

Nicht nur Grossbritannien

Der Blick dafür wird eingeengt, wenn er sich ausschließlich auf den umstrittenen Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt richtet. Hier können nach Lage der Dinge nur pragmatische Lösungen vermitteln zwischen dem französischen Nahziel, das Erreichte in kontinentaler Begrenzung auszubauen, und der deutschen Sorge, daß das schlecht verhohlene Veto aus Paris bei den übrigen EWG-Partnern Trotzreaktionen heraufbeschwören könnte, die den inneren Ausbau der Gemeinschaft verhindern würden. Doch auch hierbei übt der Zwang der Fakten eine heilsame Wirkung aus. (...) Eine Verständigung zwischen Paris und Bonn sollte im Bereich des Praktischen umso mehr möglich sein, als die auch in Bonn sehr ernst genommene Gefahr, das Erreichte aufs Spiel zu setzen, und die Chance, durch eine überzeugende Politik auf der mittleren Linie auch die vier übrigen Partner zu verpflichten, einander die Waage halten. Bei alledem braucht die Bundesrepublik die von ihr gewünschte Erweiterung der Gemeinschaft nicht aufzugeben, zumal da dies mit den Tendenzen der Zeit zu größeren regionalen Zusammenschlüssen in Einklang steht. (...)

Die Frage des britischen Beitritts ist es auch, die aufs neue die Bedeutung der finanzpolitischen, wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit innerhalb Europas, näherhin und zunächst zwischen Deutschland und Frankreich, ins Bewußtsein rückt. Die praktische Übereinstimmung, die beide Länder ungeachtet einer grundsätzlich unterschiedlichen monetären Politik bei der Konferenz von Rio erzielt haben, und die Gründung eines deutsch-französischen Ausschusses für wirtschaftliche und industrielle Zusammenarbeit zeigen an, welche Möglichkeiten für eine gemeinsame Währungs-, Investitions- und Konjunkturpolitik bislang ungenutzt geblieben sind. Es genügt, an die Schlagworte von der »technologischen Lücke Europas« und von der »amerikanischen Herausforderung« zu erinnern, um eine Vorstellung davon zu erhalten, welcher

Anfang damit gemacht worden ist. Bei der Formulierung und Verwirklichung einer europäischen Politik kommt es Frankreich und Deutschland als den Kernländern im westlichen Teil des Kontinents zu, Schrittmacher auf dem Weg zu der politischen Union zu sein, die über die noch vorgegebene geographische Begrenzung hinausweist. Die deutsch-französische Aussöhnung gibt dabei den Modellfall für die Aufgabe ab, vor die sich Deutschland im Verhältnis zu seinen östlichen Nachbarn gestellt sieht.

In welcher Form auch immer das Europa der Zukunft Gestalt annehmen wird, es kann nur Wirklichkeit werden, wenn es Frankreich und Deutschland gelingt, den Auflockerungsprozeß im östlichen Europa auf eine Friedensordnung hin zu orientieren, die für alle annehmbar ist. Unlösbar damit verbunden ist die Regelung der deutschen Frage. Ihr Preis wird der Verzicht auf die Wiederherstellung eines geschlossenen Nationalstaates von 80 Millionen Menschen und die endgültige Absage an jede atomare Rüstung sein. Ihre Voraussetzung aber ist die europäische Friedensordnung, die Frankreich als die eigentliche Garantiemacht im Westen des Kontinents einsetzt. Der französische Staatschef läßt sich nicht vordergründig in die Rolle eines Vorkämpfers für die Wiedervereinigung Deutschlands versetzen, schon gar nicht, wenn dabei an die Auferstehung des Bismarck-Reiches gedacht wird. Aber unter den befreundeten Staatsmännern ist de Gaulle der einzige, der einen historischen Sinn dafür hat, daß die deutsche Frage gelöst werden muß, soll sie nicht tragisch neues Unheil gebären.

Bleibt die militärische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich. Gewiß bringen die Überprüfung der französischen Militärdoktrin in Richtung auf eine Rundum-Verteidigung und das strategische Gefälle zwischen einer Atommacht und einem auf Dauer nuklear nicht gerüsteten Land eine schwerwiegende Ungleichheit mit sich. Und gewiß kann und will Frankreich Deutschland keinen Ersatz für die amerikanische Schutzgarantie bieten. Aber ebenso gewiß wird die militärische Zusammenarbeit zwischen Bonn und Paris an Bedeutung gewinnen, je mehr

sich das amerikanische Engagement von Europa löst. Mehr noch: auf lange Sicht wird die militärische Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern, gerade was die politischen Ausstrahlungen angeht, ihren Charakter ändern und zu einer Garantie für deutsches Wohlergehen gegenüber dem Osten werden. (...) Alles das setzt Kühnheit des Denkens und Härte des Willens voraus bei den Europäern – das heißt für Westeuropa vor allem bei Franzosen und Deutschen.

Franz-Josef Neuß

Amerika

Frankreich

Auf den deutsch-französischen Treffen, die im Rahmen des Freundschaftsvertrages von 1963 stattfanden, war immer ein dritter, stiller Gesprächspartner dabei: die Vereinigten Staaten. Man wird deshalb nicht an der recht deprimierenden Feststellung vorbeikommen, daß trotz des von Bundeskanzler Kiesinger beschlossenen Wandels der Taktik der grundlegende Gegensatz Paris-Bonn über die Rolle der Vereinigten Staaten im Westen und über den Atlantikpakt bestehen blieb, ebenso wie über die Tragweite ihrer beiderseitigen welpolitischen Mission.

Da niemand bestreiten wird, daß die Aussöhnung der Standpunkte sowohl für die Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen wie für das europäische Einigungswerk von entscheidender Bedeutung ist, muß man sich die Frage vorlegen, ob auf mittlere Sicht hin die deutschen und französischen Vorstellungen über den Platz, der der führenden westlichen und größten Weltmacht auf der europäischen und internationalen Szene zukommt, einander angenähert werden können. Das Thema kann hier nicht erschöpfend behandelt werden, doch will ich versuchen, einige Wege aufzuzeigen, auf denen eine solche Annäherung von Paris und Bonn in den nächsten fünf oder zehn Jahren erfolgen könnte.

Die Bundesrepublik betrachtet die Vereinigten Staaten weiterhin und ganz selbstverständlich als die westliche Vormacht, auch wenn man sich

nicht immer mit allen Schritten der amerikanischen Politik, wie beispielsweise mit dem Entwurf des Atomwaffensperrvertrages, einverstanden erklärt.

Die gegenwärtige französische Regierung stellt dagegen diese Führungsrolle der USA in Frage, und sie wird hierbei – von Nuancen abgesehen – von allen Parteien des Landes gebilligt. Es dürfte sich deshalb um eine der Konstanten einer langfristigen Pariser Außenpolitik handeln. Dennoch aber wird sich wohl der deutsch-französische Gegensatz in diesem Punkte in absehbarer Zeit überbrücken lassen, falls es gelingt, sich darauf zu einigen, daß eine europäische Union im Gefüge des westlichen Lagers ein echter Gesprächspartner sowohl der Vereinigten Staaten wie der Sowjetunion und Chinas sein muß. (...)

Die Fehlschläge der Amerikaner in Vietnam bringen durchaus die Gefahr eines neuen Isolationismus in den Vereinigten Staaten mit sich, der im Gegensatz zur Politik der Vorkriegszeit nicht mehr den Rückzug auf die eigenen Positionen bedeuten würde, sondern eine Art russisch-amerikanischen Kondominiums zwecks Wahrung eines Mindestmaßes internationaler Ordnung in der Welt anstreben dürfte. Der Atomsperrvertrag stellt in dieser Hinsicht einen ersten Schritt zur »Wahrung der Nuklearordnung« dar. Er tendiert auf eine Verfestigung der bestehenden Grenzen und des heute gegebenen Verhältnisses der machtpolitischen Ungleichheit hin.

Eine derartige Konzeption der internationalen Beziehungen, durch zwei große Machtzentren gekennzeichnet, die sich über das in der Einigung begriffene Europa hinwegsetzen, erscheint mir auf längere Sicht hin weder für Frankreich noch für Deutschland annehmbar zu sein, denn beide Länder sind schon deshalb auf ein bewegliches außenpolitisches Vorgehen angewiesen, weil sie ein Interesse daran haben, die aus den Abkommen von Jalta und Potsdam hervorgegangene Landkarte Europas zu ändern.

Sollte die Entspannung anhalten, so wird man demnach wohl annehmen können, daß Deutschland und Frankreich bereit wären, einen gewissen

Preis für den Zerfall des östlichen Blocks zu zahlen, einen Preis, der nicht in der Auflösung des Westblocks bestehen würde, denn das kann auch Frankreich nicht akzeptieren, sondern in einer Neuverteilung der Gewichte im Westen, einem größeren Anteil Westeuropas an der Wahrung seiner Sicherheit und einer Verringerung der Rolle der Vereinigten Staaten im Bündnis, was überdies durchaus den Wünschen der Amerikaner selbst entspräche.

Atlantische Glaubwürdigkeit

Entspannung und europäische Sicherheit lassen sich nicht voneinander trennen. Die Vereinigten Staaten neigen auf Grund der Beruhigung in Europa und ganz ungeachtet ihrer anderen weltpolitischen Verpflichtungen dazu, ihre atlantischen Verpflichtungen einzuschränken. (...)

Angesichts des Umstandes, daß mit der Einführung der abgestuften Vergeltung die Glaubwürdigkeit des Atlantikpaktes, das heißt die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Nukleargarantie für Westeuropa, in den Augen der Sowjets gesunken ist, dürften sich die deutschen und die französischen Konzeptionen in Zukunft insofern annähern, als es darum gehen wird, die Rolle der Amerikaner und der Europäer im Bündnis im Sinne einer größeren europäischen Eigenständigkeit und Handlungsfreiheit neu zu bestimmen. (...) Die Franzosen und die Deutschen werden sich unter diesen Umständen gezwungen sehen, gemeinsam mit ihren europäischen Partnern Schritte zu ergreifen, die sich mit dem Entspannungsprozeß vereinbaren lassen und darauf abzielen, die Nukleargarantie der USA für Europa wieder glaubhaft zu machen, indem den Europäern eine Auslöserfunktion für den strategischen, durch Amerika gewährleisteten Nuklearschutz übertragen wird. Es müßte sich hier um politische (zwei Konsultationszentren innerhalb der NATO) wie um militärische Maßnahmen (Europäisierung der kleinen unabhängigen französischen und britischen Abschreckungsarsenale) handeln.

Frankreich und Deutschland werden meiner Ansicht nach gegenüber den Vereinigten Staaten

in Zukunft immer stärker zu einer gemeinsamen Auffassung in den Fragen der Entspannung und der Sicherheit gelangen. Sie sind sich außerdem bereits heute darin einig, der Europäischen Gemeinschaft eine eigenständige und besondere Rolle zuzugestehen, die sich vor allem im Hinblick auf die Länder der »Dritten Welt« von derjenigen der Vereinigten Staaten abhebt. Deutschland findet hier nicht zuletzt ein Betätigungsfeld in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, während Frankreich sich darüber hinaus gefühlsmäßig gebunden fühlt und sich der kulturellen »Ausstrahlung« zuwendet. Die Entwicklungsländer begrüßen ihrerseits und gegenüber einem überall gegenwärtigen amerikanischen Riesen das Vorhandensein eines europäischen Gesprächspartners, der sie nicht daran hindern würde, eine neutrale Außenpolitik zu verfolgen.

Paul Borcier

Deutschland

Die Zauberformel für eine deutsch-französische Außenpolitik lautet: »Die beiden Regierungen konsultieren sich vor jeder Entscheidung in allen wichtigen Fragen von gemeinsamem Interesse, um so weit wie möglich zu einer gleichgerichteten Handlung zu gelangen.« Als der deutsch-französische Vertrag mit dieser Klausel in Kraft trat, glaubten Optimisten in Bonn und Paris, daß die Deutschen und die Franzosen künftig in verschiedenen Sprachen die gleiche Politik treiben würden. Diese Hoffnung war trügerisch. (...) Der fehlende Akkord zwischen der Bundesrepublik und Frankreich erwies sich vor allem in den Beziehungen beider Länder zu den Vereinigten Staaten als ein Handikap. Die Schwierigkeiten begannen bereits beim Beziehen einer Ausgangsbasis. In Paris herrschte die Meinung vor, daß die Bundesrepublik und Frankreich allein europäische Interessen gelten lassen und deshalb eine gemeinsame Außenpolitik auch gegen die Vereinigten Staaten konzipieren sollten. In Bonn suchte die Bundesregierung unter Ludwig Erhard alle Differenzen mit Washington zu vermeiden. Jede Harmonie mit Paris war willkommen – solange das atlantische Konzept nicht gestört wurde. Unter Bundeskanzler Kiesinger schwang das Pendel stärker zur

Seite der französischen Regierung. Dennoch muß auch die heutige deutsche Außenpolitik versuchen, den Balanceakt mit Washington auf der einen Seite und Paris auf der anderen durchzuhalten. Die exponierte Lage von Berlin läßt keine andere Wahl. (...)

Die Zusammenarbeit, welche die Deutschen jahrelang den Amerikanern angeboten haben, überforderte die Freundschaft zwischen Bonn und Washington. Die abgründige Skepsis der Franzosen gegenüber den Amerikanern vergiftete das europäisch-amerikanische Klima. Ein Ausweg aus diesem Dilemma kann nur die deutsch-französische Besinnung auf ein »europäisches Europa« bringen, das allen atlantischen Partnern besonders aufgeschlossen ist.

Partnerschaft verlangt Gleichwertigkeit. Zbigniew Brzezinski hat kürzlich in einem Essay *The Framework of East-West Reconciliation* das fehlende Gleichgewicht im Westen als eine der Ursachen für die Erosion des nordatlantischen Bündnisses genannt. Er beschrieb das atlantische Konzept als den Versuch der Vereinigten Staaten, bei eigener Vorherrschaft in Westeuropa den Status quo in Europa aufrechtzuerhalten und zu gewährleisten. Hier liegt der Ausgangspunkt für eine koordinierte deutsch-französische Außenpolitik. Sie muß grundsätzlich versuchen, in enger Kooperation mit den EWG-Staaten, das permanente Ungleichgewicht im Westen zu ändern. Dies erfordert viel mehr als bisher eine offensive Politik in Bonn und Paris. Sie hat vom gemeinsamen Sicherheits-Interesse auszugehen und muß sich sowohl auf eine Revision der NATO – in Richtung ihrer amerikanisch-europäischen Polarität – als auch auf künftige Abrüstungsmodalitäten einstellen.

Bei diesen Überlegungen drängen sich die Sorgen über eine desintegrierende Wirkung des Atomsperrvertrags in den Vordergrund. Das Versäumnis der fehlenden Übereinstimmung zwischen Paris und Bonn über diesen Vertrag ist bis heute noch nicht erkannt. Die französische Regierung geht als Atommacht einen Sonderweg. Sie setzt sich dadurch über die deutschen Sorgen hinweg und überläßt die Bundesrepublik der Gefahr,

mit falschen Argumenten in die Ecke manövriert zu werden. Das amerikanische Drängen zur deutschen Unterschrift ist ein Resultat der Bemühungen Washingtons, den begonnenen Dialog der zwei nuklearen Weltmächte fortzusetzen und zu vertiefen. Eine deutsch-französische Außenpolitik, die diesen Namen verdient, hätte von Anfang an die gemeinsamen Bedenken herausstellen und sie zu einem Politikum machen müssen. (...)

Theo M. Loch

Osten Frankreich

Im Lauf der letzten Jahre sind drei Elemente aufgetreten, die neue Möglichkeiten für eine gemeinsame europäische Ostpolitik eröffnen. Einmal hat die relative Entspannung seit dem Tode Stalins fortschreitend dazu geführt, die Beziehungen mit dem Osten zu verändern. An die Stelle des Kalten Krieges ist die friedliche Koexistenz, das heißt der friedliche Wettbewerb auf dem Felde der Ideen und der Wirtschaft getreten. Wie wenig gefestigt diese Entspannung indessen noch ist, zeigte sich jetzt im Berlin-Verkehr. Der chinesisch-sowjetische Konflikt fördert zwar die Annäherung der Sowjetunion an die Vereinigten Staaten, doch andererseits bleiben mit der Fortdauer des Vietnam-Krieges Spannungselemente bestehen, die im Falle eines Fehlschlages der gegenwärtigen Verhandlungen zu einer neuen internationalen Krise führen könnten.

Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion scheinen aber – wie sich unter anderem aus dem Abschluß des Atomwaffensperrvertrages ergibt – in grundsätzlichem Einvernehmen das Wettrüsten bremsen und zumindest in Europa die Lage stabilisieren zu wollen. (...)

Zum zweiten ist auch im Verhältnis der osteuropäischen Länder zur Sowjetunion ein Wandel eingetreten. Die Parallelbewegung einer größeren nationalen Eigenständigkeit und einer Liberalisierung im Innern machte vor allem in letzter Zeit in der Tschechoslowakei Fortschritte und scheint den Zusammenhalt des heute noch so genannten

»Sowjetblocks« ernsthaft in Frage zu stellen. Niemand vermag vorauszusagen, in welchen Bahnen sich diese Entwicklung, die von den Sowjets wie auch von einigen Regierungschefs offensichtlich gebremst wird, vollzieht. Gerade in der Tschechoslowakei scheint indessen bereits ein Punkt erreicht zu sein, von dem es kaum noch ein Zurück gibt. Die östlichen Länder werden sich immer stärker ihrer Zugehörigkeit zu Europa bewußt und wünschen an der Einheitsbewegung im Maßstab des Kontinents teilzuhaben. Der dritte grundlegende Faktor des neuen Ost-West-Verhältnisses, der die Gegebenheiten diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges verändert, ist die Schaffung und Festigung der Wirtschaftsgemeinschaft der Sechs. Das Europa des Gemeinsamen Marktes wurde damit zu einem echten Anziehungspol, und trotz aller Schwierigkeiten, die die EWG erlebte und noch erleben wird, erwies sie sich als das erfolgreiche Mittel zur schnellen Hebung des Lebensstandards in allen Partnerländern, zum verstärkten Handelsaustausch und zur Festigung der Industrie- und Agrarstrukturen. Die osteuropäischen Diplomaten werden in Zukunft nicht mehr, wie sie dies bisher getan haben, den Gemeinsamen Markt offiziell einfach nicht zur Kenntnis nehmen können. Trotz der Angriffe der kommunistischen Propaganda gegen das sogenannte »Europa der Trusts und der Monopole« sind sich die Wirtschaftler und die Verantwortlichen in den östlichen Ländern sehr wohl darüber im Klaren, daß der Gemeinsame Markt zu einer Realität geworden ist und es in ihrem eigenen Interesse liegt, ihre Beziehungen mit der Gemeinschaft auszubauen, wenn nicht sogar sich mit ihr zu assoziieren.

In diesem neuen Licht muß auch die von Frankreich und Deutschland verfolgte Ostpolitik gesehen werden. (...)

Weitgehende Übereinstimmung

Auch die von Willy Brandt mit Einverständnis von Bundeskanzler Kiesinger geführte Ostpolitik strebt eine Entspannung und eine Normalisierung der Beziehungen mit den osteuropäischen Ländern an. Gleichzeitig betonte man in der Bundes-

republik, man würde sich nicht auf Kosten der westlichen Solidarität mit dem Osten im Alleingang zu einigen suchen. Wenngleich den von Bonn unternommenen Bemühungen auch nur bescheidene Erfolge beschieden waren, so kommt es hier doch auf die Feststellung an, daß sich statt eines Gegensatzes eine Annäherung der Standpunkte verzeichnen läßt.

Die deutschen und die französischen Vorstellungen sind sich in einem besonderen Punkte einander näher gekommen: in Paris wie in Bonn sieht man in der deutschen Wiedervereinigung nicht mehr die Voraussetzung für die Entspannung, sondern vielmehr das Ergebnis und den Abschluß dieses Entspannungsprozesses. Beide Hauptstädte stoßen mit dieser neuen Politik auf das gleiche Hindernis, nämlich die beharrliche Forderung Ulbrichts nach der Anerkennung Ostdeutschlands, eine Forderung, die sowohl die französische wie die deutsche Regierung mit Recht ablehnt.

Unter diesen Umständen steht offenbar der Ausarbeitung einer gemeinsamen Ostpolitik Deutschlands und Frankreichs nichts mehr entgegen. Es gilt allerdings die Voraussetzungen für eine solche Politik noch zu klären.

Der Rückzug Frankreichs aus der NATO und die Anfechtung des atlantischen Bündnisses durch das gaullistische Regime haben zu einer gewissen Begriffsverwirrung und jenseits des Rheines zu berechtigten Befürchtungen Anlaß gegeben. So ist des öfteren der Eindruck entstanden, General de Gaulle erwäge eine Lösung der europäischen Gesamtprobleme auf dem Wege von Absprachen der europäischen Länder unter Ausschluß der Vereinigten Staaten wie der Sowjetunion. (...)

Notwendige Vorsicht

Von diesem Standpunkt aus fallen die Unterschiede von Atlantikpakt und Warschauer Pakt ganz erheblich ins Gewicht. Es wäre ein trügerisches Unternehmen, wollte man den Abschluß eines europäischen Sicherheitspaktes von der vorherigen und gleichzeitigen Auflösung dieser beiden

Bündnisse abhängig machen. Mit dem Aufgeben der NATO würden alle Verteidigungsbande zwischen den Mitgliedern und insbesondere die entscheidende Verbindung mit Nordamerika zerrissen, während der Verzicht auf den Warschauer Pakt den militärischen Griff der UdSSR auf die anderen Mitgliedsländer keineswegs zu lockern brauchte, denn die osteuropäischen Staaten wären dann immer noch durch zweiseitige Abkommen an die Sowjetunion gebunden.

Im Falle eines Abbaues der beiden Bündnisysteme könnte die Sowjetunion ihre gegenwärtigen Streitkräfte beibehalten. Die europäischen NATO-Länder sähen sich dagegen im Falle eines Abzuges der in Europa stationierten amerikanischen und kanadischen Truppen durch den Atlantik von ihren Verbündeten getrennt und gerieten gegenüber Osteuropa militärisch und politisch in eine ungünstige Lage. Für die Zukunft läßt sich ein Strukturwandel der beiden Bündnisse mit einer stärkeren Autonomie ihrer europäischen Bestandteile und einer vertraglichen Beschränkung der Rüstungen in Ost- wie in Westeuropa vorstellen. Derartige Verhandlungen sind jedoch nur unter der Teilnahme sowie der doppelten Garantie der Vereinigten Staaten und der UdSSR denkbar. Auf keinen Fall aber darf man die Entspannung und die Zusammenarbeit von Ost- und Westeuropa auf dem Wege einer Neutralisierung des Kontinents anstreben. (...)

Eine zweite, sehr wichtige Vorbedingung ist es, die Verstärkung der Kontakte mit dem Osten nicht auf Kosten einer Schwächung der westeuropäischen Bande anzustreben. Auf sehr lange Sicht hin wird man die Einigung des gesamten europäischen Kontinents als Ziel anvisieren können. Das Europa vom Atlantik bis zum Ural müßte jedoch ein gefährlicher Mythos bleiben, wenn es den Verzicht auf die wirtschaftliche und die politische Integration bedeutete, die vor zehn Jahren dank der Europäischen Gemeinschaften begonnen worden ist. (...) Dazu kommt, daß ein Westeuropa, das auf seine eigenen Strukturen verzichtete, seine Anziehungs- und Ausstrahlungskraft in wirtschaftlicher, politischer und moralischer Hinsicht, also letzten Endes auch seine beste Möglich-

keit verlieren müßte, Impulse für die Orientierung der östlichen Länder zu geben. Allein ein Europa mit bundesstaatlichen Strukturen wird auf die Dauer den institutionellen und politischen Rahmen für ein wiedervereinigtes Deutschland abgeben können. (...)

In diesen beiden Punkten – der Erhaltung eines erneuerten atlantischen Bündnisses und der Verwirklichung eines föderativen Europa – scheint mir die gaullistische Politik mit ihrer antiamerikanischen Einstellung und ihrem eingefleischten Nationalismus den Erfordernissen der »Entspannung, des Einvernehmens und der Zusammenarbeit«, die sie auf dem gesamten europäischen Kontinent anstrebt, zuwiderzulaufen. Ich hoffe, daß in diesen beiden Punkten die Bundesregierung alles daran setzt, um Paris zu einer realistischeren und konstruktiveren Politik zu bewegen. (...)

Pierre Abelin

Deutschland

(...) Die Entwicklung guter Beziehungen mit den Staaten Osteuropas kann kein Selbstzweck sein. Wenn man ihr Priorität in der außenpolitischen Aktivität oder überhaupt eine bedeutsame Rolle zuweisen will, muß man wissen, daß man dafür auch Opfer bringt. Denn unvermeidlich führt eine größere Intensität der Ostpolitik zu nachlassender Intensität der Westpolitik und der Bemühungen um wachsende militärische Solidarität der westlichen Staaten. Eine Konzentration auf die Ostpolitik hätte also sowohl ein Nachlassen der militärischen Bedrohung wie politische Belohnungen in Aussicht zu stellen. Es wäre davon auszugehen, daß sich die sowjetische Bereitschaft zu friedlicher Koexistenz mit dem Westen verstärkt, daß sich die politischen Beziehungen zwischen den osteuropäischen und den ost-mitteuropäischen Staaten zur Sowjetunion so weit lockern, daß sie eine halbwegs selbständige Politik zu verfolgen in der Lage wären. Ihre militärischen Verbindungen zur Sowjetunion müßten ferner so geändert werden, daß die Sowjetunion sie nicht einfach als Durch- und Aufmarschgebiet für eventuelle Aggressionen gegen den Westen benutzen

könnte. Und das System in der DDR müßte sich soweit in Richtung auf eine freiheitliche sozialistische Demokratie wandeln, daß es sich aus eigenen Kräften neben der neo-kapitalistischen Demokratie Westdeutschlands behaupten und daß der Zustand eines eingefrorenen Bürgerkrieges durch eine Politik des Brückenschlagens abgelöst zu werden vermöchte.

Die Befürworter einer gemeinsamen und verstärkten deutsch-französischen Aktivität in der Ostpolitik behaupten, alle diese Entwicklungen seien bereits im Gange. Sie verkünden, eine militärische Bedrohung durch die Sowjetunion bestünde nicht mehr, und sie verweisen auf den Verselbständigungs- und Demokratisierungsprozeß in der Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien. Es soll nicht bestritten werden, daß die jüngsten Entwicklungen in diesen Ländern »Zwischeneuropas« zu einigen Hoffnungen Anlaß geben. Wenn es etwa in Prag gelänge, Demokratie im westlichen Sinne, das heißt zumindest Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit, mit einem Sozialismus in Übereinstimmung zu bringen, der in den Augen der übrigen Ostblockstaaten und vor allem der Sowjetunion noch Sozialismus ist, dann könnte eine Entwicklung von unabsehbarer Tragweite ins Rollen kommen.

Die Frage ist, ob solche Hoffnungen so solide sind, daß sie große politische Konstruktionen tragen können. Die Vorgänge in den erwähnten drei kommunistischen Ländern Osteuropas lassen sich nicht über einen Leisten schlagen. Das Streben nach größerer nationaler Selbständigkeit haben sie zwar alle gemeinsam. Aber Rumänien, das sich in außenpolitischer Hinsicht am offensten von der Sowjetunion distanziert hat, liegt in einem toten Winkel europäischer Politik, und seine außenpolitischen Seitensprünge bringt es in Übereinstimmung mit einer sehr straffen kommunistischen Führung im Innern. Die Russen können also fürs erste ihm gegenüber Toleranz üben. Die Jugoslawen experimentieren zwar mit Reformen innerhalb eines sozialistisch-kommunistischen Systems, schicken aber nach wie vor Kritiker des Systems ins Gefängnis. Sie sind nicht Mitglieder des Warschauer Paktes, aber befolgen in allen wichtigen

außenpolitischen Fragen die Moskauer Linie. Die Entwicklung in der Tschechoslowakei schließlich ist viel zu sehr im Fluß, als daß man sich schon ein festes Urteil darüber bilden könnte. Es ist sehr wahrscheinlich, daß das Ausmaß der Presse- und Meinungsfreiheit, das zunächst festzustellen war, auch von den Reformern in der Führungsgruppe der tschechischen KP nicht gewollt war. Und man kann davon ausgehen, daß sie selbst ebenso wie die Sowjets an einem gewissen Zurückrollen der Entwicklung interessiert sind. Es schien bezeichnend für die Möglichkeiten der Verselbständigung osteuropäischer Staaten zu sein, daß selbst in den berauschendsten Tagen des Prager Frühlings die Treuebekanntnisse der Führungsgruppe zur Sowjetunion, zum Warschauer Pakt und zum kommunistischen System einander jagten. Denn Prag ist, im Gegensatz zu Bukarest, eine Position von erstrangiger Bedeutung in Europa, und das setzt seinem Manövrierraum anscheinend von vornherein enge Grenzen. (...) Grundsätzlich wird man sagen müssen, daß eine umwälzende Veränderung im Weltbild der kommunistischen Führer in der Sowjetunion und in Osteuropa notwendig wäre, damit die Verwandlungen eintreten könnten, die der Lohn einer mit Vorrang bedachten deutsch-französischen Osteuropa-Politik sein müßten. Es ist aber im Gegenteil festzustellen, daß die Sowjetführer sich energisch um die Reinerhaltung der Ideologie bemühen, und daß sie in militärischer Hinsicht Vorbereitungen für eine Expansion treffen, die die Grenzen traditioneller russischer Interessengebiete vermutlich weit überschreiten soll.

Zweifel

Die Bundesrepublik selbst wird trotz oder vielleicht gerade wegen ihrer Entspannungspolitik mit propagandistischem Trommelfeuer einer Art zugedeckt, die man sehr wohl als psychologische Kriegsvorbereitung betrachten könnte. Insgesamt erweckt die sowjetische Europa-Politik nicht etwa den Eindruck, daß sie ein Desengagement von ihren vorgeschobenen Positionen im Auge haben könnte, sondern daß sie vielmehr umgekehrt die Absicht verfolgt, Westeuropa in ein Abhängigkeitsverhältnis zur Sowjetunion zu bringen. Die

Hoffnung wäre sehr kühn, daß angesichts dieser sowjetischen Zielsetzung die führenden Schichten der kommunistischen Parteien in den für die Bundesrepublik wichtigsten Ländern des Ostblocks – in der Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und vor allem natürlich der DDR – auch nur die Möglichkeit hätten, einen bedeutungsvollen Grad politischer und militärischer Unabhängigkeit von der Sowjetunion zu erringen. (...) Freiheit und ein sozialistisches System, das mehr oder weniger dem Moskauer Typ nachgebildet ist, scheinen miteinander nicht vereinbar zu sein, ob man nun den evolutionären oder den revolutionären Weg wählt. Dieses System verlangt die Unterwerfung des Individuums unter ein unidentifizierbares Staatsinteresse. Jeder Anflug wirklicher Demokratie und Freiheit gibt dem Individuum die Möglichkeit, seinen Protest dagegen zu äußern, wird zu Mehrparteien-Systemen führen – wobei der Weg zunächst über Fraktionsbildungen innerhalb der Staats-Partei laufen könnte – und schließlich die Kommunisten aus ihren beherrschenden Positionen verdrängen. Das aber wäre in kommunistischen Augen die Konterrevolution. (...) Diesen Weg werden sie, und sei es mit sowjetischer Hilfe, zu verbauen wissen. Für keinen Staat gilt das so sehr wie für die DDR. Eine Umwandlung der SED-Diktatur in eine Art sozialistischer Demokratie würde aller Voraussicht nach der Anfang vom Ende dieses Staates sein. Und wenn die These richtig ist, daß eine Demokratisierung in den slawischen Nachbarstaaten der DDR schließlich in die DDR hineinschlagen würde, dann wird die Sowjetunion aus eben diesem Grunde die Demokratisierung in diesen slawischen Nachbarstaaten in sehr, sehr engen Grenzen zu halten wissen.

Geringe Gemeinsamkeit?

Die Chancen einer aktivierten und gemeinsamen deutsch-französischen Osteuropa-Politik scheinen also im Grunde recht gering zu sein, und man muß sich fragen, warum die Regierungen beider Staaten so viel davon reden. Im Falle der Bundesrepublik ist das verhältnismäßig leicht zu sagen. Die »neue Ostpolitik« ist mit der SPD in die Regierung gekommen. Man kann sie als den Anti-Adenauer-Komplex dieser ewigen Oppositions-

partei bezeichnen. Die Sozialdemokraten hatten, vermutlich zurecht, das Gefühl, daß der verstorbene Bundeskanzler in den frühen Jahren der Bundesrepublik Chancen im deutsch-russischen Verhältnis versäumt hat, die eine deutsche Wiedervereinigung in den Bereich des Möglichen hätten rücken können. Überdies hatten sie das starke Bedürfnis, sich außenpolitisch von der CDU abzuheben. (...)

Der französischen Osteuropa-Politik wird man so viel ehrliche Naivität vielleicht nicht nachsagen können. Der Verfasser hat den Verdacht, daß sie weniger von staatsmännischem Weitblick als von einer gehörigen Portion Machiavellismus geprägt sein könnte. Sie scheint auf jeden Fall das französische Problem zu lösen, einerseits mit Hilfe der Bundesrepublik eine Führungsrolle in Europa einzunehmen und andererseits mit Hilfe der Slawen die Deutschen einzudämmen. Den Deutschen kann sich de Gaulle mit seiner Osteuropa-Politik als der Mann präsentieren, der ihre eigenen Probleme zu lösen versucht. Den Slawen erscheint er durch seine verschiedenartigen Verbindungen mit den Deutschen einerseits größer, als er wirklich ist, und andererseits als ein Partner, der geeignet ist, die Deutschen im Zaum zu halten. (...)

Die gemeinsame Ostpolitik sollte infolgedessen im außenpolitischen Aufgabenkreis Frankreichs und der Bundesrepublik nur eine sekundäre Rolle spielen; absolute Priorität hätten auch heute noch alle Fragen zu genießen, die auf ein wirtschaftliches, militärisches und politisches Zusammenwachsen der Bundesrepublik und Frankreichs hinzielen. Wer die politischen Energien der beiden Völker auf die »gemeinsame Ostpolitik« hinzuleiten versucht, setzt sich dem Verdacht aus, daß er das deutsch-französische Zusammenwachsen gar nicht ernsthaft will.

Dieter Cycon

Dritte Welt

Frankreich

Aus zahlreichen Gründen verdienen die Möglichkeiten einer Ausdehnung der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe für die Dritte Welt unser Interesse. Der deutsch-französische Vertrag schafft zunächst eine politische Grundlage für ein derartiges Vorhaben, das zudem eine neue Gelegenheit bietet zur Gemeinschaftsarbeit. Ferner kann auf diese Weise das europäische Bewußtsein geweckt werden für diese dramatische Aufgabe bei gleichzeitiger Stärkung der Aktionseinheit auf unserem eigenen Kontinent.

Aber das Problem ist vor allem um seiner selbst willen wichtig. Nach sehr ernsthaften Schätzungen wird sich die Bevölkerung der Erde zwischen 1960 und dem Jahr 2000 verdoppeln. Somit werden zu diesem Zeitpunkt von fünf Menschen vier den unterentwickelten Ländern angehören. Dieser Bewohner der unterentwickelten Länder wird im Durchschnitt über 225 Dollar pro Jahr für seinen Lebensunterhalt verfügen. Der Europäer wird zu dieser Zeit ein Durchschnittseinkommen von 3 000 Dollar pro Jahr und der Amerikaner 4 700 Dollar pro Jahr besitzen. Diese Zahlen lassen die Tragweite der wirtschaftlichen, sozialen und hiermit auch politischen Spannungen ermessen, die aus solchen Mißverhältnissen entstehen werden.

Gewiß haben die entwickelten Länder dieses Problem wahrgenommen, und sie leiteten alle, je nach ihren Neigungen oder Möglichkeiten mit den unterentwickelten Ländern eine Politik der Kooperation auf technischer, kultureller und manchmal finanzieller Basis ein. Die erzielten Ergebnisse erwiesen sich, wie man weiß, als stark unterschiedlich, und es ist schwierig, über einige

von ihnen zur Zeit ein Urteil zu fällen; aber im großen und ganzen muß man feststellen, daß die bilaterale Hilfe zusammen mit der multilateralen der Vereinten Nationen nicht ausgereicht hat, das Problem zu meistern, denn die Kluft zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern ist heute breiter als vor zehn Jahren. Wenn wir also eines Tages eine sehr ernste Krise vermeiden wollen, müssen wir auf alle Fälle etwas mehr tun. Es wäre zwecklos, sich hierüber hinwegtäuschen zu wollen. Die Frage ist nur, welche Methoden anzuwenden sind. Die multilaterale Kooperation auf weltweiter Ebene ist sehr schwierig und kostspielig. In der Praxis würde sie übrigens zu einer amerikanischen Vorherrschaft führen und hiermit in der heutigen Welt unüberwindbare sprachliche sowie politische Probleme aufwerfen. Die bilaterale Zusammenarbeit ist der Versuchung ausgesetzt, die Kredite nach dem Gießkannenprinzip zu verteilen. Sie läuft außerdem Gefahr, in der öffentlichen Meinung Probleme heraufzubeschwören und den Verdacht des Neokolonialismus aufkommen zu lassen. Die beiden Methoden haben also ihre Grenzen. Damit soll jedoch nicht gesagt werden, daß man darauf verzichten sollte, aber vielleicht wäre es möglich, andere Strukturen für die sich als notwendig erweisende umfangreichere Hilfe zu finden.

Daher der Gedanke, regionale Gremien zu schaffen, die sich nur mit einer Gruppe unterentwickelter Länder befassen und die zwei oder drei vorwiegend interessierte Industriestaaten gemeinsam mit dieser Gruppe an denselben Tisch bringen, damit das Gefühl einer gewissen gemeinschaftlichen Verantwortung entsteht für die Entwicklungsplanung und die Rationalisierung der Anstrengungen.

Eine deutsch-französische Zusammenarbeit könnte von dieser Konzeption ausgehen. Die bei-

den Länder wählen die unterentwickelten Gegenden der Nationen aus, für die sie sich gemeinsam interessieren. Diese würden gebeten, dem deutsch-französischen Entwicklungsbüro beizutreten, um eine Reihe genau definierter Arbeiten zu planen. Sobald die Wahl zwischen allen Beteiligten auf staatlicher Ebene festgelegt wäre, könnte das Büro die Rolle eines Vormundes für diese gemeinsam geplante Aktion übernehmen und mittels öffentlicher Gelder die vorgesehenen Unternehmen erstellen, private Investitionen genehmigen sowie garantieren. Eine derartige wirtschaftliche Autorität böte offensichtlich große Vorteile dank ihrer geschmeidigen Struktur, ihrer Wirksamkeit an Ort und Stelle und des Gemeinschaftsgeistes, den sie zwischen allen beteiligten Ländern hervorruft. Die Zusammenarbeit ist außerdem nicht nur eine Frage des Geldes, sie ist ebenfalls eine Frage von Menschen. Es ist in Wirklichkeit sehr schwierig, Ausgaben und Investitionen vorzunehmen, wenn man nicht über eine ausreichende Zahl von Fachkräften verfügt. Schon jetzt bleibt die Zahl der verfügbaren kleineren und mittleren Kader erheblich hinter dem Bedarf zurück.

Dieserhalb hat man in Frankreich, und ich glaube auch in Deutschland, einen Versuch unternommen, der ausgezeichnete Ergebnisse brachte, nämlich die Freiwilligenorganisation für den Fortschritt. Warum erwägt man nicht eine deutsch-französische Freiwilligenorganisation, die mit gemeinschaftlichen wirksamen Mitteln auszustatten wäre, um jungen Menschen beider Länder zu ermöglichen, zusammen einige Jahre im Busch oder auf Baustellen zu verbringen. Man würde ohne Zweifel ganz schnell zu einer europäischen Freiwilligenorganisation für die Entwicklung kommen, deren Seele und Vorläufer dann die deutsch-französische Organisation gewesen wäre. Schließlich müßte auf staatlicher Ebene eine gemeinschaftliche deutsch-französische Entwicklungs-

politik ins Auge gefaßt werden. Durch sie wäre es möglich, gleiche Positionen auf Konferenzen und im europäischen Parlament einzunehmen, z. B. um die Verlängerung der Konvention von Jaundé durchzusetzen. Auf diesem Wege ließen sich auch gemeinsam die Einzelheiten ausarbeiten für Vorzugstarife oder für privilegierte Importkontingente von Fertigwaren, nicht zuletzt um die EWG-Länder zu großzügigeren und weniger egoistischen Stellungnahmen als augenblicklich der Fall zu veranlassen.

Frankreich und Deutschland bilden zusammen den wesentlichen Bestandteil Westeuropas. Ihr gemeinschaftliches Handeln würde auf alle Fälle viel dazu beitragen, ganz allgemein das Bewußtsein zu wecken für eine Aufgabe, die in unserer Zeit zu den ernsthaftesten moralischen und politischen Verpflichtungen gehört. Nicht zuletzt könnte diese gemeinsame Aktion die Methoden und das Ausmaß der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern ebenso wie ihre Wirksamkeit erfrischend erneuern und fördern.

Ein umfangreiches Betätigungsfeld steht somit unseren beiden Nationen offen. Mögen sie es auch verstehen und entschlossen einen Weg einschlagen, der für unser Zeitalter der höchste Ausdruck menschlicher Solidarität ist.

Jean de Broglie

Deutschland

Es sollte nicht allzu schwierig sein, eine gemeinsame deutsch-französische Politik oder wenigstens politische Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland in der Dritten Welt zu konzipieren. Eine Reihe positiver Voraussetzungen sind gegeben: in den internationalen Beziehungen von heute stehen Frankreich und Deutschland in fast gleicher Position. Das Gebiet

beider Staaten, ihre Bevölkerungszahl, ihre Wirtschaftskraft sind einander ähnlich. Infolgedessen verfügen beide Staaten über ein ungefähr gleiches Volumen von Macht. Ihre politische und gesellschaftliche Grundordnung ist, im Weltmaßstab betrachtet, die gleiche: liberale Demokratie, gemeinsam getragen von einem konservativen Bürgertum und einer revisionistisch organisierten Arbeiterschaft, auf der Grundlage grundsätzlich reformfähiger kapitalistischer Verhältnisse. Schließlich sind Frankreich und Deutschland seit Anfang der fünfziger Jahre Partner in den verschiedenen europäischen Gemeinschaften. (...)

Trotzdem kann, je weiter man sich von Europa entfernt, umso weniger von Zusammenarbeit oder gar einer gemeinsamen Politik die Rede sein. Oft fehlt in Deutschland jedes Verständnis für die französische Haltung, z. B. für die französischen Vorstellungen von der Zukunft Vietnams, oder für den französischen Appell an Lateinamerika, sich von nordamerikanischer Vormundschaft zu emanzipieren. In Afrika findet wenigstens eine praktische Zusammenarbeit dort statt, wo die Assoziierung von achtzehn Staaten an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft dazu zwingt. Dieses harte Wort stellt keine Übertreibung dar, denn Deutschland scheint bisher die Assoziierung vornehmlich erduldet zu haben als ein politisches und finanzielles Opfer, das es seinem Freunde Frankreich bringt, anstatt sie als Chance für eine gemeinsame aktive Politik auszunützen. Worum liegt das? Die einfache Wahrheit lautet, daß Frankreich eine politische Konzeption für die Dritte Welt und für seine Beziehungen zur Dritten Welt besitzt, Deutschland aber nicht. Frankreich (und nicht erst de Gaulle, sondern schon die IV. Republik vor ihm) treibt Außenpolitik in Asien, Afrika und Lateinamerika. Vielleicht ist es eine falsche Außenpolitik, nämlich der Versuch einer Macht mittlerer Ordnung, sich als Großmacht zu gebärden. Vielleicht ist es eine neokoloniale Po-

litik, die hier und da versucht, alte Abhängigkeiten durch Einsatz neuer Mittel zu verewigen. Aber jedenfalls ist es Außenpolitik. Die Bundesrepublik dagegen treibt in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas vornehmlich Deutschlandpolitik, d. b. nach ihrer eigenen Vorstellung Innenpolitik. Diese Länder interessieren Bonn, gewiß. Aber sie interessieren zunächst einmal als potentielle »Anerkener« der DDR, in zweiter Linie als Außenhandelspartner. Dieser Außenhandel ist wieder nicht Teil einer Außenpolitik, sondern dient bestenfalls der Erhaltung des innerdeutschen wirtschaftlichen und sozialen Wachstums. In dieser außenpolitischen Abstinenz der Bundesrepublik steckt eine löbliche moralische Haltung. Wir schämen uns einer Vergangenheit, in der Deutschland Weltherrschaftspläne entwarf und im Blut der Völker zu verwirklichen suchte. Wir müssen uns auch von unseren Historikern widerwillig sagen lassen, daß schon vor Hitler, nämlich vor und während des ersten Weltkrieges, das Deutsche Reich nach der »Weltmacht« griff. Unter dieses Kapitel deutscher Außenpolitik soll ein für allemal ein Schlußstrich gezogen sein. Das glauben uns zwar die kommunistischen Brüder in der DDR nicht, die in Südafrika, in Vietnam, Lateinamerika und wo immer es denkbar ist, den westdeutschen Imperialismus am Werk sehen. Sie täuschen sich. Die gesellschaftlich führenden Kräfte in der Bundesrepublik und alle bisherigen Bundesregierungen sind offensichtlich froh, außenpolitischer Verantwortung in der weiten Welt ledig zu sein. (...) Sie sind vollkommen einverstanden damit, daß die Bundesrepublik zumindest außerhalb Europas (oft möchte man meinen, auch in Europa selbst) auf eine aktive Außenpolitik jenseits der Handels- und der Hallsteinpolitik verzichtet. (...)

Was kann man tun? Die Bundesrepublik muß eine Außenpolitik für Afrika, Asien und Lateinamerika entwerfen. Es ist höchste Zeit, denn in Wirklichkeit vermag eine Macht mittlerer Größen-

ordnung nicht weltpolitische Abstinenz zu üben. Sie treibt dann doch Politik, nur eben negative und damit schlechte Politik. Insbesondere das Drängen auf die Hallstein-Doktrin erscheint in der Dritten Welt überall – Bonn kann sich drehen und wenden, wie es will, und seine Unschuld subjektiv noch so ehrlich beteuern – als Nötigung schwacher Staaten durch einen relativ starken Staat. Überlegung, Konzeption, eben positive Politik kann und muß an die Stelle des gegenwärtigen Vakuums treten, das mit Gefühlen (»Hilfe«, »Menschlichkeit« etc., aber auch »AfricaAddio«, »gelbe Gefahr« etc.) aufgeladen ist, wo einzelne Leute vielleicht eine Außenpolitik sehen. Frankreich kann seinerseits dem deutschen Partner entgegenkommen, indem es seine eigene Außenpolitik für die Dritte Welt ständig kritisch prüft und den Realitäten anpaßt. Wir deuteten vorhin schon an, daß diese französische Politik vielleicht, salopp gesagt, um einige Schuhnummern zu groß geraten ist. Obwohl es ständig im UN-Sicherheitsrat sitzt und sich eine Force de Frappe geschaffen hat, ist Frankreich den wahren Großmächten der Gegenwart nicht mehr ebenbürtig. (...) Eines geht bestimmt nicht: Frankreich darf sich nicht die Wirtschaftskraft der anderen Länder Europas, insbesondere Deutschlands, für eine Großmachtpolitik »borgen«, die dann doch national französische und nicht europäische Politik sein soll. Das gilt auch für die Politik in der Dritten Welt.

Der Verdacht des Neokolonialismus wiegt gegenüber diesen Bedenken leicht. Natürlich hält Frankreich und halten Franzosen dort, wo sie können, am Einfluß in den ehemaligen Kolonien fest. Aber gerade General de Gaulle, der von nationaler Unabhängigkeit eine so hohe Meinung hat, sorgte bisher dafür, daß Frankreich die Unabhängigkeit seiner ehemaligen Kolonien ernst nahm und ihren Regierungen freie Hand auch in der Wirtschafts- und Außenpolitik ließ, ohne die »Coopération« als Kandare zu benutzen. (...) In

der Tat sind diese Staaten, gerade auch konservativ-kapitalistisch orientierte wie die Elfenbeinküste, viel unabhängiger von Frankreich, als es mißtrauische Beobachter in der Bundesrepublik glauben.

Wenn es erst einmal eine deutsche Außenpolitik für die Dritte Welt gibt und wenn die französische Außenpolitik von dem hohen Pferd des Weltmacht-Prestige endgültig herabgestiegen sein wird und Frankreich sich fern er der letzten kolonialen sowie neokolonialen Zwänge entledigt haben wird, dann rückt die Zusammenarbeit in Asien, Afrika und Lateinamerika in den Bereich des Möglichen, allerdings nicht automatisch. Eine Fülle konkreter Probleme bleiben zu lösen. Man muß ähnliche Vorstellungen über die technische Seite der »Coopération« entwickeln: Kredite oder Geschenke? Liefer-, Projekt- oder/und Programmbindung? Bilaterale oder multilaterale Schwerpunkte? Man muß sich vordringlich um die Zukunft der Assoziierung afrikanischer Staaten an die EWG kümmern, und in Verbindung damit muß man gemeinsam zu den Forderungen Stellung nehmen, die der Block der armen Nationen (die »77«) in der UNCTAD an die Industrieländer richten. (...)

Franz Ansprenger

-

Ein Patina ansetzendes Denkmal?

Die Entstehung des deutsch-französischen Freundschaftsvertrags

Von Gilbert Ziebura*



Welche Bedeutung hat der deutsch-französische Freundschaftsvertrag, fragt der deutsche Politikwissenschaftler Gilbert Ziebura in diesem Beitrag, der im Jahr 1978 im *Dokumente-Sonderheft zu den deutsch-französischen Beziehungen* erschien.

Dem deutsch-französischen Vertrag vom Januar 1963 wurde ein Schicksal zuteil, das sich seine Schöpfer bestimmt nicht erträumt hatten: Seit fünfzehn Jahren ist seine Praxis von einer Normalität gekennzeichnet, die mit den Inhalten des Vertrags kaum etwas zu tun hat. Ein Paradoxon: Man lebt mit ihm, ohne sich seiner zu erinnern. Die Normalität ist nicht Frucht vertraglicher Normen, sondern einer Art stillschweigender Übereinkunft, auf die meisten (und politisch brisantesten) Ansprüche im Vertrag zu verzichten.

Er ist zur Routine erstarrt, ein langsam Patina ansetzendes Denkmal. Drängt sich dieser Eindruck nicht um so mehr auf, als die von Tag zu Tag sich verschärfende weltwirtschaftliche und weltpolitische Situation uns mit Problemen konfrontiert, die den deutsch-französischen Vertrag als diplomatische Marginalie deklassieren?

Aber selbst dann, wenn man auf dem weltpolitisch sicherlich bescheidenen Terrain der deutsch-französischen Beziehungen bleibt, stellt sich doch die von Anfang an nicht klar beantwortete Frage: War der deutsch-französische Vertrag wirklich das, als was ihn seine Urheber hingestellt wissen wollten: Abschluß, Krönung und zugleich Institutionalisierung und damit dauerhafte Konsolidierung der „Aussöhnung“ zwischen dem französischen und dem deutschen Volk? Ist ein Vertrag ein geeignetes Instrument zur Verwirklichung solcher Ziele? Genügt es, wie die dem Vertrag vorangestellte „Gemeinsame Erklärung“ proklamiert, daß diese Aussöhnung als solche bereits geeignet

ist, die „Beziehungen zwischen den beiden Völkern tiefgreifend zu verändern“? Ist ein Vertrag nicht immer Ausdruck einer bestimmten, historisch bedingten Interessenlage zwischen den Kontrahenten?

Lieferte er tatsächlich die Garantie dafür, daß nicht nur die Schatten der Vergangenheit endgültig gebannt würden, sondern mehr noch die Chance für eine gleichgewichtige Partnerschaft im Dienste eines beide übergreifenden, gemeinsamen Zwecks eröffnet würde? Und worin bestand denn eine derartige „historische“ Finalität bilateraler Kooperation, sieht man von der ewig bemühten und langsam zu Tode strapazierten, nebulösen Europa-Ideologie ab, die ohnehin, wie die Wirklichkeit seit dreißig Jahren zeigt, Konflikte eher kaschiert als bewußt macht – Konflikte, wie sie nun einmal aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bedingungen und ökonomischen Entwicklungsniveaus, auch und gerade zwischen Frankreich und der Bundesrepublik, resultieren müssen?

Geht der Vertrag von einer klaren Erkenntnis solcher, bisweilen durchaus struktureller Interessendivergenzen aus, und zeigt er auf, wie und zu welchem Zweck sie überwunden werden können? Wie sieht die im Vertrag beschworene „gemeinsame Politik“ aus, welches sind ihre gesellschaftlichen, ökonomischen und militärisch-sicherheitspolitischen Grundlagen? Wo liegt überhaupt ein gemeinsames übergeordnetes deutsch-französisches Interesse – bilateral, regional, universal? Wer definiert es in wessen Namen? Stellen sich diese

* Gilbert Ziebura war deutscher Politikwissenschaftler und hat die sozialwissenschaftliche Forschung zu Frankreich nach dem 2. Weltkrieg in Deutschland mitbegründet und durch seine Arbeit geprägt.

Fragen nicht, sobald man die Ebene des schieren Pragmatismus verläßt?

Alle diese Fragen brauchten nicht gestellt zu werden, hätten sie nicht bereits an der Wiege des deutsch-französischen Vertrags gestanden. Daher ist es gut, sich noch einmal seine Vorgeschichte ins Gedächtnis zu rufen. Bereits sie steht auf bezeichnende Weise im Kontrast zur idealistischen Gloriette, mit der manche so gern seine beiden Schöpfer umgeben. In Wahrheit zeigt diese Entstehungsgeschichte unmißverständlich, daß ihre Motive und Ziele nie so dicht beieinander gelegen haben, daß der Vertrag der künftigen Ausrichtung der deutsch-französischen Beziehungen eine klare Grundlage hätte liefern können.

1945–1958: Annäherung als Folge weltpolitischer Zwänge

Trotz mancher, letztlich aber doch (zunächst) vereinzelt bleibender Bemühungen diesseits wie jenseits des Rheins, das deutsch-französische Verhältnis von Anfang an auf eine neue Grundlage zu stellen, waren die objektiven Bedingungen alles andere als günstig dafür. Die von de Gaulle und seinen Nachfolgern (insbesondere Bidault) verfolgte offizielle Deutschlandpolitik war nicht nur zutiefst von historischen Erfahrungen gekennzeichnet, sondern zugleich eine Funktion des Primärziels, den Großmachtstatus Frankreichs durch eine, sei es noch so bescheidene Entscheidungsfreiheit im sich abzeichnenden Konflikt zwischen den beiden neuen Supermächten zu bewahren. Das bedeutete, wie man glaubte, ein schwaches Deutschland. Tatsächlich hat niemand die Oder-Neiße-Grenze und später die Teilung so rasch akzeptiert wie de Gaulle, obwohl, und hier lag der

erste Widerspruch, damit die Einbeziehung der beiden Hälften Deutschlands in den entsprechenden Einflußbereich der Supermächte erleichtert und die Spaltung Europas verliert werden mußte, was ursprünglich durchaus von Frankreich verhindert werden sollte.

Von breiten Kreisen der Wirtschaft wie der (zum Teil erneuerten) herrschenden politischen Klasse wurde die Vorstellung geteilt, daß die für die künftige Stellung Frankreichs in Weltpolitik und Weltwirtschaft unabdingbare Modernisierung seiner Wirtschaftsstruktur ohne die Nutzung der deutschen Kohle kaum realisierbar sei. Das aber hieß vor allem, die französische Stahlproduktion (damals der wichtigste Indikator für wirtschaftliche Stärke) so weit zu entwickeln, daß sie mit der deutschen Schwerindustrie auf den europäischen und Weltmärkten zu konkurrieren imstande war. Alle Einzelentscheidungen der französischen Deutschlandpolitik bis Ende 1949 waren auf diese Hauptziele zurückzuführen.

Die (von klarsichtigen Geistern frühzeitig durchschauten) Widersprüche dieser Politik mußten in dem Maße offenbar werden, wie sich zeigte, daß in der globalen Strategie der USA gegenüber der Sowjetunion der Stärkung Westdeutschlands zunehmende Bedeutung beigemessen wurde und überdies die amerikanische Wirtschaftshilfe für den Wiederaufbau Frankreichs wichtiger war als die deutsche Kohle. Neben die ökonomische Abhängigkeit trat bald auch die militärisch-sicherheitspolitische.

Damit waren die Großmachtträume ausgeträumt: Der inneren wie äußeren Schwäche Frankreichs im Zeitalter schärfster amerikanisch-

sowjetischer Konfrontation fielen sämtliche Ziele seiner ursprünglichen Deutschlandpolitik zum Opfer. Auf den Lauf der Dinge in Europa hatte Frankreich nicht den geringsten Einfluß. Es entstanden zwei deutsche Staaten, und jeder von ihnen stellte das vorgeschobene Glacis der entsprechenden Supermacht im Rahmen der entstehenden Militärblöcke dar.

So einleuchtend diese Analyse ist, bleibt sie doch an der Oberfläche. Bislang sind in der Literatur mehrere Aspekte dieser Entwicklung unterschätzt worden. Einmal die Tatsache, daß die nun, seit dem Winter 1949/50, einsetzende Umorientierung der französischen Deutschlandpolitik von jenen politischen Kräften forciert wurde, die auch bereit waren, sich der amerikanischen Dominanz zu unterwerfen, ohne auf der anderen Seite sämtliche Elemente der bislang praktizierten Politik aufgeben zu wollen.

Dies mußte zwangsläufig einen schwierigen Eiertanz zur Folge haben, da die Rücksichtnahme auf die amerikanischen Forderungen nicht total sein sollte, andererseits aber für die Durchsetzung autonomer Ziele das nötige Potential fehlte. Die französische Politik in der Frage der deutschen Wiederbewaffnung spiegelte dieses Dilemma getreulich und auf dramatische Weise wider. Die Annäherung an die gerade gegründete Bundesrepublik erschien unvermeidlich.

Aber selbst diejenigen Kräfte, die sie trugen, versahen sie mit einem Vorbehalt: Auch die nun praktizierte Methode der europäischen Integration (Schuman-Plan, EVG) sollte über die darin enthaltenen Kontrollmöglichkeiten dafür sorgen, daß sich das Kräfteverhältnis zwischen den beiden Ländern nicht zu Ungunsten Frankreichs verschlechterte. Den Kritikern aber (Kommunisten, Gaullisten, Neutralisten) blieb diese Art der Annäherung an die Bundesrepublik immer suspekt: Sie sahen darin eine doppelte Kapitulation Frankreichs vor den USA und vor einer immer enger an die westliche Führungsmacht gekoppelten und sich in ihrem Schatten zunehmend stärkenden Bundesrepublik. Ihnen mißfiel, daß der westeu-

ropäischen Integration nur die Funktion zufallen sollte, das westliche militärische und ökonomische Potential zu stärken, ohne daß damit eine autonome politische Strategie Europas (wie immer sie aussehen mochte) ermöglicht wurde.

So wird niemand behaupten, daß diese Annäherung an die Bundesrepublik mit großem Enthusiasmus vollzogen wurde. Auf deutscher Seite geschah jedoch das genaue Gegenteil. Auch hier war die westeuropäische Integration kein Zweck an sich. Für Adenauer und einen wachsenden Teil der öffentlichen Meinung war sie ein willkommenes Vehikel, um die Reste des Besatzungsstatus abzuschütteln.

Die Westorientierung

Die Westorientierung löste alle inneren und äußeren Probleme der jungen Republik: Sie eröffnete Märkte, vertiefte die ökonomische Interdependenz, gab militärische Sicherheit (ohne viel dafür tun zu müssen), konsolidierte die Herrschaft der CDU/ CSU und gab damit dem jungen Staat einen enormen Schub an Legitimität, was durch den (freilich wenig kostenreichen) Idealismus als neue wertmäßige Grundlegung noch unterstrichen wurde.

Damit hängt ein zweites Faktum zusammen. Während der wirtschaftliche Wiederaufstieg Frankreichs trotz frühzeitiger massiver Staatseingriffe auf sich warten ließ (er begann erst ab 1953), entstand diesseits des Rheins eine moderne Industriegesellschaft, deren Dynamik den französischen Beobachtern den Atem verschlug. Schien sie nicht alle ökonomischen und gesellschaftlichen Probleme besser zu lösen als die dahin laborierende IV. Republik? Gelang es ihr nicht, soziale Gegensätze besser zu überwinden und damit den Klassencharakter der Gesellschaft, wie er in Frankreich bestand, langsam aber sicher abzubauen?

Vollbeschäftigung (trotz vieler Millionen von Flüchtlingen), Weltmarktexpansion, Geldwertstabilität als Basis eines breiten sozialen Konsens – kontrastierte dies alles nicht allzu deutlich mit

den zahlreichen innen- und weltpolitischen Konflikten, mit denen Frankreich konfrontiert war? Erschütterte nicht die Entkolonisierung Staat und Gesellschaft und belastete sie nicht zugleich die ökonomische Modernisierung? Während die Westdeutschen trotz (vielleicht gerade wegen) des Verlustes ihrer nationalen Einheit ihre Identität zu finden schienen, zeigte das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im August 1954, daß sich Frankreich, zumindest gegenüber der Bundesrepublik, nur noch in dem einig war, was es nicht wollte.

Kein Wunder, wenn die Alliierten den Franzosen die Arbeit abnahmen und die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik über deren Eingliederung in das atlantische Verteidigungsbündnis definitiv regelten. Was noch wenige Monate zuvor erbittert umkämpft war, akzeptierte Frankreich nun ohne Schwierigkeiten. Es schien, als sei eine Schlacht endgültig verloren; Resignation breitete sich aus. Mehr noch: Angesichts weiterer schwerer innen- und außenpolitischer Krisen (Algerienkrieg, Suezabenteuer, Zerfall der staatlichen Autorität über den politischen Bankrott der sie tragenden Parteien, zunehmende außenpolitische Isolierung) brauchte man, und sei es nur, um sich den Rücken frei zu halten, eine wohlmeinende Bundesrepublik.

Dies erklärt, warum in den letzten Jahren der IV. Republik die deutsch-französischen Beziehungen am ungetrübtesten waren. Zwar gab es im Rahmen der Verhandlungen über die Errichtung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (1955–1957) zahlreiche Interessengegensätze zwischen beiden Ländern. Da aber beide die EWG brauchten (die Bundesrepublik zur weiteren Konsolidierung ihres westeuropäischen Marktes und generell ihrer europäischen Position; Frankreich als Stimulans für die Konkurrenzfähigkeit seiner Wirtschaft und als Garantie für den Absatz seiner landwirtschaftlichen Produkte), wurden immer wieder Kompromißformeln gefunden. Entscheidend aber war die Niederlage Frankreichs in der Suez-Expedition und die damit verbundene außenpolitische Notlage, die die letzten Widerstände

hinwegfegte. Auch die Lösung der leidigen Saarfrage, des letzten direkten Streitobjekts zwischen beiden Ländern, bewies, wie sehr sich das Klima verbessert hatte.

Dennoch: Selbst diese Hoch-Zeit deutsch-französischer Zusammenarbeit hinterläßt, bei genauerer Betrachtung, ein zwiespältiges Gefühl. Nicht nur, weil beide Länder die Errichtung des Gemeinsamen Marktes (ganz natürlicherweise) unter dem Gesichtspunkt der Durchsetzung ihrer spezifischen nationalen Interessen betrieben hatten. Mehr noch fiel ins Gewicht, daß diese neue Form der Koexistenz darauf zu beruhen schien, daß sich keines der beiden Länder um die Probleme des anderen kümmerte. Was an Herausforderungen auf sie zukam, beantworteten sie nie miteinander, sondern aus eigenen Kräften.

Die Bundesrepublik war von ihrem „Wirtschaftswunder“ absorbiert und hüllte sich in die Illusion, über einen starken Westen eines (nicht zu fernem) Tages die Wiedervereinigung „in Freiheit“ verwirklichen zu können. Es gab wohl kaum einen Franzosen, der sich in jenen Jahren (geschweige denn später) für diese Perspektive erwärmen konnte. Ganz im Gegenteil: Die Verstrickung in den Algerienkrieg (und der daraus resultierende Gegensatz mit der araberfreundlichen Sowjetunion) konnte jene Kräfte nur vorübergehend in den Hintergrund drängen, die einen Ausgleich mit dem Osten wünschten.

Das Scheitern der IV. Republik und die Übernahme der politischen Gewalt durch den General de Gaulle wurde deutscherseits mit unverhohlener Sorge begleitet, ganz davon abgesehen, daß man die größten Schwierigkeiten hatte, Ursachen und Auswirkungen dieses Machtwechsels wirklich zu verstehen. Jedenfalls war eine Epoche der deutsch-französischen Beziehungen zu Ende gegangen, da die V. Republik nun mit einem ganz anderen nationalen Anspruch auftrat und damit, verbal kaum verhüllt, im Kern an die Vorstellungen anknüpfte, wie sie am Ende des Zweiten Weltkriegs geherrscht hatten. Damit trat ein Kontinuitätsstrang der französischen Deutschlandpolitik wie-

der an die Oberfläche, der während der letzten Jahre der IV. Republik verschüttet zu sein schien.

1958–1963: Auf dem Wege zum deutsch-französischen Vertrag

Ohne Zweifel bestand von Anfang an zwischen der Neuorganisation der Institutionen und damit des innenpolitischen Machtapparats, den ökonomischen und monetären Maßnahmen vom Dezember 1958 (vor allem der Konvertibilität des Franken) als Vorbereitung für die Inkraftsetzung der Römischen Verträge sowie der sehr raschen Umorientierung der französischen Deutschlandpolitik ein enger Zusammenhang. Stärkung des Staates, Beginn einer neuen Phase des Industrialisierungsprozesses über die Herausbildung auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger Monopole sowie das (vorläufig freilich nur verbal geäußerte) Bestreben nach Rückgewinnung außenpolitischer Unabhängigkeit stellten die Beziehungen zur Bundesrepublik zwangsläufig auf eine neue Grundlage. Denn mit dem Zusammenbruch der IV. Republik waren auch jene politischen Kräfte ausgeschaltet, die im Rahmen einer (wie immer gearteten) europäischen Integration ein neues Verhältnis zur Bundesrepublik gesucht hatten.

Das gaullistische Konzept sah dagegen ganz anders aus. Nicht um den Abbau nationaler Souveränität ging es, sondern im Gegenteil um ihre Stärkung, was logischerweise die Aufgabe supranationaler Integration zugunsten einer lockeren Konföderation implizierte. Sie übernahm nun die Funktion, das Machtpotential der Bundesrepublik einzuordnen, freilich mit dem (natürlich nie offen geäußerten) Ziel, ihre kraftvolle Wirtschaft in den Dienst einer neuen westeuropäischen Führungsrolle Frankreichs zu stellen.

Denn zwischen dem machtpolitischen Anspruch de Gaulles und der im Vergleich zur Bundesrepublik weniger entwickelten Ökonomie bestand ein klarer Widerspruch, der aber über eine, wie es hieß, „Union“ mit dem östlichen Nachbarn überwunden werden konnte. Dieses erschien um so notwendiger, als nur eine derartige „Zusammenarbeit“ in der Lage war, die Bundesrepublik

aus dem Bannkreis der USA zu lösen und damit deren Position in Europa zu schwächen. Schließlich benötigte de Gaulle die Bundesrepublik zur Verwirklichung seiner Entspannungspolitik gegenüber dem Osten.

De Gaulle versuchte also wie schon früher, nun allerdings in neuem Gewande, die bilateralen Beziehungen mit der Bundesrepublik im Sinne der Durchsetzung seiner innen- wie außenpolitischen Ziele zu instrumentalisieren. Trotz vieler, immer taktisch bleibender Wendungen und Windungen blieb dieser Kernpunkt seiner Politik unberührt.

Unvereinbare Bedingungen

Es bedarf keiner längeren Ausführungen, um festzustellen, daß die Bundesrepublik kein einziges Element dieser gaullistischen Konzeption ernsthaft akzeptieren konnte, ohne die Grundlagen ihres Selbstverständnisses in Frage zu stellen. Ganz im Gegenteil: Sie hatte sowohl hinsichtlich ihrer innenpolitischen Stabilität (1957: absolute Mehrheit der CDU/CSU), wie ihrer Sicherheit und ihrer ökonomischen Entwicklung vom Kalten Krieg nur profitiert – allen „Aufweichungstendenzen“ (etwa in Gestalt des „disengagements“) stand sie scharf ablehnend gegenüber. Sie war (zumindest verbal) für die Aufgabe von Souveränitätsrechten und begriff folglich den Gemeinsamen Markt als Vorstufe für weitere Schritte zur westeuropäischen Integration. Fast in jedem Punkt der gaullistischen Konzeption vertrat die Bundesrepublik eine diametral entgegengesetzte Position, was um so stärker ins Gewicht fiel, als seit 1959/60 keine wesentliche innenpolitische Kraft diese Position angriff.

Wie sollten sich die deutsch-französischen Beziehungen unter solchen Bedingungen weiter entwickeln? Obwohl jede kühle Analyse diese Divergenzen, ja Unvereinbarkeiten aufgedeckt hätte, bestand das Drama darin, daß eine Reihe von Faktoren zunächst dazu führte, diesen Gegensatz nicht klar hervortreten zu lassen. Das persönliche Element spielte dabei eine große Rolle. Die erste Begegnung zwischen de Gaulle und Adenauer in Colombey (14./15. Sept. 1958) endete damit, daß

beide Staatsmänner füreinander eine ebenso merkwürdige wie plötzliche Affinität, ja sogar Sympathie entdeckten. Manches erklärt sie: Beide ähnelten einander in ihrem autokratischen Charakter und Regierungsstil, in ihrer pessimistischen Auffassung vom Menschen und der Geschichte, in ihrer Art, politische Ziele auf wenige, klar definierbare Prinzipien zu reduzieren und mit großem Starrsinn dann daran festzuhalten, was den Einsatz aller taktischen Finessen keineswegs ausschloß. Dennoch ist nicht klar, wer wen auf Dauer mehr charmiert hat, wo das Gefühl aufhörte und das Kalkül begann (letzteres bei de Gaulle sicherlich ausgeprägter als bei Adenauer). Sicher ist, daß diese ausgeprägte Personalisierung der Genesis des deutsch-französischen Vertrags nicht genutzt hat: Nur wenige Mitarbeiter waren informiert, und so mancher Schachzug kam allzu plötzlich und traf auf eine unvorbereitete und damit die Entstehung des Vertrags auch kaum mittragende öffentliche Meinung. So kam es, daß keine einzige Bestimmung des Vertrags, ja seine Notwendigkeit selbst, öffentlich diskutiert worden ist. Wozu sollte eine an geheimdiplomatische Verhaltensweisen erinnernde Politik aber dienen, wenn es doch erklärtermaßen darum ging, die Aussöhnung zwischen zwei Völkern zu konsekrieren?

Im übrigen hätten sicherlich manche Enttäuschungen nach Abschluß des Vertrags vermieden werden können. Hinzu kam, daß beide Staatsmänner nicht immer alle Karten auf den Tisch legten und ehrlich argumentierten. Jeder der beiden zog es vor, stets das zu betonen, was der andere gern hören wollte. So glaubte schließlich jeder, daß der andere seiner eigenen Einschätzung zustimmte. Dabei wurde das, worum es beiden in letzter Instanz ging, verdrängt oder zumindest mit unsicheren Konturen versehen. Daraus ergab sich, daß man mehr Gemeinsames zu finden glaubte, als tatsächlich vorhanden war.

Der internationale Kontext

Am stärksten aber fiel ins Gewicht, daß der internationale Kontext wenig geeignet war, die tiefer liegenden Absichten der beiden Kontrahenten klar hervortreten zu lassen, obwohl, und hier liegt

eine der vielen Ungereimtheiten der Entstehungsgeschichte des deutsch-französischen Vertrags, de Gaulle wenige Tage nach dem Treffen in Colombey sein berühmt-berüchtigtes Memorandum über die Reorganisation der NATO (im Sinne eines „Dreierdirektoriums“ aus den USA, Großbritannien und Frankreich) an die angelsächsischen Regierungen übersandte, ohne seinen neuen Freund Adenauer zu unterrichten. Als dieser davon erfuhr, reagierte er, wie nicht anders zu erwarten, mit großer Schärfe auf den Plan seines Freundes.

Diese in grundsätzlichen Fragen immer wieder aufbrechenden deutsch-französischen Divergenzen wurden durch andere Ereignisse wieder verwischt. Dazu gehörte das Berlin-Ultimatum Chruschtschows von 1958, das de Gaulle, zur hellen Freude Adenauers, auf einen hart antisowjetischen Kurs brachte. Als Amerikaner und Briten einzulenken versuchten, waren es de Gaulle und Adenauer, die alle Verhandlungsangebote an die Sowjetunion zu Fall brachten. In der Frage der von Großbritannien vorgeschlagenen Freihandelszone gingen die Ansichten wieder auseinander, trafen sich aber in dem Willen, den Abbau der Zölle im Europa der Sechs zügig voranzutreiben.

Die nachhaltigste Annäherung des deutschen und französischen Standpunktes aber bewirkte unzweifelhaft die Kennedy-Administration mit ihrer Absicht, das bislang praktizierte strategische Konzept der „massiven Abschreckung“ angesichts der neuen Pattsituation der strategischen Rüstungen zwischen den beiden Supermächten zugunsten des Konzepts der „flexiblen Antwort“ aufzugeben. Das bedeutete, daß entsprechend dem Grad der sowjetischen Herausforderung mit adäquaten Mitteln reagiert werden sollte. De Gaulle und Adenauer fürchteten nun, daß damit die amerikanische Schutzgarantie für Europa aufgeweicht würde. Dies war einer der Gründe dafür, daß de Gaulle wenig später den Aufbau einer eigenen atomaren Streitkraft in Angriff nahm. Damit zog er allerdings die entgegengesetzten Schlußfolgerungen aus der neuen Situation, im Gegensatz zu Adenauer, der alles versuchte, eine innere Stärkung der NATO durchzusetzen. Gerade in

dieser entscheidenden Frage der Verteidigung Westeuropas führten mithin ähnliche Sorgen zu Maßnahmen, die alles andere als eine deutsch-französische Gemeinsamkeit bewirkten. Außerdem hatte de Gaulle mit seiner Grundsatzrede vor der Militärakademie (3. November 1959) allen Versuchen in Richtung auf eine weitere Integration innerhalb der Atlantischen Allianz den Krieg erklärt, ja den möglichen Austritt aus der NATO anklingen lassen. Welche Wechselbäder im Verhältnis zwischen beiden Ländern! Wie sollte es unter solchen Bedingungen zu einer engeren Bindung kommen, von der immer wieder die Rede war? Es scheint, daß de Gaulle es war, der eine relativ stringente Strategie verfolgte, während Adenauer kein eigenes Konzept entgegenzustellen hatte.

Drei Voraussetzungen

Für de Gaulle waren diese Bedingungen gegeben, wenn drei Voraussetzungen erfüllt waren: zunächst eine klare Stärkung der Stellung Frankreichs mit Hilfe einer Konsolidierung der neuen Institutionen, einer Beschleunigung des Industrialisierungsprozesses sowie (vor allem) der Beendigung des Algerienkrieges; weiterhin genügend Zeit, um seinen Vorstellungen von einem unabhängigen Europa eine breite Basis in der Öffentlichkeit zu geben; schließlich die Notwendigkeit, Adenauer für seine Politik zu gewinnen.

Mit anderen Worten: Konzessionen sollte im wesentlichen die Bundesrepublik machen, indem sie bislang eingenommene, zentrale Positionen aufgab, ohne entsprechende Gegenleistungen erwarten zu dürfen, die eine Art Mittelweg zwischen beiden Interessenlagen ermöglichten. Freilich hätte eine solche Vorgehensweise schnell ihre Grenzen aufgezeigt.

Den entscheidenden Einschnitt stellte schließlich das Jahr 1962 dar. Nun war für de Gaulle die Zeit gekommen, den deutsch-französischen Bilateralismus gemäß seinen Vorstellungen enger zu gestalten. Die von ihm selbst gesetzten Vorbedingungen waren erfüllt: der Algerienkrieg beendet und damit die Institutionen gefestigt (wozu das

erfolgreiche Referendum über die Volkswahl des Staatspräsidenten noch beitrug); de Gaulles innen- wie außenpolitisches Prestige auf dem Höhepunkt; die ökonomische Expansion ange laufen.

In einem Punkt hatte er sich allerdings verrechnet: Wie das Scheitern auch des Zweiten Fouchet-Plans (18. Januar 1962) zeigte, war Europa nicht bereit, den Vorstellungen de Gaulles hinsichtlich der Schaffung einer intergouvernementalen westeuropäischen Konföderation zu folgen. Aber gerade dieses Scheitern mußte ihn in der Absicht bestärken, über eine (wie immer geartete) Abmachung mit der Bundesrepublik eine Art Mini-Fouchet-Plan doch noch zu verwirklichen.

Demgegenüber war seit 1961 die Stellung Adenauers und damit die mit seinem Namen verbundene Innen- wie Außenpolitik in eine schwere Krise geraten. Der Bau der Berliner Mauer führte sein Wiedervereinigungskonzept ad absurdum; der neuen (bald, seit der Kuba-Krise, auf Entspannung drängenden) amerikanischen Politik stand er mit wachsendem Unverständnis gegenüber; der Verlust der absoluten Mehrheit läutete sein (auf Herbst 1963 programmiertes) politisches Ende ein. Zugleich offenbarte die Spiegel-Affäre zum ersten Mal ein innenpolitisches Konfliktpotential, das viele für Überwunden glaubten. Schließlich zerfiel seine eigene Partei immer mehr in ein „atlantisches“ und ein „europäisches“ Lager, was das Zaudern gegenüber den von de Gaulle formulierten Vorschlägen erklärt. Aber gerade diese Schwäche, diese innen- und außenpolitischen Ungewißheiten, insbesondere nach seinem Abgang, brachten Adenauer um so mehr dazu, alle Hoffnungen auf eine Abmachung mit Frankreich zu richten, ganz abgesehen davon, daß er hier seinem Lebenswerk einen ebenso würdigen wie politisch notwendigen Abschluß geben konnte. Allerdings, und dies war der Preis, machte ihn diese Situation dafür reif, im großen und ganzen auf die Vorstellungen de Gaulles einzuschwenken.

Die unmittelbare Ausarbeitung der geplanten deutsch-französischen Abmachung (deren Form, Protokoll oder Vertrag zunächst offen blieb) voll-

zog sich in einem Klima voller Emotionen und damit auch Irrationalismen, hinter dessen Rauchvorhang ein im ganzen eher enttäuschender und kaum als homogen zu bezeichnender Text zustande kam. Welcher Kontrast zwischen der propagandistisch hochgespielten Reisediplomatie (insbesondere die ganz in seinem gewohnten plebiszitär-demagogischen Stil durchgeführte Deutschlandreise de Gaulles) einerseits und der eher kümmerlichen Debatte um den Vertragstext andererseits! Dabei war jeder, ursprünglich von de Gaulle vorgeschlagene Punkt umstritten und berührte Grundsatzzfragen des deutsch-französischen Verhältnisses. Dies galt insbesondere für die militärische Kooperation, die de Gaulle strikt bilateral, Adenauer aber immer im Rahmen der NATO organisiert wissen wollte.

Text ohne verpflichtenden Charakter

De Gaulle wünschte, daß die Bundesrepublik mehr Waffen in Frankreich kaufte; diese aber war durch ihre Abkommen mit den USA im Zusammenhang mit den Stationierungskosten so gebunden, daß kaum ein Spielraum blieb. Dies galt, mit ähnlicher Frontstellung, für die wirtschaftliche Zusammenarbeit, mit der die Bundesrepublik die EWG nicht gefährden wollte. Auch war, um nur noch ein weiteres Beispiel zu nennen, die Forderung nach Einführung des Französischen als erste Fremdsprache in der Bundesrepublik natürlich unreal. Andererseits durfte man es in keinem dieser Punkte zu einer Kontroverse kommen lassen, die das Ganze in Frage gestellt hätte. Also blieb nur das übrig, was schließlich auch herauskam: ein widersprüchlicher, wenig substantieller Text, dessen Bestimmungen keinerlei verpflichtenden Charakter besaßen.

Wie sollte es anders sein, nachdem in der Bundesrepublik das atlantische Lager mit Gerhard Schröder als neuem Außenminister mächtig an

Einfluß gewonnen hatte? Schröder hatte alles getan, um die französischen Vorschläge zu verwässern; er war es auch, der gegen Adenauer für die Form eines Vertrags plädierte, um auf diese Weise eine Ratifizierungsprozedur und damit eine öffentliche Debatte zu ermöglichen, die dann sofort die tiefer liegenden deutsch-französischen Divergenzen ans Licht bringen würde.

Diese Taktik drängte sich um so mehr auf, als zu dieser Zeit (Dezember 1962/ Januar 1963) klar wurde, daß sich de Gaulle, im Gegensatz zur Position der Bundesrepublik, dem Antrag Großbritanniens zur Aufnahme in die EWG widersetzen würde. Für ihn stellten die Briten das „Trojanische Pferd“ der USA in Europa dar; also mußte der Beitritt verhindert werden. Welch eine Schizophrenie: Da wurde feierlich der deutsch-französische Freundschaftsvertrag unterzeichnet, der beide Regierungen auf eine „gemeinsame Politik“ in wesentlichen Fragen festlegte, und nur wenige Tage später (29. Januar) erfolgte das Veto de Gaulles gegen den britischen EWG-Beitritt, für den sich die Bundesrepublik ausgesprochen hatte, dem Adenauer aber offensichtlich eine untergeordnete Bedeutung beimaß.

So zeigt die Vorgeschichte des deutsch-französischen Vertrags bereits alle jene Ambivalenzen, an denen sich seine Anwendung später stoßen sollte. Aus dieser Vorgeschichte läßt sich aber auch eine eindeutige Lehre ziehen: Je offener ein Konflikt zwischen beiden Ländern ausgefochten wird, desto besser ist es für ihre Beziehungen. Ob nun mit oder ohne Vertrag: Entscheidend bleibt, daß eine Annäherung nur dann Sinn hat, wenn sie jedem der beiden Völker bei der Lösung nicht zuletzt auch seiner gesellschaftlichen Probleme hilft. Das aber setzt voraus, daß diese Probleme richtig erkannt und aufgenommen werden, ohne daß das eine oder andere Land einen (wie immer gerechtfertigten) Führungsanspruch anmeldet.

Der Elysée-Vertrag im internationalen Kräftespiel

Von Alfred Grosser*

»» **Wie eng der Elysée-Vertrag verflochten ist mit den internationalen Fragen, die Europa zu Beginn der sechziger Jahre in Atem hielten, erklärt diese Analyse des Publizisten, Soziologen und Politikwissenschaftlers Alfred Grosser, der sich seit den sechziger Jahren für die deutsch-französischen Beziehungen einsetzt. Alfred Grosser gehört zu den herausragenden Autorenpersönlichkeiten, die regelmäßig bei *Dokumente* publizierten.**

Es geht um zwei Partner, gewiß. Aber deren gegenseitige Beziehungen sind jederzeit unlösbar mit dem internationalen Geflecht ebenso wie mit den Bestrebungen und der Globalvorstellung sowohl von Frankreich als von Deutschland verbunden. Diese Gesamtperspektive ist weitgehend die eines ganzen Landes – Regierung und Opposition eingeschlossen. So hat sich, allem äußeren Anschein entgegen, die Außenpolitik Frankreichs sowohl unter der IV. wie unter der V. Republik im Hinblick auf die Vereinigten Staaten gestaltet. Freilich, immer wenn sich die UdSSR von ihrer bedrohlichen Seite zeigt, gibt man sich als Verbündete unter Verbündeten; sobald die Bedrohung aber nachläßt (und man neigt dazu, ein solches Nachlassen sehr schnell fest zustellen), gewinnt der Wille, sich den Vereinigten Staaten gegenüber zu behaupten die Oberhand; die UdSSR wird zum nützlichen Gesprächspartner, der Frankreichs Ansehen im transatlantischen Kräftespiel erhöht. Ganz anders verhält es sich mit der Bundesrepublik, die sich in Relation zur UdSSR sieht, von der sie sich ständig bedroht fühlt, schon wegen der siebzehn Millionen Deutscher, die, unter sowjetischem Druck, ihrer Freiheiten beraubt sind. Die Vereinigten Staaten sind eine unentbehrliche Stütze; ihr Vertrauen darf man auf keinen Fall verlieren, damit man sich weiterhin auf ihren Schutz verlassen kann.

Im Vergleich zu den führenden Politikern der IV. Republik zeichnete sich General de Gaulle vor allem dadurch aus, daß er der Außenpolitik als der einzig wahren Politik Vorrang verlieh und in der Wirtschafts- und Sozialpolitik nur Instrument sah, die dazu dienten, Frankreich einen Vorzugsplatz im Kräftespiel der Nationen zu verschaffen. Die Gleichheit der Nationen, so wie General de Gaulle sie verstand, ähnelte der Vorstellung George Orwells von dem Begriff Gleichheit: Alle sind gleich, aber einige sind gleicher als die anderen. Frankreichs Kampf für die Gleichheit hat zum Ziel, Frankreich denen gleichzustellen, die gleicher als die anderen sind.

So hat er denn bereits im September 1958 – vier Monate nach seiner Rückkehr an die Macht – an den Präsidenten Eisenhower ein Memorandum gerichtet, in welchem er verlangte, es solle „auf der Ebene der Weltpolitik und der Weltstrategie eine Organisation errichtet werden, der die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich angehören“. In seiner Antwort gab der Präsident der Vereinigten Staaten zu verstehen, daß „es uns nicht möglich ist, uns ein System zu eigen zu machen, das unseren anderen Verbündeten oder anderen Ländern der Freien Welt den Eindruck vermitteln würde, daß grundsätzliche Entscheidungen, die ihre eigenen lebenswichtigen

* Alfred Grosser ist einer der intellektuellen Wegbereiter des Elysée-Vertrags. Bis heute setzt sich der 1913 geborene Grosser publizistisch und persönlich für die deutsch-französischen Beziehungen ein. Der Text entstammt dem Sonderheft von *Dokumente* zu den deutsch-französischen Beziehungen seit 1963, das 1978 erschien.

Interessen berühren, ohne ihre Teilnahme getroffen werden“. In Bezug auf Belgien und Holland, und auch Italien gegenüber, weist das Verhalten des französischen Staatspräsidenten eine sehr große Ähnlichkeit mit dem der Vereinigten Staaten auf der atlantischen Ebene auf, das er selbst kritisiert.

Will General de Gaulle also als der Vorkämpfer Europas erscheinen, dann ist es besser, wenn er nicht unbedingt wieder von neuem von seiner Idee einer Dreier-Organisation spricht. Europa wollen, kann aber auch bedeuten, dasselbe Ziel mit anderen Mitteln anzustreben. Stellt man sich vor, Frankreich könne nach außen im Namen eines starken Europas sprechen, so hätte es unter den drei Westmächten ein besonderes Gewicht, da Europas Stärke weit mehr Einflußnahme bedeutet als die „besonderen Beziehungen“, die Großbritannien gern zu den Vereinigten Staaten herstellen möchte. Das setzte allerdings voraus, daß Großbritannien diesem Europa nicht angehört und daß die europäischen Partner nicht den französischen Wunsch teilen, eine Weltmacht-Rolle zu spielen. Genauer ausgedrückt: daß sie diese Rolle nicht als Nation zu spielen wünschen, sondern vielmehr mit einem Europa einverstanden wären, in dem einzig und allein Frankreich diesen in jeder Beziehung überholten Weltmacht-Wunsch hegte.

Belgien, die Niederlande und Luxemburg sind auf alle Fälle zu klein für weltpolitische Ambitionen – nachdem Indonesien und der Kongo verloren gegangen sind. Es bleibt die Bundesrepublik Deutschland. Sie bringt das Gewicht einer unaufhörlich wachsenden Wirtschaftsmacht ein. Aber auf der anderen Tafel der Weltmachts-Waage la-

sten das Gewicht der hitlerischen Vergangenheit und das der deutschen Teilung, das die Bundesrepublik zwingt, ihren Blick eher nach Osten als auf andere Kontinente zu richten. Mit ihr zusammen will General de Gaulle die Basis des Europas seiner Vorstellung errichten; er weiß allerdings, daß der furchtsame Blick in Richtung Osten heißt, daß dem amerikanischen Schutz sehr viel Bedeutung beigemessen wird und daß das Europa, wie es bis jetzt von Konrad Adenauer und Jean Monnet aufgebaut worden ist, nicht als eine einfache Staaten-Konföderation gedacht ist. In den folgenden Jahren verläuft dann der stumme Dialog zwischen den deutschen Kanzlern und den französischen Präsidenten notwendigerweise so: „Ich verstehe Sie nicht. Sie wollen, daß Europa mit starker Stimme spricht, aber Sie wollen ihm keinen Körper geben.“ – „Ich verstehe Sie nicht. Sie wollen, daß Europa einen Körper bekommt, aber Sie sind damit einverstanden, daß es eine amerikanische Seele hat!“

Adenauer und de Gaulle – zwei starke Persönlichkeiten

Zwischen 1958 und 1963 sind dann aber die Differenzen weniger spürbar als die Folgen der doppelten Überraschung vom 14. September 1958. Überraschung in der öffentlichen Meinung beider Länder und anderswo: Einmal will de Gaulle, der weit davon entfernt ist, die Politik der deutsch-französischen Annäherung seiner Vorgänger abzulehnen, diese fortsetzen und vertiefen. Zum anderen überrascht Adenauer, der mit keinem Gedanken daran denkt, sich von dem Manne zu distanzieren, der die Wiedergeburt eines deutschen

Staates fortlaufend – und mit welcher Leidenschaft! – bekämpft hat, ebenso die gesamte europäische Integrationspolitik; dieser Adenauer verkündet nun eine Einheitlichkeit der Auffassungen mit weitaus mehr Eifer, als er Robert Schuman gegenüber zeigte. Überraschung bei den beiden Männern selber: Nichts läßt daran zweifeln, daß sie selber auch nicht auf diese Art von Liebe auf den ersten Blick vorbereitet waren, als sie sich zum erstenmal in Colombey-les-deux-Eglises begegneten.

„Bis Mitte 1962“, berichtet General de Gaulle, „werden Konrad Adenauer und ich uns an die vierzig Mal schreiben. Fünfzehnmal werden wir uns sehen, zumeist in Paris, Marly und Rambouillet oder in Baden-Baden und Bonn. Wir werden uns mehr als hundert Stunden miteinander unterhalten, entweder wir beide allein oder zusammen mit unseren Ministern oder in Gesellschaft unserer Familien.“

Nachdem er den Empfang in Paris im Juli 1962 beschrieben hat, die militärische Zeremonie im Militärlager Mourmelon, wo sie beide Seite an Seite aufrecht in einem Kommandowagen stehend erleben, wie die Parade einer „französischen und einer deutschen Panzerdivision an ihnen vorbeifiliert“ und die religiöse Zeremonie in der Kathedrale von Reims, schließt der Präsident der Französischen Republik mit den Worten: „Späterhin und bis zum Tode meines erlauchten Freundes werden sich unsere Beziehungen im selben Rhythmus und mit der gleichen Herzlichkeit fortsetzen. Letzten Endes wird sich alles, was zwischen uns gesagt, geschrieben und von uns bekundet worden ist, nur weiter entwickeln und unsere 1958 geschlossene Absprache der gegenseitigen Zuversicht den jeweiligen Ereignissen angepaßt. Gewiß werden sich gelegentlich auch Meinungsverschiedenheiten zeigen. Aber sie werden immer überwunden werden.“

Konrad Adenauer legt in seinen Memoiren mehr Betonung auf die Divergenzen, vor allem im Zusammenhang mit der Organisation Europas und weniger im Hinblick auf die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten; dies gilt zumindest für

die ersten Jahre, in denen General de Gaulle als der entschlossenste Verteidiger der Bundesrepublik gegenüber dem sowjetischen Druck erscheint, ohne dabei das Bild eines Gegners der UdSSR zu bieten. Nikita Chruschtschow besucht Frankreich vom 23. März bis zum 3. April 1960; gegen ihn nimmt de Gaulle die Bundesrepublik und ihren Friedenswillen in Schutz. Anstoß erregte er aber bei den Deutschen, als er in seiner Pressekonferenz vom 25. März 1959 erklärte, wenn auch die Wiedervereinigung in Freiheit „das normale Schicksal des deutschen Volkes“ sei, sie sich aber nur unter der Bedingung vollziehen könne, daß sie die gegenwärtigen Grenzen im Norden, Süden, Osten und Westen nicht in Frage stelle“ – anders gesagt: die Oder-Neiße-Linie.

Nachdem ihn das britische Parlament am 5. und der amerikanische Kongreß am 25. April mit Respekt angehört hatten, erlebte General de Gaulle einen glänzenden Erfolg, den zweifellos glänzendsten Erfolg seiner Präsidentschaftszeit überhaupt, am darauffolgenden 14. Mai. In Paris eröffnet er im Namen der einladenden Macht eine Vierer-Konferenz, auf welcher er als der treue Verbündete der Vereinigten Staaten erscheint, mit glänzenden Beziehungen zu Großbritannien, als der bevorzugte Gesprächspartner der Sowjetunion und zugleich als der Sprecher der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Situation stimmt am besten mit seiner Gesamtkonzeption überein und fordert nicht den geringsten Konflikt heraus. Sie verschwindet aber, da die Konferenz unvermittelt scheitert, als Nikita Chruschtschow sie unter dem Vorwand abbricht, ein amerikanisches Spionage-Flugzeug habe sowjetisches Territorium überflogen. Da der Vierer-Rahmen nun zersprungen ist, steht General de Gaulle wieder vor dem Problem der Rangstellung in der westlichen Welt, und das in einem Augenblick, in dem die UdSSR sich von neuem bedrohlich zeigt.

Den amerikanischen Verbündeten konnte der Besuch Chruschtschows in Paris nicht verletzen, denn der Sowjetführer war im September 1959 in den Vereinigten Staaten gewesen und hatte zwei

Tage hindurch in Camp David mit Präsident Eisenhower Gespräche geführt. Die beiden Männer hatten deutsche Probleme erörtert, vor allem das Berlin-Problem. Das Kommuniqué vom 27. September besagte, daß neue Verhandlungen über das Schicksal der Stadt aufgenommen werden sollten. Am 28. und 29. September legten Eisenhower und Chruschtschow fest, daß diese Verhandlungen ohne zeitliche Begrenzung geführt werden.

Die vier Großmächte und Deutschland

Zwei Lesarten der Ergebnisse dieser Gespräche sind möglich. Wenn Eile nicht geboten ist, dann ist das Ultimatum vom November 1958 als Ultimatum definitiv zu den Akten gelegt. Nikita Chruschtschow hatte gedroht, das ganze Viermächte-System in Deutschland zu beenden und mit der Deutschen Demokratischen Republik einen separaten Friedensvertrag zu schließen, falls die Westmächte nicht schnellstens einen neuen Status für West-Berlin akzeptierten; die Umwandlung West-Berlins in eine „selbständige politische Einheit“ wurde ja als eine Konzession gegenüber der „korrektesten Lösung“ dargestellt, nämlich der Eingliederung West-Berlins in die DDR. Aber – und das ist die Interpretation Kanzler Adenauers und General de Gaulles – die bloße Tatsache, Verhandlungen anzukündigen, bedeutete einen Rückzug.

Erlaubt der Geist der Entspannung ein ständiges Anknabbern der deutschen Position? Schon auf der Vierer-Konferenz in Genf Mai–Juni und Juli–August 1959 hatte die Bundesrepublik einen schweren Rückschlag erlitten. Während es für sie nur einen einzigen deutschen Staat gibt, da die andere politische Einheit aus der sowjetischen Besatzungszone, der „SBZ“ oder „Mitteldeutschland“ besteht, – währenddessen wurde die Beobachter-Delegation der Bundesrepublik auf der Seite der amerikanischen Delegation an einem kleinen Tisch platziert, der an den eigentlichen Konferenztisch angeschlossen war; die Beobachter aus dem anderen Teil Deutschlands kamen in gleicher Weise neben die sowjetische Delegation zu sitzen. Liefen die Westmächte nicht Gefahr, ihre

feierlichen Versprechen vom 3. Oktober 1954 zu vergessen? Die Regierungen der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Großbritanniens verkündeten, daß „sie die Regierung der Bundesrepublik als die einzige frei gewählte und legitim zustande gekommene Regierung Deutschlands betrachteten, die infolgedessen befugt sei, im Namen Deutschlands und als Repräsentantin des deutschen Volkes in internationalen Angelegenheiten zu sprechen.“

In der Erklärung hieß es ferner: „Sicherheit und Wohlergehen Berlins und die Aufrechterhaltung der Positionen, die die Drei Mächte in dieser Stadt einnehmen, werden in der jetzigen internationalen Lage von diesen als wesentliche Elemente des Friedens in der Freien Welt angesehen.“ Die Erklärung zog so die Konsequenzen aus dem Artikel 2 der Übereinkunft über die Beziehungen zwischen den Drei Mächten und der Bundesrepublik Deutschland, die am 23. Oktober 1954 unterzeichnet worden war: „Angesichts der internationalen Situation, die bis zum heutigen Tage die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluss einer Friedensregelung verhindert hat, behalten sich die Drei Mächte die Rechte und die Verantwortlichkeiten vor, über die sie verfügt und die sie bisher in Bezug auf Berlin und auf Deutschland in seiner Gesamtheit ausgeübt haben.“ Chruschtschow droht den Westmächten ab November 1958 an, das Viermächte-System von 1944/45 einseitig aufzukündigen, West-Berlin aus der westlichen Verantwortung herauszulösen und den Zutritt zur Stadt der Regierung Ulbricht zu übertragen. Eisenhower und seine Berater wollen auf der einen Seite die Entspannung fördern, auf der anderen Seite auf nichts verzichten, das sie erhalten haben; so entsteht denn der Gedanke, Garantien für das zu bekommen, was sie haben, nämlich West-Berlin, und dafür juristische Konzessionen über das einzutauschen, was sie nicht mehr haben, nämlich den anderen deutschen Staat und die Grenze mit Polen.

Keinerlei Zugeständnisse Adenauers und de Gaulles

Einer solchen Konzeption können weder Adenauer noch der General de Gaulle zustimmen. Sie

erteilen ihr Einverständnis mit dem Gipfeltreffen vom Mai 1960 nur unter der Bedingung, daß die Westmächte keinerlei Zugeständnisse machen. Hierdurch ist die Konferenz zum Scheitern verurteilt. Adenauers Position stellt sich als weit mehr festgefahren heraus als im März 1959; die Sozialdemokratische Partei hat mit großem Aufwand ihren Deutschland-Plan verkündet, der in stark utopischer Weise mittels gleichberechtigter Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR die Wiedervereinigung in Freiheit und die Errichtung einer Art gemeinsamen Marktes für ganz Deutschland heraufbeschwört. Der SPD-Plan wird 1960 zurückgezogen. Vorausblickend auf die im September 1961 bevorstehenden Bundestagswahlen sieht sich der Kanzler aber veranlaßt, deutlich zu machen, daß seine Unbeugsamkeit von den Vereinigten Staaten unterstützt wird und daß seine unnachgiebige Haltung Chancen für eine Wiedervereinigung birgt; die Opposition hingegen wirft ihm vor, gerade durch seine Immobilität die Teilung Deutschlands endgültig zu machen. Das Drama von Berlin im Jahre 1961 spielt sich auf diesem Hintergrund der inneren Auseinandersetzungen ab. Der Hauptdarsteller im westlichen Lager ist nun nicht mehr Eisenhower, sondern Kennedy, mit dem Adenauer niemals gute Beziehungen hat herstellen können.

De Gaulle ließ diskret und Adenauer sogar ganz offen – für die amerikanische Presse schockierend offen – durchblicken, daß sie es lieber gesehen hätten, wenn Richard Nixon gewählt worden wäre. Der deutsche Bundeskanzler wünschte sich größtmögliche Kontinuität. Tatsächlich wurde er dann als alter und weiser Berater aus eben den Gründen ausgeschaltet, aus denen der junge Präsident in den Vereinigten Staaten und in Europa so populär wurde: Die Mannschaft von Intellektuellen, die ihn umgibt, ist empfänglicher für den Wechsel als für die Beständigkeit in den weltpolitischen Angelegenheiten; sie richtet ihre Aufmerksamkeit mehr auf die Kontinente, in denen rasche Umwälzungen vor sich gehen, als auf die festgefahrene Situation in Europa. Kennedy hat sich für seine Umgebung „die Besten und die Intelligenteren“ ausgesucht, in deren Köpfen es

von Ideen wimmelt, denen es aber nicht nur an Bescheidenheit, sondern auch an Erfahrung in Staatsgeschäften fehlt. Ihr Dilettantismus zeigt sich denn auch in der Berlin-Krise. In einer Strategie-Studie, die 1969 erschienen ist, vergleicht der führende sozialdemokratische Politiker Helmut Schmidt die „unbelehrbare eigensinnige Machteitelkeit“ des General de Gaulle mit der „intellektuellen Überheblichkeit“ gewisser Minister und Mitarbeiter Kennedys, um so die Probleme des westlichen Bündnisses zu Anfang der sechziger Jahre zu erläutern.

Kennedys Europapolitik

Die Kennedy-Ära beginnt mit einer Niederlage. Um eine Entscheidung zu vollziehen, die sein Vorgänger im März 1960 getroffen hatte, und weil er Vertrauen in die CIA setzte, läßt der neue Präsident zu einer im Prinzip rein kubanischen Expedition aufbrechen, die sich gegen das Kuba Fidel Castros richtet. Das komplette und demütigende Scheitern der Expedition in der Schweinebucht im April 1961 hinterläßt einen niederschmetternden Eindruck. Bei den führenden europäischen Politikern steigt das Ansehen des amerikanischen Präsidenten aber wieder und erreicht seinen höchsten Grad in London, wo es zu einer erstaunlichen Freundschaft zwischen John F. Kennedy und Harold Macmillan kommt, die sich doch eigentlich durch Alter und Bildungsgang sehr voneinander unterscheiden. Als John und Jackie Kennedy vom 31. Mai bis zum 2. Juni 1961 Paris ihren Besuch abstatten, verlaufen die Unterredungen mit dem General de Gaulle äußerst zufriedenstellend. Indessen zeichnen sich die Gespräche in Washington vom 12. zum 13. April 1961 mit dem Kanzler Adenauer nicht durch Sympathie und gegenseitiges Verständnis aus. Liegt das vielleicht daran, daß der eine Gesprächspartner 44 und der andere 85 Jahre alt ist? Wohl eher daran, daß der erste im zweiten einen Überlebenden aus einer anderen Epoche sieht, der unfähig ist, die Veränderungen in der Welt zur Kenntnis zu nehmen, und weil der zweite sich nicht dazu durchringen kann, echtes Zutrauen zu seinem Gesprächspartner zu fassen.

Das akute Problem liegt auf alle Fälle in Europa. Der Druck auf Berlin ist mit Sicherheit durch die schwierige Begegnung zwischen Chruschtschow und Kennedy am 3. und 4. Juni 1961 in Wien nicht schwächer geworden. In Washington sind die Berater des Präsidenten geteilter Meinung. Dean Acheson ist für Unnachgiebigkeit. Kennedy selber ist überzeugt davon, daß man verhandeln muß. In einer Pressekonferenz und in einer Fernseh-Ansprache erläutert Kennedy am 19. und am 25. Juli 1961 die drei wesentlichen Punkte – die „essentials“ –, in denen die Vereinigten Staaten keine Konzessionen machen können: die amerikanische Präsenz in West-Berlin, der freie Zugang für die Vereinigten Staaten nach West-Berlin und die Sicherheit der Bevölkerung West-Berlins, die verbunden ist mit dem Recht, ihre Lebensformen frei wählen zu können.

Die Verteidigung von Berlin

Ist dies eine entschlossene Haltung? Ja, in dem Maße, in dem sie die Entschiedenheit zeigt, West-Berlin zu verteidigen. Nein, in dem Maße, in dem Kennedy die Rechte der Vier Mächte in ganz Berlin nicht erwähnt. Mit anderen Worten scheint es so zu sein, daß Präsident Kennedy dem anderen Lager eine große Manövrierefreiheit in Bezug auf Ost-Berlin einräumt.

Die Sowjetregierung wiederum muß eine Lösung für die Forderungen Walter Ulbrichts finden: Welche Schritte können unternommen werden, um den Strom der Flüchtlinge einzudämmen, die das von Ulbricht regierte Land verlassen?

In dem Augenblick, in dem sich die Außenminister der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland vom 5. bis zum 7. August 1961 in Paris versammeln, um die Maßnahmen vorzubereiten, die im Falle einer Krisensituation in Berlin zu ergreifen sind, steigt die Zahl der Flüchtlinge ungewöhnlich an: Allein am 6. August 1961 sind es 2305 Menschen, die in West-Berlin ankommen. Was am meisten erstaunt, ist die Überraschung aller führenden Politiker, in Bonn wie in Washington, als am Sonntag, dem 13. August 1961 die

Demarkationslinie zwischen den beiden Berlin plötzlich in eine unüberschreitbare Grenze umgewandelt wird – mit den schrecklichen menschlichen Konsequenzen, die eine solche Maßnahme in Berlin selber mit sich bringt: Arbeiter ohne Beschäftigung, weil ein Durchgang verboten ist; Familien, die getrennt werden usw. Man erkennt, daß keine einzige Gegenmaßnahme vorbereitet worden ist, daß die Politik Adenauers in Wirklichkeit nichts geplant hat, um das zu bewahren, was von der deutschen Einheit übrig geblieben war.

In dem Augenblick, in dem die Mauer von Berlin die deutsche Wirklichkeit besiegelt und den Prozeß einleitet, der zur Anerkennung dieser Wirklichkeit durch die Bundesrepublik führen wird, also zur anerkannten, dauerhaften östlichen Begrenzung für das Europa des Gemeinsamen Marktes, scheint sich eine Bewegung, ein tiefer Wandel im Westen abzuzeichnen: Ende Juli und Anfang August 1961 verkünden Großbritannien, dann Dänemark, Irland und Norwegen ihre Kandidatur für die Aufnahme in den Europäischen Gemeinsamen Markt an. Am 10. Oktober beginnen die Verhandlungen mit den Sechs. Alles deutet darauf hin, daß sie langwierig und schwierig sein werden.

Harold Macmillan hatte seine Entscheidung gegen den Widerstand der Labour-Opposition und weiter Teile seiner eigenen Partei getroffen. In der Fülle der aufeinander prallenden Argumente kristallisieren sich diejenigen als gewichtig heraus, bei denen es um die Natur der Beziehungen zwischen Großbritannien, Europa und den Vereinigten Staaten geht. In der Sprache des Welthandels wie in der der politischen Gewichtigkeit stellt sich die Frage, ob man auf eine Dreiecks-Situation verzichten soll, die um so mehr gerechtfertigt ist, als die Vereinigten Staaten, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Sterlingzone ungefähr gleich an den wichtigsten internationalen Transaktionen beteiligt sind?

Aber ist die Sterlingzone nicht eine Fiktion geworden; ist Großbritannien nicht in Wirklichkeit geschwächt und darauf angewiesen, sich der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft anzuschließen?

Haben nicht die Vereinigten Staaten, seit die EWG vorbereitet worden und in Gang gekommen ist, ihren britischen Verbündeten vernachlässigt und weiterhin ihre Gunst der entstehenden europäischen Einheit geschenkt? Aber hat denn die europäische Idee nicht „einen antiamerikanischen Geschmack“?

Angenommen, es wäre so – vor allem seit dem Amtsantritt des General de Gaulle – würde dann der Beitritt Großbritanniens nicht vieles verändern?

Nicht zuletzt dieses Argument veranlaßte Präsident Kennedy zu der Idee einer Neuorganisation der transatlantischen Beziehungen, die in aufsehenerregender Weise den Umfang eines „Grand Design“ annahm. Das war sie nur zum Teil: Das Buch, das diesen Titel trägt, ist auf anderen Betrachtungen aufgebaut. Seinem Autor geht es darum, bei seinen amerikanischen Landsleuten sich dafür einzusetzen, daß sie den Abbau der Zollschranken durch Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und einem echten europäischen Partner nicht als eine parteiische, sondern als eine große nationale Angelegenheit betrachten; er will beweisen, daß ein solcher Abbau der Zolltarife unumgänglich für die Weiterentwicklung der amerikanischen Wirtschaft und für die westliche Wirtschaft ist.

Amerikas atlantische Partnerschaft

Die Rede, die John F. Kennedy anlässlich des Nationalfeiertages der Vereinigten Staaten am 4. Juli 1962 in der Independence Hall in Philadelphia hielt, kann auf halbem Wege zwischen der Ankündigung einer Gesetzesvorlage vom Januar, die den Präsidenten ermächtigen sollte, Tarifkürzungen abzuschließen, und der Verkündung des „Trade Expansion Act“, die am 11. Oktober erfolgte, angesiedelt werden. Aber der zentrale Satz der Rede, der ihr ein außergewöhnliches Echo verlieh, hatte eine ganz andere Tragweite: „Ich sage, hier und heute, an diesem Unabhängigkeitstage, daß die Vereinigten Staaten bereit sind, eine Erklärung über gegenseitige Abhängigkeit abzugeben, daß wir gewillt sind, mit einem geeinten Eu-

ropa über die Wege und die Mittel zu diskutieren, die eine konkrete atlantische Partnerschaft herbeiführen könnten – eine gegenseitige, nützliche Verbindung zwischen der neuen Gemeinschaft, die heute in Europa Formen annimmt, und der alten Amerikanischen Gemeinschaft, die vor knapp zwei Jahrhunderten begründet worden ist.“

Ein starkes Europa, das gleichberechtigter Partner der Vereinigten Staaten ist: Auf den ersten Blick könnte es scheinen, als gäbe es zwischen den Vorstellungen Jean Monnets und denen des General de Gaulle keinen wesentlichen Unterschied; hatte de Gaulle nicht am 4. September 1962 in Bonn in einem „Toast“ auf Bundespräsident Lübke erklärt: „Die Gemeinschaft, warum ist die Gemeinschaft (zwischen Frankreich und Deutschland) wichtig? Zunächst deshalb, weil wir direkt bedroht sind (...) Dann aus dem Grunde, daß das Bündnis der Freien Welt, anders ausgedrückt, das gegenseitige Engagement Europas und Amerikas, auf die Dauer seine innere Festigkeit und sein Selbstvertrauen nur dann wird bewahren können, wenn es auf dem alten Kontinent einen Wellenbrecher gibt, der über die gleiche Macht und den gleichen Wohlstand verfügt wie der, den die Vereinigten Staaten in der Neuen Welt errichteten.“

In Wirklichkeit herrschte Unklarheit. Zum Teil deswegen, weil der General ein gleichberechtigtes und vereintes Europa gar nicht wirklich wollte. Der Botschafter Italiens in Paris hatte zweifellos nicht unrecht, als er einem amerikanischen Journalisten anvertraute: „De Gaulle sieht ganz klar, daß der Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt die Europa-Formel, die er sich wünscht, vollständig verändern würde. Europa wäre dann von Großbritannien und von Deutschland beherrscht und nicht mehr von Frankreich mit deutscher Unterstützung.“ Und die europäische Einigung, die die nationale Unabhängigkeit einschränken würde – vorausgesetzt, daß sie überhaupt akzeptabel wäre – hätte nur einen Sinn zwischen Ländern, die die Vorstellungen de Gaulles teilten, nämlich die Vorstellung von der Unabhängigkeit Europas gegenüber den Vereinigten Staaten.

Unklar ist vor allem der Begriff der „Partnerschaft“ selber. In der Umgangssprache und im Sport bezieht er sich auf die Vorstellung von Partnern, die sich gelegentlich für ein Geschäft oder einen Wettkampf zusammenschließen. In der juristischen und in der amerikanischen Handelsprache bezeichnet er Teilhaber, die ein gemeinsames Unternehmen führen. Und unter diesen Teilnehmern kann es eine klar abgegrenzte Hierarchie geben. Für de Gaulle stellt die Ideen- und Interessengemeinschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten nur ein Teilstück dar, das den defensiven Aspekt berücksichtigt. Und Europa darf hier auf keinen Fall ein „Junior-Partner“ sein, schon gar nicht auf einem so wichtigen Gebiet wie dem der Verteidigung. Es muß sich im Gegenteil unabhängig von den Wünschen des großen Verbündeten zusammenschließen, mit dem es auf keinen Fall eine dauerhafte Gemeinschaft bildet.

Eine solche Position mußte auf der anderen Seite die Stellung Kennedys in den USA schwächen, wo man sich mehr noch als Ende der fünfziger Jahre fragte, ob „ein vereinigtes und mächtiges Europa ein Partner der Vereinigten Staaten bleiben und so die starke Position des Westens ausbauen würde, oder ob die transatlantischen Beziehungen mit Gegensätzen und Feindseligkeiten belastet wurden, so daß die Position des Westens unvermeidlich geschwächt würde.“ Die komplizierten Verhandlungen im Zusammenhang mit dem „Fouchet-Plan“ und dessen Scheitern sind mit dieser zweideutigen Haltung untrennbar verbunden. Die Art und Weise, wie eine mögliche politische Union geschaffen wird, ist nur eine Seite der vielen Diskussionen, die nach der Pressekonferenz General de Gaulles vom 5. September 1960 in Gang kommen. In dieser Konferenz hatte er eine Kooperation zwischen den Staaten vorgeschlagen. Die Art und Weise, wie er die Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten plant – und das kann man nur in Verbindung mit dem Empfang verstehen, den man Großbritannien zuteil werden lassen will – nimmt einen ebenso bedeutenden Platz in den Konferenzen und Verhandlungen ein, die bis zum April 1962 statt finden.

Gleich nach der Zusammenkunft der sechs Staats- und Regierungschefs vom 10. Februar 1961 in Paris kommt es zu einem Konflikt, aber nicht etwa zwischen dem General de Gaulle und den anderen fünf Ländern, sondern zwischen Joseph Luns, dem Außenminister der Niederlande, und allen übrigen Delegationen. Obwohl der niederländische Staatsmann sicherlich keine einheitliche nationale Auffassung in Fragen der Außenpolitik vertritt, beherrscht er diese Auffassung quer durch alle aufeinander folgenden Kabinette von 1956 bis 1971, bis er Generalsekretär der NATO wird.

Seine Stellungnahme von 1961 erinnert etwas an diejenige de Gaulles innerhalb der NATO: Er verlangt Gleichheit gegenüber den Großen, die bei den anderen Kleinen Unterstützung finden. Seine Forderungen sind und bleiben widersprüchlich: Europa soll supranational sein, und Großbritannien soll der Gemeinschaft beitreten, obwohl es gegen jede Supranationalität ist.

Aber Supranationalität wie der Beitritt Großbritanniens sind Mittel, ein Europa nach den Vorstellungen General de Gaulles zu verhindern, ein Europa, das auf eine Art gemeinsamer Vorherrschaft durch Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland aufgebaut ist. Und außerdem: Wenn die Niederlande einen so heftigen Kampf zugunsten der NATO führen, dann auch deshalb, weil die amerikanische Großmacht als weniger einengend erscheint als diese mittleren Mächte, die sich in Europa durchsetzen wollen.

Die Erklärung von Bad Godesberg

Man entscheidet sich dennoch dafür, eine Untersuchungskommission ins Leben zu rufen, die beauftragt wird, den Sechs Vorschläge zu unterbreiten. Ihr Vorsitzender wird Christian Fouchet, ehemaliger Minister, Botschafter Frankreichs in Dänemark. Am 18. Juli 1961 gelingt es den Sechs, sich auf die „Erklärung von Bad Godesberg“ zu einigen, die anschließend viele Hoffnungen weckt, die aber schnell wieder verschwinden. Die Staats- und Regierungschefs erklären hier in der Hauptsache, sie seien „überzeugt, daß nur ein vereinigt-

tes Europa, das mit den Vereinigten Staaten und anderen freien Völkern verbündet ist, in der Lage sei, den Gefahren, die Europas Existenz bedrohen, die Stirn zu bieten“ (...), eine Formel, die niemandem große Verpflichtungen auferlegt.

Am 19. Oktober 1962 wird der Fouchet-Kommission ein französischer Plan vorgelegt. Der „Fouchet-Plan“ ist ein „Vertragsentwurf zur Errichtung einer Vereinigung von Staaten“. Die Hohen Vertragschließenden erklären in diesem Dokument, sie „wünschten, in ihren Reihen die übrigen Länder Europas aufzunehmen, die bereit sind, die gleichen Verantwortlichkeiten und Verpflichtungen auf sich zu nehmen.“ Dieser Staaten-Bund hätte im Prinzip nichts Supranationales, da er auf dem Grundsatz einstimmiger Beschlüsse beruhte. Er hatte aber eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik zum Ziele.

Das Scheitern der Supranationalität

In den harten Verhandlungen, die nun folgen, wechselt Paul-Henri Spaak das Lager; Joseph Luns schließt sich dem dreifachen Kampf für die Supranationalität, die sofortige Einbeziehung Großbritanniens in die Vorbereitungen des Vertrages und die Betonung des atlantischen Bezugs an – wobei die beiden letzten Punkte schließlich für wichtiger als der erste angesehen werden. Die unnachgiebige Haltung Belgiens und der Niederlande veranlaßt den General de Gaulle, seinerseits frühere Konzessionen zurückzunehmen.

Am 18. Januar 1962 wird der „Fouchet-Plan II“ (der eigentlich der dritte Fouchet-Plan ist) vorgelegt, der im Vergleich zum ersten Entwurf abgeschwächt ist und zum Vorwand einer erweiterten Opposition gegen das ganze Unternehmen wird. Drei Monate später gehen die sechs Außenminister mit der Feststellung auseinander, daß ihre Bemühungen erfolglos geblieben sind. Wenn „der 17. April 1962 ein unvergessliches Datum in der Geschichte der europäischen Politik“ darstellt, so vor allem deshalb, weil er Aufschluss über den Konflikt gegeben hat, der über die Zielsetzung des zu schaffenden Europas entstanden ist. Als eine französische Zeitschrift einen Artikel von Paul-

Henri Spaak veröffentlicht, in dem er schreibt, daß „ein integriertes Europa nicht den Willen hegen soll und darf, eine Dritte Macht in der Welt zu werden“, zieht im gleichen Augenblick der General de Gaulle in seiner Pressekonferenz am 15. Mai die Supranationalität ins Lächerliche: weil die politische Realität die Nationen sind, aber auch, weil das integrierte Europa keine Politik hätte und „sich an jemanden außerhalb Europas anhängen müßte, der, seinerseits, wohl eine Politik hätte. Es würde vielleicht einen Bundesführer geben, aber der wäre nicht Europäer“

Das Scheitern der Fouchet-Unterhandlungen verhärtet die Haltung des Generals um so mehr, als die Entwicklung der militärischen Probleme ihm als Beweis dient für das schlechte Gewissen der Vereinigten Staaten von Amerika in der Frage der „Partnerschaft“ einerseits wie auch für die Unfähigkeit der Briten, sich wirklich für eine europäische Solidarität zu entscheiden, die sich klar von der atlantischen Solidarität abhebt.

Was kann denn die gleichberechtigte „Partnerschaft“ für General de Gaulle bedeuten, wenn Robert McNamara, amerikanischer Staatssekretär für Verteidigung, auf der Versammlung des NATO-Rates in Athen Anfang Mai ohne vorausgegangene Konsultationen seine strategische Doktrin auseinanderlegt, die von der NATO zu übernehmen ist, und wenn er den Wunsch Amerikas in die Erinnerung zurückruft, daß die Entwicklung von Atomwaffen nur unter der Beherrschung oder Kontrolle der USA geschehen darf? Im Herbst, nach der Rede Kennedys, sagen McGeorge Bundy und George Ball in ihren öffentlichen Erklärungen in Europa noch einmal dasselbe. Am 20. Juli 1962 reicht General Norstad seine Demission vom Posten des Oberkommandierenden ein, weil ihm eine, von der amerikanischen getrennte atomare Bewaffnung nicht möglich gemacht wird.

Im Juni verwirrt McNamara alle europäischen Regierungen, indem er ihnen den Ankauf von Raketen aufdrängt, die unter amerikanischer Kontrolle bleiben sollen, was den britischen Premier Macmillan zu einem scharfzüngigen Wortspiel

anregt: „This is not a European rocket. It's a racket of the American industry.“ Wirtschaftliche und politische Besorgnisse ergänzen sich in diesem Falle.

Ist es denn tatsächlich möglich, Großbritanniens Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft durchzusetzen, besondere nukleare Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu unterhalten und über ein unabhängiges atomares Waffensystem zu verfügen?

Dieses atomare Waffensystem war Ende der fünfziger Jahre auf einer veralteten Rüstung aufgebaut worden. Das Projekt einer britischen Fernlenkwaffe hatte sich als zu kostspielig herausgestellt; Macmillan erhielt von Eisenhower im März 1960 die Zustimmung dazu, daß Großbritannien amerikanische Skybolt-Fernwirkwaffen kaufen könne, sobald diese hergestellt seien. Die Skybolts werden von Flugzeugen aus abgeschossen, im Unterschied zu den Polaris, die zur Ausrüstung von Unterseebooten dienen. Die Skybolts sollten den Aktionskreis der Royal-Air-Force-Bombe erweitern. Aber sollte man auf eine verletzbar Luftwaffe setzen, während die atomaren Unterseeboote praktisch unverletzbar waren? Eisenhower Staatssekretär für die Verteidigung lehnte es ab und nahm sich vor, das Skybolt-Programm zu unterbinden.

Sein Nachfolger, Robert McNamara, nahm das Programm zunächst wieder auf; dann entschloß er sich, es einzustellen, und übersah, daß das Skybolt-Programm in Großbritannien zum echten Symbol britischer Unabhängigkeit geworden war, um so mehr, als Großbritannien – als Gegengabe für das Skybolt-Versprechen – den amerikanischen Unterseebooten die Marinebasis Holy Loch in Schottland zur Verfügung stellte. Die Entscheidung verzögerte sich aus Gründen, die innerhalb des amerikanischen Entscheidungssystems lagen.

Als dann am 11. Dezember 1962 Robert McNamara nach London kommt und Peter Thorneycroft vor die vollendete Tatsache stellt und sich zugleich bereit erklärt, eine Ersatzlösung auszu-

handeln, ist das gerade der Zeitpunkt, an dem die britischen Parteien und die britische Presse über eine Rede aufgebracht sind, die Dean Acheson am 6. Dezember 1962 in West Point gehalten hat. Der ehemalige Staatssekretär hatte hier u. a. erklärt: „Großbritannien hat ein Weltreich verloren und seine neue Rolle noch nicht gefunden.“

Er ging davon aus, daß weder die „besonderen Beziehungen“ zu den Vereinigten Staaten, noch ein unstrukturiertes, kraftloses Commonwealth noch einen Sinn hätten und billigte es, daß Großbritannien sich mit allen Kräften um einen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft bemühte. Der englische Premier, der auf einen Protest britischer Persönlichkeiten zu antworten hatte, schrieb daraufhin: „Mr. Acheson ist dem Irrtum verfallen, dem schon eine ganze Reihe von Leuten im Laufe der letzten vier Jahrhunderte anheimgefallen sind, vor allem Philipp von Spanien, Ludwig XIV., Napoleon, der Kaiser, und Hitler.“

Das „Nein“ gegenüber Großbritannien

Die amerikanischen Beteuerungen, daß die Auffassungen Achesons nicht identisch sind mit denen der amerikanischen Regierung, können die Atmosphäre der Verwirrung nicht verbessern, in welcher der Premierminister in London aufbricht, um mit General de Gaulle in Rambouillet zusammenzutreffen. Am 15. und 16. Dezember 1962 spricht er sich für den Beitritt Großbritanniens in die Wirtschaftsgemeinschaft aus, deren juristischer und wirtschaftlicher Aspekt in Brüssel in schwierigen Verhandlungen erörtert wird. General de Gaulle, der sich durch seinen Sieg im kürzlichen Referendum gestärkt fühlt, nach dem in Zukunft der Präsident der Französischen Republik durch allgemeine Wahlen bestimmt wird, gibt sich einerseits wohlwollend, verhält sich aber andererseits noch negativer als vor dem Scheitern des Fauchet-Plans.

Es kommt zu keiner gemeinsamen Perspektive, um so weniger, als das Schicksal der britischen Atomwaffe bis zu den Entscheidungen, die der amerikanische Präsident und der britische Premier bei ihrer Begegnung am 18. Dezember 1962

auf den Bermudas treffen werden, noch in der Schwebelage gehalten wird.

Die Konferenz von Nassau ist zweifellos die schwierigste aller anglo-amerikanischen Begegnungen der Nachkriegszeit. Das ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß sie schlecht vorbereitet und schlecht eingefädelt worden ist, zum Teil darauf, daß der amerikanische Gesprächspartner – der noch den Siegerkranz des Erfolges auf der Stirn trägt, den er in der Kuba-Krise davongetragen hat – sich einem führenden britischen Politiker gegenüberstellt, der mehr und mehr umstritten ist; und zum Teil darauf, daß die Probleme, die zur Verhandlung anstehen, explosiver Natur sind. Für Kennedy handelt es sich darum, in seinen Bemühungen fortzufahren, Macmillan auf die Europa-Fährte zu setzen, d. h. also, Großbritannien nicht mit allzu vielen Privilegien auszustatten; weiterhin gilt es schließlich, London zu helfen, die Unabhängigkeit einer britischen Atomwaffe – unter amerikanischer Kontrolle – aufrechtzuerhalten. Macmillan geht es darum, einen Prestige-Zuwachs zu erzielen, ohne General de Gaulle zu verstimmen.

Ein multilaterales Atomwaffensystem

Am 21. Dezember 1962 erscheint ein langes Kommuniqué, in Ergänzung einer noch längeren Erklärung über die nuklearen Verteidigungssysteme. Die Unterzeichner bestätigen die Notwendigkeit, ein multilaterales Atomwaffensystem der NATO zu entwickeln. Die Vereinigten Staaten werden Großbritannien Polaris-Raketen zur Verfügung stellen, ohne atomare Sprengköpfe. Großbritannien wird diese Langstrecken-Raketen in Unterseebooten eigener Konstruktion mit atomaren Sprengköpfen eigener Herstellung anbringen. Diese Unterseeboote werden den NATO-Streitkräften zugewiesen. Die britischen Streitkräfte werden unter allen Umständen für die Ziele internationaler Verteidigung der westlichen Allianz eingesetzt, „ausgenommen dort, wo die Regierung Ihrer Majestät entscheiden sollte, daß übergeordnete nationale Interessen auf dem Spiele stehen.“

Dem General de Gaulle wird das gleiche System vorgeschlagen. Kennedy glaubt, de Gaulle würde nach harten Verhandlungen annehmen. Macmillan befürchtet zu Recht, daß, ganz abgesehen vom Inhalt des Angebotes selbst, de Gaulle die Lösung schon deshalb ablehnen wird, weil sie zweiseitig erarbeitet worden ist. Hinzu kommt, daß Frankreich noch gar keine Unterseeboote besitzt, die imstande wären, Polaris-Raketen aufzunehmen. Schließlich und endlich wird der Textteil über die Ausnahmefälle in Paris für nichtssagend gehalten. „Die anglo-amerikanische Übereinkunft von den Bahamas“, schreibt der französische Außenminister, „zeigt deutlich die Tatsache, daß sich die Vorstellungen, die man diesseits und jenseits des Ärmelkanals von der Konstruktion eines Europas hatte, unglücklicherweise als vollkommen entgegengesetzt herausstellen mußten, sobald es sich darum handelte, konkrete Schritte zu ihrer Realisierung zu unternehmen. Zwischen einer in die NATO integrierten Kernwaffe und einer nationalen atomaren Bewaffnung bestand genau der gleiche Unterschied wie zwischen einem atlantischen Europa und einem europäischen Europa.“

Am 14. Januar 1963 sprach General de Gaulle in seiner folgenreichsten Pressekonferenz ausführlich über die Bahama-Abmachungen und erläuterte seine negative Interpretation. Vor allem sagte er nein zu Großbritannien. Unter den zahlreichen Gründen, die er anführte, um seine Weigerung zu erklären, spielte der Gedanke, daß Großbritanniens Beitritt den Beitritt mehrerer anderer Länder zur Folge hätte, die größte Rolle, denn das bedeutete, daß es Europa an Zusammenhalt fehlen würde und daß „letzten Endes eine kolossale atlantische Gemeinschaft entstehen würde – unter amerikanischer Leitung –, die alsbald die Europäische Gemeinschaft aufgesaugt hätte“.

Am 22. Januar 1963 unterzeichnen der Bundeskanzler und der General in Paris feierlich einen Vertrag, der dazu bestimmt ist, die deutsch-französische Zusammenarbeit enger zu gestalten. Adenauer ist nicht allzu stark von dem Nein gegenüber Großbritannien betroffen, und er stimmt de Gaulle zu, wenn dieser seine atomare Bewaffnung weiter entwickeln will, wobei er zugleich bei ihm

um Verständnis dafür bittet, daß sich die Bundesrepublik nicht weigern kann, an einer multilateralen Organisation teilzunehmen. Sein Außenminister Gerhard Schröder und die übrigen führenden Politiker der Mehrheitsparteien sowie die sozialdemokratische Opposition stimmen nicht mit ihm überein. Sie alle sind am Beitritt Großbritanniens interessiert und über den General entrüstet. Ihr Zorn wird noch durch die Art und Weise erhellt, in der Maurice Couve de Murville Ende desselben Monats in Brüssel den Verhandlungen ein Ende setzt.

Die Präambel – Ergebnis einer Entrüstung

Diese Entrüstung spiegelt die Präambel wider, die der Bundestag am 8. Mai 1963 anlässlich der Debatte über die Ratifizierung des Vertrages einstimmig beschließt und in der es heißt, der Bundestag sei entschlossen, „durch die Anwendung dieses Vertrages die großen Ziele zu fördern, die die Bundesrepublik Deutschland in Gemeinschaft mit den anderen ihr verbündeten Staaten seit Jahren anstrebt und die ihre Politik bestimmen, nämlich die Erhaltung und Festigung des Zusammenschlusses der freien Völker, insbesondere einer engen Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika; die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts für das deutsche Volk und die Wiederherstellung der deutschen Einheit; die gemeinsame Verteidigung im Rahmen des nordatlantischen Bündnisses und die Integrierung der Streitkräfte der in diesem Bündnis zusammengeschlossenen Staaten; die Einigung Europas auf dem durch die Schaffung der Europäischen Gemeinschaften begonnenen Wege unter Einbeziehung Großbritanniens und anderer zum Beitritt gewillter Staaten und die weitere Stärkung dieser Gemeinschaften; den Abbau der Handelsschranken durch Verhandlungen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Großbritannien und den Vereinigten Staaten von

Amerika sowie anderen Staaten im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens.

Kurzum, eine Auflistung all dessen, von dem man annehmen kann, daß es der Politik General de Gaulles entgegensteht. Der Präsident der Französischen Republik versteht sehr gut den Sinn dieses Textes, durch den die Bedeutung verändert wird, die er dem Vertrag und seiner ganzen deutsch-französischen Politik beimaß: „Es liegt nicht an uns“, sagt er auf seiner Pressekonferenz vom Oktober 1966, „wenn die besonderen, immer enger werdenden Beziehungen zwischen Bonn und Washington, von denen wir ausgeschlossen sind, den deutsch-französischen Vertrag seines Sinnes und seiner Bedeutung beraubt haben (...) Nicht unser bilateraler Vertrag, sondern die einseitige Präambel, die den Sinn des Vertrages entstellte, ist berücksichtigt worden.“

Man kann sagen, daß das „Grand Design“ Kennedys am 14. Januar 1963 gestorben ist und daß das große Ziel General de Gaulles, ein mit französischer Politik gegründetes Europa, durch Deutschland unterstützt, zu erbauen, am 8. Mai 1963 gescheitert ist.

Adenauer und Macmillan müssen im Oktober die Macht aus den Händen geben, Kennedy wird im November ermordet: 1963 ist ein schreckliches Jahr. Was aus diesem Jahre weiterwirkt, liegt einerseits im Bereich der Wirtschaft: der Gemeinsame Markt der Sechs, dessen Entwicklung vorangeht, und die „Kennedy-Runde“, die große Verhandlungsreihe, die aus dem Trade Expansion Act hervorgeht, die in der Bundestags-Präambel erwähnt wird und die, nach zahlreichen Schwierigkeiten, Erfolg hat; andererseits sind die Auswirkungen des deutsch-französischen Vertrages erwähnenswert – das Deutsch-Französische Jugendwerk und die Einführung von gegenseitigen Konsultationen der Regierungen.

Die Reaktion der Presse auf den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag 1963

Von Roland A. Höhne*

» Der deutsch-französische Vertrag löste in der internationalen Presse sehr widersprüchliche Reaktionen aus. In der westlichen Presse wurde er teils als Krönung der deutsch-französischen Aussöhnung und als entscheidender Beitrag zur europäischen Einigung gefeiert, teils als tödliche Gefahr für die Einheit Europas und der Atlantischen Allianz gebrandmarkt. In der östlichen Presse wurde er dagegen als Verschwörung der französischen Gaullisten und der westdeutschen Revanchisten gegen den Weltfrieden verurteilt.

Wohl der wichtigste Grund für die ambivalente Reaktion der Westpresse bildete das zeitliche Zusammentreffen der Vertragsunterzeichnung (22. Januar 1963) mit dem französischen Veto gegen den Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt (19. Januar 1963), das zum Scheitern der Brüsseler Beitrittsverhandlungen am 28. Januar 1963 führte. Dadurch wurde der deutsch-französische Vertrag unmittelbar in die Auseinandersetzungen über die gaullistische Außenpolitik einbezogen, bei denen es vor allem um die Frage ging, ob diese mit den Zielen und Idealen der europäischen Einigung und der atlantischen Zusammenarbeit vereinbar sei. Die Folge davon war, daß der deutsch-französische Vertrag nicht primär nach seiner Bedeutung für die deutsch-französischen Beziehungen, sondern nach seinen Auswirkungen auf die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die NATO beurteilt wurde. Auch in der deutschen und französischen Presse hatte die bilaterale Verabredung viele Gegner. Der Freundschaftsvertrag war alles andere als unumstritten, wie dieser gekürzten Analyse und kommentierten Presseschau aus dem *Dokumente*-Sonderheft zu den deutsch-französischen Beziehungen seit 1963 zu entnehmen ist, das Ende 1978 erschien.

Mit Ausnahme des *Rheinischen Merkurs* reagierte die Presse der Bundesrepublik sehr zwiespältig auf den deutsch-französischen Vertrag. Einerseits begrüßte sie ihn als Krönung der deutsch-französischen Aussöhnung, andererseits warnte sie vor seinen negativen Auswirkungen auf die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die Atlantische Allianz sowie die deutsch-britischen und deutsch-amerikanischen Beziehungen. „Bittersüß sind unsere Gefühle an diesem Tag“, schrieb Georg Schröder in *Die Welt* anlässlich der Reise von Bundeskanzler Adenauer nach Paris. „Vergewaltigung droht uns (...) Was ein Tag freudiger Bekundung deutsch-französischer Zusammenarbeit sein könnte, des gemeinsamen Triumphes über eine besiegte blutige Vergangenheit, ist durch die antibritische Politik des französischen Staatspräsidenten für uns zu einem Alpdruck geworden.“

„Heute wie gestern sagen wir ja, aufrichtig ja zu der neuen Vereinbarung“, versicherte Schröder. „Aber“, so schränkte er sofort seine Zustimmung wieder ein, „die Unterschrift unter solche Vereinbarung darf nicht mißverstanden werden als deutsche Billigung gaullistischer Europapolitik. Die

* Roland A. Höhne, Professor (em.) für Romanistik und Landeskunde an der Gesamthochschule Kassel, Arbeitsschwerpunkte u. a. Nationalismus und Rechtsextremismus, Gaullismus und Neogaullismus in Frankreich.

Gefahr, daß dies dennoch geschieht, daß dadurch französische Irrtümer über die deutsche Haltung gefördert werden, daß Briten und Amerikaner uns mitverantwortlich machen für die Verbannung Englands aus Europa, für die antiamerikanische Zielsetzung de Gaulles – diese Gefahr ist riesengroß.“

Auch sein Kollege Paul Sethe warnte vor dieser Gefahr. Trotzdem begrüßte er jedoch den deutsch-französischen Vertrag und würdigte ihn als ein historisches Ereignis von großer Tragweite. „Um zu ermitteln, was am Dienstag geschah“, schrieb er nach der Vertragsunterzeichnung in „Die Welt“, „muß man sich vier Jahrzehnte zurückversetzen und sich fragen, ob ein solcher Vertrag auch zu Zeiten von Weimar hätte abgeschlossen werden können. Ganz undenkbar ist es nicht, etwas Ähnliches mag Stresemann und Briand vorgeschwebt haben. Aber die Entwicklung ging über beide hinweg, und statt der Zusammenarbeit gab es wieder einen törichten und blutigen Krieg“. Dieser, so meinte Sethe, wurde schon 1939 „vom Instinkt beider Nationen“ als veraltetes Mittel der Politik abgelehnt. „Der Vertrag von Paris soll es endgültig ersetzen durch eine so enge Verzahnung staatlicher und militärischer Tätigkeit, daß ein anderes Verhältnis als das der Freundschaft abgeschlossen ist.“

Paul Sethe warnte jedoch davor, „das Neue und Originelle in dem Pariser Vertrag überzubewerten“. Frankreich, so erinnerte er, habe schon früher Freundschaftsverträge oder ähnliche Abkommen mit verschiedenen deutschen Staaten abgeschlossen: mit den Kurfürsten von Köln, von Bayern und von Brandenburg, gelegentlich auch mit dem österreichischen Herrscherhaus.

„All diese Verträge galten der Aufrechterhaltung französischer Hegemonie auf dem festländischen Europa.“ Skepsis gegenüber den französischen Intentionen sei daher angebracht, um so mehr, als sich die gaullistische Politik eindeutig gegen Großbritannien richte. „Die Absage de Gaulles an Großbritannien hat alte Meinungen und Urteile, möglicherweise Vorurteile, neu belebt. Die meisten Europäer sind davon überzeugt,

daß der General sich unter Europa etwas anderes vorstellt als sie, daß er in der werdenden Gemeinschaft eine Plattform sieht für eine neue, nur heute entsprechend dem Wandel der Jahrhunderte verfeinerte französische Vorherrschaft auf dem Kontinent.“ (...)

Die überwältigende Mehrheit der bundesdeutschen Presse entschied sich für die europäische Gemeinschaft, für Großbritannien und für die atlantische Allianz.

„Die Bundesrepublik“, meinte Paul Sethe kategorisch in *Die Welt*, „kann unmöglich (...) eine Politik fördern, die sich gegen das britische Reich wendet. Sie muß selbst den Anschein vermeiden, sie könne sich eine europäische Gemeinschaft ohne die Insel denken.“

Marion Gräfin Dönhoff begründete in *Die Zeit* unter der Überschrift *Das wäre das Ende Europas* die antigaullistische Entscheidung der großen Mehrheit der bundesdeutschen Presse mit den folgenden Argumenten: „De Gaulle hat mit der Ablehnung des britischen EWG-Beitritts und mit der Zurückweisung des amerikanischen Vorschlags einer multilateralen NATO Atomstreitmacht (...) die Atlantische Gemeinschaft ausgeschlagen. Statt dessen hat er sich für eine kontinentale Lösung gegen die Briten und Amerikaner entschlossen. Dies bedeutet das langsame Absterben der Gemeinschaftsimpulse im Kreise der Sechs und die Wiederbelebung alter polarer Denksysteme. Wenn sich Deutsche und Franzosen eng zusammenschließen, dann werden auch die Briten und Amerikaner noch enger zusammenrücken, weil sie denken, der deutsch-französische Zusammenschluß sei gegen sie gerichtet. Und schon sind Fronten da, schon entwickeln sich neue Antagonismen, die nicht nur die Europäische Gemeinschaft, sondern langfristig auch die Atlantische Allianz zerstören werden. Die Folge wäre ein Rückzug der amerikanischen Truppen aus Europa, die größte Katastrophe für die zivilisierte Welt seit dem Rückzug der römischen Legionen.“

Trotz der heftigen Kritik der gaullistischen Außenpolitik, besonders ihrer antibritischen und

antiamerikanischen Tendenzen, durch *Die Welt* und *Die Zeit* begrüßten beide Organe den deutsch-französischen Vertrag. Paul Sethe meinte in *Die Welt*: „Was aber auch immer das Schicksal des Vertrages sein wird, man wird in ihm ein äußeres Zeichen für die innere Wandlung sehen dürfen, die in dem Fühlen der beiden Völker vor sich gegangen ist. Außer zwischen Engländern und Franzosen sind noch nie so viele Kriege ausgefochten worden wie zwischen Deutschen und Franzosen. Es ist eine lange, sehr ruhmreiche und sehr traurige Geschichte, die sich unserem geistigen Auge darbietet. Wunder an Tapferkeit sind vollbracht, Ströme von Blut sind vergossen, das Lebensglück ganzer Generationen ist vernichtet worden, und schließlich hat Europa seine führende Stellung über dem inneren Hader zweier seiner führenden Völker verloren. Nun sind die Menschen endlich der Erbfeindschaft müde geworden, sie haben den Haß als schreckliche Torheit erkannt. „Angesichts dieser historischen Bedeutung des Vertrages“, so schloß Sethe seine Betrachtung, „muß das deutsche Volk ihn bejahen, auch wenn es die antibritischen Tendenzen der gaullistischen Politik ablehnt.“

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) plädierte wie *Die Welt* und *Die Zeit* für den Beitritt Großbritanniens zur EWG und für die Schaffung der multilateralen Atomstreitmacht der NATO. Sie kritisierte deshalb ebenfalls die französische Haltung in beiden Fragen, wenngleich nicht mit der gleichen Heftigkeit. Trotzdem befürwortete sie grundsätzlich eine Vertiefung der deutsch-französischen Beziehungen und begrüßte den Abschluß des deutsch-französischen Vertrages. Dieser, so schrieb Hans Achim Weseloh am 24. Januar 1963, „ist geeignet, der deutsch-französischen Zusammenarbeit in den nächsten Monaten und Jahren einen neuen Aufschwung zu geben. Die Bindung, die Deutschland und Frankreich mit der Ratifizierung eingehen, wird enger und weit detaillierter sein als etwa vor dem Ersten Weltkrieg die Entente Cordiale mit Großbritannien. Sie bedeutet (...) keine Partnerschaft, sondern eine Zusammenarbeit zweier, besonders in ihrer Außenpolitik und ihrer Verteidigungspolitik unabhängigen Staaten, zwischen denen weiterhin

„Meinungsverschiedenheiten unter Freunden‘ bestehen können und werden.“

Meinungsverschiedenheiten, so konstatierte Weseloh, bestehen vor allem in der Frage des britischen EWG-Beitritts und damit des Verhältnisses des europäischen Festlandes zur angloamerikanischen Welt und in der Frage der westlichen Atomrüstung. „In beiden Fragen ist die deutsche Politik völlig unverändert geblieben und wird es trotz der nun skizzierten engeren Zusammenarbeit mit Frankreich bleiben, obwohl diese auch Konsultationen mit dem Ziel einer Harmonisierung der Standpunkte vorsieht.“

Daraus könnten sich Schwierigkeiten für die deutsch-französischen Beziehungen ergeben, aber es dürfte kaum zum Bruch zwischen den beiden Ländern kommen.

„Die Politik der deutsch-französischen Freundschaft und Zusammenarbeit“, so meinte Weseloh optimistisch, ist nun (durch den deutsch-französischen Vertrag) „eindeutig und für die Dauer fixiert worden. Sie ist (...) ein Grundelement der deutschen Politik, wenn sie auch gegenwärtig eine gewisse Einigkeit, uneinig zu sein, in zwei wichtigen Punkten enthalten muß.“ Die Bundesrepublik muß, so erklärte Weseloh, aus politischen, wirtschaftlichen und militärischen Gründen in der Frage des britischen EWG-Beitritts und der westlichen Verteidigungskonzeption an ihrem Standpunkt festhalten. Ihre internationale Politik darf nicht in ein Zwielicht geraten. Trotzdem, und hier unterschied sich die *FAZ* wesentlich von der *Welt* und der *Zeit*, kann sie mit Frankreich politisch und militärisch eng zusammenarbeiten, wie es der Vertragstext vorsieht.

Das einzige bedeutende Presseorgan der Bundesrepublik, das den deutsch-französischen Vertrag vorbehaltlos begrüßte, war der *Rheinische Merkur*. Er übersah zwar keineswegs die gravierenden deutschfranzösischen Gegensätze in der Außen- und Verteidigungspolitik maß aber trotzdem dem Vertrag eine große Bedeutung bei. „Die Bedeutung des deutsch-französischen Vertrages“, schrieb Paul Wilhelm Wenger nach der Vertrags-

unterzeichnung, „wird vor allem dadurch unterstrichen, daß künftig solche Überraschungen wie de Gaulles Wendung gegen den EWG-Beitritt Englands nicht mehr möglich sein werden.“ Denn, so begründete er seine Meinung, „der neue Pakt (...) sieht vor allem die gegenseitige Unterrichtung der Regierungschefs über ihre Pläne und Absichten vor. Er schließt also eine Lücke in der politischen Technik der Partnerschaft und setzt damit zugleich ein Modell, das sich zur Nachahmung empfiehlt.“

Wenger war sich jedoch darüber im klaren, daß die Konsultationsmechanismen allein noch nicht zu einer Harmonisierung der deutschen und der französischen Politik führen würden. Er meinte daher, der wirkliche Nutzwert des Vertrages werde davon abhängen, was aus den gebotenen Chancen gemocht werde. „Die vielberufene deutsch-französische Freundschaft“, schrieb er, „ist kein Abstraktum, das ohne ständige Bekräftigung durch die Tat leben könnte. Sie bedarf vielmehr des wachsenden beiderseitigen Gebens und Nehmens, wenn sie die starke Basis der europäischen Gemeinschaft bleiben soll.“

Wie *Le Figaro* war der *Rheinische Merkur* der Meinung, daß die Verstärkung der freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich in immer neuen Formen die unabdingbare Voraussetzung dafür sei, „daß die Erweiterung der europäischen Gemeinschaft (...) nicht zu einer Aushöhlung führt, wie sie nicht nur de Gaulle für den Fall befürchtet, daß die Bundesrepublik die bisherige Zusammenarbeit mit Paris als Ballast der Ära Adenauer abwerfen und verraten sollte“.

Ohne lebendige deutsch-französische Zusammenarbeit, mahnte Wenger, „würde die Ausweitung der europäischen Gemeinschaft mit ihrer Mumifizierung im Stil der unrühmlich verwesenen Westeuropäischen Union bezahlt werden müssen.“ (...)

Die Opposition gegen de Gaulles Außenpolitik und damit indirekt gegen den deutsch-französischen Vertrag verstärkte sich deutlich nach dem Scheitern der Brüsseler Verhandlungen über den

Aufnahmeantrag Großbritanniens, für das die deutsche Presse fast einstimmig Frankreich verantwortlich machte. Zum Wortführer der anti-gaullistischen Opposition machten sich *Die Welt* und *Die Zeit*, Organe die innenpolitisch die damalige Regierungskoalition unterstützten. Die Chefredakteurin der *Zeit*, Marion Gräfin Dönhoff, bezeichnete den 28. Januar 1963, an dem die Brüsseler Verhandlungen scheiterten, als einen schwarzen Tag für Europa. „Erstens“, so begründete sie ihre Behauptung, „ist die Arbeit vieler Jahre, die Arbeit am Einigungswerk Europas, brutal gestoppt, vielleicht zerschlagen worden; und dies in einem Moment, in dem die Integration des Westens über die Desintegration des Ostens zu triumphieren schien.“

„Zweitens“, fuhr sie fort, „ist mitten in das zwanzigste Jahrhundert wieder der Virus nationaler Großmannssucht längst vergangener Epochen eingeschleppt worden. Europa schickte sich gerade an, zu einer Interessengemeinschaft zusammenzuwachsen, und nun beginnt wieder das alte Dreiecksspiel aus der Mottenkiste zwischen England, Frankreich und Deutschland. Wenn zwei sich eng zusammenschließen, dann geschieht das mit einer ganz ausgesprochenen Spitze gegen den Dritten. Und dieser Dritte wird rein automatisch ganz eng an die Seite der USA gedrückt, so daß schließlich der Westen in die angloamerikanische Partnerschaft, das Lager der Achse Bonn – Paris und einige mißgestimmte kleinere europäische Nationen zerfällt.“ Die Chefredakteurin von *Die Zeit* betrachtete das Scheitern der Brüsseler Verhandlungen jedoch nicht nur als einen schweren Schlag für Europa, sondern auch als ein „Fiasko der deutschen Außenpolitik“. Das Ziel der deutschen Außenpolitik, so argumentierte sie, sei stets die Einigung ganz Europas gewesen, weshalb sie stets für den Beitritt Großbritanniens zur EWG eingetreten sei. Nun aber decke die Bundesrepublik durch ihr Sonderverhältnis zu Paris indirekt das antibritische Verhalten Frankreichs und zerstöre damit ein wichtiges Fundament ihrer Außenpolitik.

Die politisch-ideologischen Grundlagen der anti-gaullistischen Haltung der „Zeit“ verdeutlicht

chen die folgenden Sätze von Gräfin Dönhoff: „Mein Gott, da sind zwei Weltkriege über Europa hinweggegangen und haben die alten Vorstellungen und Spielregeln ad absurdum geführt, da wurden mit Hilfe Amerikas die Überreste wieder gesammelt und zu einem neuen Muster gefügt, und nun kommen zwei alte Herren und wollen wieder nach vorgestriger Methode das alte Spiel weiter spielen!“

Entscheidend für die Opposition gegen den deutsch-französischen Vertrag war jedoch nicht die antibritische und antieuropäische, sondern die antiamerikanische Tendenz der gaullistischen Außenpolitik, denn diese traf unmittelbar den Nerv des außenpolitischen Selbstverständnisses der publizistischen Eliten der Bundesrepublik. (...)

De Gaulles Konzept eines „kontinentalen Europas“ beruhe auf der Überzeugung, daß die Engländer eine „Nation von Händlern“ seien, die ganz andere Interessen als die Kontinentaleuropäer hätten und deshalb auch nicht zu Europa gehörten. Auch auf die Amerikaner könne sich Europa nicht verlassen, denn sie befänden sich nur aus Zufall, nicht aber aus geschichtlicher Notwendigkeit im Herzen Europas. Mit ihrem Rückzug müsse daher früher oder später gerechnet werden. Europa dürfe deshalb in seiner Verteidigung nicht von Amerika abhängig sein, sondern müsse sich gegebenenfalls selbst verteidigen können. Bei seiner antiamerikanischen Politik, so führte Gräfin Dönhoff ihre Vorstellungen weiter aus, gehe de Gaulle bewußt das Risiko des Verlustes der Märkte der Atlantischen Gemeinschaft ein, denn er hoffe, ihn durch den Gewinn von Märkten im Osten kompensieren zu können, „in jenem ‚Europa bis zum Ural‘, von dem er gelegentlich gesprochen hat und über das er sich mit Chruschtschow einigen will, der, von den Chinesen hart bedrängt, sich eines Tages, so meint de Gaulle, mit dem Westen aussöhnen wird.“ (...)

Ihre atlantische Überzeugung veranlaßte Gräfin Dönhoff in *Die Zeit*, eindringlich vor der gaullistischen Europapolitik zu warnen. „Wacht auf Freunde! Was hier mit de Gaullescher Zielstrebigkeit und Unbeirrbarkeit eingefädelt wor-

den ist, das zerschlägt alle Grundlagen, die die westliche Welt in den letzten vierzehn Jahren aufgebaut hat“, nämlich die wirtschaftliche, politische und militärische Zusammenarbeit innerhalb der EWG bzw. der NATO. Diese, so insistierte Gräfin Dönhoff, sei lebensnotwendig für Europa. (...)

Ein Ausscheiden aus dem westlichen Bündnis aber würde Europa früher oder später von der Sowjetunion abhängig machen. Die bisher negative Reaktion der Sowjetunion auf de Gaulles Politik erlaube nicht den Schluß, daß es nicht doch zu einer französisch-sowjetischen Zusammenarbeit kommt, wie sie de Gaulle anstrebt. „Moskau braucht einfach Zeit, um sich in die überraschende de Gaullesche Perspektive hinein-zudenken. Wenn es dies aber getan hat, dann wird es sich mit de Gaulle gegen die Amerikaner verständigen, um sie aus Europa zu vertreiben.“

Gräfin Dönhoffs Argumente gegen de Gaulles Europakonzeption offenbaren den tieferen Grund für die antigaulistische Haltung der Mehrheit der bundesdeutschen Presse: die Furcht vor einer Isolierung von Amerika durch ein französisch-sowjetisches Bündnis. Diese Furcht beruhte psychologisch auf einem hohen Sicherheitsbedürfnis und einem tiefsitzenden Mißtrauen gegenüber Frankreich. Während das Sicherheitsbedürfnis aus den militärischen Machtverhältnissen und geopolitischen Bedingungen in Mitteleuropa resultierte, also objektive Ursachen hatte, wurzelte das antifranzösische Mißtrauen in historischen Erfahrungen, die völlig ungeeignet waren, die weltpolitischen Realitäten des Jahres 1963 zu erfassen. Ihr Einfluß auf die Haltung der bundesdeutschen Presse gegenüber der gaullistischen Europapolitik und damit indirekt gegenüber dem deutsch-französischen Vertrag zeigt, wie stark diese von irrationalen Faktoren bestimmt wurde. Der Irrationalismus war allerdings nicht auf die deutsche Presse beschränkt, wie die Reaktion der französischen, britischen und amerikanischen Öffentlichkeit auf den Pariser Vertrag demonstriert.

Die Reaktion der französischen Presse auf den deutsch-französischen Vertrag war ebenfalls zwi-

spätig. Einerseits begrüßte sie ihn als die Krönung der deutsch-französischen Aussöhnung, andererseits befürchtete sie negative Folgen für die Europäische Gemeinschaft, die Atlantische Allianz und das französisch-britische sowie französisch-amerikanische Verhältnis. Weit stärker als die deutsche Presse sah sie allerdings den deutsch-französischen Vertrag im Kontext der gaullistischen Außenpolitik.

Sie interessierte sich vor allem für die Frage, ob die deutsch-französische Zusammenarbeit, die durch den Vertrag institutionalisiert wurde, einen Ausweg aus der „europäischen Krise“ eröffnen könne, die durch de Gaulles Veto gegen den Beitritt Großbritanniens zur EWG ausgelöst wurde. Konkret ging es ihr dabei um die Möglichkeit einer Vermittlungsaktion Adenauers zwischen Großbritannien und Frankreich, denn für die Mehrheit der französischen Presse rangierte das französisch-britische Verhältnis noch immer vor dem deutsch-französischen.

Allerdings hatte die Bundesrepublik im Laufe der Jahre nicht nur bei den „Europäern“ wie zum Beispiel dem *Figaro*, sondern auch bei den Gaulisten wie der *Nation* an Bedeutung gewonnen. Dies war einerseits eine Folge der engen deutsch-französischen Zusammenarbeit innerhalb der europäischen Gemeinschaften, andererseits eine Folge des teilweisen Fehlschlags der gaullistischen Außenpolitik. Der französischen Diplomatie war es nämlich nicht gelungen, schon vor dem Besuch Adenauers in Paris (21. Januar 1963) einen endgültigen Abbruch der Verhandlungen der sechs EWG-Staaten mit Großbritannien herbeizuführen, was noch de Gaulles Sicht klare Grundlagen für einen Neubeginn der Bemühungen um die europäische politische Union hätte legen können. (...)

Viele französische Zeitungen fürchteten daher, daß die anderen EWG-Staaten die französische Unnachgiebigkeit in der Frage der Aufnahme Großbritanniens mit einer ebenso negativen Haltung bei der Regelung von EWG-Fragen beantworten könnten, an deren Lösung Frankreich besonders gelegen sei, wie etwa der Frage der Assozi-

ierung afrikanischer Staaten. Sie hofften daher, mit deutscher Hilfe Frankreichs Isolierung durchbrechen zu können.

Roger Massip schrieb in *Le Figaro*, der deutsch-französische Vertrag kröne die von Robert Schuman und Konrad Adenauer seit 1950 betriebene deutsch-französische Aussöhnung. „Robert Schuman avait conçu ce rapprochement historique comme un élément primordial de l'unification européenne. C'est dans un esprit identique que le général de Gaulle poursuit le même dessin.“ Nur durch einen „ärgerlichen Zusammenfall“ (fâcheuse coïncidence) sei das Ziel in einem Augenblick erreicht worden, in dem die Schaffung der europäischen Einheit in Schwierigkeiten geraten sei. Die Krise mit Großbritannien sei bedauerlich, aber „ohne eine enge Entente zwischen Paris und Bonn ist ein vereintes Europa nicht möglich.“

Robert Bony vertrat in *L'Aurore* genau die gegenteilige Ansicht. De Gaulle, so argumentierte er, setze nicht die Politik seiner Vorgänger fort, sondern breche mit ihr. Der deutsch-französische Vertrag illustriere diesen Bruch. Die französische Außenpolitik gründete seit 1944 vor allem auf der atlantischen Allianz. Ohne diese hätte sich weder Frankreich noch Europa aus ihren Ruinen erheben und der sowjetischen Bedrohung widerstehen können. Die französische Außenpolitik gründete ferner auf der britischen Freundschaft. Diese habe sich in zwei Weltkriegen bewährt und gemeinsam mit der amerikanischen wesentlich zum Wiederaufbau und zum Schutz Frankreichs sowie Europas beigetragen. Beide Grundlagen der bisherigen französischen Außenpolitik stelle de Gaulle durch seine umstrittene und auch fragliche Europakonzeption heute in Frage.

„Il y a dans cette conception de l'Europe telle que la veut de Gaulle, c'est-à-dire coupée de la Grande-Bretagne et guidée par deux Etats, en quelque sorte suzerains, la France et l'Allemagne, un péril dont les dimensions ne sauraient échapper à quiconque.“ Die Gefahr bestehe darin, „que les Etats-Unis, voyant l'Europe s'engager dans cette voie, retirent les troupes qui la protègent, voire renoncent finalement à la défendre.“

Angesichts dieser Gefahr, folgte *L'Aurore*, sei der deutsch-französische Vertrag nur sinnvoll innerhalb eines großen Europas, das auch Großbritannien voll und ganz miteinschließt.

Die kommunistische *L'Humanité* lehnte den deutsch-französischen Vertrag ebenfalls ab, allerdings aus ganz anderen Motiven. Sie bezeichnete ihn als „ein Bündnis der französischen Gaullisten mit den westdeutschen Revanchisten gegen die Sowjetunion und das sozialistische Lager.“ Frankreich habe sich mit dem einzigen europäischen Staat verbündet, der offen territoriale Forderungen erhebe. „Avec l'Allemagne militariste, où les postes-clés, dans tous les domaines, sont occupés par d'anciens nazis.“ Der „Vertrag de Gaulle – Adenauer“ kette Frankreich an ihr Schicksal. „Nous ne pouvons l' accepter.“

Die *L'Humanité* lehnte somit den deutsch-französischen Vertrag nicht wie *L'Aurore* wegen seiner antibritischen und antiamerikanischen Tendenzen, sondern wegen seiner antisowjetischen Tendenzen ab. Sie benutzte jedoch ebenfalls die antibritische Haltung der französischen Delegation in Brüssel, um die öffentliche Meinung gegen de Gaulles Außenpolitik und damit indirekt gegen den deutsch-französischen Vertrag zu mobilisieren. Nach dem Scheitern der Brüsseler Verhandlungen über das britische EWG-Beitritts-gesuch schrieb *L'Humanité*: „Ni la colère des Etats-Unis ni l'humiliation de l'Angleterre ne sont synonymes de victoire pour la France. Le fait est que depuis des années jamais notre pays n'avait été aussi isolé. Il l'est même de ses proches voisins, de cette petite Europe dont de Gaulle avait rêvé d'être le nouveau Charlemagne...“

An diese Feststellung knüpfte die *L'Humanité* die rhetorische Frage: „Le pouvoir gaulliste rabaissera-t-il notre pays au rang qui est celui du Portugal de Salazar ou de la Grèce de Caramanlis?“ und gab zur Antwort: „Nous y sommes condamnés si nous n'imposons pas un changement radical de l'orientation donnée par de Gaulle à notre politique étrangère. En recherchant l'alliance des forces les plus rétrogrades, les plus fascinantes d'Europe il voue notre pays à une déchéance inéluctable.“

Als Alternative zur gaullistischen Außenpolitik schlug *L'Humanité* vor, daß Frankreich aktiv für die Abrüstung und für die friedliche Zusammenarbeit mit allen europäischen Staaten eintrete. Sie übernahm damit uneingeschränkt die außenpolitischen Forderungen der Sowjetunion. Die französische Presse beschäftigte sich ferner intensiv mit den möglichen Folgen des deutsch-französischen Vertrages. Bis auf *La Nation* und *Le Figaro* schätzte sie diese überwiegend negativ ein. Er werde weder den deutsch-französischen Gegensatz in den Fragen des britischen EWG-Beitritts, der westlichen Verteidigungskonzeption und der europäischen Integration beseitigen, noch Großbritannien und die Vereinigten Staaten zu einer Änderung ihrer Haltung bewegen. Wohl aber werde er die Beziehungen zu den übrigen EWG-Staaten (Italien, Benelux) und zu den sozialistischen Ländern, insbesondere zu der Sowjetunion, schwer belasten und damit die außenpolitische Isolierung Frankreichs verstärken. Die französische Presse begründete ihre negative Einschätzung mit dem Argument, daß kein ausländischer Staatsmann, auch Konrad Adenauer nicht, die außenpolitischen Motive und Ziele de Gaulles teile.

„Il (Adenauer) entend couronner l'oeuvre du rapprochement franco-allemand, qui a constitué depuis qu'il a pris le pouvoir la pierre angulaire de sa politique étrangère“, schrieb der Herausgeber von *Le Monde*, Beuve-Méry. Der deutsch-französische Vertrag sei jedoch nichts weiter als „un assez modeste substitut de ces Etats-Unis d'Europe dont il fut et demeure le partisan convaincu.“

Wenn er trotzdem den deutsch-französischen Vertrag akzeptiert habe, dann allein deshalb, weil er eine Entente mit Frankreich als fundamental betrachte. „Mais il doit par moments s'interroger sur la solidité des liens qui vont être tissés. Suffit-il vraiment de se rencontrer fréquemment, de constituer des comités mixtes dans tous les domaines (...) à la définition d'attitudes communes?“

De Gaulle glaubt dies, denn er hat die Initiative für diese „mariage de fait“ ergriffen. Nach dem Scheitern seines Planes einer politischen Union der Sechs beabsichtigt er, „de forcer la main, en

quelque sorte, à ses autres partenaires en se mettant d'accord avec le principal sur la mise en application immédiate avec lui des principales dispositions de ce projet. " Er übersieht jedoch, daß Adenauer die Hände gebunden sind, denn „à part lui, tous les dirigeants allemands sont favorables à l' Angleterre".

In ausführlichen Berichten über die innerdeutschen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern und Gegnern eines deutschfranzösischen Sonderbundes bemühte sich der Deutschlandkorrespondent von *Le Monde*, Roland Delcours in den folgenden Wochen und Monaten nachzuweisen daß Adenauer nahezu total außenpolitisch isoliert sei. *Le Monde* unterschätzte jedoch keineswegs den Wert der Konsultationsvereinbarungen des Vertrages. „L'expérience des organisations internationales et celle plus récente de la collaboration franco-allemande poussent à ne pas sous-estimer les résultats de contact quotidien entre les hommes.“ Trotzdem blieb er skeptisch, denn „de là à voir dans le document signé mardi le début d'une ère nouvelle, la rupture définitive avec un passé de rivalités, il y a une marge.“ Wichtiger für die Entwicklung der deutsch-französischen Zusammenarbeit sei jedoch die Möglichkeit, die außenpolitischen Optionen beider Vertragspartner zu harmonisieren.

Le Monde, *Le Figaro* und *L'Aurore* schätzten diese Möglichkeit in der Frage des britischen EWG-Beitritts, der europäischen Integration und der atlantischen Verteidigungskonzeption gering ein. *Le Monde* und *L'Aurore* meinten, Adenauer teile zwar persönlich die Zurückhaltung und die Opposition de Gaulles gegen den EWG-Beitritt Großbritanniens, aber er werde nicht zwischen Großbritannien und Frankreich vermitteln oder gar die französische Position unterstützen, da er auf die probritische Einstellung nicht nur der Opposition, sondern seiner eigenen Regierungsmehrheit Rücksicht nehmen muß.

Lediglich André François-Poncet, früherer französischer Botschafter in Berlin und Bonn und außenpolitischer Kommentator von *Le Figaro*, glaubte noch vor dem Scheitern der Brüsseler Ver-

handlungen über das britische Beitrittsgesuch zum Gemeinsamen Markt am 26. Januar 1963 an eine Vermittlerrolle Adenauers und meinte sogar: „S'il avait été plus vieux d'un mois, le traité aurait sans doute permis d'éviter la crise qui, à Bruxelles, a opposé la France à ses cinq partenaires de la Communauté économique européenne. Le général de Gaulle aurait averti de ses intentions son allié de Bonn, et celui-ci l'aurait rendu attentif à la gravité des conséquences qui pouvaient en résulter.“ Hier war wohl der Wunsch der Vater des Gedankens, denn die Realität widerlegte sehr bald François-Poncets Annahmen.

Auch in der Frage der europolitischen Einigung sahen *Le Monde* und *L'Aurore* keine Möglichkeit für eine Harmonisierung des deutschen und des französischen Standpunktes. In seinem Kommentar zum Pariser Vertrag schrieb *Le Monde* unter der Überschrift: *Europe fermée – Europe ouverte?* „A l'Europe fermée du général de Gaulle, M. Macmillan a opposé lundi l'idée d'une Europe ouverte sur l'Atlantique. Entre ces deux conceptions, le chancelier, pour sa part, s'est toujours refusé à choisir. La grande question qui commande tout l'avenir de la diplomatie gaulliste, c'est de savoir si, mis en demeure d'opter entre le leadership américain et le leadership français, le chancelier et ses successeurs inclineraient en faveur du second.“

Die ausführlichen Berichte und Kommentare in *Le Monde* über die innerdeutschen Auseinandersetzungen zwischen „Gaullisten“ und „Atlantikern“, d. h. zwischen Anhängern und Gegnern einer pro-gaullistischen Orientierung der deutschen Außenpolitik, ließen keinen Zweifel darüber, wofür sich die große Mehrheit der deutschen Führungskräfte entschied bzw. längst entschieden hatte.

In seinem Bericht über die außenpolitische Debatte des Bundestages vom 6. Februar 1963 schrieb Roland Delcours in *Le Monde*: „Jusqu' ici la doctrine constante de la République fédérale portée sur les fonts baptismaux par les trois puissances occidentales, a été de considérer l'amitié franco-allemande (...) comme le fondement de l'Europe unie, constamment approuvé par les Etats-Unis.“ Seit der Rückkehr de Gaulles an die Macht

1958 hat sich jedoch ein „fundamentales Mißverständnis“ in den deutsch-französischen Beziehungen entwickelt, das sich schließlich in Brüssel in seinem vollem Umfang gezeigt hat.

Während Adenauer weiterhin die deutsch französische Zusammenarbeit innerhalb der westlichen Allianz zu entwickeln suchte, versuchte de Gaulle, die Bundesrepublik von den Vereinigten Staaten zu trennen. „On comprend dans ces conditions que les Allemands aient l'impression d'avoir été dupés.“ Viele lehnten deshalb Adenauers pro-gaullistische Politik ab.

„Le chancelier a, contre la majorité de son cabinet, contre au moins les deux tiers du Bundestag, contre la pensée et la volonté de presque toute l'opinion allemande, mené avec le general de Gaulle une sorte de diplomatie secrète qui est devenue insupportable.“ Die Mehrheit der Regierungskoalition aus CDU und FDP wünscht, daß Erhard den Widerstand gegen Adenauer organisiert und seine pro-gaullistische Politik zu Fall bringt. Adenauer gibt sich jedoch noch nicht geschlagen und er wird sich wahrscheinlich erneut durchsetzen. Allerdings wird er seinen Gegnern entgegenkommen müssen. Die Mehrheit der deutschen Führungskräfte lehnt Adenauers pro-gaullistische Politik ab und will sich nicht von Großbritannien und den Vereinigten Staaten trennen, sie will sich aber auch nicht als Instrument gegen de Gaulle mißbrauchen lassen.

Daß Adenauer im Grunde genommen die Ansicht der Bundestagsmehrheit teilte, schien *Le Monde* anzunehmen, denn André Fontaine überschrieb seinen Kommentar zur außenpolitischen Debatte des Bundestages mit dem Satz: „Le Dr. Adenauer réaffirme la fidélité de l'Allemagne à la coopération avec les Etats-Unis“ und Roland Delcour berichtete in der gleichen Ausgabe, Bundeskanzler Adenauer habe im Bundestag erklärt: „Le traité (franco allemand) est une condition fondamentale de l'intégration européenne.“

L'Aurore vertrat die gleiche Ansicht wie *Le Monde* über die außenpolitische Einstellung der bundesdeutschen Führungsschicht. Sein Deutsch-

landkorrespondent, Roland Faure, überschrieb seinen Bericht über die außenpolitische Debatte des Bundestages mit dem Satz: „Adenauer plus que jamais partisan de leadership américain pour la défense occidentale“ und meinte am folgenden Tag, die Bundestagsdebatte vom 7. Februar habe gezeigt, daß die Mehrheit der deutschen Abgeordneten sowohl für die deutsch-französische Aussöhnung als auch für den britischen EWG Beitritt und die atlantische Orientierung Europas ist.

Auch *Le Figaro* konstatierte die deutsch französischen Meinungsverschiedenheiten in der Frage der inneren Organisation und der äußeren Orientierung Europas. Er glaubte jedoch, diese Meinungsverschiedenheiten gerade mit Hilfe des deutsch-französischen Vertrages, namentlich seiner Konsultationsvereinbarungen, allmählich überwinden zu können. Voraussetzung dafür sei allerdings, so meinte er, daß de Gaulle Deutschland nicht zur Wahl zwischen Paris und London bzw. Washington zwingt. (...)

Bis auf *Le Figaro* (und *La Nation*) vertrat somit die französische Presse die Meinung, der Pariser Vertrag beseitige nicht die deutsch-französischen Gegensätze in der Frage des britischen EWG-Beitritts, der europäischen Einigung und der atlantischen Zusammenarbeit. Wohl aber irritierte er die übrigen EWG-Staaten (Italien/Benelux) durch seinen Bilateralismus, weil dieser diesen den Eindruck vermittele, auf den zweiten Platz verwiesen worden zu sein.

André François-Poncet widersprach in *Le Figaro* heftig dieser Ansicht. Die beiden vertragschließenden Partner hätten ausdrücklich versichert, daß ihr Abkommen nicht exklusiv sei, sondern anderen offenstehe. Diese Erklärung sei wichtig, denn sie zeige, „que l'accord francoallemand soit le noyau d'un accord plus large, mais non pas que l'harmonie des Deux porte tort à l'harmonie des Six ou la rende impossible“. Der Vertrag enthalte daher nichts, das die anderen EWG-Staaten irritieren könne. „S' ils le reconnaissaient et agissaient en conséquence, on aboutirait à la naissance de cette union politique qui doit résulter du Marché commun et qui reste malheureusement en suspense...“

Demgegenüber wies *Le Combat* auf den offensichtlichen Widerspruch zwischen den Konsultationsvereinbarungen und dem Geist der Römischen Verträge hin. Der Zweck der Konsultationsvereinbarungen sei die Harmonisierung der deutschen und französischen Standpunkte, der Geist der Römischen Verträge verlange aber die Harmonisierung der Standpunkte aller EWG-Staaten im Rahmen der EWG-Institutionen. (...)

Die Gegner des deutsch-französischen Bilateralismus begründeten ihre ablehnende Haltung gegenüber der gaullistischen Politik fast ausschließlich mit europäischen und atlantischen Interessen. Nur selten beriefen sie sich auf die nationalen Interessen der Bundesrepublik, die allerdings in ihren Vorstellungen mit den europäischen und atlantischen identisch waren. „Unser erstes nationales Interesse ist die Sicherheit“, bekannte Hans Gresmann in *Die Zeit*. „Sie scheint uns, die wir keinen Grund haben, an der Bündnistreue der Amerikaner zu zweifeln, weit eher durch die amerikanischen Verpflichtungen in Europa gewährleistet als durch die nuklearen Prestige-Anstrengungen unserer französischen Nachbarn.“

An zweiter Stelle rangierte für die Gegner des deutsch-französischen Bilateralismus die Wiedervereinigung. Marion Gräfin Dönhoff meinte in *Die Zeit*, de Gaulle wolle nicht die Wiedervereinigung und er habe auch nicht die Macht, sie zu erzwingen. „Es gibt nun einmal nur zwei Machtzentren in der Welt. Eine ‚dritte Kraft‘ gibt es nicht. Jene Dritten haben zwar auch Kraft, die, wenn sie zur amerikanischen addiert wird, durchaus respektabel ist, aber subtrahiert und isoliert kann sie niemandem imponieren.“

Voraussetzung für die deutsche Wiedervereinigung war die Macht des Westens. Diese Überzeugung teilten alle Anhänger einer pro-amerikanischen Orientierung der deutschen Außenpolitik. „Es wäre unverantwortlich, wenn wir uns aus dem ‚Grand Design‘ der Amerikaner und deren sicheren Schutz lösten“, warnte Gräfin Dönhoff, „um der großen Vision eines noch zu entwerfenden ‚Grand Design‘ von General de Gaulle nachzuirren.“

Auch ihr Kollege Theo Sommer äußerte die Überzeugung, „ohne die Amerikaner ist der ‚Status quo‘ in Europa nicht zu bewahren. (...) Kennedy kann die Wiedervereinigung nicht herbeizaubern. Aber wenn wir fest an der Seite der Vereinigten Staaten bleiben – und nur dann! – wäre doch eine Entwicklung denkbar, an deren Ende schließlich die Wiedervereinigung Europas und Deutschlands stünde.“

Ferner bezweifelte ebenfalls Theo Sommer die französische Bereitschaft, das deutsche Streben nach Wiedervereinigung zu unterstützen. Es „stellt sich ja die Frage“, schrieb er, „ob die Wiedervereinigung eigentlich in die Logik des gaullistischen Europaentwurfs paßt. Würde sie nicht, käme sie zustande, Frankreichs angestrebte Vorherrschaft brechen? Und hat nicht der General in seinen Memoiren unmißverständlich geschrieben, es gelte die Auferstehung eines neuen Reiches zu verhindern, „um die Vorherrschaft Frankreichs zu gewährleisten?“

Gräfin Dönhoff widersprach aber auch der These der pro-gaullistischen Neutralisten, de Gaulle könnte Deutschland über ein Disengagement in Europa die Wiedervereinigung bringen. „Im Gegenteil“, argumentierte sie, „er ist auf dem besten Wege, die einzigen, die eines Tages solche Maßnahmen vorschlagen, verhandeln und garantieren könnten (nämlich die Amerikaner), aus der hierfür erforderlichen Schlüsselposition zu vertreiben. Es ist aber zweierlei, ob Washington oder Paris ein Disengagement vorschlagen.“

Die Zeit war jedoch nicht die einzige deutsche Zeitung bzw. Zeitschrift, die ihre anti-gaullistische Position ebenfalls mit den nationalen Interessen der Bundesrepublik begründete. Auch *Die Welt* vertrat die Ansicht, die nationalen Interessen Deutschlands seien mit einer pro-gaullistischen Orientierung der deutschen Außenpolitik unvereinbar. „Für uns geht es um unsere Sicherheit“, schrieb sie unmittelbar vor der Unterzeichnung des deutsch-französischen Vertrages. „Für uns geht es darum, ob wir uns sehenden Auges der stärksten Macht des Westens, den Vereinigten Staaten, entfremden und zum dritten Mal in diesem Jahr-

hundert auf eine dauerhafte Verbindung mit Großbritannien verzichten wollen.“

Die Ratifizierungsdebatte

Die Debatte, die über die Frage der Ratifizierung des deutsch-französischen Vertrages in der deutschen Öffentlichkeit geführt wurde, zeige, daß die Anhänger des deutsch-französischen Bilateralismus nicht nur in der Presse, sondern auch in den Parteien eindeutig in der Minderheit waren. Dies veranlaßte Adenauer, nach einer Kompromißformel in der Frage der Präambel zu suchen, die den Gegnern des deutsch-französischen Bilateralismus eine Zustimmung zum Vertrag auch ohne Präambel ermöglichen würde. Seine Bemühungen führten am 1. März 1963 zur Verabschiedung einer EntschlieÙung des Bundesrates durch die von den Regierungsparteien geführten Länder, in der die Bundesregierung aufgefordert wurde, darauf hinzuwirken, daß durch die Anwendung des Vertrages die „großen Ziele“ der deutschen Außenpolitik gefördert werden:

- Die enge Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten
- die gemeinsame Verteidigung im Rahmen der NATO
- die Integration der Streitkräfte der Bündnispartner
- die Einigung Europas unter Einbeziehung Großbritanniens und anderer zum Beitritt gewillter Staaten
- der Abbau der Handelsschranken im Rahmen des GATT
- die Wiederherstellung der deutschen Einheit

Die Gegner des deutsch-französischen Bilateralismus gaben sich jedoch nicht mit der Erklärung des Bundesrates zufrieden, sondern forderten, „daß im Ratifizierungsgesetz zum deutsch-französischen Vertrag ausdrücklich festgehalten werde, daß dieses Abkommen in den Rahmen der Europäischen Gemeinschaften, der NATO, der Westeuropäischen Union und auch in den Rahmen des Deutschlandvertrages eingefügt sei.“

Aus dieser Forderung der Opposition, der sich führende Politiker der Regierungsparteien (Schröder,

Mende, Brentano) anschlossen, entstand die Idee einer Präambel zum Vertrag, die dessen Einbindung in das westliche Vertragssystem feierlich bekräftigen sollte.

Bei der nun einsetzenden Debatte über die Präambel ging es formal um die Frage, ob die Präambel ein völkerrechtlich verbindlicher Teil des Vertrages sein solle und daher Neuverhandlungen mit Frankreich notwendig machen würde oder ob sie lediglich eine politische Willensbekundung bilde, die nicht Bestandteil des Vertrages sein würde und daher auch keine neuen Verhandlungen mit Paris erfordere. Inhaltlich drehte sich die Debatte vor allem um die beiden Fragen, die schon die bisherige Auseinandersetzung um den deutsch-französischen Vertrag bestimmten, nämlich: „Nützt oder schadet der Vertrag den deutsch-französischen Beziehungen“ und zweitens „Ist der Vertrag mit den grundlegenden Zielen und Verpflichtungen der deutschen Außenpolitik vereinbar?“

Die Welt, die sich bereits bei Vertragsabschluß scharf gegen einen deutsch-französischen Bilateralismus ausgesprochen hatte, unterstützte massiv die Forderung nach einer Präambel. Am 28. März 1963 veröffentlichte sie unter der Überschrift: „Hallstein meldet Bedenken zum Vertrag Paris-Bonn an“ die Rede des Präsidenten der EWG-Kommission, Walter Hallstein, in der dieser für die vertragliche Einbindung des deutsch-französischen Vertrages in die Europäische Gemeinschaft eintrat. Am folgenden Tag, dem 29. März 1963, schrieb sie: „Der deutsch-französische Vertrag wird vom Bundestag nicht ohne Zusatz ratifiziert werden; das betonen alle Parteien in Bonn angesichts der Bedenken, die der Präsident der EWG-Kommission, Hallstein, öffentlich geltend gemacht hat. (...) Bundesminister Schröder tritt auch jetzt noch für eine EntschlieÙung des Bundestages ein, die zusammen mit dem ratifizierten Vertrag dem französischen Partner übergeben werden soll. Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, von Brentano, wünscht, daß der Vertrag mit der größtmöglichen Mehrheit ratifiziert wird. Das ist im Bundestag dahingehend interpretiert worden, daß er den Sozialdemokraten und den Freien Demokraten entgegenkommen möchte.“ (...)

Die Ratifizierung

Als schließlich der Vertrag am 16. Mai 1963 vom Bundestag fast einstimmig ratifiziert wurde, verkündete Robert Strobel triumphierend in *Die Zeit*, dies sei nur dank der Präambel möglich gewesen. Er verschwieg jedoch, daß die Präambel dem Vertrag weitgehend seine politische Substanz genommen hatte, indem sie ihn fest in das westliche System integrierte. Die Ratifizierung des Vertrages löste deshalb auch weder diesseits noch jenseits des Rheins Begeisterungstürme aus. „Aber vielleicht bietet die verhaltene, nüchterne Resonanz auf diesen Abschluß einer längeren Entwicklung eine verlässlichere Gewähr für die gemeinsame Zukunft als leidenschaftliche Emotionen, die schon oft so Großes anzukündigen schienen und dann so rasch wieder verflackern“, gab er zu bedenken. Sein Resümee klang aber dann doch wieder eher negativ: „Was Stresemann und Briand vor vierzig Jahren mit redlichem Bemühen versuchten – ohne Erfolg, weil die Zeit noch nicht reif war – haben nun Adenauer und de Gaulle vollbracht. Die Ausstrahlungskraft, die die Einigung Frankreichs und Deutschlands damals hatte, haben konnte, wird der Aussöhnung heute wohl versagt bleiben. Dazu ist die Stellung der beiden Länder zu schwach geworden, die Welt zu sehr verändert.“ Paul Wilhelm Wenger meinte dagegen im *Rheinischen Merkur*, das in der Präambel niedergelegte Bekenntnis zu einem größeren Europa mit Einschluß Englands und zur atlantischen

Gemeinschaft wäre in diesem Ausmaß überflüssig gewesen, „wenn man rechtzeitig zur Kenntnis genommen hätte, daß Paris nicht an der NATO rüttelt, sondern im Interesse Europas deren überholte hegemoniale Strukturen korrigieren will“. Als Beweis für seine These zitierte er den folgenden Satz aus der Ratifizierungsbegründung der französischen Regierung für das französische Parlament: „Die französische Regierung wünscht ihrerseits, daß eine ähnliche Zusammenarbeit mit ihren anderen europäischen Partnern eingerichtet werden kann, wenn diese es wünschen, und sie ist bereit, zu diesem Zweck in jedem Augenblick Verhandlungen aufzunehmen.“ (...)

Die Übertragung dieser engen deutsch-französischen Freundschaft auf die anderen Partner, erklärte er, kann aber „nur in der baldigen Stiftung der Europäischen Union liegen, da nur eine solche Institution die technische Möglichkeit zu regelmäßiger Zusammenarbeit der Regierungschefs und der Minister bietet“. „Die engere deutsch-französische Union, die das Kardinalziel des Paktes bildet, ist dabei ebensowenig hinderlich wie die Existenz der Beneluxunion und die anglo-amerikanische Sonderfreundschaft innerhalb der NATO. Nur auf diesem Wege kann auch die EWG im wirtschaftlichen Bereich jene größere Beweglichkeit für die Werbung des Gemeinsamen Marktes erlangen, die sie hinsichtlich der Vereinigten Staaten, Englands und der Neutralen braucht.“ (...)

1989 – ein außenpolitisches Jahr Mitterrands

Von Ernst Weisenfeld*

» Dieser Kommentar des ehemaligen Chefredakteurs von *Dokumente* Ernst Weisenfeld beschreibt kurz vor dem Fall der Mauer, was der damalige französische Staatspräsident Mitterrand außenpolitisch anstrebte. Ein publizistischer Blick in die Zukunft, der dann durch die Ereignisse eingeholt wurde. Und zugleich ein kluger Einblick in das strategische Denken und die Position Mitterrands, die auch für dessen Umgang mit der deutschen Wiedervereinigung wesentlich war. Der Beitrag erschien 1988 in *Dokumente*.

Das Jahr 1989 wird ein außenpolitisches Jahr für François Mitterrand sein, ja vielleicht sogar für die europäische Politik ein „Jahr Mitterrands“. Es bietet sich an. Er selbst bereitet sich offensichtlich darauf vor. Er kann wahrscheinlich Erfolge auf außenpolitischem Gebiet auch innerpolitisch gut gebrauchen. Es bietet sich an: Während der zweiten Hälfte des Jahres nimmt Frankreich die Aufgaben der EG-Präsidentschaft wahr. Im ersten Halbjahr liegt die Präsidentschaft bei Spanien. Zwischen Mitterrand und González sind längst Überlegungen ausgetauscht worden, wie man zu gemeinsamen Zielen im Rahmen der Verwirklichung des europäischen Binnenmarkts bis 1993 vorgehen könne. Wenn Mitterrand am 1. Juli 1989 die Präsidentschaft übernimmt, beginnt er die zweite Halbzeit einer gemeinsamen Strategie.

Wie sehr ihm so etwas liegt und wie er sich einsetzen kann, hat man vor einigen Jahren im Vorfeld zum europäischen Gipfel von Fontainebleau gesehen, der die großen und lähmenden europäischen Streitfälle vieler Jahre beendete. Diesmal würde er vorab soziale, monetäre und audiovisuelle Fragen zu klären suchen. Am 14. Juli 1989

empfängt Mitterrand außerdem in Paris die Gipfelkonferenz der sieben wichtigsten Industriestaaten vor dem Hintergrund der Zweihundertjahrfeier des Sturms auf die Bastille. Daß er sich hieraus eine Rolle als Sprecher oder als Mahner der Industriestaaten für die Notwendigkeiten der Dritten Welt schneiden wird, kann man leicht voraussagen. Aber auch seine alten Gedanken zur gemeinsamen Überwindung der Arbeitslosigkeit durch eine sinnvolle Gestaltung der „dritten industriellen Revolution“ und einer zumindest europäischen gemeinsamen Technologiepolitik werden dann noch einmal eine weltweite Plattform finden. Er wird wahrscheinlich vorher schon Michail Gorbatschow in Paris empfangen haben und das Gespräch fortsetzen können, das er Ende November 1988 mit ihm in Moskau begann. Diese Begegnungen sind umrahmt von einem lebhaften Besucheraustausch auf hoher und höchster Ebene mit anderen Ostblockstaaten.

Beim Gespräch mit dem Kreml werden die Fragen der konventionellen Abrüstung eine wichtige Rolle spielen. Manches deutet darauf hin, daß Mitterrand heute schon die Elemente für ein original-französisches Konzept in diesen Fragen auf-

* Ernst Weisenfeld war über den Zeitraum von mehr als einem halben Jahrhundert publizistischer Zeitzeuge der deutsch-französischen Beziehungen. Als Korrespondent für Radio und TV wurde er bereits 1951 nach Paris entsandt, prägte von Beginn der achtziger Jahre bis 1993 als Chefredakteur die Zeitschrift *Dokumente* und schrieb bis zu seinem Tod 2009 regelmäßig für eine Reihe großer deutscher Medien.

baut – in möglichst enger Anlehnung an deutsche Positionen, aber auch mit Möglichkeiten der Vermittlung für eine gemeinsame Strategie des Westens, die ihn zu einer Art Wortführer der kontinentalen (west-)europäischen Interessen machen könnten. Die ersten Elemente dieser Art sind in Reden aufgetaucht, die er im September und Oktober vor der UNO und in Paris vor einem hohen Gremium der Landesverteidigung hielt. Zwei dieser Elemente waren schon im April 1988 in einer Rede in Lyon während des Präsidentschaftswahlkampfes enthalten. (...)

Drei Elemente einer französischen Abrüstungspolitik

Mitterrand machte in seiner UNO-Rede ein Zugeständnis gegenüber der bisher von Frankreich verteidigten Position, die auf wenig Verständnis in Bonn gestoßen war: Er erklärte sich bereit, auf die Herstellung französischer chemischer Waffen zu verzichten, sobald das Verbot von den Staaten, die sich bisher schon – aber ohne Kontrollen – für die Ächtung der Chemiewaffen ausgesprochen hatten, unterzeichnet sei. Er will also nicht erst die Ratifizierung abwarten. Bisher galt auch für Chemiewaffen der Grundsatz: Solange andere Länder bestimmte Waffen besitzen, nimmt sich Frankreich grundsätzlich auch das Recht, diese Waffen herzustellen. – Eine internationale Konferenz Anfang Januar 1989 in Paris soll die Ziele des neuen Abkommens umreißen und dann die endgültige Ausarbeitung der Genfer Abrüstungskonferenz überlassen.

Das zweite neue Element in Mitterrands Abrüstungsstrategie ist die starke Betonung, daß vor allem die Gebiete und Länder, in denen heute die meisten konventionellen Waffen gegenseitig in Stellung gebracht seien, am stärksten die Abrüs-

tung spüren müßten. Dabei nannte er die Grenze zwischen den beiden Deutschland und die Grenze zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei. Er sprach von „Zonen“, in denen besonders viel Waffen massiert seien und folglich auch besonders viele entfernt werden müßten. Nun ist Frankreich sicher nicht ein Befürworter „verdünnter kontrollierter Zonen“ im Sinne von Gebieten mit besonderem Status geworden. Die Sorge vor einer solchen Entwicklung hat Frankreich ja immer zum Gegner der jahrelangen, erfolglosen Wiener MBFR-Konferenz (mutual balanced forces reduction) gemacht. Trotzdem lassen diese Formulierungen, die Mitterrand zweimal gebrauchte, aufhorchen. Sie entfernen sich nicht weit von den Überlegungen, die in den NATO-Gremien angestellt werden, aber doch weit genug, um den Eindruck zu erwecken, daß Frankreich der Abrüstungsdiskussion in der Bundesrepublik Beachtung schenkt.

Ein drittes Element deutet auf den Grundsatz Verständnis für Verständnis: Wenn Frankreich für eine gewisse Allergie der Deutschen gegen die Massierung von Waffen aller Art in ihrem Land Verständnis zeigt, dann erwartet Mitterrand – wie auch im Falle der Aufstellung der Pershing-Raketen, für die er sich im Januar 1983 vor dem Bundestag einsetzte –, daß sie sich realistisch genug zeigen, wenn Abrüstungsverhandlungen ohne Ergebnis verlaufen und vom Westen die Modernisierung des eigenen Waffenarsenals gefordert wird. Frankreich ist dann vor allem daran interessiert, seine nuklearen Waffen, auch die der kürzesten Reichweite, auf dem neuesten Stand zu halten; es hält die nukleare Komponente noch lange Zeit für unverzichtbar.

Ein viertes Element der französischen Abrüstungspolitik, das die französische Diplomatie

schon lange vorgetragen hat, findet auch die besondere Zustimmung Mitterrands: Man hatte sich lange dem Gedanken widersetzt, die neue Wiener Abrüstungskonferenz nur unter den 23 Mitgliedern von NATO und Warschauer Pakt stattfinden zu lassen. Paris wollte einer Konferenz unter den 35 Staaten den Vorzug geben, die die Schlußakte von Helsinki unterschrieben. Schließlich kam es zu einem Kompromiß: die 23 verhandeln, berichten aber immer wieder im Kreis der 35, die so eine Mitverantwortung behalten. Auf dieses Element, das ja auch ein gesamteuropäisches Element ist, legt Mitterrand großen Wert. Obwohl dies noch keine fest konzipierte Verhandlungsposition ist, wird es klar, daß Frankreich eine eigene und aktive Rolle spielen will. Die Zeitumstände sind günstig: Bevor die neue US-Administration in diesen Fragen ihre Positionen festgelegt hat, kann sich Paris leichter Gehör verschaffen.

Zusammenhang zwischen Europa- und Innenpolitik

Dies gilt auch für die Probleme der Innenpolitik, die neue Lösungen verlangen. Seine Regierung hat keine Parlamentsmehrheit und daher kann der Staatspräsident in Gefahr kommen, wie 1986/88 zwischen der „Cohabitation“ mit einer ihm konträren Regierung und dem Rücktritt wählen zu müssen. Bis jetzt lebt die Regierung Rocard von der gelegentlichen Unterstützung oder Stimmenthaltung entweder der Kommunisten oder der Gruppe von etwa vierzig liberalen Abgeordneten der Mitte, die innerhalb der Parteien-Konföderation der UDF (*Union pour la Démocratie Française*) mehr und mehr eine Sonderrolle spielen. Die Gemeindewahlen vom März 1989 können da neue Verhältnisse schaffen. Für diese Wahlen brauchen die Kommunisten an vielen Orten die Unterstützung durch die Sozialistische Partei, genauer: beide können sich gegenseitig Hilfestellung leisten. Das erklärt die relative Milde der KPF im parlamentarischen Umgang mit der sozialistischen Regierung. In der sozialen Auseinandersetzung suchen die Kommunisten schon längst ver-

lorenes Terrain wiederzugewinnen. Sie werden nach den Gemeindewahlen auch politisch ihre Forderungen für die Unterstützung oder Duldung der Regierungspolitik erhöhen. Die „Ouvertüre“ zur Mitte wird damit für Mitterrand immer dringender so schwer sie auch einem großen Teil des Parteivolks der Sozialisten fällt. Um diese „Ouvertüre“ zu einem tragfähigen Bündnis zu machen, ist eine gemeinsame außenpolitische Plattform von vielleicht entscheidender Bedeutung, jedenfalls sind die außenpolitischen, vor allem die europäischen Grundlagen eines solchen Bündnisses zwischen François Mitterrand, Raymond Barre und Pierre Mehaignerie am leichtesten zu finden. Auch das muß Mitterrand zu einer aktiven, klar profilierten, auf die europäische Rolle Frankreichs zugeschnittenen Außenpolitik drängen. Mit ihr kann er umso leichter die Probleme und die Möglichkeiten nutzen, die ihm innerpolitisch die Wahlen zum Europa-Parlament im Frühsommer 1989 bieten – einer der seltenen Wahlvorgänge nachdem Mehrheitswahlssystem in Frankreich, das die alten Bündniszwänge lockert oder aufhebt.

Wenn das Jahr 1989 das Gedenkjahr an die vor 200 Jahren begonnene Revolution sein wird, kündigen sich für 1990 Kundgebungen zum hundertsten Geburtstag von General de Gaulle an. Er hat vor allem die außenpolitische Rolle Frankreichs definiert. Man sagt oft leicht, Mitterrand trete in die Fußstapfen de Gaulles und meint, er fülle seinen Platz in der Verfassung im gaullistischen Sinne aus und halte sich auch an den Konsens über die außenpolitische Rolle Frankreichs. In Wirklichkeit hat sich in der Europapolitik längst ein neuer Konsens herausgebildet, und in Verteidigungsfragen deuten sich neue Entwicklungen an. Sie werden – selbstverständlich ohne Rückkehr Frankreichs in die militärische Integration der NATO – eine Art Kompromiß zwischen den Vorstellungen der Vierten und der Fünften Republik darstellen. Dessen innenpolitischer Ausdruck würde auch ein Bündnis zwischen den Sozialisten und der parlamentarischen Mitte in außenpolitischen Fragen sein – wie zur Zeit der Vierten Republik.

„Das gleiche Bündnis und die gleiche Zukunft“

Zum Deutschlandbild von François Mitterrand

Von Karl-Heinz Bender*

»» François Mitterrand hat sich sehr früh, unmittelbar nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges, für die Aussöhnung mit Deutschland eingesetzt. Zusammen mit Robert Schuman, Jean Monnet, Winston Churchill, Konrad Adenauer und vielen anderen versuchte François Mitterrand bereits 1947 auf dem ersten europäischen Kongreß in Den Haag, die deutsch-französische Annäherung im Rahmen eines vereinten Europas zu fördern. Auch in den folgenden Jahrzehnten bemühte er sich immer wieder um die deutsch-französischen Beziehungen: unvoreingenommen, ohne kriegsbedingte Resentiments. Zugleich machte er aus seiner Ablehnung des Elysée-Vertrags kein Geheimnis. Dieser Artikel von 1988 erläutert die Hintergründe.

In Mitterrands zahlreichen, oft sehr nuancierten Stellungnahmen zu Deutschland und zur deutsch-französischen Zusammenarbeit kehrt jedoch seit 1964 und solange François Mitterrand in der Opposition verbleiben mußte, ein Gedanke immer wieder: seine Ablehnung des Elysee-Vertrages vom Januar 1963.

In erster Linie resultiert diese Ablehnung aus Mitterrands innenpolitischer Gegnerschaft zu de Gaulle, dem damaligen Präsidenten und französischen Schöpfer des Elysee-Vertrages. Bereits 1965 zählte Mitterrand genüsslich eine lange Reihe von Differenzen auf, die sich nach Abschluß des Vertrages zwischen den Partnern ergeben hätten in der Verteidigungs-, Atom-, Europa-, Ost- und Atlantischen Politik. Abschätzig sprach Mit-

terrand 1977 vom „discutable traité de 1963“ (Vertrag von 1963, über den man sehr wohl gegensätzlicher Meinung sein könne). Das Verdienst der deutsch-französischen Versöhnung komme nicht den Unterzeichnern des Elysee-Vertrages zu, sondern denjenigen Staatsmännern, welche die ersten Verträge zur Errichtung einer Europäischen Gemeinschaft unterschrieben hätten. Als Giscard d’Estaing und Helmut Schmidt den Elysee-Vertrag mit neuem Leben erfüllten und versuchten, die Einigung Europas mit einer deutsch-französischen Zusammenarbeit zu fördern, äußerte François Mitterrand 1980 erhebliche Vorbehalte. Zwar akzeptierte er voll die deutsch-französische Aussöhnung als Voraussetzung der Errichtung Europas; er begrüßte auch, daß die Errichtung der Europäischen Gemeinschaft die deutsch-französi-

* Karl-Heinz Bender lehrte von 1971–2005 an der Universität Trier romanische Literaturwissenschaft. Die deutsch-französischen Beziehungen bildeten einen Schwerpunkt der Lehr- und Forschungstätigkeit des 2017 verstorbenen Romanisten.

sche Aussöhnung erleichtert und beschleunigt habe; schließlich deckten sich die deutschen Interessen meistens mit den französischen; dennoch könne, angesichts der Folgen des Zweiten Weltkrieges, die französische Auffassung von militärischem Gleichgewicht nicht mit der deutschen identisch sein; er lehne privilegierte deutsch-französische Beziehungen, wie sie sich in einer Achse Paris-Bonn äußern, ab: zwischen den Partnern der Europäischen Gemeinschaft müsse vielmehr eine tiefgehende Gleichheit herrschen.) Am Vorabend seiner ersten Wahl zum Präsidenten im Mai 1981 bekräftigte Mitterrand seine grundsätzliche Haltung zu Deutschland: zwar benötige Frankreich ein gutes Einvernehmen mit Deutschland, „une bonne entente“, doch dürfe eine Achse Paris-Bonn nicht an die Stelle eines geeinten Europas treten.

Unter dem Eindruck der Sicherheits-Interessen ...

Unter dem Eindruck der Nachrüstungsdebatte, seit es darum ging, die europäische Verteidigung neu zu ordnen, sowie infolge der immer wiederkehrenden Krisen der EG überdachte der Staatspräsident Mitterrand seine Haltung zu Deutschland. Spätestens seit Helmut Kohl ins Palais Schaumburg eingezogen ist, pflegt auch Mitterrand privilegierte Beziehungen zum deutschen Bundeskanzler. Seitdem konzentriert er seine europäische Politik auf die Achse Paris-Bonn. In der deutsch-französischen Zusammenarbeit sieht er nicht nur die Voraussetzung, sondern auch den Motor zur Errichtung Europas. Wie einst General de Gaulle, so bietet nun auch der Staatspräsident François Mitterrand dem „grand peuple allemand“ (dem großen deutschen Volk) seine und der Franzosen Freundschaft an.

Seine neue Sicht der deutsch-französischen Beziehungen formulierte François Mitterrand in

einer großen Rede, die er vor dem Deutschen Bundestag am 20. Januar 1983 anlässlich des 20. Jahrestages des Elysee-Vertrages gehalten hat. Der Elysee-Vertrag ist nun keineswegs mehr der zweifelhafte Vertrag von 1963, sondern vielmehr ein Gemeinschaftswerk derjenigen, die ihn von langer Hand her vorbereitet hätten, nämlich von Kriegsende an, wie Konrad Adenauer, Robert Schuman und Jean Monnet; seiner Unterzeichner, Adenauer und de Gaulle; und schließlich all derjenigen, die ihn seither mit Leben erfüllt hätten. François Mitterrand lobte den Vertrag: er könne weltweit als Vorbild gelten. Er wertete ihn als ein „événement historique“ (historisches Ereignis), das eine jahrhundertealte Rivalität beendet und die Beziehungen zwischen den beiden Ländern tiefgreifend verändert habe; eine unerlässliche Station auf dem Weg zu einem vereinigten Europa. Der Vertrag sei sehr erfolgreich gewesen, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet; er müsse jedoch weiter ausgebaut werden auf kulturellem, wissenschaftlichem und technologischem Gebiet, insbesondere aber in der Sicherheits- und Europa-politik.

François Mitterrand erinnerte ausdrücklich daran, daß die militärischen Ziele des Vertrages erst noch erreicht werden müßten, vor allem das gemeinsame Verteidigungskonzept. Angesichts der russischen Raketenstationierungen und der unterschiedlichen militärischen Rollen der Bundesrepublik und Frankreichs im westlichen Bündnis sei gerade die militärische Zusammenarbeit besonders vordringlich zur Sicherung eines auf dem Gleichgewicht beruhenden Friedens. In diesem Geiste sei der militärische Teil des Elysee-Vertrages endlich belebt worden, der lange toter Buchstabe geblieben sei. Am 20. Jahrestag des Elysee-Vertrages konnte sich ausgerechnet François Mitterrand, der Zivilist und innenpolitische Gegner General de Gaulles, rühmen, erst er habe dessen militärpolitische Ziele realisiert.

In seiner großen Rede vor dem Bundestag am 20. Januar 1983 hat François Mitterrand seine neue Wertung des Elysee-Vertrages formuliert. Seine Rede beinhaltete unter der Perspektive der deutsch-französischen Zusammenarbeit eine Grundsatzerklärung zur französischen Außenpolitik insgesamt mit den Schwerpunkten Sicherheits-, Europa- und sogar Entwicklungspolitik.

Wiederholt bezog sich Mitterrand dann selbst auf seine Rede vor dem Deutschen Bundestag, zum Beispiel in Den Haag, am 7. Februar 1984, und in Paris, am 5. November des gleichen Jahres. In beiden Fällen insistierte er wiederum auf der Tatsache, daß die im Elysee-Vertrag vorgesehene militärische Zusammenarbeit erst unter seiner Präsidentschaft Gestalt angenommen habe. Bei seinem Staatsbesuch in Den Haag erklärte er vor der holländischen Königin, die gleiche militärische Zusammenarbeit werde auch mit England entwickelt. Anlässlich des Staatsbesuches von Bundespräsident von Weizsäcker in Paris unterstrich er seine Absicht, die deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung zu vertiefen.

... eine positive Haltung zum Elysee-Vertrag

Nachdem François Mitterrand Präsident der Französischen Republik geworden ist, hat er in der Kontinuität des höchsten Staatsamtes eine positive Haltung zum Elysee-Vertrag eingenommen. Er lobt ihn als ein positives Element der deutsch-französischen Beziehungen, welches jedoch erst durch den Staatspräsidenten Mitterrand voll im Interesse der beiden Länder genutzt wurde.

Mitterrand sieht die deutsch-französischen Beziehungen auch dann positiv, wenn er den Elysee-Vertrag nicht nennt. So erklärte er vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen, das Ver-

hältnis Frankreich-Deutschland stehe am Ursprung der Europäischen Gemeinschaft und lasse einen Krieg zwischen den 300 Millionen Westeuropäern unvorstellbar erscheinen. Einen ähnlichen Gedanken äußerte er anlässlich des Staatsbesuches von M. Gorbatschow in Frankreich 1985: dank der deutsch-französischen Versöhnung sei ein deutsch-französischer Krieg undenkbar.

In seinen „Réflexions sur la politique extérieure de la France“, mit denen er publizistisch in die Parlamentswahlen von 1986 eingriff, ging François Mitterrand noch einige Schritte weiter in seiner Aufwertung der deutsch-französischen Beziehungen und des Elysee-Vertrages. In der „Introduction“ zu den „Réflexions“, in der er das Fazit seiner Außenpolitik von 1981–1985 zog, lobte François Mitterrand die „solide entente franco-allemande“ (das tragfähige deutsch-französische Einvernehmen), die entscheidend dazu beigetragen habe, die Krisen der europäischen Gemeinschaft zu überwinden. Dank ihrer „bonne entente“ (ihres guten Einvernehmens) hätten Frankreich und Deutschland an ihrer gemeinsamen Grenze den freien Personenverkehr für die Angehörigen der Europäischen Gemeinschaft eingeführt – ohne zu zögern.

Nun sprach auch Mitterrand von privilegierten Beziehungen zwischen den beiden Ländern; Frankreich habe in Europa keinen besseren und festeren Partner. Er wertete den Elysee-Vertrag als die einzige Keimzelle einer gemeinsamen europäischen Verteidigung: Sie gelte es weiterzuentwickeln, indem man die konventionelle deutsch-französische militärische Zusammenarbeit intensiviere bis hin zur gemeinsamen Ausbildung von Großverbänden und zu gemeinsamen Lehrgängen für Stabsoffiziere; indem man Konsultationsmodalitäten für den Einsatz der prästrategischen französischen Nuklearwaffen erarbeite; indem man gemeinsam militärisch nutzbare Weltraum-

projekte realisiere, die intensiviertere deutsch-französische militärische Zusammenarbeit auf die anderen Länder der europäischen Gemeinschaft ausdehne und sie schließlich durch die Errichtung einer politischen Einheit absichere. Um diese zu schaffen, wandte sich François Mitterrand zuerst an Deutschland, mit dem Frankreich von nun an eine Schicksalsgemeinschaft verbinde.

Mit einiger Überraschung liest man dann allerdings an anderer Stelle der „réflexions“, daß er auch auf ältere Sicherheitsvorstellungen zurückgreift, die die Bundesrepublik in ein Dreieck Paris-Bonn-Moskau einordnen. Er sagt von der Rolle der Sowjetunion, sie könne immer noch „ein nützliches Gegengewicht sowohl im weltpolitischen Rahmen wie im Rahmen Europas“ bilden. – Gegengewicht in Europa – so fragten auch französische Kommentatoren – gegen wen?

Im Herbst 1987, zum Auftakt seines Staatsbesuchs in der Bundesrepublik, bezog sich François Mitterrand mehrmals auf den Vertrag von 1963. Er billigte diesem sogar eine neue, pathetische Funktion zu; mit ihm sei die damals noch neue deutsch-französische Freundschaft in eine feierliche Form gebracht worden.

Anläßlich dieses Staatsbesuchs zog François Mitterrand eine Bilanz des Elysee-Vertrages. Die Bilanz fiel eher negativ aus auf dem kulturellen Sektor, insbesondere beim Studenten- und Forscheraustausch. Neue Anstrengungen seien erforderlich, um die kulturellen Beziehungen zu vertiefen.

Die politische Bilanz fiel hingegen ausgesprochen positiv aus. François Mitterrand nannte sie beeindruckend und die deutsch-französische „Entente“ unumkehrbar. Die Konferenzen zwischen den Verantwortlichen der beiden Länder seien zu einer Alltäglichkeit geworden. Der „Vertrag von 1963“ habe zwei Gipfeltreffen vorgesehen, tat-

sächlich treffe man sich jedoch mindestens zehnmal pro Jahr. Die Konsultationen auf Regierungsebene seien also weit intensiver als im Vertrag vorgesehen.

Gleichfalls große Erfolge seien zu verzeichnen beim Deutsch-Französischen Jugendwerk, der industriellen Zusammenarbeit, gemeinsamen Rüstungsprojekten – die Flugzeuge Transall und Alphajet zum Beispiel –; in der deutsch-französischen naturwissenschaftlichen Zusammenarbeit, insbesondere in der Weltraumfahrt bis hin zu Eureka; im Währungsbereich; beim politischen Ausbau Europas. Oft seien diese Erfolge auch in Zusammenarbeit mit anderen europäischen Ländern erzielt worden. Immer seien deutsch-französische Fortschritte der europäischen Einigung zugekommen.

Erneut lobte François Mitterrand die im Vertrag vorgesehene, aber erst von ihm und Bundeskanzler Helmut Kohl seit 1981 entwickelte militärische Zusammenarbeit: die Konsultation zwischen den Ministern, die Aufstellung der „Force d'Action rapide“ (der Schnellen Eingreiftruppe), die vor allem die Aufgabe habe, zusammen mit der Bundeswehr zu operieren; gemeinsame Offizierslehrgänge; immer größere Manöver im Verbund und der Entschluß, den deutschen Bundeskanzler zu konsultieren vor dem Einsatz französischer prästrategischer Waffen auf deutschem Territorium.

Neue Ziele ...

Diese schmeichelhafte Bilanz dürfte jedoch keineswegs die noch ausstehenden Ziele verdecken: den Bau eines deutsch-französischen Hubschraubers, die deutsch-französische Brigade; gemeinsame Verteidigungskonzeptionen. Darüber hinaus solle man die Zusammenarbeit im Weltraum verstärken, zum Beispiel durch Bildung eines ge-

meinsamen Kernes des „Centre National d'Etudes Spatiales“ und der zukünftigen deutschen Raumfahrtagentur; auch müßte man die Beschlüsse des Frankfurter Kulturgipfels vom Oktober 1986 verwirklichen: Erlernen der Partnersprache; Zusammenarbeit in der technischen, Berufs- und Hochschulausbildung, der Forschung, in den Künsten bis hin zum Fernsehen.

Aber selbst dann, wenn man die Möglichkeiten des Vertrages voll ausgeschöpft hätte, sei die Arbeit noch nicht getan. Denn gerade den verantwortlichen Politikern und den Verwaltungen seien Grenzen gesetzt. Wolle man wirklich in ein neues Zeitalter der deutsch-französischen Beziehungen eintreten, dann müsse man das Europa der Bürger schaffen. Mitterrand schlug vor, über den Rahmen des Vertrages hinauszugehen; die Bürger der beiden Länder sollten in einem höheren Maße die deutsch-französischen Beziehungen mitgestalten: in einer deutsch-französischen Universität, durch vermehrte Partnerschaften von Laboratorien, Schulen, militärischen Einheiten usw.; in einer verstärkten Zusammenarbeit der industriellen Führungskräfte.

Schließlich stellte Mitterrand neue politische Ziele auf: an erster Stelle eine gemeinsame europäische Währung als Voraussetzung eines ungehinderten Kapitalverkehrs. Sodann empfahl er, gleichartige Positionen zu beziehen gegenüber den amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsverhandlungen, auch im Bereich der chemischen und konventionellen Waffen; den europäischen Pfeiler der Atlantischen Allianz aufzubauen durch die Einrichtung eines deutsch-französischen Verteidigungsrates. Die neuen Formen deutsch-französischer Zusammenarbeit seien offen für andere befreundete europäische Länder.

Mitterrands Vorschläge waren geprägt durch die Ausrichtung der deutsch-französischen Zu-

sammenarbeit auf die Errichtung Europas. Die Formulierung „L'Europe des Citoyens“ (das Europa der Bürger) implizierte, daß die neue Form der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf die anderen Länder der europäischen Gemeinschaft und deren Bürger ausgeweitet wird. Die Ausweitung der deutsch-französischen Beziehungen wird die politische, wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit der beiden Länder erst richtig zur Geltung bringen und auf Dauer der Errichtung einer politischen europäischen Union zugute kommen. Dieses Europa werde ein Stabilitätsfaktor in den Ost-West-Beziehungen, ein Verbündeter der USA, ein Partner der Sowjetunion und Osteuropas sowie ein Fortschrittsfaktor für die Dritte Welt sein. „Vaste programme“, hätte General de Gaulle gesagt, dem solche Gedanken auch nicht fremd waren.

In seiner großen Rede im Aachener Rathaus am 20. Oktober 1987 verstärkte Mitterrand noch die europäische Zielsetzung der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Zwar betonte er ausdrücklich die Gleichrangigkeit der europäischen Völker im europäischen Einigungsprozeß; nichtsdestoweniger postulierte er – angeregt durch die traditionsreiche Aura Aachens – eine historische Aufgabe für das französische und das deutsche Volk als Motor Europas.

... im Rahmen Europas

Gerade den europäischen Gedanken hat François Mitterrand weitergeführt mit seiner Rede im Bruchsaler Schloß anlässlich des 50. deutsch-französischen Gipfeltreffens: Die Geschichte, die wir zu gestalten hätten, erfordere, daß die europäischen Länder sich verständigten, um gemeinsam zu überleben. Mit und durch Europa werde jedes unserer Länder seine Interessen morgen besser verteidigen als gestern. Letztlich würden Deutschland und Frankreich mit ihrer Freundschaft etwas

erbauen, was über sie selbst hinausgehe: „l'Union de l'Europe“.

Wenige Tage vor dem 25. Jahrestag des Elysee-Vertrages hat Mitterrand in Form eines Interviews eine umfassende und nuancierte Interpretation der deutsch-französischen Beziehungen geliefert, in ihrem historischen, europäischen, atlantischen, ost- und rüstpolitischen Rahmen. Zunächst ordnete Mitterrand den Vertrag in die übliche Metaphorik der deutsch-französischen Beziehungen ein: Deutschland und Frankreich seien nicht nur verlobt, sondern verheiratet, seit mindestens dreißig Jahren. Ihre Lebensgemeinschaft ist danach älter als der Elysee-Vertrag. Dieser sei der Ehevertrag, der 1963 beim Notar unterzeichnet worden sei.

Mitterrand griff seine früheren Vorschläge zur Ausgestaltung der deutsch-französischen Beziehungen auf. Er empfahl weiterzugehen mit der Zusammenarbeit, insbesondere auf dem Gebiet der Verteidigung und der Währung, „auf dem Wege eines harmonischen, politischen, diplomatischen und wirtschaftlichen Ansatzes, der in bestimmten Punkten einheitlich sein muß“.

Mitterrand unterstrich das Vertrauen, welches er den Deutschen auch angesichts neutralistischer Verlockungen von außen entgegenbringe. Sein Vertrauen gründe auf einer Reihe von Gemeinsamkeiten: „Das gleiche Bündnissystem, das gleiche Europa, das gleiche demokratische System und, wie ich hoffe, die gleiche Zukunft.“

Der deutschen Jugend riet Mitterrand, ihre kulturelle Identität zu bewahren und ihre Geschichte nicht zu vergessen. Die Deutschen seien „ein großes Volk für eine große Kultur“. Je mehr man seine eigene Kultur vertiefe, desto universeller werde man. Infolgedessen verstoße die Wahrung der eigenen Identität auch nicht gegen den europäischen Geist.

Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland, zwei große Länder von weltweiter Bedeutung, sollten ihre Ambitionen und Mittel zusammenlegen im Rahmen der europäischen Gemeinschaft. Unter dieser Voraussetzung könnten größere Ziele verwirklicht werden, wie die Errichtung einer europäischen Zentralbank sowie der Bau und der Flug eines bemannten Raumschiffes.

Die europäische Identität müsse noch erfunden werden. Sie könne auf gemeinsamen Grundwerten aufbauen, auf einem demokratischen und personenbezogenen Ansatz, auf der Dreiheit der französischen Revolution „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“; die europäische Identität solle aber auch bis zu den gemeinsamen Wurzeln im Mittelalter zurückreichen. Die Schaffung einer europäischen Identität habe zur Voraussetzung, daß die Europäer ihre Hauptsprachen erlernten.

In seiner Rede zum 25. Jahrestag des Elysee-Vertrages am 22. Januar 1988 feierte Mitterrand diesen als „la Charte des relations entre nos deux pays et l'instrument d'une meme volonté“ (die Charta der deutsch-französischen Beziehungen und das Instrument eines gleichen Willens). Mitterrand nahm die Themen seiner früheren Reden wieder auf, setzte jedoch neue Prioritäten. Bei der Bilanz des Erreichten legte er zunächst den Akzent noch einmal auf die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich, weil hier die Leistungen besonders bedeutsam seien bis hin zur Errichtung einer gemeinsamen Brigade und eines Verteidigungsrates. So wie die Bundesrepublik und Frankreich solidarisch seien, um ihre Freiheiten zu verteidigen, sollten sie dies auch sein, um eine gerechte Finanz-, Wirtschafts- und Währungsordnung zu errichten. Mitterrand verschwieg keineswegs die Schwierigkeiten, die Deutsche und Franzosen noch immer hätten, sich gegenseitig zu verstehen. Voraussetzung gegenseitigen Verstehens seien Sprachkenntnisse. Deren Verbesserung müsse vorrangig betrieben werden. Mit dieser Forderung setzte er für die

Zusammenfassung

künftige deutsch-französische Zusammenarbeit einen neuen Schwerpunkt: den Erwerb der Partnersprache.

In der Zukunft sah Mitterrand bereits die Umrise einer wirklichen Brüderlichkeit zwischen den beiden Völkern aufleuchten. Ihre wahre Bedeutung erhalte die deutsch-französische Zusammenarbeit jedoch erst mit ihrer europäischen Zielsetzung. Zwar gebe es keine französisch-deutsche Achse, wohl aber den starken Willen, gemeinsam Europa voranzubringen. Mitterrands Rede klang aus mit einem Lob auf die Einzigartigkeit der deutsch-französischen Beziehung. Diese habe weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart oder in der Zukunft etwas Gleichwertiges.

Daß für Mitterrand die Koordination der Verteidigungsanstrengungen vorrangiges Ziel deutsch-französischer Zusammenarbeit bleibt, dokumentiert seine „Lettre à tous les Français“. Dieser offene Brief an die Wähler ist Mitterrands wichtigste publizistische Intervention in dem Präsidentschaftswahlkampf 1988. In ihm formuliert er seine Leitideen für eine zweite Präsidentschaft. Von allen westeuropäischen Nato-Mitgliedern, so sagt er, hätten es nur Deutschland und Frankreich gewagt, neue Formen der gemeinsamen Verteidigung zu erproben. Als Beispiel nennt er u. a. die deutsch-französische Brigade, mit der sich die Umrise einer gemeinsamen Streitmacht abzeichneten. Die militärischen Bestimmungen des Elysee-Vertrages böten schließlich eine gute Ausgangsbasis für weitere Schritte. Mit beiden Überlegungen geht Mitterrand noch etwas über seine bisherigen Positionen hinaus.

Unter der Präsidentschaft General de Gaulles hat François Mitterrand den Elysee-Vertrag kritisiert, ja sogar abgelehnt. Als Staatspräsident hat sich François Mitterrand bei feierlichen Anlässen zum Elysee-Vertrag bekannt. In der politischen Praxis hat er ihn genutzt, um neue Felder der Zusammenarbeit zu erschließen. Nach 25 Jahren sieht er die Bilanz des Vertrages überwiegend positiv. Nichtsdestoweniger regte er an, künftighin mit der deutsch-französischen Zusammenarbeit über den Vertrag hinauszugehen. (...)

Auf wen ist wirklich Verlaß?

Für Frankreichs Diplomatie begann das Jahr 1992 mit Fragezeichen

Von Bernard Brigouleix*

» Als im Februar 1992 der Vertrag von Maastricht unterzeichnet wurde, stellte das den bis dahin größten Schritt der europäischen Integration seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EG) dar. Damit wurde die Europäische Union als übergeordneter Verbund für die Europäischen Gemeinschaften, die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres gegründet. Ein Hauptthema für die französische Außenpolitik dieser Zeit – aber, wie diese Analyse von 1992 zeigt – nicht das einzige Thema, das die französische Diplomatie in Atem hielt.

Zu Beginn des Jahres 1992, Startpunkt für den „Endspurt“ auf dem langen Weg zum einheitlichen Markt, aber auch Start eines anderen Marathons, der zur doppelten Union – zur Politischen sowie zur Wirtschafts- und Währungsunion – führen soll, und schließlich ein Jahr nach dem Golfkrieg, dessen Beendigung eine Neue Weltordnung zu versprechen schien, vermittelt die französische Diplomatie einen seltsamen Eindruck, so als suche sie, zwar keine Orientierungen, aber zumindest Anhaltspunkte. Sie versucht, solche Anhaltspunkte um so mühsamer zu ertasten, als die internationale Landschaft sich im vollen Wandel befindet, ganz gleich ob im Osten Europas, im Nahen und Mittleren Osten oder in Schwarzafrika, wo Paris besonders empfindlich auf kritische Ereignisse reagiert.

Dabei war das Jahr 1991 aus der Sicht des Elysee-Palastes und des Quai d'Orsay überaus gut zu Ende gegangen: Der Maastrichter Gipfel, in dessen letzter Phase die offiziellen Reden einen geradezu beschwörenden Charakter angenommen und in offizielle Analysen angesichts des ziemlich bedrohlich wirkenden gigantischen Ausmaßes der Problemstellungen das Ganze bereits mit einem

riesigen Fragezeichen versehen hatten, nahm schließlich doch noch – wenigstens in formaler Hinsicht – einen erfreulichen Ausgang.

Erfreulich vor allem, weil François Mitterrand sich in die Vorbereitungen des Europäischen Rates derart hineingehängt hatte, daß ein Scheitern ihm ganz persönlich geschadet hätte, ganz gleich ob die Verantwortung für einen Mißerfolg Dritten zuzuschreiben gewesen wäre (beispielsweise den Briten und ihrem bösen Willen oder sogar der niederländischen Präsidentschaft, deren Auslaufen französischerseits mit Aufatmen zur Kenntnis genommen wurde). Erfreulich auch, weil das deutsch-französische Tandem – das in den vorangegangenen Monaten sichtlich an Kraft verloren hatte, so als sei durch Abnutzungseffekt schließlich einer der geheimen Antriebe dieses Mechanismus zerbrochen, der empfindlicher ist, als allgemein vermutet wird – sich in Maastricht doch als wirksam und einig erwiesen hat (ohne Zweifel wirksam, weil einig). Erfreulich letztendlich und ganz besonders, weil spät in der Nacht vom 10. auf den 11. Dezember 1991 plötzlich der Weg frei wurde, zumindest in institutioneller Hinsicht, um vor Ende dieses Jahrhunderts die Europäische Union,

* Bernard Brigouleix ist französischer Journalist. Er arbeitete zunächst bei Le Monde, später bei Europe 1 und war in den 90er-Jahren Sprecher der Regierung Edouard Balladu. Anschließend wurde er u. a. Direktor der Informationsprogramme beim französischen Auslandssender RFI.

die dem Präsidenten aus Überzeugung und seit langem am Herzen liegt, verwirklichen zu können.

Dennoch hat der Erfolg von Maastricht, den man in Paris sehnlichst herbeigewünscht hatte, nicht genügt, um alle europäischen Zielsetzungen Frankreichs auf einen klaren Weg zu bringen. Vor allem hat er nicht ausgereicht, um der französischen Diplomatie die Mittel bereitzustellen, die sie braucht, um ihren Ambitionen – oder ihren Träumen – nachgehen zu können. Dafür gibt es zwei Ursachen und die heißen: Helmut Kohl und John Major.

Die während des europäischen Gipfels zu beobachtende deutsch-französische Schönwetterlage kam dem Elysee-Palast gerade recht. Allerdings sollte nicht übersehen werden, daß die Franzosen, wenn es sich nicht gerade um eine größere Krise handelt, für die Herausforderungen des internationalen Geschehens wenig sensibel sind, und Erfolg oder Mißerfolg ihrer Politiker auf der internationalen Szene kaum das Wählerverhalten beeinflusst. In der Tat ist seit einigen Monaten der Eindruck entstanden, daß Mitterrands Strategie des Sonderbündnisses mit Bonn (die von Charles de Gaulle 1963 begründet worden war und die der amtierende Staatspräsident sich schon bald voll zu eigen gemacht hatte) aus einer ganzen Reihe von Gründen in Frankreich nicht mehr voll mitgetragen wird, ja gewisse Zerfallserscheinungen aufweist. Mitterrand durfte sich deshalb geradezu glücklich schätzen, nach manchen Widrigkeiten und Enttäuschungen endlich allen jenen

mit einem Dementi entgegenzutreten zu können, die sein besonderes Verhältnis zu Helmut Kohl etwas voreilig beerdigt hatten.

Erste Enttäuschungen nach Maastricht

Auf diese hochwillkommene Erneuerung der konzertierten Aktion Paris – Bonn folgte ein zweifacher deutscher „Alleinritt“, den offiziell zu kommentieren man sich zwar auf französischer Seite sehr wohl hütete, der aber überaus schmerzhaft verspürt und in der Presse immer wieder hervorgehoben wird. Zum einen geht es – außenpolitisch – darum, daß Bonn Kroatien und Slowenien vor dem 15. Januar 1992 diplomatisch anerkannte, also dem Datum, auf das sich die Zwölf in dieser Hinsicht verständigt hatten, zum anderen – wirtschaftlich und währungspolitisch – um die Erhöhung der deutschen Zinssätze, die vom französischen Wirtschafts- und Finanzminister Bérégovoy mehr als kühl aufgenommen wurde.

Viel mehr war nicht nötig, um rückblickend Maastricht in den Augen vieler Franzosen als einen Flop, als Mißerfolg erscheinen zu lassen: Was ist denn eine politische Union wert, wenn Bonn in dieser schrecklichen jugoslawischen Krise, die nun einmal in besonderer Weise die ganze Zwölfergemeinschaft tangiert, eigene Wege einschlägt? Was hat es mit einer Wirtschafts- und Währungsunion auf sich, wenn das mächtige und so überaus europäische Deutschland bei erster sich bietender Gelegenheit sein eigenes Spielchen treibt? Natürlich spielt bei diesem Umschwung in der öffentlichen Meinung Frankreichs hinsichtlich der Maastricht-

ter Bilanz auch die Unkenntnis der im Vertragsentwurf vorgesehenen Termine und Mechanismen eine gewisse Rolle (ganz abgesehen von den historischen Bindungen, die es in der Bundesrepublik zu bestimmten Elementen Ex-Jugoslawiens nun einmal gibt). Wie dem auch immer sei: diese Relativierung der Gipfelergebnisse mindert ihren Nutzen für die außenpolitische Strategie Frankreichs.

Noch bedrückender ist freilich für den Elysee Palast und den Quai d'Orsay die Feststellung, daß diese doppelte Regelverletzung, wenn nicht des Wortlauts, so doch des Geistes der gemeinsam erarbeiteten Vereinbarungen in Maastricht von dem gerade wiedergefundenen deutschen Freund begangen wurde. Und plötzlich laufen in den unterschiedlichsten Kreisen wieder die Spekulationen über ein „Wiederaufleben der deutschen Frage“ um (wie beispielsweise im Leitartikel von Daniel Vemet in *Le Monde* vom 22. Dezember 1991). Eben das hatte die Regierung vermeiden wollen, weniger aus Deutschfreundlichkeit als aus Einsicht in die Tatsache, daß es zur Achse Paris – Bonn keine Alternative gibt – heute weniger denn je. Die deutsch-französische Zusammenarbeit ist natürlich seit langem von solchen konjunkturellen Schwankungen unabhängig, dennoch geht es hier um eine kapitale Verankerung der französischen Diplomatie, die sich nun wieder verunsichert fühlt. Und das ist nicht gut.

Notanker John Major?

Erklärt das vielleicht die Vorsicht, mit der François Mitterrand auch weiterhin das „britische Dossier“ handhabt? Das ist wahrscheinlich übertrieben. Aber alle Welt konnte in Maastricht und danach beobachten, wie der französische Präsident, der tausend Gründe hatte, sich über John Majors Verhalten zu ärgern, umgekehrt – um nicht alles zu verlieren – dem britischen Regierungschef mit Verständnis begegnete und es ihm erleichterte, ohne Gesichtsverlust davanzukommen. Und das genau in dem Augenblick, zu dem seine Partner begonnen hatten, den derzeitigen Hausherrn in Downing Street 10 auf europäischer Ebene ebenso unausstehlich wie die Iron Lady zu

finden, wenn auch eher aus konjunkturellen und taktischen denn grundsätzlichen Erwägungen.

In der Tat dürfte Mitterrands Haltung zweifellos von der Absicht bestimmt gewesen sein, Maastricht um jeden Preis zu einem Erfolg zu machen, noch präziser: von der Sorge, die historische Stunde zugunsten der Europäischen Union nicht an der Klippe britischen Zauderns scheitern zu lassen, zumal die kurze Geschichte des Aufbaus der Europäischen Gemeinschaft gezeigt hat, daß London sehr wohl bereit ist, sich Initiativen, die es zunächst nicht unterschreiben wollte, anzuschließen, wenn es die Umstände erfordern. Trotzdem ist die Qualität der Aufmerksamkeit, die der französische Präsident den Briten (übrigens auch den Italienern) widmet, in Wahrheit zumeist auch ein guter Indikator für das Vertrauen, das er Tag um Tag in die Festigkeit des Bündnisses mit Bonn setzt.

Sollte in der Liste der französisch-europäischen Ungewißheiten vielleicht auch der besondere Fall Jacques Delors erwähnt werden? Es gehört sicher nicht zu den Aufgaben des Präsidenten der Kommission in Brüssel, an der Spitze dieser mächtigen Institution französische Politik zu treiben. Niemand ist bisher auch nur auf den Gedanken gekommen, Jacques Delors so etwas vorzuwerfen. Aber Mitterrand mißt der Tatsache, daß die Person, die am unmittelbarsten mit dem einheitlichen Markt und der Europäischen Union befaßt ist, sein ehemaliger Finanzminister ist, eine hohe symbolische Bedeutung zu. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht über seine Rückkehr in die nationale Politik spekuliert wird, um Edith Cresson im Matignon, dem Sitz der französischen Regierung, abzulösen und so ein Wahldesaster zu verhindern. Der Betroffene selbst hütet sich, diesen Gerüchten Nahrung zu geben. Aber er enthält sich auch jeglichen Dementis. Das wiederum heißt, daß sein Verbleiben in Brüssel ein weiteres Fragezeichen ist.

Die Ungewißheiten im Osten

Mit Blick auf die lange europäische Frontlinie lautet die Frage weniger „Was will Frankreich?“ als

vielmehr „Mit wem will und vor allem mit wem kann Frankreich gehen?“. Diese Fragestellung beschränkt sich keineswegs auf das Europa der Gemeinschaft, sondern auch auf den Osten des Kontinents, dessen stürmische Entwicklung den französischen Präsidenten, wie man weiß, mit großer Besorgnis erfüllt, die Vorgänge in der Ex-DDR eingeschlossen. Richtig ist auch, daß sich Mitterrand, vor allem was den Zerfall des sowjetischen Imperiums betrifft, mit seinen Fragen und Ungeklärtheiten in bester Gesellschaft befindet, denn die gesamte westliche Welt steht diesen Vorgängen mit einer stark an peinliche Verlegenheit erinnernden Ratlosigkeit gegenüber.

Für die französische Diplomatie liegt das Problem darin, daß auch andere wichtige Aspekte ihrer Außenpolitik zur Zeit wenig günstig gelagert zu sein scheinen. Und das ist noch bescheiden ausgedrückt. Das gilt ganz besonders für den Nahen und Mittleren Osten. Frankreich hat – zu Recht oder zu Unrecht – stets geglaubt, in dieser Region eine besondere Rolle spielen zu müssen (und keineswegs nur in seinen ehemaligen nordafrikanischen Kolonien).

Der Krieg zur Befreiung Kuwaits markierte in diesem Zusammenhang einen entscheidenden Wendepunkt. Im ersten Golfkrieg, in dem der Iran gegen den Irak stand, hatte sich Paris erheblich für Bagdad engagiert. Diese auf Giscard d'Estaing (und in gewisser Hinsicht auch auf Pompidou) zurückgehende Orientierung wurde von François Mitterrand übernommen, der es dann aber nach der Invasion und Annexion Kuwaits durch Saddam Hussein nicht an Solidarität mit dem westlichen Lager fehlen ließ und nicht zögerte, mit dem Segen der Vereinten Nationen unverzüglich ein Militärkontingent an den Golf zu entsenden – so bescheiden dieser Beitrag im Vergleich zu den dorthin beorderten amerikanischen Streitkräften auch immer gewesen sein mag.

Damit verband sich für die französische Diplomatie eine doppelte Verpflichtung. Erstens galt es, schnell und wirksam die „Operation Verlockung“ an die Adresse Teherans zu reaktivieren, die

Frankreich bereits zum Ende des ersten Golfkonflikts mit einem logischen doppelten Hintergedanken eingeleitet hatte: die Region bedarf dringend einer starken stabilisierenden Macht, die der Irak nicht länger sein konnte. Es liegt im Interesse Frankreichs, mit dieser Macht befreundet zu sein. Das erklärt auch die französische Bereitschaft, den Finanzstreit beizulegen, der unter dem Namen „Eurodif“ (eine ziemlich hohe Beteiligung, die der Iran noch zu Zeiten des Schahs eingegangen war) bekannt geworden ist.

Die andere Verpflichtung besteht darin, in der arabischen Welt, in der das französische Golfkrieg-Engagement auf kein rechtes Verständnis gestoßen war, vor allem in Algerien (die jüngste Entwicklung hat in Paris große Besorgnis ausgelöst), die Versöhnung mit zwei Staaten zu betreiben, deren Politik nicht gerade profranzösisch ist: Syrien und Libyen. Diese Versöhnung wird dadurch erleichtert, daß Syriens Hafiz al-Assad im Konflikt um Kuwait eindeutig gegen seinen baathsozialistischen Bruderfeind Saddam Hussein Stellung bezogen und Oberst Gaddafi in diesem Konflikt weit weniger die Karte des islamischen Dschihad ausgespielt hatte, als im Westen befürchtet worden war.

Teheran – Damaskus – Tripolis

Kurzum, die französische Diplomatie mußte in den vergangenen Monaten sehr viel Energie darauf verwenden, die Gesprächsfäden mit Teheran, Damaskus und Tripolis unter den verschiedensten Gesichtspunkten neu zu knüpfen. Dabei stieß sie immer wieder auf große Schwierigkeiten, meistens juristischer Natur, die freilich in jedem Fall große öffentliche Resonanz fanden: der Verdacht, daß iranische Behörden bei der Ermordung des früheren Premierministers Schahpur Bachtiar die Hand im Spiele hatten; die Vermutung, daß libysche Agenten für das Attentat auf die DC 10 der französischen UTA-Linie (270 Tote 1989) verantwortlich waren; die Rolle, die Syrien bei mehreren blutigen Aktionen gegen französische Staatsbürger im Libanon spielte und auch die Tatsache, daß sich der als Kriegsverbrechergesuchte Alois Brunner immer noch dort aufhält. Die für den vergan-

genen Dezember geplante Reise von Außenminister Roland Dumas nach Damaskus wurde auf Betreiben von Rechtsanwalt Serge Klarsfeld, der sich auf das Aufspüren ehemaliger Naziverbrecher spezialisiert hat, verschoben.

Obwohl die Personen und die Vorgänge, um die es hier geht, in keiner Weise mit den europäischen Fragestellungen verglichen werden können, entsteht auch in dieser Hinsicht, gemessen an den französischen Absichten, der Eindruck, daß deren Vorstellungen vor Ort nicht entsprochen wird, so als mangle es der Pariser Diplomatie zur Zeit weniger an Ideen als an geeigneten Gesprächspartnern. Das ist ein Tatbestand, dem man auch in der afrikanischen Szene begegnet.

Schwarzafrika

Mit Blick auf den schwarzen Kontinent hatte François Mitterrand auf dem französisch-afrikanischen Gipfeltreffen 1989 in La Baule die alten (in Wirklichkeit aber doch neuen) Grundsätze der französischen Kooperationspolitik klargelegt: die Wahrung eines prioritären französischen Einflusses in Afrika rechtfertigt noch lange nicht die Unterstützung jedes Regimes, vor allem, wenn es sich um Diktaturen handelt. Dieses Verhalten könnte durchaus mit der Politik Washingtons gegenüber Lateinamerika verglichen werden. Die Pariser Hilfe wird ab sofort davon abhängig gemacht, ob sich die führenden Politiker der Empfängerstaaten in Richtung Demokratisierung ihrer Länder be-

wegen. Manche Teilnehmer an diesem Treffen fühlten sich zutiefst gekränkt, andere (gelegentlich dieselben) hatten schließlich begriffen, daß auch sie einen Teil ihrer Macht zu opfern hätten. Das offizielle Frankreich durfte sich beglückwünschen, vor allem, seit in verschiedenen schwarzen Hauptstädten „Nationalkonferenzen“ aus dem Eischlüpfen, die ein Gegenstück zu den „Etats généraux“ der Französischen Revolution sind oder zumindest sein könnten: Unzufriedenheiten kommen zum Ausdruck, demokratischere oder zumindest gemeinschaftlichere Lösungen für die Probleme der wirtschaftlichen, sozialen und – auch das sollte gesagt sein – politischen Unterentwicklung werden gesucht.

Unglücklicherweise hat sich Frankreich in zwei widersprüchliche Sichtweisen verstrickt: einerseits wollte es die Demokratisierung fördern, andererseits den Dialog mit Staaten fortführen, deren Vertreter es kennt, an die es sich gewöhnt hatte (und umgekehrt). (...)

Gewiß ist es von Maastricht bis Antananarivo weit, sehr weit, ebenso wie vom Bündnis mit Bonn zur Versöhnung mit Damaskus oder Teheran und von den Stukkaturen im Quai d'Orsay zu den Sanddünen des Tibesti-Massivs. Aber die Außenpolitik Frankreichs ist in ihrer großen Vielfalt immer auch ein Ganzes. Diesem „Ganzen“ dürfte es heute zwar nicht an Definition, wohl aber an Partnern fehlen, die die gleichen Ambitionen, den gleichen Gebrauch der Mittel teilen.

Chronologie

April 2018 – September 2018 / avril 2018 - septembre 2018

April 2018

04.04. Als erstes Mitgliedsland des Schengen-Raums kündigt Frankreich eine Verlängerung seiner Grenzkontrollen bis Ende Oktober an. Frankreich hatte die Kontrollen nach den Pariser Anschlägen vom November 2015 als zusätzliche Sicherheitsmaßnahme und Terrorabwehr eingeführt.

04.04. Frankreich will mit einem umfassenden Reformpaket die Funktionsweise seiner Institutionen und die Kontrollfunktionen der Volksvertretungen stärken. Im Vordergrund steht dabei die Reduzierung der Abgeordneten und Senatoren um 30 %. Auch soll die Zahl der aufeinander folgenden Mandate auf drei begrenzt werden. Zu dem Paket gehört darüber hinaus eine Verfassungsreform: der Sonderstatus Korsikas soll explizit verankert werden.

04.04. Nach knapp zwei Jahren wird einer der beiden Reaktoren des Kernkraftwerks Fessenheim wieder hochgefahren. Der dortige Druckwasserreaktor 2 war Mitte Juni 2016 wegen Sicherheitsmängeln abgeschaltet worden.

06.04. Studierende protestieren an mehreren französischen Universitäten gegen eine geplante Hochschulreform und damit einhergehende neue Zugangsregeln und sorgen damit für einen Ausnahmezustand. Die Studierenden befürchten, sozial benachteiligte Jugendliche könnten durch die neuen Regeln nur schwer einen Studienplatz bekommen und warnen vor einer neuen Elitenbildung. Am 10. April kommt es zu weiteren massiven Protesten an über 14 Fakultäten des Landes.

07.04. Frankreichs Außenminister Jean-Yves Le Drian verurteilt die Angriffe der syrischen Armee

Avril 2018

2-04 En Allemagne, le ministre de l'Emploi Hubertus Heil propose de supprimer les aides sociales pour certains chômeurs « longue durée », au profit d'un salaire minimum en échange de travaux d'intérêt général. Certains avancent un salaire minimum de 1 200 euros par mois soit trois fois plus que les mini-jobs, payés 450 euros par mois.

5-04 La justice allemande a annoncé la remise en liberté sous contrôle judiciaire de l'ex-président catalan Carles Puigdemont, estimant qu'une éventuelle extradition vers l'Espagne ne pourrait se faire qu'au motif de détournement de fonds publics et non de rébellion comme le demande Madrid.

7-04 Un Allemand a tué quatre personnes et en a blessé de nombreuses autres en fonçant avec une camionnette sur des clients assis à une terrasse à Münster, dans le nord-ouest de l'Allemagne, avant de se donner la mort. La police écarte la piste d'un attentat islamiste. L'assaillant souffrait de troubles psychiatriques.

8-04 A Berlin, la police a interpellé six personnes soupçonnées d'avoir pu planifier un « acte violent » lors du semi-marathon dans la capitale allemande. Plusieurs logements ont été perquisitionnés et divers objets et véhicules saisis. Le semi-marathon, auquel 36 000 coureurs environ ont participé et qui a été suivi par 250 000 autres personnes dans le centre-ville, s'est déroulé sans incident.

9-04 L'indépendantiste catalan Carles Puigdemont a été autorisé à s'installer à Berlin pendant l'examen de la demande de remise à l'Espagne. Le tribunal du Schleswig-Holstein, compétent dans le

auf die Rebellen-Hochburg Ost-Ghuta scharf. Er sei in „extremer Sorge“ angesichts von Berichten über einen neuerlichen Einsatz chemischer Waffen, so Le Drian. Bei den Angriffen sterben mehr als 150 Menschen, mehr als 1 000 werden verletzt.

09.04. In einer Grundsatzrede im Collège de Bernardins in Paris bezieht Staatspräsident Macron vor den französischen Bischöfen und vierhundert geladenen Gästen Stellung zum Verhältnis von Kirche und Staat vor dem Hintergrund der laizistischen Verfasstheit der Republik. Ziel sei eine Aussöhnung zwischen der katholischen Kirche und dem Staat, so der Präsident.

cas de M. Puigdemont, a validé la demande de l'ancien président régional de la Catalogne de pouvoir pointer dans un commissariat de la capitale allemande, où il souhaite résider, plutôt qu'à Neumünster, ville du nord où il a été détenu pendant une dizaine de jours.

9-04 Après l'écrasante victoire aux élections législatives en Hongrie du parti du Premier ministre Viktor Orbán, le porte-parole de la chancelière allemande Angela Merkel a déclaré : « il est évident que notre coopération est sujette à des controverses, comme les positions différentes de nos deux pays en ce qui concerne la politique migratoire, mais la chancelière propose que nous poursuivions notre coopération. »

9-04 Plusieurs syndicats allemands de la fonction publique ont appelé à des « grèves d'avertissement » pour peser sur les négociations en cours sur les salaires. Les débrayages prévus aux aéroports de Francfort, Munich, Cologne et Brême, contraignent le géant allemand de l'aviation Lufthansa à annuler « plus de 800 vols », soit un avion sur deux, affectant « environ 90 000 passagers ». Des grèves sont aussi prévues pour les transports en commun, les crèches, le ramassage des ordures et les hôpitaux de plusieurs villes et régions, dont Berlin, la Bavière et la Rhénanie-du-Nord-Westphalie.

10-04 La chancelière Angela Merkel a mis un coup de canif inattendu à un projet de gazoduc sous-marin stratégique pour Moscou, réclamant de pérenniser le rôle de l'Ukraine dans le transit du gaz russe vers l'Europe. Berlin assurait jusqu'ici qu'il s'agissait d'une infrastructure purement « commerciale » et avait même levé fin mars les derniers obstacles à la construction de ce gazoduc reliant Russie et Allemagne via la mer Baltique, en complément de Nord Stream 1. « Il y a aussi des facteurs politiques à prendre en considération », a finalement admis la chancelière. « Un projet sans clarté sur le rôle de l'Ukraine dans le transit n'est pas possible », a-t-elle ajouté.

11-04 L'Autrichien Herbert Diess a été nommé à la tête du géant allemand de l'automobile Volks-

Gewalttätiger Protest gegen die Politik der französischen Regierung in Montpellier

14.04. Bei heftigen Protesten gegen die französische Regierung in der Stadt Montpellier werden mehr als 50 Menschen festgenommen. Zuvor hatten rund 1000 verummumte Demonstranten Farbsprühdosen und Rauchbomben auf die Sicherheitskräfte geworfen. Am Rande der Demonstration werden auch Bankfilialen, Immobilienagenturen und Geschäfte beschädigt.

14.04. Präsident Macron begründet in einer Pressemitteilung einen im Bündnis mit den USA und Großbritannien erfolgten Einsatz französischer Streitkräfte in Syrien in Reaktion auf den mutmaßlichen Giftgaseinsatz am 7. April. „Wir können die Normalisierung des Einsatzes chemischer Waffen nicht hinnehmen“, so der Präsident. Bei dem Angriff werden nach Angaben örtlicher Ärzte und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) mehr als 40 Menschen getötet.

16.04. Bei einem Treffen zwischen Präsident Macron und dem kanadischen Premierminister Justin Trudeau in Paris wirbt Trudeau für das umstrittene Ceta-Freihandelsabkommen. Präsident Macron lobt die Zusammenarbeit der beiden Regierungen und betont den Willen beider Staaten, Handelsabkommen mit sozial-, umwelt- und gesundheitspolitischen Ansprüchen in Einklang zu bringen.

16.04. Die französische Regierung möchte ihre Bürger künftig mehr vor Facebook und Co. schützen und lässt dafür einen eigenen Messaging-Dienst entwickeln, der nicht von den USA oder Russland verschlüsselt wird. Nach Angaben des Digitalministeriums wird die App derzeit von Regierungsmitarbeitern getestet und soll bis zum Sommer für die gesamte Regierung verpflichtend werden.

17.04. Staatspräsident Macron wirbt in seiner ersten Rede vor dem Europaparlament in Straßburg für seine Reformpläne im Sinne einer „neuen europäischen Souveränität“. Im Zusammenhang mit dem geplanten Brexit, den Migrationsbewegungen, dem Machtgewinn autoritärer Regime oder auch der syrischen Krise müsse Europa gemeinsam „die richtigen Antworten liefern“.

19.04. In Frankreich kommt es erneut in mehreren Städten, darunter Paris, Marseille, Lyon, Rennes, Bordeaux und Straßburg zu weiteren Protesten mit tausenden Menschen. Zu den Demonstranten gehören Beamte, Studierende, Krankenhausmitarbeiter und Beschäftigte der Staatsbahn SNCF. Arbeitsniederlegungen gibt es im Zugverkehr, im Energiesektor, in Krippen und an Schulen.

wagen, pour tourner la page du vaste scandale des moteurs diesel truqués qui éclabousse le secteur depuis 2015. Après deux jours de rumeurs, le conseil de surveillance réuni au siège de Wolfsburg (nord) a ainsi remplacé l'actuel patron Matthias Müller. Ancien patron de la filiale Porsche, Matthias Müller avait entrepris une restructuration massive tournée vers l'électrification et la réduction des coûts, destinée à sortir Volkswagen de la tourmente. Il devait poursuivre son mandat jusqu'en 2020.

12-04 Le Comité d'éthique allemand a fustigé le parti d'extrême droite Alternative pour l'Allemagne (AfD) qui, dans une nouvelle provocation, a associé les handicaps provoqués par des mariages consanguins et les personnes d'origine étrangère.

12-04 Les ministres français et allemand de l'Intérieur, Gérard Collomb et Horst Seehofer, ont dit à Paris leur inquiétude d'une intensification des migrations vers l'Europe en cas d'aggravation du conflit en Syrie. De leur côté, Emmanuel Macron et Angela Merkel se sont entretenus de la situation en Syrie et ont regretté « les blocages » au Conseil de sécurité de l'ONU, visant implicitement la Russie. Les Occidentaux, Washington en tête, menacent le régime de Damas de frappes imminentes après une attaque chimique présumée début avril dans l'enclave rebelle de Douma, qu'ils imputent au régime syrien mais que celui-ci dément.

13-04 L'UE doit accroître la pression sur la Russie pour l'amener à changer d'attitude dans les nombreuses crises dans lesquelles elle est impliquée, a plaidé à Bruxelles le chef de la diplomatie allemande Heiko Maas. La Russie a opposé son veto au Conseil de sécurité à un projet de résolution américain prévoyant de créer un mécanisme d'enquête sur le recours aux armes chimiques en Syrie après les attaques du 7 avril à Douma. Le chef de la diplomatie allemande a réitéré son soutien à la proposition défendue par la France de traduire les responsables d'attaques chimiques devant la justice pénale internationale.

14-04 La chancelière allemande Angela Merkel a déclaré que son gouvernement « soutenait » les

Präsentation einer Hyperloop-Kapsel, für die die erste Teststrecke nahe Toulouse entsteht. Das elektromagnetische Schwebesystem in luftleeren Räumen soll den Zugverkehr revolutionieren.

20.04. In Frankreich beginnt der Bau einer Teststrecke für einen sogenannten Hyperloop-Zug. Dieser Hochgeschwindigkeitszug soll Personen und Waren mit bis zu 320 km/h transportieren können. Für die Zukunft wünschen sich Forscher eine Geschwindigkeit von sogar 1 100 km/h.

20.04. Justizministerin Nicole Belloubet bringt eine neue Gesetzesvorlage im Ministerrat ein, die das Justizsystem grundlegend reformieren soll. Ziele sind die Vereinfachung des Zivilrechts und der Strafprozessordnung, die Anpassung der Gerichts- und Organisationsstrukturen, ein besseres und nachhaltigeres Strafverständnis sowie einen passgenaueren Umgang mit minderjährigen Straftätern. Zudem soll die Digitalisierung der Justiz massiv vorangetrieben werden.

22.04. In einem gemeinsamen Manifest prangern 300 Vertreter der französischen Gesellschaft, darunter Politiker aus dem rechten und linken Lager, Künstler sowie Anhänger religiöser Gemeinden, einen „neuen Antisemitismus“ in Frank-

frappes visant le régime syrien, une « intervention militaire nécessaire et appropriée » après l'attaque chimique présumée menée à Douma qui a fait des dizaines de morts.

16-04 Le parti conservateur d'Angela Merkel a pris nettement ses distances avec les projets de réforme de la zone euro d'Emmanuel Macron. La CDU, Union démocrate-chrétienne de la chancelière, a notamment émis des critiques sur l'idée de création d'un budget propre à la zone euro pour aider les investissements. La secrétaire générale et numéro deux du mouvement, Annegret Kramp-Karrenbauer a jugé que l'Union européenne, suite au Brexit, avait déjà beaucoup de défis budgétaires à relever pour compenser le départ de la Grande-Bretagne. Elle a souligné que les pays de la zone euro, à eux seuls, représentaient 85 % du budget total actuel de l'UE.

18-04 Angela Merkel a vivement dénoncé une agression antisémite présumée à coups de ceinture survenue dans la rue à Berlin sur fond de

reich an. Sie kritisieren insbesondere das Schweigen der Medien sowie eine islamistische Radikalisierung und die damit verbundenen Gewalttaten der vergangenen Monate und Jahre an Juden in Frankreich.

23.–25.04. Bei seinem offiziellen Staatsbesuch in den USA auf Einladung von Präsident Donald Trump unterstreicht Staatspräsident Macron die historisch guten und engen Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Er warnt angesichts aktueller Krisen vor dem Anwachsen des Nationalismus und appelliert an die USA, ihren Idealen und dem Multilateralismus verpflichtet zu bleiben. So sei ein Handelskrieg keine Lösung und im Bereich des Datenschutzes müsse „ein gutes Gleichgewicht zwischen Ethik und Innovation gefunden werden“.

24.04. Der bekannte französische Geschäftsmann Vincent Bolloré wird wegen Bestechungsverdacht bei der Vergabe von Hafenkonzessionen in Afrika festgenommen. Konkret soll der Werbekonzern Havas, an dem Bolloré beteiligt ist, Wahlkampagnen von Politikern unterstützt haben, die der Bolloré-Gruppe Hafenkonzessionen in Togo und Guinea zugesprochen haben sollen.

25.–29.04. Im Rahmen der Internationalen Luft- und Raumfahrtausstellung ILA, unterzeichnen die französische Ministerin der Streitkräfte Florence Parly und ihre deutsche Amtskollegin Ursula von der Leyen das High Level Common Operational Requirement Document (HL CORD), als ersten Schritt zum Aufbau des Future Combat Air System FCAS sowie eine Absichtserklärung zum Bau eines gemeinsamen Seefernaufklärungssystems. Die Flugzeughersteller Airbus und Dassault Aviation vereinbaren ein Grundsatzabkommen über die Entwicklung eines deutsch-französischen Kampfflugzeuges, das langfristig den Eurofighter der Bundeswehr und die Rafale-Maschinen der französischen Luftwaffe ersetzen soll.

Mai 2018

02.05. Die Nationalversammlung verabschiedet mit dem Gesetz für Orientierung und Stu-

crainte de résurgence de l'antisémitisme en Allemagne. « C'est bien sûr un incident terrible et nous allons réagir », a commenté la chancelière.

19-04 Le président français a plaidé à Berlin pour l'introduction de davantage de solidarité financière entre pays de la zone euro pour éviter de nouvelles crises. « Sur le plan économique et monétaire, nous devons mieux réarticuler responsabilité et solidarité » pour les pays concernés, a déclaré à la presse le chef de l'Etat français aux côtés de la chancelière Angela Merkel. L'Allemagne qui redoute traditionnellement de devoir payer pour des pays trop dépensiers, est très sceptique. Angela Merkel l'a laissé entendre en insistant surtout sur le fait que les Etats devaient eux-mêmes chacun de leur côté faire des « efforts nationaux », des économies et des réformes pour rendre leurs économies plus compétitives.

22-04 Le SPD, Parti social-démocrate, a élu à sa tête l'ancienne ministre du Travail Andrea Nahles, qui devient la première femme à diriger la plus vieille formation politique du pays, avec pour mission de la sortir de la crise. Au cours d'un congrès extraordinaire à Wiesbaden, Mme Nahles, 47 ans dont 30 au sein du SPD, a obtenu 66 % des voix au sein du parti de centre-gauche, face à l'ancienne policière et maire de Flensburg Simone Lange. Dans son discours, Andrea Nahles a promis de lutter pour plus de justice sociale.

25-04 Les deux rivaux de toujours, Airbus et Dassault Aviation, développeront ensemble le futur avion de combat franco-allemand. Les deux avionneurs ont annoncé avoir « regroupé leurs forces pour le développement et la production du Système de combat aérien du futur européen (Scaf) » à l'horizon 2040, à l'occasion du salon aéronautique de Berlin. Airbus et Dassault ont mis au point une « feuille de route commune » qui comprendra des propositions pour le développement de « démonstrateurs » à partir de 2025.

27-04 L'accord actuel sur le nucléaire iranien ne suffit pas à contenir les ambitions de Téhéran, a

dienerfolg eine umstrittene Hochschulreform. Diese sieht u. a. eine Änderung der Studienplatzvergabe durch die Einrichtung einer zentralen und digitalen Internetplattform „Parcoursup“, intensivere Studienberatung in Gymnasien sowie die Abschaffung von Losentscheiden vor.

04.05. Nach einer Niederlage im Tarifkonflikt bei der französischen Fluggesellschaft Air France tritt Konzernchef Jean-Marc Janailiac zurück. In einer Mitarbeiterbefragung hatte sich zuvor eine Mehrheit gegen den jüngsten Gehaltsvorschlag des Managements ausgesprochen.

08.05. Frankreich feiert den 73. Jahrestag der Befreiung von der deutschen Besatzung. Präsident Macron besucht die traditionelle Zeremonie in Paris in Begleitung mehrerer Regierungs- und Parlamentsmitglieder.

déclaré la chancelière allemande Angela Merkel lors d'une visite à Washington. Aux termes de ce texte âprement négocié par l'Iran et les grandes puissances (Chine, Etats-Unis, France, Royaume-Uni, Russie et Allemagne), Téhéran a accepté de geler son programme nucléaire jusqu'en 2025.

28-04 Les ministres français et allemand des Finances ont promis de parvenir en juin à des propositions communes sur la réforme de la zone euro, appelée de ses vœux par Emmanuel Macron. Un des chantiers les plus immédiats porte sur l'Union bancaire en Europe sur laquelle les deux partenaires cherchent encore un point de convergence.

29-04 Emmanuel Macron, Angela Merkel et Theresa May mettent de nouveau en garde les Etats-Unis contre des sanctions commerciales vis-à-vis de l'Europe, estimant que l'Union européenne

Air France in Turbulenzen: Nach einem zweimonatigen Tarifkonflikt und 13 Streiktagen bei der französischen Fluggesellschaft Air France tritt Konzernchef Jean-Marc Janailiac am 4. Mai zurück.

10.05. Staatspräsident Macron erhält in Aachen den Internationalen Karlspreis 2018. Der Präsident wird für seine „Vision von einem neuen Europa und der Neugründung des europäischen Projektes, von einer neuen europäischen Souveränität und einer engen, neu strukturierten Zusammenarbeit der Völker und Nationen“ geehrt.

12.05. Im Zentrum von Paris kommt es zu einem tödlichen Messerangriff eines Mannes auf Passanten in der Nähe der Opéra Garnier. Ein Opfer sowie der 21-jährige Angreifer kommen bei der Attacke ums Leben, fünf weitere Menschen werden verletzt. Die Terrormiliz Islamischer Staat bekennt sich zu der Tat.

14.05. Deutschland und Frankreich erhöhen beim EU-Ministerrat in Brüssel im Streit um die Unabhängigkeit der polnischen Justiz den Druck auf die Regierung in Warschau. Mit der gemeinsamen Stellungnahme reagieren die beiden Länder auf die Einschätzung der EU, dass jüngst vorgenommene Änderungen an den polnischen Justizreformen nicht ausreichend sind.

14.05. Der französische Außenminister fordert die EU dazu auf, Großbritannien eine „endgültige Frist“ bis Juni zu setzen, um das Problem seiner Grenze mit Irland nach dem Brexit zu lösen. Ohne eine solche Frist werde die Austrittsvereinbarung „komplizierter“, so Le Drian vor einem Treffen mit seinem irischen Amtskollegen Simon Coveney in Dublin.

14.–15.05. Staatspräsident Macron führt Gespräche mit König Abdullah II. von Jordanien, dem Präsidenten der Palästinensischen Behörde, Mahmud Abbas, sowie mit dem israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu. Dabei bringt er Frankreichs Sorge angesichts der Lage in Gaza, Jerusalem und in den palästinensischen Städten zum Ausdruck.

15.05. Der frühere französische Haushaltsminister Jerome Cahuzac wird wegen Steuerbetrugs zu zwei Jahren Haft und zwei Jahren Bewährung verurteilt. Im März 2013 war bekannt geworden, dass Cahuzac Schwarzgeldkonten unterhalten hatte.

ne « doit se tenir prête à réagir, le cas échéant, avec efficacité et célérité ». « Les trois dirigeants souhaitent que Washington ne prenne pas de mesures contraires aux intérêts transatlantiques », selon un communiqué publié par l'Elysée à l'issue d'un entretien téléphonique, la veille, entre le président français, la chancelière allemande et la Première ministre britannique

Mai 2018

2-05 Le gouvernement allemand a adopté son premier projet de budget, cible de critiques y compris parmi les ministres d'Angela Merkel sur les dépenses jugées insuffisantes pour la défense, le développement et les investissements. « L'Allemagne se porte bien, économiquement et financièrement », s'est réjoui le nouveau ministre des Finances, le social-démocrate Olaf Scholz, en confirmant que l'Etat fédéral ne contracterait « aucune nouvelle dette » jusqu'en 2022, dans la droite ligne de son prédécesseur conservateur Wolfgang Schäuble. Son budget prévisionnel, qui sera débattu au Parlement à l'automne, prévoit une hausse de 37 milliards d'euros des dépenses fédérales d'ici quatre ans, pour les porter à 367,7 milliards en 2022, tirées par des investissements dans les infrastructures, la politique familiale et la formation. Mais les ministres conservateurs de la Défense et du Développement, Ursula Von der Leyen (CDU) et Gerd Müller (CSU) ont fait connaître leur mécontentement face à la hausse, insuffisante à leurs yeux, de leurs budgets respectifs.

3-05 Les autorités américaines ont engagé des poursuites judiciaires contre Martin Winterkorn, l'ancien PDG de Volkswagen, et cinq autres dirigeants du groupe automobile allemand, accusés de s'être entendus pour faire installer un logiciel destiné à fausser les émissions polluantes de certains modèles.

6-05 Le président allemand Frank-Walter Steinmeier s'est dit inquiet des « changements substantiels » dans la relation transatlantique en raison des tensions entre les Européens et le président américain Donald Trump, notamment sur le commerce et le nucléaire iranien.

Jugendliche in einer französischen Banlieue

18.05. In Frankreich wird nach Angaben der Regierung ein Terroranschlag vereitelt. Ein Mann ägyptischer Herkunft wird festgenommen. Dieser gesteht, einen Anschlag geplant zu haben, ob mit Sprengstoff oder mit dem Gift Rizin bleibt unklar.

18.05. Daimler investiert in Frankreich und möchte künftig im lothringischen Werk Ham-bach neben dem Zweisitzer von Smart auch ein kompaktes Elektromodell von Mercedes produ-zieren.

22.05. Staatspräsident Emmanuel Macron stellt ein neues Maßnahmenpaket für die Banlieues vor. Dabei setzt er insbesondere auf die Ziele Sicher-heit und Bildung. Konkret verspricht Macron 30 000 neue Praktikumsplätze für Jugendliche aus den Banlieues zu schaffen.

22.05. Ein großangelegter Streik im öffentli-chen Dienst sorgt erneut für Ausfälle in Frank-reich. Neben Fluglotsen streiken auch andere Be-

9-05 Un tribunal berlinois a interdit à une jeune enseignante musulmane de porter le voile pendant les cours comme elle le souhaitait. La ville-Etat de Berlin, défendue par Seyran Ates s'est appuyée pour obtenir gain de cause sur le « prin-cipe de neutralité » dans la capitale allemande: il stipule que les policiers, enseignants et personnels de justice ne doivent pas porter de signes religieux manifestes tels qu'une croix, une kippa ou le voile.

10-05 Le gouvernement allemand a qualifié de « grave provocation » les tirs iraniens depuis la Syrie sur la partie du Golan occupée par Israël dont a fait état l'Etat hébreu. Angela Merkel a es-timé qu'il en allait désormais « de la guerre ou de la paix » au Proche-Orient.

10-05 Emmanuel Macron a insisté pour que la zone euro soit renforcée en étant dotée d'un « budget propre », malgré les fortes réserves de l'Allemagne sur cette proposition. « Je crois à une zone euro plus intégrée, avec un budget propre », a déclaré M. Macron après avoir reçu le prix eu-

schäftigte des öffentlichen Dienstes, etwa in Verwaltungen, Schulen oder der Energieversorgung. Sie wehren sich u. a. gegen das Vorhaben der französischen Regierung, bis 2022 rund 120 000 Stellen abzubauen.

23.05. Nach Angaben des Statistikamts Insee steigt die Arbeitslosigkeit in Frankreich im ersten Quartal überraschend. Die Quote klettert im Vergleich zum Vorquartal von 9,0 auf 9,2 %. Ökonomen hatten hingegen mit einem Rückgang auf 8,8 % gerechnet.

25.05. Die französische Regierung geht im seit Monaten andauernden Streit um die Bahnreform einen Schritt auf die Gewerkschaften zu. Ministerpräsident Edouard Philippe bietet an, 35 der insgesamt 47 Milliarden Euro Schulden der Staatsbahn SNCF zu übernehmen und kündigt zusätzliche Investitionen in Höhe von 200 Millionen Euro pro Jahr an.

26.05. In Paris und Dutzenden anderen französischen Städten wie Marseille, Lyon und Montpellier demonstrieren erneut Zehntausende gegen den Reformkurs der Regierung. Nach Angaben der Gewerkschaften gehen landesweit 250 000 Menschen auf die Straße. Die Organisatoren der Demos werfen Macron eine Politik „zugunsten der Reichen“ und soziale Kälte vor.

28.05. Der französische Industrielle Serge Dassault stirbt im Alter von 93 Jahren an Herzproblemen. Der Firmenerbe und studierte Luftfahrtingenieur, dessen Vermögen auf 13 Milliarden Euro geschätzt wird, hatte seit 1986 der Familienholding Groupe Industriel Marcel Dassault (GIMD) vorgestanden. Dazu gehört der Luftfahrtkonzern Dassault Aviation, der u. a. die Kampfflugzeuge Mirage und Rafale herstellt.

29.05. Das geplante Glyphosat-Verbot in Frankreich scheitert vorerst: Die Nationalversammlung lehnt ein gesetzliches Verbot für den vermutlich krebserregenden Unkrautvernichter ab. Abgeordnete argumentieren, dass das die Landwirte mangels Alternativen vor massive Probleme stellen würde.

ropéen Charlemagne en présence de la chancelière Angela Merkel à Aix-la-Chapelle.

14-05 La France et l'Allemagne ont fait pression d'une seule voix sur la Pologne à Bruxelles pour qu'elle modifie rapidement ses réformes judiciaires controversées, qui font l'objet d'une procédure inédite lancée par la Commission européenne.

19-05 Les internationaux allemands d'origine turque Mesut Özil et Ilkay Gündogan ont rencontré le chef de l'Etat allemand Frank-Walter Steinmeier après leur photo controversée avec Recep Tayyip Erdogan, réaffirmant leur attachement à l'Allemagne et à la Mannschaft. Lors d'une rencontre à Londres avec le chef de l'Etat turc, les deux joueurs lui ont remis des maillots dédicacés de leurs équipes respectives, Arsenal pour Özil et Manchester City pour Gündogan. Le sélectionneur allemand Joachim Löw, qui les a retenus dans sa pré-liste pour le Mondial 2018 en Russie, a assuré qu'il « regrette fortement » ces clichés.

22-05 Un tribunal allemand a rejeté une nouvelle demande du parquet d'incarcérer le responsable indépendantiste catalan Carles Puigdemont, dans l'attente d'une décision dans les jours ou semaines à venir sur son éventuelle remise à l'Espagne.

23-05 Le gouvernement allemand a approuvé un projet de loi pour indemniser à hauteur de plusieurs centaines de millions d'euros les énergéticiens RWE et Vattenfall suite à la décision de 2011 de sortir du nucléaire.

23-05 L'Allemagne a enregistré en 2016 et 2017 une envolée spectaculaire des naturalisations de ressortissants britanniques, une conséquence du Brexit alors qu'en mars 2019 le Royaume-Uni sortira de l'Union européenne, selon des statistiques officielles.

23-05 L'Allemagne fait preuve d'un « déficit démocratique » en refusant aux responsables politiques turcs l'autorisation de faire campagne pour les élections générales de juin, a estimé le vice-président du parti au pouvoir AKP.

30.05. Mamoudou Gassama, ein 22-jähriger Flüchtling aus Mali, der sich illegal in Frankreich aufhält, wird die französische Staatsbürgerschaft zugesprochen, nachdem er in einer spektakulären Kletteraktion ein Kleinkind rettet, das von einem Balkon zu fallen droht. Wohltätigkeitsorganisationen kritisieren die Regierung scharf: Sie nutze den Fall für PR-Zwecke aus, um von ihrem harten Durchgreifen gegenüber Flüchtlingen abzulenken.

30.05. Eine Einigung von Betriebsrat und Geschäftsleitung auf einen Sanierungsplan von Opel sorgt in Frankreich für Wut innerhalb der Gewerkschaft CFDT. Diese befürchtet eine Stellenverlagerung nach Deutschland durch den Verlust wichtiger Kompetenzen im Bereich Forschung und Entwicklung sowie durch neue Produktionspläne.

30.05. Die französische Regierung sagt Deutschland ihre Unterstützung im Handelsstreit mit den USA zu: „Sollten die USA wirklich Importsteuern auf Autos erheben, wird die EU sich dagegen geschlossen zur Wehr setzen“, heißt es aus dem Elysée.

31.05. Entlang des Canal Saint-Denis im Norden von Paris wird das größte Flüchtlingscamp der Stadt geräumt. Dort hatten seit Dezember bis zu 2 000 Flüchtlinge aus Eritrea, Somalia und Sudan in Zelten, ohne Zugang zu fließendem Wasser oder Toiletten gelebt. In den vergangenen drei Jahren waren die Camps entlang des Kanals 29 Mal geräumt worden, sie entstehen jedoch immer wieder neu.

Juni 2018

01.06. Der bisherige Front National (FN) bekommt einen neuen Namen: *Rassemblement National*. Bei einem Mitgliedervotum nahe Lyon stimmen rund 81 % der Teilnehmer für die Umbenennung. Die Beteiligung an der Abstimmung liegt bei 53 %. Die Partei hofft, damit den Ballast der eigenen Partei-Geschichte loszuwerden, ihre Wählerbasis zu verbreitern und ihr Image verbessern zu können.

25-05 Les 28 ministres des Finances de l'UE, réunis à Bruxelles, sont parvenus à surmonter leurs divergences sur des mesures destinées à réduire les risques dans le secteur bancaire après plusieurs mois de discussion. Vingt-six pays ont voté en faveur de ce compromis et deux se sont abstenus: l'Italie, dont le gouvernement n'est pas encore constitué, et la Grèce.

*Les ministres des Finances allemand et français
Olaf Scholz et Bruno Le Maire*

27-05 Extrême droite d'un côté, ses détracteurs de l'autre. Berlin a connu des tensions, des milliers de manifestants des deux camps s'étant mobilisés pour un face-à-face, sous l'oeil de la police, présente en nombre, pour prévenir des heurts.

28-05 La chancelière allemande Angela Merkel a rencontré durant sa récente visite en Chine les épouses de deux avocats en détention, une initiative rare pour un dirigeant occidental. Elle s'est entretenue avec Li Wenzu, la femme de l'avocat Wang Quanzhang, interpellé en juillet 2015, et avec Xu Yan, épouse de Yu Wensheng, inculpé en début d'année pour avoir réclamé des élections libres.

29-05 La direction d'Opel, filiale du français PSA, et les représentants des salariés en Allemagne sont tombés d'accord sur un plan de restructuration qui garantit la quasi totalité des emplois du constructeur automobile en Allemagne jusqu'en 2023, a annoncé Opel.

04.06. Kulturministerin Françoise Nyssen stellt die Modernisierungspläne der Regierung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk vor. Darunter fallen insbesondere Maßnahmen, die die digitale Präsenz der Fernsehprogramme massiv ausbauen.

04.06. Der französische Bildungsminister Jean-Michel Blanquer und Hamburgs Bürgermeister Peter Tschentscher, auch Bevollmächtigter für deutsch-französische kulturelle Angelegenheiten, vereinbaren bei einer gemeinsamen Konferenz in Hamburg, die Zusammenarbeit beider Länder im Bildungsbereich auszubauen. Die neuen Verträge sehen insbesondere den verstärkten Austausch von Schülern, Auszubildenden, Studierenden, Praktikanten sowie Lehrern vor.

13.06. In Frankreich heben protestierende Landwirte die Blockaden vor Raffinerien und Treibstofflagern nach drei Tagen wieder auf. Ihre Streikbewegung richtet sich insbesondere gegen Palmöl-Importe aus Asien. Zuvor hatte Landwirtschaftsminister Stéphane Travert den Bauern-Gewerkschaften zugesagt, sich für ihre Forderungen auf EU-Ebene einzusetzen.

14.06. Eine umstrittene Bahnreform wird in Frankreich endgültig verabschiedet. Die Kernpunkte der Reform sind: Öffnung des Schienenverkehrs für den EU-weiten Wettbewerb, Umwandlung in eine staatliche Aktiengesellschaft, sowie ein Ende des beamtenähnlichen Eisenbahner-Status.

14.06. Frankreich erklärt sich bereit, 78 Passagiere des Rettungsschiffs *Aquarius* aufzunehmen. Zuvor solle ihre Situation von Beamten des französischen Flüchtlingsamtes in Spanien geprüft werden. Das Schiff hatte 629 Migranten bei verschiedenen Rettungsaktionen auf dem Mittelmeer an Bord geholt. Sowohl Italien als auch Malta hatten sich geweigert, das Schiff in ihren Häfen anlegen zu lassen. Spanien hatte sich schließlich bereit erklärt, die Menschen aufzunehmen.

18.06. Präsident Macron und Fajis al-Sarradsch, Chef der international anerkannten libyschen Einheitsregierung, bekräftigen in einem Telefonat eine engere Zusammenarbeit in der Migrations-

31-05 La chancelière allemande Angela Merkel, à la tête de la première économie européenne, a jugé « illégales » les taxes douanières sur l'acier et l'aluminium décidées par les Etats-Unis et s'est inquiétée d'un risque d'« escalade ». Elle réagissait à la décision des Etats-Unis de mettre en place des taxes de 25 % sur l'acier et de 10 % sur l'aluminium importés depuis l'Europe, mais aussi depuis le Canada et le Mexique.

Juin 2018

1-06 Berlin a promis d'être « ouvert » à l'égard du nouveau gouvernement italien d'alliance entre deux mouvements eurosceptiques. Quelques jours auparavant, le ministre des Affaires étrangères Heiko Maas s'était néanmoins montré plus sceptique. Il a dit espérer que la relation entre les deux pays ne serait « pas endommagée » par le Mouvement 5 étoiles (M5S, antisystème) et la Ligue (extrême droite), deux mouvements qui critiquent régulièrement l'Allemagne l'accusant d'être responsable des politiques d'austérité en Europe.

3-06 Angela Merkel a fait un geste en direction d'Emmanuel Macron sur l'avenir de la zone euro, en acceptant un budget d'investissement limité au moment où un gouvernement anti-austérité s'installe au pouvoir en Italie. Depuis des mois, la chancelière allemande était mise en cause pour son silence face aux propositions formulées depuis septembre 2017 par le président français visant à relancer l'Europe post-Brexit en crise.

4-06 Le Premier ministre tchèque Andrej Babis a rejeté la nouvelle approche « souple » du problème migratoire avancée par la chancelière Angela Merkel, consistant entre autres à compenser, pour les pays qui le souhaitent, l'accueil de réfugiés par une contribution financière.

6-06 Les autorités allemandes ont ordonné le rappel d'environ 60 000 Audi A6 et A7 après la découverte d'un « logiciel illicite » capable de fausser les niveaux d'émissions de gaz polluants, a annoncé l'agence fédérale de l'automobile KBA.

politik. Ziel ist eine bessere Kontrolle von Migrationsströmen und ein wirksamerer Kampf gegen Menschenhändlernetzwerke.

19.06. Deutschland und Frankreich einigen sich nach langen Verhandlungen auf gemeinsame Reformvorschläge für die Währungsunion. Dazu gehört u. a. die Schaffung eines Budgets für Investitionen in der Eurozone, das 2021 starten soll. Die Höhe des Budgets bleibt jedoch wegen Unstimmigkeiten offen. Beide Länder legen außerdem eine gemeinsame Position zur Besteuerung von Unternehmensgewinnen in Europa vor.

22.06. Die EU stellt ihr Verfahren gegen Frankreich wegen eines zu hohen Staatsdefizits ein. Im vergangenen Jahr war die französische Neuverschuldung erstmals wieder unter die Marke von drei Prozent der Wirtschaftsleistung gefallen. Die EU-Kommission erwartet nunmehr ein französisches Defizit in diesem Jahr von 2,3 % der Wirtschaftsleistung, 2,8 % für 2019. Die EU-Kommission verzichtet zudem trotz des mehrjährigen Verstoßes auf Sanktionen.

23.06. Vor dem EU-Sondergipfel zur Flüchtlingspolitik sprechen sich Staatspräsident Macron und sein spanischer Amtskollege Pedro Sánchez in Paris für geschlossene Aufnahmelager auf EU-Boden aus. Die Zentren sollten im Einklang mit den Vorgaben des Uno-Flüchtlingshilfswerks UNHCR stehen. Macron fordert zudem finanzielle Solidarität unter den EU-Staaten für eine schnelle Bearbeitung von Asylanträgen sowie Sanktionen für Staaten, die eine Aufnahme von Flüchtlingen verweigern. Abgelehnte Asylbewerber müssten zudem in ihre Heimatländer zurückgebracht werden, nicht in Transitländer.

25.06. Die französische Anti-Terror-Polizei nimmt landesweit zehn Verdächtige mit Verbindungen zum rechtsradikalen Milieu fest. Sie sollen mutmaßlich Anschläge auf radikale Muslime geplant haben. Laut Polizei hätten die Verdächtigen offenbar geplant, sich Waffen zu beschaffen; bei Durchsuchungen seien auch Waffen beschlagnahmt worden.

7-06 L'Otan a salué comme « un pas dans la bonne direction » les plans présentés par l'Allemagne pour « augmenter de 80 % » ses dépenses pour la Défense. Angela Merkel a annoncé devant le Bundestag un accord au sein de la coalition gouvernementale pour porter ces dépenses à 1,5 % du PIB pour 2025.

9-06 Un Irakien soupçonné du meurtre d'une adolescente en Allemagne et arrêté au Kurdistan irakien a avoué son crime. Ali Bashar, arrivé en Allemagne en octobre 2015 au « pic » de la crise des réfugiés, est soupçonné d'avoir violé et étranglé une jeune fille de 14 ans, à Wiesbaden, selon la police allemande.

10-06 Angela Merkel a indiqué être opposée à l'une des idées phares de réforme de la zone euro du président français Emmanuel Macron qui veut la doter d'un important budget d'investissements.

11-06 Le gouvernement allemand a exhorté l'Italie et Malte à remplir leur devoir « humanitaire » concernant les 629 migrants à bord du navire *Aquarius* en Méditerranée, objet d'un bras de fer entre les deux pays.

13-06 Volkswagen a annoncé avoir accepté de payer un milliard d'euros d'amende en Allemagne, reconnaissant ainsi « sa responsabilité » dans le dossier des moteurs diesel truqués.

14-06 Angela Merkel joue son avenir politique en Allemagne à la suite d'une fronde sans précédent sur la politique migratoire de l'aile la plus à droite de sa coalition gouvernementale. Horst Seehofer veut refouler à la frontière les demandeurs d'asile arrivant en Allemagne s'ils ont été enregistrés par un autre pays dans la base de données de l'UE. Mme Merkel a bloqué le projet et plaide pour une solution européenne globale.

14-06 Le président français Emmanuel Macron a exprimé son soutien à la chancelière allemande Angela Merkel, menacée par un conflit avec son ministre de l'Intérieur Horst Seehofer qui veut durcir la politique migratoire de l'Allemagne.

Die französische Frauenrechtlerin und Holocaust-Überlebende Simone Veil wird im Panthéon beigesetzt

28.06. Präsident Macron stellt seinen Vorschlag für einen allgemeinen Zivildienst Service National Universel (SNU) im Ministerrat vor. Demnach soll grundsätzlich jeder Franzose und jede Französin ab 16 Jahren mindestens einen Monat lang und während der Ferien einen öffentlichen Dienst im sozialen Bereich oder im Katastrophen- und Bevölkerungsschutz leisten. Der Dienst kann freiwillig um drei Monate verlängert werden.

30.06. Ein Jahr nach ihrem Tod wird die französische Frauenrechtlerin und Holocaustüberlebende Simone Veil im Panthéon beigesetzt. Präsident Macron erinnert in seiner Rede an Veils unermüdlichen Einsatz für Aussöhnung und die europäische Einigung nach dem Zweiten Weltkrieg. Veil ist die fünfte Frau, die im Panthéon beigesetzt wird und war am 30. Juni 2017 im Alter von 89 Jahren gestorben.

Juli 2018

03.07. Nach Äußerungen über die Einwanderungspolitik von Ungarns Ministerpräsident Vik-

19-06 Le président français et la chancelière allemande ont annoncé travailler à un accord entre plusieurs pays de l'espace Schengen visant à refouler tout demandeur d'asile vers l'Etat où il a été enregistré en premier.

20-06 Le président de la Banque centrale européenne, Mario Draghi, a salué le projet franco-allemand de réforme de la zone euro présenté la veille par Angela Merkel et Emmanuel Macron. Ces propositions, comprenant entre autres un budget de la zone euro, sont « un pas encourageant » en vue d'approfondir la construction européenne.

25-06 Angela Merkel a souhaité au lendemain de la victoire du président turc Recep Tayyip Erdogan « une Turquie stable et pluraliste » dans laquelle l'Etat de droit est garanti alors que les relations entre Berlin et Ankara ont connu des tensions depuis 2016.

27-06 Les supporters allemands oscillaient entre colère et consternation après l'élimination

tor Orbán muss der französische Botschafter in Budapest, Eric Fournier, seinen Posten räumen. Fournier war unter Druck geraten, nachdem Mediapart ein an Präsident Macron adressiertes vertrauliches Memo veröffentlicht hatte, in dem der Botschafter Ungarns Umgang mit Migranten als modellhaft lobte.

04.07. Die Nationalversammlung stimmt in erster Lesung für zwei Gesetzesentwürfe der Regierung zur Bekämpfung falscher Nachrichten in Wahlkämpfen. Damit wird eine neue Rechtsgrundlage geschaffen, mit der politische Parteien oder einzelne Kandidaten in den letzten drei Monaten vor einer Wahl Eilklagen gegen Unternehmen oder Einzelpersonen einlegen können, denen sie Falschmeldungen vorwerfen.

04.07. Nach der Tötung eines 22-Jährigen bei einer Polizeikontrolle in Nantes eskaliert die Lage bei Ausschreitungen zwischen Bürgern und der Polizei. Dabei werden Autos angezündet und ein Einkaufszentrum teilweise in Brand gesteckt. Die Staatsanwaltschaft prüft nun die Umstände, die zum Gebrauch der Schusswaffe geführt hatten.

06.07. Zum Beginn der Urlaubszeit kommt es in Frankreich erneut zu einem Bahnstreik, bei dem jeder fünfte TGV-Zug gestrichen wird. Nach Angaben eines Sprechers der Bahngesellschaft SNCF beteiligen sich 6,5 % der Beschäftigten. Die Gewerkschaft CGT kündigt für den 19. Juli einen weiteren Streiktag an. Sie will damit auch Druck auf noch laufende Verhandlungen über Arbeitsbedingungen in der Bahnbranche machen.

09.07. Staatspräsident Macron beruft den Kongress ins Schloss Versailles ein, um dort Bilanz zu seinem ersten Regierungsjahr zu ziehen und seinen Reformkurs zu verteidigen. Dabei wirbt er insbesondere für seine Sozialreformen in der Berufsausbildung, der Arbeitslosenversicherung sowie im Renten- und Pflegesystem. Zugleich kündigt Macron an, die Staatsausgaben weiter kürzen zu wollen.

10.07. Die Unternehmen in Frankreich drosseln ihre Produktion im Mai überraschend. Nach

pituse du Mondial-2018 de la Mannschaft tenant le titre, défaite par la Corée du Sud (2-0).

Juillet 2018

2-07 Angela Merkel a réussi à sauver in extremis son gouvernement en trouvant un compromis avec son ministre de l'Intérieur rebelle. Le compromis prévoit l'instauration de « centres de transit » à la frontière entre l'Allemagne et l'Autriche afin d'y installer à l'avenir les demandeurs d'asile arrivant dans le pays mais déjà enregistrés dans un autre Etat européen, en attendant leur expulsion vers ce dernier.

4-07 Angela Merkel a mis en garde Donald Trump contre le risque d'une « véritable guerre » commerciale si les Etats-Unis concrétisent leur menace de taxes sur les importations de voitures étrangères. La chancelière répondait aux dernières menaces de M. Trump qui envisage d'imposer des droits de douane de 20 % sur les voitures importées aux Etats-Unis venant de l'UE.

5-07 Le SPD partenaire de coalition des conservateurs d'Angela Merkel, s'est rallié au durcissement de la politique migratoire en Allemagne voulu par la CSU. Le parti social-démocrate avait réservé son jugement : il tiquait notamment sur une mesure phare du compromis : l'instauration de « centres de transit » à la frontière avec l'Autriche.

7-07 Des milliers de manifestants ont défilé dans les rues d'Allemagne pour défendre les actions de sauvetage de migrants en mer Méditerranée par les ONG et dénoncer ce qu'ils considéraient comme une Europe forteresse.

10-07 La veuve du dissident chinois Liu Xiaobo est arrivée à Berlin, retrouvant la liberté huit ans après l'attribution à son mari du prix Nobel de la paix, qui lui a valu de vivre depuis en résidence surveillée.

13-07 L'expulsion vers la Tunisie de l'ancien garde du corps présumé d'Oussama Ben Laden a tourné à l'imbroglio après la décision d'un tribunal allemand ordonnant son renvoi en Allemagne

Angaben des Statistikamt Insee stellen sie 0,2 % weniger her als im Vormonat. Ökonomen hatten hingegen mit einem Anstieg von 0,7 % gerechnet, nach minus 0,5 % im April.

au motif que la reconduite était « illégale ». Son expulsion est toutefois intervenue en dépit de la décision d'un tribunal de Gelsenkirchen, dans la Ruhr, qui avait ordonné en référé qu'il ne soit pas expulsé en attendant l'examen approfondi de son dossier. Mais selon un porte-parole de la cour interrogé par l'agence allemande dpa, le tribunal n'a informé les autorités allemandes que le lendemain par fax de cette décision.

17-07 Des milliers d'employés du géant américain du commerce en ligne Amazon étaient en grève en Espagne et en Allemagne en ce jour de son opération promotionnelle « Prime Day », pour protester contre leurs conditions de travail, selon les syndicats.

18-07 Le gouvernement allemand veut accélérer les renvois de demandeurs d'asile originaires d'Algérie, du Maroc et de la Tunisie en les inscrivant, avec la Géorgie, comme « pays sûrs », selon un projet de loi adopté en conseil des ministres. C'est la deuxième tentative des autorités allemandes après qu'un premier projet de loi a été rejeté l'an dernier par la chambre haute du Parlement, le Bundesrat, faute d'avoir trouvé une majorité en raison de l'opposition des Verts et de la gauche radicale Die Linke.

21-07 Berlin a levé des sanctions économiques symboliques imposées à la Turquie depuis un an, a confirmé le ministère allemand de l'Économie tandis que les recommandations aux voyageurs ont aussi été allégées, geste supplémentaire de détente. Berlin avait introduit en 2017 un plafonnement à hauteur d'1,5 milliard d'euros des garanties, prêts ou aides qu'apportent le gouvernement allemand ou l'UE aux exportations ou aux investissements en Turquie (système Hermes). Cette mesure ne sera pas reconduite l'année prochaine.

22-07 Mesut Özil a annoncé qu'il quittait la sélection d'Allemagne en mettant en avant le « racisme » dans les critiques dont il est victime après l'élimination de la Mannschaft dès le premier tour du Mondial-2018 de football.

25-07 L'Allemagne a salué les décisions annoncées par le président américain Donald Trump et

Rettung in Seenot geratener Flüchtlinge im Mittelmeer

11.07. Wirtschafts- und Finanzminister Bruno Le Maire und sein deutscher Amtskollege Peter Altmaier bekräftigen nach einem Treffen in Paris, im Handelskonflikt mit den USA künftig gemeinsam handeln zu wollen. Beide Länder seien beunruhigt angesichts der Strafzölle der USA und der angekündigten Gegenmaßnahmen der EU.

12.07. Frankreich nimmt 78 von 600 Flüchtlingen des Schiffs *Aquarius* auf. Das Schiff hatte zuvor lange Zeit einen Hafen zum Anlegen gesucht. Spanien hatte sich schließlich als Anlegeland angeboten.

12.07. Die Nationalversammlung beschließt einstimmig, das Wort „Rasse“ aus der Verfassung zu streichen. Im ersten Artikel der Verfassung hatte es

Discussions sur les manifestations de sympathie controversées de deux joueurs de l'équipe nationale Mesut Özil (2^e en partant de la gauche) et Ilkay Gündogan (2^e en partant de la droite) avec l'entraîneur Joachim Löw (g.), le président du DFB Reinhard Grindel et le manager de l'équipe Oliver Bierhoff

bisher geheißen, Frankreich garantiere „allen Bürgern die Gleichheit vor dem Gesetz, unabhängig von ihrer Herkunft, Rasse oder Religion“. Künftig heißt es: „unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Herkunft oder Religion“. Damit wird auch der Unterscheidung nach Geschlechtern eine Absage erteilt.

12.07. Mit einer Gedenkfeier im Ehrenhof des Pariser Invalidendoms verabschiedet sich Frankreich von dem „Shoah“-Regisseur Claude Lanzmann. Der französische Premierminister, Edouard Philippe, würdigt den am 5. Juli im Alter von 92 Jahren verstorbenen Filmemacher, Journalisten und Autor als einen Kulturschaffenden, der jene habe existieren lassen, die nicht mehr sind. Lanzmann hatte mit seiner fast zehnstündigen Zeitzeugen-Dokumentation „Shoah“ über den Völkermord an europäischen Juden Geschichte geschrieben.

13.07. Die Nationalversammlung stimmt dafür, den Klimaschutz zur Verfassungssache zu machen. In Artikel 1 der Französischen Verfassung soll die

le président de la Commission européenne Jean-Claude Juncker, y voyant une « percée » susceptible d'éviter une guerre commerciale et sauver des millions d'emplois.

26-07 Le président de la Fédération allemande de football a fait un premier mea culpa après des jours de polémique autour du joueur Mesut Özil qui a quitté l'équipe nationale en se disant victime de racisme. Reinhart Grindel « regrette beaucoup » que le rappel à l'ordre adressé à Özil dans l'affaire Erdogan « ait été détourné pour des discours racistes », une référence aux insultes, sifflets et quolibets qui ont visé le joueur et l'un de ses coéquipiers, Ilkay Gündogan, avant le Mondial en Russie.

27-07 La justice tunisienne a décidé la remise en liberté provisoire de l'ex-garde du corps présumé d'Oussama Ben Laden, contre lequel aucune charge n'a été retenue à ce jour, a indiqué à l'AFP le porte-parole du pôle antiterroriste. Sami Idoudi, avait été expulsé le 13 juillet par Berlin mais un tribunal allemand avait ordonné son ren-

Ergänzung „Die Republik handelt für den Schutz der Umwelt und der Biodiversität und gegen die Klimaveränderungen“ angefügt werden. Eine konkrete Verfassungsänderung ist für 2019 geplant.

13.07. Premierminister Édouard Philippe kündigt an, eine Sondereinheit ins Leben rufen zu wollen, die verurteilte Terroristen und radikalisierte Straftäter nach deren Freilassung aus dem Gefängnis besser überwacht. Die französischen Behörden erwarten, dass bis Ende kommenden Jahres 450 Häftlinge freikommen werden, die wegen terroristischer Straftaten verurteilt wurden oder sich im Gefängnis radikalisiert haben.

14.07. An der Militärparade zum Nationalfeiertag auf den Champs-Élysées beteiligen sich 4290 Soldaten mit 220 Fahrzeugen, 250 Pferden, 64 Flugzeugen und 30 Helikoptern. Eine Farbenpanne sorgt dafür, dass statt der Trikolore ein rot-blau-weiß-roter Streifen am Hauptstadthimmel entsteht. Das diesjährige Thema der Feierlichkeiten ist die „Waffenbrüderschaft“.

15.07. Frankreich wird zum zweiten Mal Fußball-Weltmeister nach dem Triumph bei der Heim-WM im Jahr 1998. Im Finale von Moskau gewinnen *Les Bleus* gegen Kroatien mit 4:2. Am 17. Juli wird die Nationalmannschaft zu einem Empfang im Ellysée-Palast eingeladen.

18.07. Der Pharmakonzern Boehringer Ingelheim investiert über 200 Millionen Euro in einen neuen Produktionsstandort in Region Rhône-Alpes nahe Lyon. Dort sollen 100 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die neue Stätte wird Teil der Produktion von Impfstoffen gegen die Tierseuchen Maul- und Klauenseuche sowie die Blauzungenkrankheit. Ende 2021 soll mit der Produktion begonnen werden.

21.07. Frankreich und Russland schicken erstmals gemeinsam 50 Tonnen Versorgungsgüter nach Syrien. Die Aktion war im Mai zwischen Emanuel Macron und Wladimir Putin vereinbart worden. Unter Aufsicht des UN-Büros für humanitäre Hilfe sollen die Hilfsgüter in Ost-Ghuta verteilt werden.

voien in Deutschland jageant que cette reconduite était « totalement illégale » et violait les « principes fondamentaux de l'Etat de droit ». Après son expulsion, il avait été mis de détention préventive en Tunisie pour soupçons d'implication dans des actes terroristes.

27-07 Inspirés par la polémique autour du joueur de foot allemand d'origine turque Mesut Özil et le mouvement #Metoo, des milliers d'Allemands, immigrants de première ou deuxième génération, témoignent sur les réseaux sociaux du racisme au quotidien.

Août 2018

5-08 Pour Asli Erdogan, écrivaine turque risquant la perpétuité dans son pays et exilée en Allemagne, la Turquie dirigée par le président Recep Tayyip Erdogan s'est muée en régime fasciste. « Ce n'est pas encore l'Allemagne des années 40 mais celle des années 30 », explique la lauréate 2018 du prix Simone de Beauvoir pour la liberté des femmes, en référence à la période où les Nazis ont consolidé leurs pouvoirs en réprimant leurs opposants accusés de comploter.

8-08 La compagnie à bas coûts Ryanair a annoncé l'annulation de 250 vols au départ et à destination de l'Allemagne après que ses pilotes allemands ont annoncé rejoindre un mouvement de grève européen.

11-08 Le nouveau dirigeant espagnol Pedro Sanchez et la chancelière allemande Angela Merkel ont affiché en Espagne leur bonne entente sur la question migratoire et souhaité que le Maroc bénéficie d'un plus grand soutien européen comme pays d'origine et de transit de migrants. Leur réunion avait lieu en Andalousie (sud), alors que l'Espagne est devenue cette année la première porte d'entrée en Europe par la mer de migrants clandestins, devant l'Italie et la Grèce.

15-08 Le gouvernement allemand a adopté un texte légalisant un « troisième genre » sur les certificats de naissance, faisant du pays un précurseur en Europe dans la reconnaissance des personnes

23.07. Der ehemalige Mitarbeiter von Präsident Macron, Alexandre Benalla, muss sich wegen unbefugter Benutzung amtlicher Kennzeichen und Gewaltanwendung bei Demonstrationen zum 1. Mai 2018 vor Gericht verantworten. Auch ein Mitarbeiter der Macron-Partei La République en Marche und drei Polizisten werden angeklagt. Der Fall sorgt für Aufruhr, da die Regierung von dem Vorfall gewusst haben soll, jedoch eine Unterrichtung der Staatsanwalt unterlassen hatte. Am 26. Juli gesteht Benalla ein, einen Fehler begangen zu haben. Am 30. Juli scheitern zwei Misstrauensanträge gegen die Regierung, die wegen des Falls Benalla eingereicht worden waren.

24.07. Mehrere Airlines, darunter die British Airways-Mutter IAG sowie Ryanair, Easyjet und Wizz Air, reichen bei der EU Beschwerden wegen der vielen Fluglotsenstreiks in Frankreich ein. Frankreich verstoße demnach gegen EU-Recht, weil es bei Streiks keine Flüge über das Land ermöglichen und damit Flugpassagieren die grundlegende Reisefreiheit zwischen EU-Mitgliedsländern verweigere.

26.07. SNCF bestätigt einen Großauftrag für 100 TGV-Hochgeschwindigkeitszüge im Wert von 2,7 Milliarden Euro bei Alstom. Die geplante neue TGV-Generation soll 2022 in Dienst genommen werden.

26.07. Frankreich zieht nach den Vereinbarungen zwischen der EU und den USA im Handelsstreit „rote Linien“ für künftige Verhandlungen. Nach Angaben von Wirtschafts- und Finanzminister Bruno Le Maire könne ein umfassendes Handelsabkommen nicht das Ziel sein. Die Grenzen eines solchen Unterfangens seien durch das gescheiterte Freihandelsabkommen TTIP aufgezeigt worden. Auch müsse die Landwirtschaft aus den Verhandlungen zwischen EU und USA herausgehalten werden.

30.07. Die Nationalversammlung beschließt endgültig ein erweitertes Verbot von Handys in Schulen. Es verbietet grundsätzlich, Mobiltelefone in allen Vor- und Grundschulen sowie in der Sekundarstufe I zu benutzen. Es betrifft Kinder

intersexes. A côté de « féminin » ou « masculin » pourra être mentionné la mention « divers » pour les personnes concernées, selon ce texte de loi qui doit encore être approuvé par la chambre des députés. Selon les statistiques des Nations Unies, entre 0,05 % et 1,7 % de la population mondiale est intersexe.

17-08 Berlin a annoncé avoir trouvé un accord avec la Grèce pour qu'elle reprenne des migrants arrivant en Allemagne préalablement enregistrés sur le territoire grec. La Grèce et l'Italie sont les deux pays où débarquent la majorité des demandeurs d'asile en Europe. Rome s'est jusqu'à présent déclarée réticente, réclamant d'abord un renforcement du contrôle des frontières extérieures de l'UE avant tout accord sur les migrants déjà présents sur le territoire européen.

20-08 Le camp nazi d'Auschwitz-Birkenau est « l'endroit le pire au monde » et la responsabilité des Allemands, qui l'ont créé, « ne finira jamais », a estimé sur place le chef de la diplomatie allemande Heiko Maas. « C'est un lieu de mémoire qui, avant tout, rappelle à nous les Allemands ce que nous avons fait à des millions d'autres », a ajouté le ministre qui avait souvent dit qu'Auschwitz était la raison de son engagement dans la politique.

21-08 L'Allemagne a accepté d'accueillir un ex-gardien SS âgé de 95 ans expulsé par les Etats-Unis, invoquant sa responsabilité « morale » au moment où elle est en passe de clore les dernières poursuites contre d'anciens nazis. Né en Pologne, Jakiw Palij, qui vivait depuis 1949 à New York, avait été assistant SS en 1941 dans le camp de travail forcé de Trawniki dans lequel plus de 6.000 Juifs ont été exterminés.

22-08 Berlin va débloquer 340 millions d'euros pour indemniser les agriculteurs allemands, après quatre mois d'une sécheresse inédite, qui menace l'existence de 10.000 exploitations à travers le pays. Les températures largement au-dessus de 30° C et les précipitations limitées de l'été constituent, selon le ministère allemand, « la phase d'anomalie de température la plus marquée » depuis le début des mesures climatiques en Allemagne en 1881.

und Schüler im Alter von drei bis 15 Jahren. Gymnasien haben die Möglichkeit, ebenfalls ein Handyverbot einzuführen, eine Pflicht besteht dort aber nicht.

August 2018

02.08. Die Nationalversammlung beschließt mit 100 gegen 25 Stimmen endgültig das neue umstrittene Asylgesetz. Mit dem Gesetz sollen Asylverfahren sowie Abschiebungen beschleunigt werden. Die Frist für die Einreichung eines Asylantrags wird künftig von 120 auf 90 Tage verkürzt. Zudem sollen Anträge innerhalb von sechs Monaten statt wie bisher im Schnitt in elf Monaten bearbeitet werden. Den Betroffenen bleibt außerdem weniger Zeit, gegen einen negativen Bescheid Widerspruch einzulegen. Die mögliche Dauer der Abschiebehaft wird von 45 auf 90 Tage verlängert. Andererseits können sogenannte subsidiär Geschützte, denen im Heimatland Folter oder die Todesstrafe droht, künftig für vier Jahre eine Aufenthaltsgenehmigung bekommen, statt wie bisher für ein Jahr. Auch Integrationsmaßnahmen sollen verbessert werden, etwa mit mehr Sprachunterricht.

03.08. Vor dem Hintergrund schleppender Brexit-Verhandlungen kommen Emmanuel Macron und die britische Premierministerin Theresa May zu Gesprächen in Frankreich zusammen. Eine gemeinsame Stellungnahme der beiden Staatshäupter gibt es nach dem Treffen nicht.

03.08. Der staatliche Energiekonzern EDF fährt wegen einer Hitzewelle zwei Atomreaktoren herunter. Die Maßnahmen betreffen den Reaktor 1 des Kraftwerks Saint-Alban und den Reaktor 2 des Kraftwerks Bugey an der Rhône im Osten des Landes. Das Atomkraftwerk in Fessenheim am Oberrhein hatte aus demselben Grund seine Leistung bereits gedrosselt.

26.08. Die französische Regierung senkt ihre bisherige Prognose für das Wirtschaftswachstum im kommenden Jahr um 0,2 %. Nach Angaben von Premierminister Edouard Philippe wird für 2019 nur noch ein Plus von 1,7 % statt 1,9 % erwartet.

23-08 La chancelière allemande Angela Merkel a réitéré, à Tbilissi, son soutien à « l'intégrité territoriale » de la Géorgie, dix ans après la guerre entre la Russie et la Géorgie suivie de la reconnaissance par Moscou de deux territoires séparatistes géorgiens.

Emmanuel Macron und Theresa May im Gespräch über die schleppenden Brexit-Verhandlungen

23-08 Angela Merkel a pris la défense de la presse au beau milieu d'une polémique visant la police, à la suite d'une intervention contre une équipe de la télévision pendant une manifestation d'extrême droite. « Je veux ici expressément plaider en faveur de la liberté de la presse », a déclaré la chancelière. « Quiconque participe à une manifestation doit partir du principe qu'il peut être observé et filmé par les médias », a-t-elle ajouté.

25-08 Les intérêts réalisés depuis 2010 sur les obligations grecques achetées pour alléger la dette

27.08. Angesichts der wachsenden Spannungen mit den USA will Präsident Macron die EU in der Verteidigung unabhängiger machen und ruft zu mehr Reformbereitschaft auf. „Europa kann seine Sicherheit nicht mehr alleine den USA überlassen“, so Macron. Als Ziel nennt er u.a. eine „strategische Partnerschaft“ mit Moskau wie auch mit der Türkei.

28.08. Wegen der schleppenden Brexit-Verhandlungen fordert Ministerpräsident Edouard Philippe seine Minister auf, Maßnahmen für einen „harten“ Brexit vorzubereiten. Sie sollten die Auswirkungen abmildern, die ein Abschied Großbritanniens ohne Vereinbarungen über die künftigen Beziehungen zu der EU haben könnte.

28.08. Der französische Umweltminister Nicolas Hulot kündigt überraschend seinen Rücktritt im Radiosender France Inter an. Er begründet seinen Schritt mit mangelnden Fortschritten im Umweltbereich. Er habe sich in den 14 Monaten im Amt „völlig allein“ gefühlt, so Hulot. Hulot

du pays surtout par l'Allemagne seront retournés à la Grèce, a assuré le ministre allemand des Finances Olaf Scholz, soulignant que « personne ne veut gagner de la crise grecque ».

26-08 La journaliste et traductrice allemande Mesale Tolu, qui est poursuivie en Turquie pour activités « terroristes », est revenue en Allemagne en avertissant que « rien n'avait changé » à propos des droits de l'Homme en Turquie, même si elle a été autorisée à quitter ce pays. L'incarcération de la journaliste, accusée de propagande et d'appartenance au Parti communiste marxiste-léniniste (MLKP), une formation interdite en Turquie car considérée comme « terroriste », avait créé des tensions entre Ankara et Berlin.

27-08 Des milliers de sympathisants d'extrême droite se sont rassemblés à Chemnitz sous haute tension, au lendemain d'une « chasse collective » aux immigrés dans cette ville de l'ex-RDA, dénoncée avec véhémence par Angela Merkel. La police a refusé de fournir une estimation du nombre de

hatte sich in mehreren Fragen nicht durchsetzen können, etwa bei der Schließung auffälliger Atomkraftwerke oder beim Verbot des Unkrautvernichters Glyphosat.

27.–29.08. Anlässlich der 26. Botschafterkonferenz in Paris stellt Staatspräsident Macron die außenpolitischen Leitlinien für das kommende Jahr vor. Im Zentrum seiner Rede steht die europäische Souveränität und Verteidigungspolitik.

September 2018

01.09. In Frankreich tritt ein Verbot bestimmter als bienenschädlich geltender Pestizide in Kraft. Demnach dürfen fünf sogenannte „Neonikotinoide“, nicht mehr als Pflanzenschutzmittel genutzt werden. Das französische Verbot geht damit weiter als das der EU, wonach drei bienenschädliche Substanzen lediglich in der Freilandnutzung verboten werden.

04.09. Die beliebte französische Sportministerin Laura Flessel kündigt ihren Rücktritt aus „persönlichen Gründen“ an. Ins Detail geht sie dabei nicht.

07.09. Kurz vor einem EU-Gipfel zur Migrationspolitik betonen Präsident Macron und Bundeskanzlerin Merkel ihre gemeinsame Position in dieser Frage. Deutschland und Frankreich wollten aus der Migration „eine Chance machen, keine Befürchtung“, so Macron. Beide Staatschefs beraten bei dem Treffen auch über den Brexit, eine engere Zusammenarbeit bei der Verteidigung sowie die Vertiefung der Eurozone. Derweil demonstrieren in Marseille rund 200 Anhängerinnen und Anhänger der Linkspartei *La France insoumise* und der Kommunisten gegen das Treffen.

08.09. Frankreich wirft Russland einen Spionageangriff auf einen französisch-italienischen Satelliten vor. Ziel sei der Satellit Athena-Fidus gewesen, der eine gesicherte militärische Kommunikation ermöglicht, so Verteidigungsministerin Florence Parly. Präsident Macron hatte bereits zuvor für das kommende Jahr eine Weltraum-Verteidigungsstrategie angekündigt.

manifestants mais les télévisions sur place ont parlé d'au moins 2 000 personnes.

27-08 Le ministre allemand des Affaires étrangères Heiko Maas a de nouveau pris pour cible Donald Trump, qualifiant d'« irritante » la politique du président américain envers l'Union européenne. « Cela semble absurde que nous dans l'Union européenne devions nous inquiéter sur la manière de réagir à des tarifs douaniers américains motivés par des raisons de sécurité nationale », a-t-il ajouté.

28-08 La haine dans la rue « n'a pas sa place en Allemagne » a mis en garde la chancelière Angela Merkel, alors que l'inquiétude grandit dans le pays après les incidents survenus à Chemnitz lors de manifestations d'extrême droite contre les étrangers.

Septembre 2018

1-09 Plus de 8 000 manifestants sont descendus dans les rues de Chemnitz, dans l'est de l'Allemagne, les uns pour protester contre la politique migratoire du gouvernement d'Angela Merkel, les autres pour exprimer leur soutien. Cette ville saxonne est depuis une semaine l'épicentre de la mobilisation de l'extrême droite allemande contre les étrangers, suite à un meurtre dont un demandeur d'asile irakien est suspecté.

3-09 Le ministre italien de l'Intérieur a mis en cause Angela Merkel et sa politique migratoire dans les violences d'extrême droite à Chemnitz. « Angela Merkel a sous-estimé le risque de tensions sociales ces dernières années lorsqu'elle a affirmé qu'il y avait de la place pour des centaines de milliers de ces gens en Allemagne », a jugé Matteo Salvini.

4-09 Angela Merkel a assuré la place financière francfortoise de « tout son soutien » pour l'aider à attirer les activités suite au Brexit, à un moment où plusieurs villes européennes, dont Paris, sont en compétition. Berlin travaille à des règles plus souples de licenciement pour les banquiers étrangers qui viendraient s'installer en Hesse, a notamment précisé la chancelière.

08.09. Zehntausende Menschen demonstrieren in Frankreich für einen besseren Klimaschutz und rufen die Regierung dazu auf, mehr Maßnahmen für das Klima zu ergreifen. Die NGO 350.org, die zu den Veranstaltern der Demonstration gehört, spricht von 50 000 Teilnehmern in Paris. In 47 französischen Städten gehen demnach insgesamt 115 000 Menschen für den Klimaschutz auf die Straße. Die Aktion ist u. a. eine Reaktion auf den Rücktritt von Umweltminister Nicolas Hulot.

12.09. Die Nationalversammlung wählt einen engen Verbündeten von Präsident Macron zu ihrem neuen Präsidenten. Richard Ferrand, bislang Fraktionschef der Regierungspartei *La République en Marche*, erhält 52,4 % der Stimmen. Der bisherige Präsident der Nationalversammlung, François de Rugy, wird zum Umweltminister ernannt.

13.09. Staatspräsident Macron stellt den Plan zur Armutsbekämpfung in Frankreich vor. Demnach sollen innerhalb der kommenden vier Jahre 8,5 Milliarden Euro in die Vorbeugung von Armut, die Förderung von Beschäftigung und die Erhöhung der Beschäftigungsprämie investiert werden. Der Plan sieht u.a. die Schaffung von 30 000 neuen Krippenplätzen, Ein-Euro-Gerichte in Schulkantinen, eine Garantie von Schul- und Ausbildungsplätzen für unter 18-Jährige sowie Eingliederungshilfen ins Berufsleben für junge Erwachsene aus schwierigen Verhältnissen und Sozialhilfeempfänger vor. In Frankreich leben 9 Millionen Menschen in Armut, davon sind 3 Millionen Kinder.

13.09. Präsident Macron räumt eine Verantwortung des französischen Staates für den Tod des Unabhängigkeitsaktivisten Maurice Audin während des Algerien-Krieges ein. Dieser sei von Militärs gefoltert und hingerichtet oder zu Tode gefoltert worden, so das Präsidialamt. Grundlage seien die den Streitkräften damals übertragenen Sonderrechte gewesen. Maurice Audin war 1957 von Soldaten festgenommen worden und seitdem verschwunden. Die offizielle Version war lange gewesen, dass er geflohen sei. Macron kündigt zudem an, die Archive im Hinblick auf alle Verschwundenen des Algerien-Krieges zu öffnen.

5-09 L'Allemand Manfred Weber, chef de file de la droite au Parlement européen et un allié d'Angela Merkel, a lancé la course à la présidence de la prochaine Commission européenne en 2019, en annonçant le premier sa candidature au sein de son parti. Une initiative peu goûtée à Paris.

6-09 Le ministre de l'Intérieur Horst Seehofer, président du parti bavarois très conservateur CSU – en principe allié à celui de centre-droit d'Angela Merkel (CDU) – a de nouveau tiré à boulets rouge à la suite des manifestations et incidents qui se sont déroulés à Chemnitz. « La question migratoire est la mère de tous les problèmes dans ce pays », a-t-il déclaré.

7-09 Le patron du Renseignement intérieur allemand, Hans-Georg Maassen, a mis en doute l'existence de « chasses » aux étrangers à Chemnitz, contredisant et embarrassant la chancelière Angela Merkel.

8-09 Un restaurant juif de Chemnitz a été la cible d'une attaque à caractère antisémite en marge d'une récente manifestation à l'appel de l'extrême droite dans cette ville allemande sous tension depuis deux semaines, ont indiqué les autorités et le propriétaire de l'établissement.

10-09 Volkswagen a vu s'ouvrir son premier procès majeur en Allemagne pour avoir truqué des moteurs diesel, près de trois ans après l'éclatement de ce scandale au retentissement mondial, qui a précipité le déclin de cette technologie. Dans une audience-fleuve prévue au moins jusqu'en 2019, le tribunal régional de Brunswick veut déterminer si le géant de l'automobile aurait dû informer plus tôt les marchés financiers de la tricherie, pour épargner de lourdes pertes à ses actionnaires, qui réclament au total environ 9 milliards d'euros d'indemnités.

12-09 Après une charge publique contre la chancelière Angela Merkel, le patron du Renseignement intérieur allemand Hans-Georg Maaßen est empêtré dans la controverse, même si son ministre continue de le soutenir. Il a dû s'expliquer à huis clos devant deux commissions de la cham-

17.09. Die französische Rechtspopulistin Marine Le Pen läutet mit einer Rede vor hunderten Anhängern in Marseille den Europawahlkampf ihrer Partei ein und wirft der EU dabei eine „verrückte immigrationsfreundliche Politik“ vor. Le Pen betont weiter, für die Ansiedlung von Migranten „ströme das Geld“ in der EU nur so. An der Veranstaltung nehmen auch Mitglieder der rechtspopulistischen FPÖ aus Österreich und der fremdenfeindlichen Lega von Italiens Innenminister Matteo Salvini teil.

18.09. Innenminister Gérard Collomb kündigt an, die Regierung von Premier Édouard Philippe im kommenden Jahr verlassen zu wollen. Er wolle im 2020 an den Kommunalwahlen in Lyon teilnehmen, so Collomb in der Zeitschrift *L'Express*.

18.09. In Frankreich wird eine neue Partei mit dem Namen *Agir* gegründet. Dabei ist noch unklar, ob die neue Partei auch an den EU-Wahlen 2019 teilnehmen wird. Die Partei unter dem Abgeordneten Franck Riester setzt sich insbesondere zum Ziel, Stellung gegen die Politik der Partei Les Républicains zu beziehen. „Wir engagieren uns gegen die Populisten, die bereit sind, die Europäische Union für ihre Machtübernahme zu opfern,“ so die Mitbegründerin und Senatorin der Region Bas-Rhin, Fabienne Keller.

19.09. Im Rahmen einer Reform des Gesundheitswesens kündigt Staatspräsident Macron eine verstärkte Ausbildung von Medizinern an.

23.09. Die Beliebtheit von Präsident Macron erreicht einen neuen Tiefstand. Laut einer im *Journal du Dimanche* veröffentlichten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Ifop sind nur noch 29% der Franzosen zufrieden mit dem Präsidenten. Das sind fünf Prozentpunkte weniger als noch im August, zehn Prozentpunkte weniger als im Juli und elf Prozentpunkte als im Juni. Die Experten machen den abgeschwächten Wirtschaftsaufschwung und die zögerliche Reaktion des Präsidenten im Benalla-Skandal für die sinkenden Beliebtheitswerte mitverantwortlich. Auch mit unsensiblen oder harschen Äußerungen

bre des députés sur ses propos en lien avec les récentes manifestations racistes. Également auditionné, le ministre de l'Intérieur, Horst Seehofer (CSU), en désaccord ces derniers mois avec Angela Merkel sur sa politique migratoire, lui a renouvelé sa confiance, ne voyant « pas de raison », selon des participants, pour qu'il démissionne.

Le chef du Renseignement intérieur allemand Hans-Georg Maafsen, avant son audition au Bundestag le 12 septembre

17-09 La communauté kurde d'Allemagne a dénoncé une « interdiction » par les autorités berlinoises d'une manifestation prévue Porte de Brandebourg à Berlin contre la venue du président turc Recep Tayyip Erdogan. La police de la capitale a assuré de son côté qu'il ne s'agissait pas d'une interdiction de manifester et ont renvoyé aux festivités qui auront lieu au même endroit quelques plus jours plus tard, le 3 octobre, pour la fête nationale allemande.

18-09 Après des jours de controverse au sein de sa coalition, Angela Merkel a décidé de démettre de ses fonctions le chef du renseignement intérieur allemand, accusé de collusion avec l'extrême

hatte Macron mehrfach Negativ-Schlagzeilen gemacht.

23.09. Tierschützer der französischen Gruppe Boucherie Abolition protestieren in mehreren französischen Städten mit Blitzaktionen vor Metzgereien – am selben Tag wie der sogenannte „Veggie Pride Marsch“ in Paris statt. Dort protestieren Hunderte Veganer und Tierschützer, die den Tierschutz ins öffentliche Bewusstsein rücken wollen. Bereits im Juni hatten französische Metzger Polizeischutz vor veganen Aktivistinnen angefordert, nachdem diese mehrere Fensterscheiben von Fleischerläden einschlagen hatten.

24.09. Laut dem vom französischen Wirtschafts- und Finanzministerium vorgelegten Budgetentwurf 2019 soll die Steuerlast von Unternehmen und Verbrauchern im nächsten Jahr um fast 25 Milliarden Euro sinken. Dabei sollen die Abgaben bei den privaten Haushalten um sechs Milliarden Euro fallen und bei Firmen um 18,8 Milliarden Euro. Das Haushaltsdefizit soll 2019 auf 2,8 % steigen und damit noch unter der EU-Obergrenze von drei Prozent bleiben.

25.09. Frankreich erklärt sich bereit, 18 Passagiere des Rettungsschiffs *Aquarius* mit 58 Flüchtlingen aufzunehmen, untersagt dem Schiff jedoch, in Marseille anzulegen. Dabei beruft sich Finanzminister Le Maire darauf, dass Rettungsschiffe nach europäischen Regeln den nächsten sicheren Hafen anlaufen müssten. Die seien in Italien oder auf Malta.

25.09. Staatspräsident Macron hält in New York seine erste Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen und kritisiert dabei die Politik des US-Präsidenten Donald Trump. Macron wirbt in seiner Rede eindringlich für eine internationale Zusammenarbeit zur Bewältigung von Konflikten und für das Festhalten an Vereinbarungen.

26.09. Die Partei der französischen Rechtspopulistin Marine Le Pen verliert wegen eines Verfahrens um Scheinbeschäftigung im Europaparlament eine Million Euro aus öffentlichen Mitteln.

droite. Ni la date de son départ, ni le nom de son successeur n'ont été communiqués.

20-09 La situation migratoire en Grèce est « tout sauf satisfaisante », a jugé avant une visite à Athènes le ministre allemand des Affaires étrangères, Heiko Maas, alors que des milliers d'exilés venus de Turquie continuent d'affluer, confinés dans des conditions sordides. « Nous devons réfléchir à comment mieux appliquer l'accord UE-Turquie », conclu en mars 2016 pour tarir le grand exode moyen-oriental vers l'Europe, a plaidé M. Maas. Il s'est aussi déclaré en faveur « des propositions pour un renforcement de Frontex », l'agence frontalière européenne, présentées récemment par la Commission européenne.

21-09 Un projet pharaonique controversé d'un artiste russe de reconstruire temporairement et en partie le Mur de Berlin ne verra finalement pas le jour, a indiqué la ville. Les autorités locales n'ont finalement pas donné leur autorisation à la construction de ce monument pour des raisons de sécurité routière et de risque d'incendie.

25-09 L'Eglise catholique allemande a présenté officiellement ses excuses après la révélation d'abus sexuels sur plus de 3 600 mineurs pendant des décennies, et promis de régler un problème loin d'appartenir au passé.

28-09 Angela Merkel et Recep Tayyip Erdogan ont affiché un timide rapprochement entre leurs deux pays même si de « profondes différences » demeurent sur les droits de l'homme et la liberté de la presse en Turquie. La seule annonce concrète à l'issue de la rencontre porte sur l'éventuelle organisation en octobre d'un sommet inédit sur la Syrie, axé sur le sort du dernier bastion rebelle d'Idleb et réunissant Russie, Turquie, Allemagne et France.

30-09 La chancelière allemande Angela Merkel a mis en garde le président américain Donald Trump contre la tentation de « détruire » le multilatéralisme, et notamment les Nations unies. Devant l'Assemblée générale de l'ONU, Donald Trump avait fait l'éloge de la « souveraineté » et dénoncé « l'idéologie du mondialisme ».

Politisches Verantwortungsbewusstsein
stärken – die europäische Einigung und
internationale Zusammenarbeit fördern



Foto: Christoph Papsch

Renforcer le sens des responsabilités
politiques et promouvoir l'intégration
européenne et la coopération internationale

